

Februar 1940

1.-29.

Deutschland im Kampf

herausgegeben von

Ministerialdirigent H. J. Berndt

Reichspropagandaministerium

Oberstleutnant von Wedel

Oberkommando der Wehrmacht

februar-Lieferung

(Nr. 11/12 der Gesamtlieferung)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin W9

Zeittafel

1. 2. 40 Gesetz über die Vertretung der in den heimgekehrten Ostgebieten ansässigen deutschen Volksgenossen im Großdeutschen Reichstag (S. 51).
Reichsgau Posen erhält die Bezeichnung „Reichsgau Wartheland“ (S. 51).
Gründung der Arbeitsgemeinschaft für das deutsche Handwerk (S. 157).
2. 2. 40 Konferenz des Balkanbundes in Belgrad (S. 94).
Reichsminister Funk vor dem Weirat der Deutschen Reichsbank (S. 156).
3. 2. 40 Erfolgreiche deutsche Fliegerangriffe auf englische Vorpostenboote und englische Handelsdampfer (S. 47).
6. 2. 40 Staatssekretär Dr. Landfried über die Erhaltung gesunder Mittelbetriebe (S. 157).
10. 2. 40 Zweite amtliche deutsche Veröffentlichung über die polnischen Greuelthaten an den Volksdeutschen in Polen (S. 81).
11. 2. 40 Deutsch-russisches Wirtschaftsabkommen (S. 154).
13. 2. 40 Dr. Goebbels spricht vor den Reichs- und Stoßtruppbrednern der NSDAP (S. 69).
14. 2. 40 Deutsche U-Boote versenken an einem Tage 58000 BRZ feindlichen Schiffsraum (S. 48).
15. 2. 40 Der Führer erteilt Dr. Ley den Auftrag zur Durchführung einer umfassenden Altersversorgung des deutschen Volkes (S. 52).
Generalfeldmarschall Göring gibt die Parole zur Erzeugungsschlacht 1940 (S. 74).
16. 2. 40 Schwerester britischer Neutralitätsbruch im Jöfingfjord; feiger Überfall auf den deutschen Dampfer „Altmark“ (S. 33).
17. 2. 40 32 feindliche Schiffe mit über 128000 BRZ in einer Woche durch Einsatz deutscher Seekriegsmittel versenkt (S. 49).

19. 2. 40 Verordnung über Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft (S. 156).
20. 2. 40 Neuer Erfolg deutscher Aufklärungsflugzeuge gegen feindliche Schiffe (S. 49).
21. 2. 40 Gesetz über die Zuständigkeit der Strafgerichte, über die Sondergerichte und sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften (S. 142).
22. 2. 40 Korpsführer Kühnlein Beauftragter für den motorisierten Transport für die Kriegswirtschaft (S. 158).
24. 2. 40 Rede des Führers auf der Parteigründungsfeier in München (S. 53).
Deutsch-italienische Vereinbarung über den Warenverkehr im Jahre 1940 (S. 155).
25. 2. 40 Ein U-Boot unter Kapitanleutnant Herbert Schulze kehrt nach der Versenkung von über 114 000 BRZ auf drei Feindfahrten zurück (S. 50).
26. 2. 40 Luftaufklärung über Nordostfrankreich und Paris (S. 50).
28. 2. 40 Kriegstagung der deutschen Presse in Wiesbaden (S. 71).
-

Der Kampf

Blizzrender Frost behielt das Regiment auch im Februar, jedenfalls in seinen beiden ersten Dritteln. Mit Eis und Schnee, mit Sturm und Nebelsetzen legte er über Straßen und Höhen, durch Wälder und Täler, über Flüsse und Meere, hinweg auch über die Truppen, die zu Lande, in der Luft und auf dem Wasser ihm in unbeirrbar treuer und entschlossener Abwehr des feindlichen Vernichtungswillens Trotz boten. Was nur möglich war, um ihnen Schutz gegen seine Unbilden zu gewähren, war vorgeforgt und geschehen. Kleidung, Ernährung und Unterhaltung erhielten die deutsche Wehrfront gesund, frisch und kampfbereit.

Die Ankündigung, der Führer werde in den Abendstunden des 30. Januar zum deutschen Volk sprechen, war auch von den Männern an der Front mit freudiger Erwartung aufgenommen worden. Wenige Stunden vor Beginn der Führerrede hatte sich die Nachricht mit Windeseile verbreitet. Der Rundfunk brachte sie in die Bunker und Quartiere, und bald eilte die Botenschaft von Mund zu Mund, ging sie durch Dörfer und Orte des frei gemachten Gebiets. Meldegänger und Essenträger trugen sie nach vorn in die Unterstände, bis zu den vordersten Vorposten. Schnell waren die Männer dabei, den gemeinsamen Empfang der Führerrede vorzubereiten. Noch einmal wurden die Rundfunkgeräte überprüft und geeignete Räume für den Gemeinschaftsempfang frei gemacht.

Geheimnisvoll still wird es im Unterstand, als nun Adolf Hitler seine große Rede beginnt. Andachtsvoll lauschen die Männer der Front den Worten ihres Führers. Nur hin und wieder wird die Stille unterbrochen von dem Knistern des Feuers im Ofen, oder wenn ein Windstoß an der Holztür rüttelt. Die Augen der Soldaten glänzen, als der Führer von dem Befreiungskampf unseres Volkes spricht und den Engländern und Franzosen Bescheid sagt. Begeisterung glüht aus ihren Gesichtern, wenn er die Notwendigkeit des Kampfes betont, Entschlossenheit und eiserner Wille, wenn er von dem harten Muß und der Schwere des bevorstehenden Kampfes spricht. Die Männer der Front lieben diese Sprache der Klarheit, der Wahrheit und auch des Kampfes; sie wissen eindeutig, um was es geht und was die Zukunft ihnen zu sagen hat: Kampf für die endgültige Freiheit des deutschen Volkes, Kampf um die ehernen Lebensrechte eines 80-Millionen-Volkes!

Als Begleitmusik ertönte schwaches feindliches Artillerief Feuer, das südlich Epichern etwas lebhafter war als an den Vortagen. Ostwärts Söllingen

eröffnete der Gegner am 31. Januar über den Rhein hinweg lebhaftes MG-Feuier auf einzelne arbeitende Deutsche, das aber schnell zum Schweigen gebracht wurde. Am gleichen Tag schien ein französisches Bataillon jenseits der Grenze westlich Saarlautern einen Angriff vorzubereiten. Deutsches Artilleriefeuer sorgte dafür, daß der geplante Vorstoß unterblieb. Am 1. Februar wurde vor dem Adels-Berg, südlich von Ludwigswinkel, ein feindlicher Spähtrupp abgewiesen. Der Feind zeigte in dieser Gegend eine gesteigerte Nervosität, als erwarte er irgendwelche besonderen Vorkommnisse.

Ostwärts Weißenburg wurde am 4. Februar ein französischer Spähtrupp bei dem Versuch, die Lauter zu überschreiten, abgewiesen. Ein deutscher Spähtrupp stieß südoostwärts von Schwegen in das Niemandsland vor und kehrte nach erfülltem Auftrag zurück. Leider mußte er zwei schwerverwundete Kameraden zurücklassen. Auch am 5. Februar wurde ein feindlicher Spähtrupp an der Reichsgrenze, südwestlich Eppenbrunn, abgewiesen. Am Oberrhein veranstalteten die Franzosen kurze MG-Feuierüberfälle. So ist das Merkmal der Westfront der tägliche Kampf der Spähtrupps und der Artillerie. In den Wehrmachtsberichten wird der letztere als Artilleriestörungsfeuer bezeichnet. Er ist natürlich nicht zu vergleichen mit dem Einsatz der Artillerie im Weltkrieg, der in tage- und wochenlangem Trommelfeuier seinen stärksten und fast zum Sinnbild der Front gewordenen Ausdruck fand. Immerhin aber gibt die heutige Artillerietätigkeit auch der gegenwärtigen Westfront ein bestimmtes Gepräge, das neben der Spähtrupp-tätigkeit der Infanterie am auffallendsten unter den aktiven Kampfhandlungen hervortritt. Während die Spähtruppunternehmen ihrem Zweck entsprechend möglichst lautlos und ohne Kampfsärm durchgeführt werden, spricht die Artillerie Tag für Tag ihr hartes und drohendes Wort. Durch sie spricht die Front!

Wie schon gesagt, ist die jetzt meist zur Anwendung kommende Kampfart der Artillerie das Störungsfeuer, also die Beunruhigung des Gegners in seinen Stellungen. Dazu gehört der Beschuß der feindlichen Artillerie selbst, um deren Tätigkeit zu lähmen, dann die Bekämpfung von Verteidigungsanlagen und Befehlsstellen und die Störung von Bereitstellungs- und Versammlungsräumen. Eine sehr wichtige Unterstützung gewährt die Artillerie den Stoßtruppunternehmen, also den Angriffshandlungen der Infanterie und Pioniere, durch das sogenannte Vorbereitungschießen, mit dem sie den Gegner in seinen Stellungen niederhält und so die Abwehrmöglichkeiten gegen den Angriff herabmindert und den feindlichen Widerstand zermüht. Zur vereinbarten Zeit schweigt in einem solchen Fall dann das Artilleriefeuer und ermöglicht in diesem Augenblick der angreifenden Infanterie, die Schwäche des Gegners auszunützen und einzubrechen. Umgekehrt legt die Artillerie Sperrfeuer, um den Angreifer am Vorgehen zu hindern und ihn zu zwingen, vor der Sperrfeuerzone liegenzubleiben. Die Methoden des Artilleriekampfes sind bei allen Einsatzarten verschieden. Je nach Zweckmäßigkeit werden bestimmte Objekte unter Feuer genommen, gelegentlich auch durch das zusammengefaßte Feuer mehrerer Batterien. Oder die Artillerie streut über einen größeren Geländestreifen — wie es die Franzosen gern und häufig tun. Das Streufeuer birgt für den Be-

schossen insofern größere Unannehmlichkeiten in sich, als er nie weiß, wo ungefähr die Einschläge liegen. Ein systematisch gezieltes Feuer erhöht natürlich die Vernichtungssicherheit.

Eine wesentliche Rolle hat im erstarrten Stellungskampf des Weltkrieges, wie alle alten Frontkämpfer noch wissen, die Zeit des Schießens gespielt. Da gab es Frontabschnitte, in denen der Feind zu so bestimmter Stunde seine Artillerietätigkeit begann, daß man seine Uhr danach stellen konnte. Diese Regelmäßigkeit vermißt die heutige Westfront vollends. Beim gegenwärtigen Feuerkampf der Artillerie spielt das Überraschungsmoment, der Feuerüberfall, eine wesentliche Rolle. Unberechenbar sind die Absichten auf beiden Seiten, und unvermutet blüht und dröhnt es plötzlich in 'örten, dann wieder in jenem Abschnitt auf. Der deutsche Soldat sieht im Vorfeld auch der wildesten Knallerei der Franzosen mit gelassener Ruhe entgegen. Auf der Gegenseite soll es nach zuverlässigen Feststellungen anders sein: Man ist nervös — was man sehr leicht aus dem Antwortfeuer der französischen Artillerie ersehen kann.

Ein Begriff, der häufig im Zusammenhang mit der Artillerietätigkeit auftritt, ist der des sogenannten Vergeltungsfeuers. Hier handelt es sich um die Annahme, daß die eine Seite die Unfreundlichkeit der anderen „heimzahlen“, also vergelten will, wenn diese einmal zu groß gewesen ist. Von einem systematischen Vergeltungsfeuer kann jedoch keine Rede sein, denn solche Maßnahmen kämen letzten Endes auf zwar blutig-ernste, aber doch unsoldatische und dem Sinn und Zweck des Kampfes in keiner Weise entsprechende Spielereien heraus. Jede Tätigkeit der deutschen Artillerie, jeder Schuß und jede Granate haben ihre wohlüberlegte Veranlassung, angepaßt den Notwendigkeiten und Plänen der deutschen Kriegsführung. Folgen wir einmal dem Einsatz einer Batterie, so gewinnen wir einen spannungsreichen Einblick in den *Kampf der Artillerie im Westen*:

Durch gemeinsame Feststellungen und Beobachtungen eines Spähtrupps, eines Aufklärungsfliegers und eines vorgeschobenen Beobachters der Artillerie ist beim Gegner die Einrichtung einer neuen Feuerstellung ermittelt worden. Da von dieser Stellung aus eine unliebsame Einwirkung auf einen Versammlungsraum der eigenen Truppe erwartet werden muß, ergeht an die 3. Batterie der Auftrag, die feindliche Artilleriestellung niederzukämpfen und zu vernichten.

Der Batterieführer begibt sich auf die Haupt-Befehlsstelle. Die Karte mit dem für die artilleristische Waffe so berühmt gemordenen Planquadraten liegt vor ihm. Die feindliche Artilleriestellung ist hinter dem Waldstück am Südwestausgang des Dorfes X. liegend gemeldet worden. Das Scherenfernrohr holt das Waldstück dicht vor das Auge. Von einer Stellung ist zwar nichts zu erkennen, da sie anscheinend gut gedeckt und getarnt ist, aber — man wird ja sehen. Der Batterieführer vergleicht seine Geländebeobachtung mit der Karte. Rechnet und nickt.

Mit der Batteriestellung ist die Befehlsstelle durch Fernsprechleitung verbunden. Noch ist alles in gewohnter Ruhe und Bereitschaft. Dann klingelt plötzlich der Apparat im Befehlsstand der Batterie. Der

Batterieoffizier meldet sich und erfährt — vorher schon kurz von dem bevorstehenden Einsatz unterrichtet — den Zeitpunkt der Feueröffnung.

Ein gellender Pfiff des Oberwachtmeisters setzt die Stellung in Alarm. „An die Geschütze!“ rufen laut und vernehmlich die Zugführer ihre Kommandos in die Unterstände. „Raus!“ ist das kurze Echo der Geschützführer. Ein paar Griffe der Kanoniere hier- und dahin, nach Stahlhelm, Karabiner, Gasmasken. „Los, Karl!“ Im Laufschrift geht's aus den Unterständen hinaus. In kaum einer halben Minute steht die Bedienung — wie tausendfach exerziert — am Geschütz. Jeder hat seinen Platz eingenommen: Geschützführer, K 1, der Richtkanonier, K 2, der Abzugkanonier, K 3 zweimal, die Ladekanoniere. Die Wachtmeister als Zugführer stehen so, daß jeder seine beiden Geschütze vor sich hat und gleichzeitig mit dem Befehlsstand in Rufverbindung bleibt.

Die Gedanken der Artilleristen sind ganz bei der Sache. Jeden beherrscht das den deutschen Soldaten beglückende Gefühl des Kampfes. Von jedem hat diese Stunde ganz und gar Besitz genommen. Endlich mal zum Schuß kommen! Zum scharfen Schuß, versteht sich, und feindwärts das Rohr gerichtet! Die Spannung wächst. Alles wartet auf den Feuerbefehl.

Da pflanzt sich dieser Befehl schon, den der Batterieführer von der Beobachtungsstelle durchgegeben hat, vom Befehlsstand aus zu allen vier Geschützen fort, laut durchgerufen und wiederholt vom Batterieoffizier, von den Zugführern und Geschützführern.

„Vierte Ladung! Aufschlag! Ganze Batterie!“

„Von Grundrichtung 140 weniger!“

„421 Strich!“ — „Libelle 302!“

„Drei Schuß!“

In gleicher Schnelle wie der Befehl, der alles an Angaben über Entfernung, Richtung, Feuerkraft usw. in seinen geheimnisvollen Worten und Zahlen enthält, bewegen sich die Männer am Geschütz, jeder bei der Erfüllung der ihm zugewiesenen Aufgabe, das Rohr senkt sich in eine bestimmte Richtung, durch die Hände der Ladekanoniere wandert die Granate hinein in das Rohr, und durch eine kurze Reißbewegung des Abzugkanoniers verläßt sie es mit rasender Geschwindigkeit. Hart und dumpf bellt es vor der Mündung auf, begleitet von einem kurzen zuckenden Blitz. Dreimal hintereinander in kaum dreißig Sekunden.

„Abgefeuert!“ — der Geschützführer; „Abgefeuert!“ — der Zugführer; „Abgefeuert!“ — der Batterieoffizier durch den Apparat zur B-Stelle.

Kaum daß die vier Geschütze zusammen zwölfmal aufgebrüllt haben, jagen die Granaten schon mit unheimlicher Geschwindigkeit pfeifend und surrend durch die Luft. Ein tödliches Singen, das ihren Weg begleitet!

Auf der Befehlsstelle preßt der batterieführer die Augen an das Scherenfernrohr. Jetzt ... Da! Eine Wolke geht hinter dem Waldstück hoch. Qualm und Staub. Und noch eine, und noch eine ... zwölfmal. Begleitet von krachendem Aufschlaggetöse, das bis hierher wahrnehmbar ist.

Die Salve hat gesessen. Kein Zweifel, mitten in der feindlichen Stellung. Denn jetzt zeigt das Glas aufspringende Menschen, die sich im freien Feld blitzschnell und Schutz suchend zu Boden werfen.

Noch einmal. Befehl: „Dieselbe Entfernung. Drei Schuß!“

Und wieder brüllen die Geschütze auf.

Zwischendurch gibt der Batterieführer kleine Korrekturen durch, um die Wirkung des Feuers noch eindrucksvoller zu gestalten:

„30 mehr!“

„Abgefeuert!“ — Mit eiserner Ruhe, aber mit konzentrierten Gedanken und angespannten Muskeln arbeiten die Männer am Geschütz.

„Abgefeuert!“ — —

Der Batterieführer kann seinen Auftrag als erledigt melden. Die da drüben werden nicht mehr schießen. Von dieser Stellung aus jedenfalls nicht mehr. Sie antworten aus einer anderen Richtung. Streuen wieder nervös durch das Gelände, beißen sich auf einem unbesetzten Hügel fest.

Jedoch: Eine deutsche Batterie hat gesprochen. Hart und machtvoll... Artilleriekampf an der Westfront 1940.

Der Wehrmachtbericht vom 8. Februar meldet lebhaftere Artillerietätigkeit. Sie stand augenscheinlich in Zusammenhang mit verstärkter Spähtrupp-tätigkeit. Am Oberrhein wurden erneute Versuche des Gegners zu propagandistischer Betätigung wegen ihres beleidigenden Charakters durch MG-Feuer unterbunden. Bemerkenswerterweise wurde im Nachhinein den deutschen Posten von den Franzosen ein Plakat gezeigt, dessen Inhalt keinen Zweifel darüber ließ, daß die neuerdings augenscheinlich von Paris befohlenen Propagandaversuche an der Front von den vernünftigen französischen Soldaten als Unsinn abgelehnt werden.

Von Front zu Front wurden mit Hilfe schnell angefertigter Plakate gelegentlich kurze Mitteilungen gewechselt, die für die Stimmungsbewertung oft recht bezeichnende Unterlagen ergaben. So hat sich an einem Punkt der Westfront folgende Unterhaltung zwischen französischen und deutschen Soldaten abgespielt:

„Franzosen sind hier!“ lautete das erste Plakat, das von drüben in deutscher Sprache sichtbar wurde. Daraufhin fertigten die gegenüberliegenden deutschen Vorposten ein Plakat mit der Frage an: „Wo ist der Tommy?“ Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Sie lautete kurz und bündig, wieder in Plakatform: „In England!“ Die deutschen Vorposten fragten zurück: „Warum nicht hier?“ Darauf zeigten die Franzosen als Antwort folgende Anschrift: „Sie haben Angst!“ An einer anderen Stelle der Front wurde von mehreren Franzosen die Frage gestellt: „Wie geht es euch?“ Im Rahmen der sich abahnenden Unterhaltung teilten die Deutschen mit, daß in der Nordsee zahlreiche englische Schiffe versenkt worden seien und erhielten die unmißverständliche Antwort: „Das ist in Ordnung!“

Am 9. Februar gab der Wehrmachtbericht Kunde von einem Gefecht bei dem lothringischen Städtchen Forbach. Es wurde gegen überlegene feindliche Streitkräfte von einer deutschen Sicherung erfolgreich bestanden. Der feindliche Stoßtrupp, der sich in Forbach eingenistet hatte, wurde bei dieser Gelegenheit zum größten Teil getötet, verwundet oder gefangen. Be-

merkwürdig ist, daß es sich nicht etwa um ein vorbereitetes Unternehmen handelt, sondern um einen unerwarteten Zusammenstoß. Den Auftakt des Kampfes bildete ein Feuerüberfall feindlicher Kräfte auf einen vorgeschobenen deutschen Posten an einem Punkt, wo mehrere Straßen Forbach sternförmig zusammenlaufen. Ein Erlebnisbericht gibt ein anschauliches Bild von dem *Straßenkampf in Forbach*:

Auf einer beherrschenden Höhe von Forbach stehen die deutschen Beobachter, die hier eine gute Möglichkeit haben, das Niemandsland und die feindliche Stellung im Auge zu behalten. Die Aufgabe des Vorfeldbataillons ist es auch, sie durch stehende Spähtrupps und Posten zu sichern. Gleich nach Beendigung des Polenfeldzuges wurde das Bataillon auf diesem Abschnitt eingesetzt. Es hielt ihn mit Unterbrechungen, die es in Ruhestellung führen, besetzt. Es stellt den ersten deutschen Spähtrupp, der nach Forbach eindrang und den Schloßbergturm bestieg. Der Kommandeur selbst kennt den Abschnitt aus seiner Jugend — er ging in Forbach zur Schule. Es war ein eigenes Gefühl für ihn, täglich seine alte Heimat vor sich liegen zu sehen, und von Tag zu Tag hoffte er, wieder einmal durch die vertrauten Straßen gehen zu können. Bald mußte der Franzmann Forbach räumen, und die Hoffnung wurde Wirklichkeit. Oft kommt er nun in das Städtchen hinein. Seine Geländekenntnis und die seiner Offiziere und Männer, die durch ihre häufige Spähtruppstätigkeit bald jedes Haus genau kennen, sichern ihnen die Beherrschung des Niemandslandes.

Gerade ist der Kommandeur auf einem Kontrollgang begriffen, um die einzelnen Posten und Sicherungen zu revidieren, um festzustellen, ob die Verbindung nach rückwärts klappt — da kracht es in Forbach. Schmetternd bersten Handgranaten, kurze Feuerstöße der MG's, Gewehrscüsse pfeifend und surrend, spritzen Geschosse und Splitter an die Hausmauer.

Er greift sich alle in der Nähe erreichbaren Männer und eilt vorwärts an die Straßengabelung, wo kurz vor der großen Straße nach Metz seine MG-Sicherung anscheinend ins Gefecht gekommen ist. Da liegt schon der Gefreite neben seinem MG, hält ständig die Hauptstraße unter Feuer, damit der Feind nicht vorwärts kommt. Ruhig wie beim Gefechtschießen, nur Feuer gebend, wenn sich etwas zeigt, dabei aber schon verwundet, gibt er Auskunft. Er hatte in der Hauptstraße, der „Rue Nationale“, einen Schützen als Sicherer noch hundert Meter vorgeschoben, dem plötzlich aus einem Haus etwa sechs bis acht Handgranaten fast vor die Füße flogen, ihm aber glücklicherweise keinen Schaden zufügten. Im gleichen Augenblick sprangen sechs Franzosen aus dem Haus heraus, brachten ein MG in der Hauptstraße in Stellung und nahmen die deutsche MG-Sicherung unter Feuer. Der vorne liegende Schütze hatte sich durch einen kurzen Sprung mitten durch den Feuerbereich der Maschinengewehre in ein Haus in Deckung begeben. Ein Feldwebel war schon kurz vor dem Kommandeur eingetroffen und sofort links ausbiegend vorgegangen, in ein Haus eingedrungen und hatte von dort aus die Franzosen aus guter Deckung unter Gewehrfeuer genommen.

Blitzschnell hat der Bataillonskommandeur die Lage erfaßt. Im gleichen Augenblick schon gibt er seine Befehle. Offenbar hatten sich

die Franzosen schon vor einigen Stunden in der Hauptstraße eingestuzt. Jetzt sollen sie aber selbst in eine Zange genommen werden. Ein Feldwebel mit einigen Männern und einem weiteren MG gehen an der Bahnlinie nach Metz vor, die rechts der Straße verläuft, und nehmen von der rechten Flanke her die Häuser der Hauptstraße unter Feuer. Da schießen die Franzosen Leuchtkugeln ab, sie fordern Verstärkung an. Der Feldwebel erkennt die Lage, stößt noch etwas weiter vor, so daß er die aus Forbach herausführende Straße selbst unter Feuer nehmen und das Herankommen von Verstärkung verhüten kann. Inzwischen hat der zuerst gekommene Feldwebel und das in der Hauptstraße stehende MG bei der ersten Gruppe des Feindes erhebliche Wirkung gezeigt. Zwei Leutnants sind nun auch herangekommen und arbeiten sich von links herum in den Rücken des Feindes. In einer Seitenstraße an einem Siedlungsblock vorbei stoßen sie, ständig die Fenster und Häuser beobachtend, parallel zur Hauptstraße vor, bis an die große Kaserne, die am Ortseingang steht. Da geht's hinein und wieder nach rechts hinüber auf die Hauptstraße. Sie haben richtig gerechnet. Hier treffen sie auf die Franzmänner. Gerade kommen drei über die Mauer geklettert. „A bas les armes!“ und das Gewehr liegt im Anschlag. Ein lautes „Non“ klingt herüber, und zwischen dem Leutnant und seinem Unteroffizier geht der Schuß des Franzosen durch. Fast gleichzeitig krachen die Schüsse der beiden deutschen Gewehre. Der Franzose fällt aufs Gesicht. Tapferer Feind. Aber die beiden anderen ergeben sich noch immer nicht. Wieder die Gewehre hoch. Ein zweiter bricht verwundet zusammen, der dritte versucht Deckung zu nehmen. Der Unteroffizier stützt um das Gebäude herum und findet ihn vollkommen erschöpft an der Hauswand lehrend. Er kann nicht mehr, er gibt es auf. Der Unteroffizier nimmt ihm das Gewehr ab. Dann faßt er seinen prisonnier de guerre am Wickel und bringt ihn zurück zu seinem Leutnant, der inzwischen gesichert hat.

Auch der andere Leutnant hat mit dem Rest der Franzmänner, die sich in der Hauptstraße festgesetzt hatten, einen tüchtigen Strauß gehabt. Von einem Dachgarten aus hatte er ein paar erwischt, die an einer Mauer in Deckung standen. Dann hat er sich weiter vor bis an die Kaserne herangearbeitet. Nun heißt es aber abbauen. Der Erfolg ist erreicht. Die französische Abteilung ist aufgerieben, und einige Gefangene sind gemacht ohne eigene Verluste. Jetzt aber ist mit dem Eintreffen erheblicher französischer Verstärkungen zu rechnen. Schnell geht's nun hinaus auf die Hauptstraße. Ein dort liegender verwundeter Franzose soll noch mitgenommen werden. Im Augenblick, wie sie ihn verbinden wollen, bekommen sie wieder Feuer. Da hilft nichts. Wieder gehen sie in Deckung, ziehen den verwundeten Feind noch nach, damit er nicht hilflos dem eigenen Feuer ausgesetzt ist, und bringen den Gegner zum Schweigen. Wieder geht's auf. Dem Unteroffizier fällt auf, daß bei einem der drei gefallenen Franzosen, die etwas weiter zurückliegen, einer keine Schußverletzung zeigt. Er faßt ihn an, dreht ihn herum und merkt sofort, der „spielt nur tot“. Ein sanfter Rippenstoß und ein paar kräftige Worte veranlassen ihn zum Augenblinzeln, und nun dauert's nur eine Sekunde, dann marschiert er mit zurück.

So war das nun. Schwerer Verlust des Feindes, der sich zäh und tapfer wehrte — der Straßenkampf dauerte fast zwei Stunden —, mehrere unerrundete und ein verwundeter Gefangener, auf unserer Seite

aber nur ein Leichterrundeter. So beherrscht der deutsche Infanterist dank seiner hervorragenden Ausbildung, Bewaffnung und durch seine Tapferkeit und Ruhe das Vorfeld und das Niemandsland.

Die Spange zum Eisernen Kreuz wurde dem Bataillonskommandeur und das Eisene Kreuz den beiden Offizieren, dem Unteroffizier, dem tapferen Gefreiten und einem der Schützen verliehen. Der Divisionskommandeur überreicht es ihnen persönlich mit dem Ausdruck des Dankes und der Anerkennung, daß sie die schwierige Lage so tapfer und umsichtig gemeistert hatten.

Im Heeresbericht stand zu lesen: „In Forbach stieß eine eigene Sicherung mit einem stärkeren feindlichen Spähtrupp zusammen. Dabei verlor der Feind mehrere Gefangene.“ Das ist die kurze, militärische Zusammenfassung eines Ereignisses an der Westfront, wo immer wieder bei kleineren Kampfhandlungen der einzelne Mann den Krieg in aller Schärfe kennenlernt und wo der deutsche Soldat dem Gegner zeigt, was es bedeutet, leichtfertig das deutsche Volk anzugreifen.

Bei einem deutschen Erkundungsvorstoß vom 10. Februar, der auf Schleichpfaden durch Winensfelder und Drahtverhaue führte, wurden wichtige Feststellungen über die Angriffs- und Abwehrmaßnahmen des Feindes getroffen. Am 15. Februar meldet das Oberkommando der Wehrmacht wieder besondere Spähtruppstätigkeit im Grenzgebiet südlich von Saarbrücken. Dabei gelang es, eine französische Beobachtungsstelle, die vor einigen Tagen gemeldet war, nach sorgfältiger Vorbereitung durch einen deutschen Spähtrupp auszuheben. Hierbei wurden mehrere Gefangene gemacht. Ein Teilnehmer berichtet:

Eisig dringt die Kälte aus dem steinhart gefrorenen Boden. Die dünne Schneedecke des Ackers läßt jede Scholle fühlen.

Eine Stunde wird es mindestens noch dauern, bis der Franzmann kommt. Er liebt anscheinend das Frühaufstehen nicht und bleibt länger als sonst in den Hütten im Waldstück vor uns.

Wir liegen dicht angeschmiegt am Boden in einer Mulde. Langsam, Minute um Minute, geht die Zeit dahin. Wir können noch einmal alles überdenken, was wir gestern und vorgestern geplant und überlegt haben. Jetzt wollen wir unseren Plan ausführen, jetzt muß sich zeigen, ob er richtig war. Vor einem Waldrand liegen wir. Nur wenige Meter trennen uns von dem französischen Drahthindernis. Gleich dahinter am Waldrand ist die Stelle, wo wir unseren Schlag führen wollen. Notdürftig deckt uns der Busch gegen Sicht vom Feind her. Weit zieht sich die Mulde hinter uns nach unten, in der das französische Dörfchen mit dem deutschen Namen liegt. Totenstille im Niemandsland.

Da knackt es und knirscht der Schnee. Was ist das? Von rechts kommen ziemlich sorglos zwei Franzmänner angestapft. Unsere Pulse hämmern, das Herz schlägt bis zum Halse — sie können unseren ganzen schönen Plan über den Haufen werfen. Jetzt bleiben sie auch noch vor uns stehen. Ob sie Verdacht geschöpft haben? Langsam und vorsichtig schauen wir nach den Kameraden, die hinter dem Nachbarbusch liegen. Wenn sich nur keiner rührt. Der Franzmann darf noch nichts merken. Einer der Kameraden muß husten. Mit aller Energie verbeißt er den Reiz, steckt den Kopf in den Schnee und schiebt vorsichtig eine Handvoll Schnee in den Mund. Die eisige Kälte des Schneewassers beruhigt.

Er hat es überwunden. Die Franzosen haben nichts gemerkt. Immer noch bleiben sie stehen. Den Atem halten wir an. Seit Tagen haben wir diese Stelle im Auge. Es muß eine Artilleriebeobachtungsstelle sein. Seit Tagen schon sehen wir jeden Vormittag ein paar Mann aus dem Wald kommen und an dieser Stelle verschwinden. Gestern Abend setzten wir uns mit dem Kompanieführer zusammen und ließen den Plan endgültig Gestalt gewinnen.

Jeder Mitwirkende erhielt seine „Rolle“ in dem „Film“, der jetzt abrollen soll und der blutiger Ernst für jeden werden kann. Jeder Platz ist besetzt, jeder Busch belegt, jeder weiß genau, was er zu tun hat. Die MG-Sicherungen stehen bereit. Heute wollen wir das Nest ausheben.

Immer noch stehen die beiden Franzmänner vor uns. Ins Auge können wir ihnen schauen — nur keine Bewegung, wenn die Kälte auch wie mit Nadeln in die Glieder sticht. Ein Franzose stößt den Kameraden an: „Allons!“ — Endlich. Sie haben uns in unseren Schneemänteln nicht bemerkt.

Bald wird es soweit sein. Jeden Augenblick können die Beobachter aus dem Wald auftauchen. Dann heißt es handeln. Wenn die Glieder auch vor Kälte noch so steif sind, blitzschnell muß es dann gehen. Sie dürfen nicht zur Besinnung kommen. Jetzt ist nur noch ein Gedanke in uns — es muß klappen! Zehn Mann sind wir hier. Drei Feldwebel, ein Unteroffizier und sechs Mann. Vorsichtig schauen wir uns nach den Kameraden hinter dem anderen Busch und nach denen in dem Steinbruch. Nur mit Blicken können wir uns verständigen. Langsam, langsam geht die Uhr vorwärts. Nichts regt sich.

Da kommen sie. Aufrecht gehen sie durch den Wald, gerade auf uns zu. Nichtsahnend. Sie verschwinden hinter ihrem Tarnnetz. Jetzt müssen wir handeln. Noch etwas wollen wir warten. Wir müssen sie überwachen, denn aus den Blechhäusern dort hinten kann sehr schnell eine böse Überraschung kommen. Gleich wird es soweit sein, und dann muß es blitzschnell gehen. Die Abreißleine hat der Feldwebel schon in der Hand. Jetzt gibt er ein Zeichen mit einer kleinen Handbewegung, reißt ab, ran ...! Ein Feuerstrahl, der Boden beb't, einen Buchenstamm reißt es weg. Wir hatten schon das Knie angezogen, auf! Die Kälte ist weg, wir rasen auf den Draht zu, durch die Gasse an das Loch. Nichts rührt sich. Sie müssen drin sitzen. Blitzschnell hat der Feldwebel die Pistole heraus, gibt ein, zwei Schuß ab und ruft: „Prisonniers! Raus!“ Da kommt schon einer. Er blutet ein wenig am Kopf. Ist noch benommen von der Detonation und ruft: „Ich hebe schon die Hände, ich laufe euch nicht weg!“ Er wird den Kameraden hinter uns zugeschoben. Sie nehmen ihn in die Mitte, bringen ihn durch das Drahhindernis und laufen mit großen Sätzen mit ihm den Hang hinunter. Inzwischen waren wir mit einem Sprung in dem Loch. Da kommt der andere. Er scheint schwer verwundet zu sein, aber er ist bei Besinnung. Wir greifen uns den Poilu, er muß mit. Wir helfen ihm heraus. Da, tak, tak, tak ... setzt das französische MG ein. Aber schon werfen die Kameraden noch einige Handgranaten nach den Blockhütten zu und dann zurück. Unsere MGs halten den Feind nieder. Sie schießen tadellos, die Kameraden. So kriegt uns der Franzmann nicht. Der arme Kerl in unserer Mitte bricht zusammen. Wir versuchen, ihn zu tragen, es geht nicht. Der Boden ist vereist und glatt, wir müssen laufen. Noch einmal versuchen wir, ihm aufzuhelfen, es geht nicht.

Wir legen ihn hin, wir beugen uns noch einmal zu ihm nieder, wollen ihn nicht so liegen lassen, ihm noch irgendwie helfen, da zuckt er zusammen, streckt sich — tot. Armer Poilu, du hast mit deinem Leben einen Teil der Schuld bezahlt, die deine Regierung auf sich nahm. Wir müssen weiter, laufen, laufen. Unser Auftrag ist erfüllt, wir haben hier nichts mehr zu tun.

Bald treffen wir auf die Kameraden, ihren Gefangenen in der Mitte. Der arme Kerl scheint Schmerzen zu haben, und auch der Schreck hat ihm tüchtig zugesetzt. Als wir herankommen, fragt er: „Kann ich noch an meine Mutter schreiben?“ Die plutokratische Lügenhetze hat also auch ihn glauben gemacht, daß die Deutschen jeden Gefangenen ermorden! Trotz aller Erregung, trotz des Kampflärms — noch immer bellen die MGs, knattern die Gewehrschüsse — überkommt uns Rührung. Da hing der arme Bursch zwischen uns, bebend vor Schreck und Schmerz — und spricht deutsch wie wir. Aus deutschem Stamm ist er! Wie wir nachher erfahren, kommt er aus dem deutschen Sprachgebiet, das ja stellenweise weit in das nach 1918 französisch gewordene Land reicht.

Noch ein paar Minuten hastigen Laufens, dann sind wir in der deutschen Vorpostenstellung. Hier warten die Kameraden auf uns. Wie leuchtet die Freude aus ihren Gesichtern, als sie uns alle wohlbehalten wiedersehen. Da steht auch der Kompanieführer, der wie ein sorgender Vater um unser Schicksal bangte, der uns ein gutes Stück ins Niemandsland gefolgt war.

Stolz treten wir vor ihn und hören die Meldung unseres Feldwebels: „Stoßtrupp zurück, Auftrag ohne eigene Verluste ausgeführt, ein Gefangener!“

Zimmer wieder stießen dann, Tag für Tag, deutsche Spähtrupps erfolgreich vor und brachten wichtige Erkundungen und Gefangene mit zurück. So meldete der Wehrmachtsbericht vom 17. Februar einen gelungenen Vorstoß am Warndt südwestlich von Saarbrücken. Schon wiederholt hatten deutsche Mannschaften einem Dorf, in dem sich Franzosen mit einigen Feldwaffen eingenistet hatten, nächtliche Besuche abgestattet. Um diesen Stützpunkt entspann sich dann ein erbitterter nächtlicher Kampf. Der deutsche Stoßtrupp, der mit der Aushebung des Widerstandsnestes beauftragt war, riegelte trotz heftigen gegnerischen Feuerkampfes das Haus, in das sich die Franzosen eingenistet hatten, ab. Unter dem Feuerbeschuß der Stoßgruppen, die das Gebäude umgannen und so dem Gegner den Rückweg abgeschnitten hatten, sprengten Pioniere die verrammelte Haustür. Nach leitete der Feind aus dem Dachgeschoß heraus erbitterten Widerstand. In das Krachen der Handgranaten mischte sich das rasche Lachen der deutschen Maschinengewehre, die die feindlichen MGs mit wohlgezielten Feuerstößen schnell zum Schweigen brachten. Die vordere Sicherungsgruppe hatte inzwischen eine Telefonleitung zerschnitten und dem Gegner die Heranführung von Verstärkung erschwert. Aus knapp 80 Meter Entfernung erhielt sie plötzlich MG-Feuer. Offenbar stammte es von einer nach der Dorfmitte zu gelegenen feindlichen Feldwache. Mit MGs, Maschinenpistolen und Pistolen nahm jetzt auch an anderen Stellen der Sicherungsgürtel den Kampf auf und hielt den Kameraden vom Stoß-

trupp weitere Gegner vom Leibe. Innerhalb von wenigen Sekunden griff auch die JGK mit ihren Infanteriegeschützen ein. Wirksam lag ihr Feuer auf den französischen MGs. Erneut eine Sprengung! Eine Leuchtkugel zählte in die Höhe: die Franzosen wiesen ihrer Artillerie das Ziel. In das Gurgeln der schweren deutschen JG-Granaten mischte sich das helle Pfeifen der französischen Artilleriegeschosse, die dem Abschnitt des vorn eingesehten deutschen Bataillons galt. Die Pioniere hatten inzwischen weitere Sprengkörper angelegt, und unter lautem Getöse stürzte wenige Sekunden später die linke Hälfte des Hauses zusammen. Die Maschinengewehr in der Hand ging es in das Gebäude, das nun restlos einzustürzen drohte. Schuttmassen versperrten den Eindringenden den Weg. Drei Franzosen kamen mit erhobenen Händen entgegen; der Rest der Besatzung des Hauses lag tot unter den Trümmern. Unter Mitnahme einer beachtlichen Beute an Waffen und Munition trat der Stoßtrupp den Rückmarsch an. Ein junges Regiment hatte durch dieses erfolgreiche Unternehmen seine Tradition begründet.

Nicht wenige Vorstöße der deutschen Spähtrupps wurden auch von dem Wunsch der Mannschaften angefeuert, sich endlich einmal mit Engländern messen zu können. Jedoch, so heißt es in einem deutschen Bericht, blieb alles Bemühen der Spähtrupps vergeblich. Wo sie auch vorstießen, sie konnten immer nur französische Einheiten feststellen. Ein interessanter Vorgang sei hier festgehalten. Irgendwo war eine englische Fahne gehißt worden. Plötzlich wurde sie, wie deutsche Vorposten beobachteten, von einigen Franzosen heruntergeholt und durch eine weiße Flagge mit der Aufschrift „Es lebe Frankreich“ ersetzt. Auf den Zuruf der deutschen Vorposten, wo denn die Engländer seien, erfolgte die Antwort: „In Paris!“

Am 20. Februar gab der Wehrmachtbericht bekannt, daß ein deutscher Spähtrupp südostwärts von Busendorf, auf französischem Boden, einen feindlichen Lastkraftwagen mit etwa 20 Mann vernichtet habe. Über diese tapfere Tat gegen einen tapferen Feind wird berichtet:

Wum Mitternacht war der französische Stoßtrupp aus seinem Quartier herausgetreten. Ein Lastkraftwagen wartete schon mit laufender Maschine. 20 Poilus bestiegen ihn, verstaute ihre Sachen. Seine besten Leute hatte der Kapitän für dieses Unternehmen ausgewählt; ausgezeichnete Soldaten waren alle.

Ratternd rollte der Wagen die Straße nach X., dem kleinen Örtchen im französischen Grenzgebiet. Noch wenige Minuten, und mit dem Schlag der ersten Stunde des jungen Tages mußte es erreicht sein. Um diese Zeit pirschte sich ein deutscher Spähtrupp den Steilhang zum Dorf hinab. Stundenlang sind die Schützen schon unterwegs. Wie die Indianer sind sie auf gefrorenem Acker um vom Feind besetzte Dörfer und Waldränder herumgeschlichen, haben sie die Sicherungen und Posten umgangen. Sorgfältig vermieden sie jede Berührung mit den Alarmgeräten, die überall gespannt waren.

Tief sind sie vorgestoßen. Ihr Erkundungsauftrag ist eigentlich erfüllt; aber sie wollen noch mehr erfahren. Ihr Führer, Leutnant M., weiß, daß er mehrere Kilometer in Frankreich eingedrungen ist; auch seine Schützen wissen es. Sie wissen auch, daß in ihrer Lage nur volle Einsatzbereitschaft jedes einzelnen. Kühnheit mit Kaltblütigkeit ge-

paart, jede Situation meistern kann. Weit von ihrer Ausgangsbasis entfernt, sind sie völlig auf sich selbst und ihr soldatisches Können gestellt.

Unten im Tal verläuft die Straße. Leutnant M. will sie erreichen, um den Verkehr zu beobachten. Ein starker Wind peitscht die Männer, während sie hinabsteigen.

Ein Lichtschein blüzt aus der Ferne, wandert näher. Ein Melder? Ein Transport? Nachschub? Niemand kann es wissen. Auf alle Fälle kommen Franzosen am Steuer dieses Fahrzeuges.

„Die wollen wir schnappen!“ Der Leutnant gibt seiner Truppe die nötigen Befehle. Rechts und links der Straße drücken sich die Schützen in die schneegefüllten Gräben. Lautlos ist alles. Auch von dem leichten Maschinengewehr und seiner Bedienungsmannschaft, die in einiger Entfernung nach rückwärts sichert, ist nichts zu hören und zu sehen.

Das Keuchen des Motors wird immer lauter, schon sieht man die Schneeflocken im Lichtkegel tanzen. Jetzt ist der Lastwagen an der MG-Sicherung vorüber, jetzt an dem ersten Schützen, am nächsten, erreicht die Mitte ...

Der Leutnant ist aufgesprungen, hinter ihm zwei seiner Leute. Der Scheinwerfer faßt die weißen Gespenster. Breit stehen sie auf der Straße. „Wird der Lastkraftwagen anhalten?“ durchzuckt es den Offizier, „oder werden sie uns überrennen?“

Der Wagen fährt langsamer. Der Lenker scheint die Gestalten da vorn in ihrer Schneetarnung für eigene Leute zu halten. Da reißt es an der Wagentür, eine Stimme brüllt: „Raus! Prisonnier, vite vite!“

Die Deutschen sind da. Der Franzose hat es kaum gedacht, als er schon durch das splitternde Glas des Führerhauses die Kugeln seiner Pistole nach dem Feinde schießt.

Die Deutschen antworten. Gewehrschüsse peitschen, zertrümmern den Scheinwerfer. Handgranaten werden abgerissen. Ein dumpfer Knall: der Motor ist zerfetzt. Schon bricht eine Flamme aus dem Tank, der Kraftstoff hat Feuer gefangen. Ein roter Schein flackert über dem Kampfplatz ...

Aus dem Führerhaus wird nicht mehr geschossen. Aber durch die Plane des Wagens hämmern Maschinengewehre. Aus dem rückwärtigen offenen Teil plumpsen die Handgranaten der Franzosen auf die Straße, zerbersten und splintern.

Der deutsche Spähtrupp merkt erst jetzt, daß dieser Lastkraftwagen französische Soldaten nach vorn bringen soll, die sich so weit hinter der Front in voller Sicherheit fühlten. Nun gilt es das Leben: du oder ich!

Drei Minuten Feuerkampf, dann gibt der deutsche Offizier durch: stoppen! Wieder ruft er: „A bas les armes! Rauskommen!“ Antwort geben die französischen Maschinengewehre: taktaktak ...

Da mäht auch schon das deutsche Maschinengewehr durch das Verdeck nach dem unsichtbaren Feind. Handgranaten detonieren unter der Plane. „Ouh! Ouh!“ Schreien. Stöhnen. Nur vereinzelt schießt es noch heraus.

Die Deutschen haben Achtung vor ihrem tapferen Feind. Sie stellen nochmals das Feuer ein, rufen zur Übergabe auf. Umsonst. Da fordert das harte Gesetz der Selbsterhaltung erneut den Kampf. Wenige Minuten später ist er endgültig entschieden.



Fernsprechlappellen auf dem Rücken des Tragpferdes

Phot.: Atlantic



Phot.: P. K. — Fing-Stricker (Presse-Bild-Zentrale)

Pioniere legen eine Gasse durch die Drahthindernisse



Phot.: P. K. — Berghert (Atlantic)

M.G. übernimmt Feuerschuß für vorrückenden Trupp

Die hintere Treppe des Lastwagens wird heruntergerissen. Da drinnen lebt keiner mehr. Für England, für die plutokratische Hetzclique in London und Paris mußten wieder die Männer Frankreichs bezahlen.

Der viertelstündige Gefechtslärm muß in den naheliegenden Dörfern gehört worden sein. Für den Rückzug war also höchste Eile geboten. Mehrere Kilometer feindliches Gebiet waren zu durchqueren. Der Fernsprecher würde spielen. Sobald die Franzmänner sie im Rücken entdeckt hatten, würde es Alarm geben.

Dreimal brauste über die Stätte des deutschen Sieges der laute Schlachtruf: Hurra! Dann geht ein Rennen und Hasten an, ein Schleichen durch die feindlichen Postenketten.

Zwei Stunden vergingen, bis sich Leutnant M. am Gefechtsstand der Vorpostenkompanie mit den erbeuteten Waffen zurückmelden konnte. Außer ihm selbst, der Handgranatensplitter im Bein hatte, war nur noch ein Leichtverletzter zu verzeichnen, der bei seiner Truppe bleiben konnte.

Am 23. Februar stellte der Wehrmachtbericht an der Westfront zwischen Mosel und Pfälzer Wald lebhaftere Tätigkeit im Vorfeld fest. Bei einem erfolgreichen Spähtruppunternehmen gegen Apach und bei einem Überfall auf die Besatzung des Geydt-Waldes westlich von Merzig wurden mehrere Gefangene eingebracht. Die deutschen Spähtrupps erlitten keine Verluste. In der Gegend von Dürenberg wies ein deutscher Spähtrupp einen überlegenen feindlichen Spähtrupp ab und brachte ihm erhebliche Verluste bei.

Auch weiterhin führte rege Erkundungstätigkeit zu mehrfacher Berührung zwischen deutschen und französischen Spähtrupps. Ein deutscher Spähtrupp stieß ostwärts der Mosel auf eine vorgehende französische Abteilung von etwa 50 Mann. Es entspann sich ein lebhaftes Feuergefecht, in dessen Verlauf der Feind mit überlegenen Kräften den deutschen Spähtrupp von der Flanke zu fassen versuchte. Es gelang dem letzteren jedoch, sich ohne Verluste vom Gegner zu lösen, der die geplante Erkundung abbrechen mußte. Hier sei ein Bericht eingefügt über den Angriff eines Spähtrupps gegen ein feindliches Bunkerhaus.

Alles klar?" — „Na, dann bleiben uns noch zwei Stunden Schlaf...“, schließt der Kompanieführer seine Besprechung mit seinen Zugführern; draußen im Kellergang des Gefechtsstandes verhallen die Schritte. Die Nacht ist zwar nicht sternen-, aber schneeklar. Etwas zu hell fast für das bevorstehende Spähunternehmen. Tagelang sorgfältige Beobachtungen gingen ihm voraus, Nacht für Nacht zog der Zugführer des vorgeschobenen Zuges mit einem seiner besten Unteroffiziere hinaus ins Niemandsland feindwärts zur Erkundung. Nun kennt er jeden einzelnen Busch da draußen im Gelände, jeden Draht und jede Minensperre, jede Postierung des Feindes. Heute nacht soll ein unermüdliches Aufklären endlich Frucht tragen, der Franzmann soll sich roundern ...

Es ist soweit! Ohne überflüssige Worte machen die Männer sich fertig zu diesem Gang gegen den Feind. Waffen und Munition werden noch einmal überprüft, die Handgranaten scharf gemacht, ein Blick auf die

Uhr und ... los! Draußen warten schon die anderen Gruppen. Die Nacht ist kalt und etwas diesiger als vor zwei Stunden. Man stellt es mit Befriedigung fest ...

Mann hinter Mann geht's schweigend vorwärts. Beim letzten MG-Posten wird flüsternd noch einmal kurz Anlage und Ziel des Spähtrupps besprochen, jeder einzelne ist mit seiner Aufgabe vertraut. Geräuschlos geht es durch die Gasse im Draht, dann auf schmalen Trampelpfad ins Niemandsland. Zur Rechten murmelt irgendwo im Dunkeln der Fluß, düster drohend tauchen zerfallene Gebäude auf, eine alte Industrieanlage, schon vor dem Kriege verwaist. Schlupfwinkel könnte sie sein für den Feind, sorgfältig wird sie durchsucht. Draht und nochmals Draht, behutsam heißt es darüber steigen, der Schritt verhält, wenn trotz aller Behutsamkeit es doch einmal metallisch aufklirrt. Hier, wo sich Schußfeld bietet am Ufer entlang und gegen das Wäldchen auf der Höhe, bleiben die ersten Sicherungen zurück. Noch einen Blick zurück nach diesen Männern, doch sind sie bereits nicht mehr auszumachen ... verschunden, von der Nacht verschluckt.

Alle Sinne gespannt, arbeiten wir uns schweigend weiter vor gegen das Waldstück, in dem tagüber und auch auf den nächtlichen Erkundungsgängen die vordersten Postierungen des Feindes ausgemacht worden waren.

Jetzt kommt es darauf an: ungesehen an ihnen vorüberzukommen oder aber — sie geräuschlos zu vereinnahmen. Beides muß erwoogen werden, denn eine Schießerei jetzt würde das ganze Unternehmen gefährden. Gemarterter Feind läßt sich nicht überraschen. Während der eine Trupp im Grunde sich vorarbeitet, geht der andere die verdächtige Waldspitze an,

Aber die Nacht schweigt, hörbar nur der eigene Atem, es keucht die Brust vom angestregten Kriechen am eisigen Hang. Enger noch pressen sich die Leiber an den Boden, wenn drüben im „Ländchen“ der Horizont aufflammt, die Hochöfen ihre glühende Frucht ausstoßen. Verdammtes Schattenspiel auf dem Schnee, wie das geisternde Huschen auf dem Schnee täuschen kann, wenn man brennenden Auges in das Zwielficht starrt. Ein Uhu schreit im Gehölz, einmal ... noch einmal ... ist's ein Signal? Warten, lauschen ...! Doch nichts regt sich droben. Dann knirscht der Schnee leise unter vorsichtig tastendem Schritt ... einer der Unseren: „Der Wald ist feindfrei.“ Auf — und weiter, schneller jetzt. Leise rauscht der Nachtwind in den Fichten, mit schwerem Flügelschlag streicht ein großer Nachtvogel aus den Wipfeln; trotz aller Vorsicht knackt hier und da unter dem umwickelten Schuh ein dürrer Ast im Schnee.

Drunten aber gewahrt man schattenhaft schon die ersten Häuser des kleinen französischen Grenzstädtchens, dem dieser nächtliche Besuch gelten soll. Einen Blick auf das Leuchtzifferblatt der Uhr: Es ist so weit! Die anderen Gruppen müssen die befohlenen Stellungen ebenfalls erreicht haben. Jetzt gilt's, im letzten Anlauf von drei Seiten in den Ort zu dringen und jenes Haus auszuräuchern, aus dem der Feind den starken Stützpunkt sich geschaffen. Von Busch zu Busch, Bodenwelle zu Bodenwelle geht's schneller vorwärts, die uneingesesehenen Geländefalten in langen Sprüngen genommen. Und schließlich mit aller Vorsicht auf erkundetem schmalen Pfad durch die letzte feindliche Sperre.

Immer noch regt sich nichts. Merkt der Franzmann nichts oder läßt er uns in eine Falle laufen? Sekundenlang huscht der Gedanke durch das Hirn ... Aber weiter — dort das erste, zweite — nein dritte Haus ist's. Rechts davon muß ein Posten stehen. Vorsichtig um die Hausecke gelugt, die Straße ist frei und der Pendelposten des Feindes nirgends auszumachen. Schon gewahrt man im Zwielicht in der Seitenstraße die Kameraden des anderen Zuges, die sich vorsichtig vorwärtsarbeiten, Handgranaten vorföhrt, Maschinenpistolen und MG fertig zum Schuß. Jetzt springen die Männer mit der geballten Ladung heran ... Sekunden wie Ewigkeiten, dann ... greller Blitz zerreißt die Nacht, himmelhoch scheint die Flamme, ein Krachen und Bersten, die Erde bebt. Alles hat sich an die Häuser gepreßt, nun aber hageln die Stielhandgranaten von allen Seiten gegen den wankenden Bau. Unter dem furchtbaren Schlag der geballten Ladung brach die eine Wand wie bei einem Kartenhaus zusammen. Wenige Schüsse nur knallten oben aus dem Obergeschoß, ein paar Eierhandgranaten werden aus den ängstlich geöffneten Läden geworfen, dann zerfetzen die Garben unserer MGs und der Maschinenpistolen das splitternde Holz.

Noch eine „dicke“ Ladung kracht, dann ist's vorbei. Was dort im Hause saß, ist verstummt, begraben. Was an Gerät und Waffen daraus heroorzuzerren ist, wird eilig zusammengerafft, dann heißt es, so schnell wie möglich zurück, denn schon ist des Feindes Artillerie erwacht.

Blitze flammen am Horizont, Abschuß und Einschlag fast zugleich. Er feuert mit „Ratschbumms“, den allen alten Soldaten bekannten Schnellfeuerkanonen. Schwere Kaliber ziehen heulend über uns hinweg, unseren Stellungen zu. Sie sollen uns den Rückweg verriegeln. Doch längst hatten wir damit gerechnet und einen zweiten Pfad für den Heimweg festgelegt.

Der Stützpunkt des Feindes ist ausgeräuchert, der Auftrag erfüllt. Ohne Verluste geht's heimwärts, die eine leichte Splitterverletzung will der verletzte Kamerad selbst nicht als solche gelten lassen. Noch ein paar Lagen der feindlichen Artillerie jaulen über uns hinweg, drüben keift noch ein schweres MG, auch im Nachbarabschnitt hat der nächtliche Gefechtslärm den Franzmann nervös gemacht. Gewehrfeuer slackert auf. Doch lange, bevor wir die Ausgangsstellungen erreicht haben, hat sich alles wieder beruhigt.

Am 27. Februar wurde in der Gegend von Berl, dicht ostwärts der Mosel, der Angriff eines stärkeren, mit Artillerieunterstützung vorgehenden feindlichen Stoßtrupps erfolgreich abgewiesen. Deutsche Spähtrupps versuchten, möglichst dicht an die feindlichen Linien heranzukommen. Ostwärts Forbach und nordwestlich Weißenburg wurden im Rahmen dieser Spähtruppunternehmungen mehrere Gefangene eingebracht. Zu einem erbitterten Nahkampf kam es im Wäldchen nordwestlich Betting, ostwärts der Mosel, in das ein stärkerer deutscher Spähtrupp eindrang. Unvermutet standen sich im dichten Wald die Deutschen und die Gegner gegenüber. Die im Nahkampf besonders ausgebildeten deutschen Infanteristen brachten dem Feind blutige Verluste bei. In dem Handgemenge wehrte sich der Gegner sehr tapfer, so daß es auch auf deutscher Seite einige leicht Verwundete gab. Trotz lebhaften feindlichen Artilleriefeuers kehrte der deutsche Spähtrupp vollzählig in die deutsche Linie zurück.

Die Luftwaffe

„Die deutsche Luftwaffe setzt die Aufklärungsstätigkeit gegen Großbritannien fort“ — mit diesen kurzen Worten kennzeichnet der Wehrmachtbericht vom 1. Februar die gewaltige Aufgabe, die der Luftwaffe in der Herbeiführung der Kriegsentcheidung zunächst gestellt ist. Der Mut, die Hingabe und der Erfolg, mit der sie trotz Wind und Wetter ausgeführt wird, ist längst Zubericht und Wissen des ganzen Volkes.

Am 3. Februar wurden im Rahmen der Aufklärung über der Nordsee britische Kriegsfahrzeuge und bewaffnete oder im Geleit fahrende Handelsdampfer angegriffen und trotz stärkster Flak- und Jagdabwehr ein Minensuchboot, vier Vorpostenboote und neun Handelsdampfer versenkt. Zahlreiche weitere bewaffnete Handelsdampfer wurden teilweise erheblich beschädigt. Die deutsche Luftwaffe hat also erneut die englischen Küstengewässer heimgesucht und der englischen Flotte in kühnem Einsatz schwere Verluste zugefügt. Die Minensuchboote wurden nordostwärts Kinnaird—Sead angegriffen, die Geleitzüge vor New Castle und bei Flamborough. Sie waren durch Zerstörer, Hilfskreuzer und Unterseeboote gesichert. Die Flugzeugabwehr war besonders stark. Die deutschen Flugzeuge ließen sich durch die schwarzen und weißen Wölkchen der feindlichen Geschosse aber nicht beirren. Anflug über Anflug wurde teils in stärkstem Flakfeuer durchgeführt. In der Nähe der Küste schaltete sich starke britische Jagdabwehr ein. Nach heftigem Luftkampf wurden zwei deutsche Flugzeuge von dem zahlenmäßig überlegenen Feind vermutlich über See abgeschossen. Ein schwerbeschädigtes Flugzeug mußte auf britischem Boden notlanden. Trotzdem ein Teil der Besatzung tot oder schwer verwundet war, steckten die Überlebenden das Flugzeug in Brand. Auch hier Einsatzbereitschaft bis zum letzten!

Das hohe Lied der Pflichterfüllung erklingt in dem nachstehenden Erlebnisbericht über den Kampf deutscher Bombenflugzeuge mit englischen Jägern:

Winterstürme fegen über das norddeutsche Land, wirbeln Schneewolken und Nebelfetzen vor sich her und hüllen Land und See in fahles Grau. An den deutschen Küsten toben die Stürme mit besonderer Gewalt. Von der See her kommen sie angebraust und toben heulend gegen die vorgelagerten Inseln unserer Nordseeküste.

Die Männer der Flak auf einsamen Posten kriechen tiefer in ihre schützenden Mäntel, und drinnen in den Unterküften, wo die Besatzungen unserer Einsatzstaffeln schon seit Tagen vergeblich auf den Befehl zum Feindflug warten, rücken die Männer enger zusammen.

Während draußen der Wind an Türen und Fensterläden rüttelt und sich gegen Dächer und Kanten der Baracken stemmt, wird drinnen, im Kreise der Kameraden, so manches Garn gesponnen. Hier und da fällt ein Wort aus der Erinnerung der letzten Kämpfe, die sie gemeinsam bestanden. Dann reiht sich Wort an Wort zum Bild, und aus dem schnellen Vergessen, das der tägliche Dienst mit sich bringt, wird in diesen stillen Stunden der Besinnung Unsichtbares sichtbar und zeichnet sich von selbst ein in die unvergänglichen Blätter, die von deutscher Pflichterfüllung, deutschem Mut und deutscher Einsatzbereitschaft künden ...

Aus diesen Berichten aber verdient insbesondere ein Erlebnis festgehalten zu werden: es geht zurück auf eine der zahlreichen Unternehmungen mehrerer deutscher Kampfflugzeuge gegen die Ostküste Englands.

Zwei Ketten bewaffneter Fernaufklärer sind unterwegs zum Handelskrieg an Albions Küste. Stunde um Stunde mahlen die Luftschrauben ihren eintönigen Gang. Die Gedanken der Männer zwischen Himmel und Wasser sind zuversichtlich auf das befohlene Ziel gerichtet: Zum Donnerwetter, es hat bisher noch immer geklappt! Wie war es doch damals, Ende September — wie weit liegt das schon wieder zurück —, wie war es mit dem Treffer auf die „Hood“?

... Eine tolle Sache war's doch, mitten in das Abwehrfeuer der britischen Schlachtschiffe hineinzustoßen und einem solchen Riesen eine auf's Fell zu brummen! Der hatte für einige Zeit genug — wer weiß, wie lange der brauchen wird, um wieder kampffähig zu sein. Und die anderen Dinger waren auch nicht schlecht! Die Fernaufklärung bis hart zum Polarkreis, die Flüge nach Aberdeen, Scapa Flow, zu den Shetlands — ja, das können sie wohl mit Stolz von sich sagen: Sie haben dem Briten schon verdammt hart zugesetzt, die wenigen Männer, die nun wieder von neuem anfliegen, um den englischen Krämerseelen zu zeigen: „Wir lassen nicht locker, niemals!“

Nicht zu vergessen das Flugboot bei Lerwick! Mit wenigen wohlgezielten Bombenwürfen wurde es unter die Wasseroberfläche gedrückt, bevor es jemals aus der Luft unangenehm werden konnte. Freilich, nicht immer war es ein Kinderspiel. Die englischen Jäger haben ihr MGs auch nicht nur zum Übungsschießen.

Ein ziemlich windiger Auftrag ist das heute, der geknackt sein will. Ein durch Kriegsschiffe gedeckter Zug bewaffneter Schiffe soll angegriffen werden, und das in Küstennähe! Wirklich, alles dran. Küstenflak, Schiffsflak, Jäger — dazu vielleicht noch stundenlanges Suchen, das den englischen Vorpostenbooten die wunderbarste Gelegenheit gibt, in aller Ruhe den Anflug deutscher Bombenflugzeuge durchzumelden.

Schon ist der Morray Firth, im Norden Schottlands, in Sicht. Donnernd brausen die Ketten dahin. Sie folgen der tiefen Einbuchtung und fliegen in Richtung Aberdeen.

Längst sitzen die Heckschützen an ihren MGs, bereit, jedem Angriff die Stirn zu bieten. Doch noch immer regt sich nichts! Weder zeigt sich der erwartete Convoy, noch melden sich die Jäger — Pech und Glück in einem Atemzug.

Soeben donnern sie auf der Höhe von Edinburgh an der Küste entlang, da bricht die wilde Jagd herein: 9 englische Jäger. Nun gilt's! In rasender Fahrt kommen sie heran — ein Ausweichen ist unmöglich. Schon klacken die ersten Einschläge in die Flächen. Die deutschen Bomber sprühen dem Gegner aus allen Rohren ihre Garben entgegen, da sind sie schon vorbei, ziehen weg und sammeln sich zu neuem Angriff.

Da, was ist das? Der linke Kettenhund der zweiten Kette verliert mächtig an Fahrt — und schon stürzen sich die Jäger auf den Zurückbleibenden. Sicher hat der Motor was abgekriegt. Die beiden anderen Flugzeuge der zweiten Kette drehen hart ab und schützen den Kameraden vor dem konzentrischen Angriff der heranbrausenden Jäger. Eben will der „Rhombus“ auch heraneilen, da haut ihm ein vorbeifliegender Engländer eine ganze Garbe durch den Motor, wütend rattern

die MGs der getroffenen Maschine hinterher — da zischt schon eine Wolke aus dem rechten Motor, Kühler und Ölleitung sind zerschossen! Das Öl kleckert unheimlich schnell heraus — gleich wird die Maschine Feuerabend machen.

Kurz entschlossen stellt der Flugzeugführer den rechten Motor ganz ab, es muß mit einem gehen! Wieder stürzen die Jäger herab — sie wollen den „Rhombus“ fassen, ehe er sich an die erste Kette angehängt hat, was er, mit einem Motor nachhinkend, verzweifelt versucht.

Wieder schlagen die Nickelmantelgeschosse der Tommys mit ekligen Klacken in Flächen und Rumpf. Die Kanzel ist durchsiebt — und — dicht hinter dem Genick des Flugzeugführers hat ein Geschloß, von hinten durch den Rumpf kommend, das Metallgehäuse durchschlagen, klatscht auf die Lederhaube des Flugzeugführers und — fällt kraftlos herab. Gott sei Dank, die Kraft des Geschosses war auf dem langen Weg durch verschiedene Metallkörper schon verbraucht. Das hätte schiefgehen können: ohne Flugzeugführer, mit einem Motor mitten in einem Schwarm feindlicher Jäger — doch es ist jetzt keine Zeit zu Betrachtungen. Wenn doch die erste Kette nur verhalten wollte — die Sekunden werden zur Ewigkeit — merken die denn nichts — doch, sie erfassen die Lage: Der Verband muß dicht aufschließen, will er nicht von den wieder heranbrausenden Jägern zersprengt werden. Das dritte und vierte Mal brausen sie heran — jedesmal von einem Hagel aus allen MGs empfangen. Schon haben die ersten ganz abgedreht, es wird etwas mehr Luft. Anscheinend ist den Kerlen der Schnaps knapp geworden, die Jagd hat Freund und Feind weit auf die See herausgetragen.

Wir atmen auf, das Schlimmste scheint überstanden. Doch da hinten hacken noch so ein paar hartnäckige Kerle in unsere zweite Kette. Wenn das mal gut geht! Kurz entschlossen dreht die erste Kette bei und eilt den Kameraden der zweiten Kette zu Hilfe, während der „Rhombus“, behindert durch den Ausfall des rechten Motors, stur weiterfliegt, was aus dem heilgebliebenen Motor herauszuholen ist.

Unbemerkt kommen sie davon — sie haben wirklich Dusel. Hoffentlich hält der Motor durch. Nun haben sie Zeit, den Schaden in Ruhe zu besehen. Längst hat der Flugzeugführer das Flugzeug ausgetrimmt (d. h. das durch den Ausfall des rechten Motors gestörte Gleichgewicht wieder hergestellt), da erleben sie die nächste Überraschung. Der Haupttank enthält nur wenige hundert Liter Sprit, die für den Rückflug längst nicht ausreichen. Der kostbare Saft läuft inzwischen munter durch die zerschossene Zuleitung aus. Auch das noch.

„Der Reservetank wird in den Innentank umgefüllt“, schreit der Beobachter. Eine kleine Handpumpe, mit einem allerdings lächerlich kleinen Hubraum, dicht am Sitz des Flugzeugführers, sie muß es schaffen.

Jeder kennt jetzt nur noch einen Gedanken: Stur durchhalten! „Fritz, komm nach vorn, du mußt weiterpumpen“, ruft Feldnebel R., Beobachter und Kommandant des Flugzeuges, seinem Bordmechaniker durch die Leitung zu.

Inzwischen ist der Kommandant bereits dabei, den zu fliegenden Kurs abzusetzen. Es sind noch Hunderte von Kilometern bis nach Hause. Fritz pumpt unermüdet, das Biest von Handpumpe schafft herzlich wenig, doch es geht, langsam, aber sicher fließt Liter um Liter in den Innentank — der Motor bekommt seinen Sprit!

Dann sitzt der Beobachter wieder am Hebel. Schwoitzend löst einer den anderen ab: Pumpen, pumpen, pumpen, Stephan, der Flugzeugführer, magt sogar schon ein verstohlenes Grinsen — na also, macht sich ja, will er wohl damit sagen. Doch er spricht es nicht aus, lieber nicht — die Jungens sind eisern auf Draht.

Wie ein Luchs paßt Stephan auf, daß der Motor nicht überanstrengt wird — doch der macht ruhig und zuverlässig seine Touren. Unermüdlieh holt der Funker seine Peilungen, während der Beobachter über den Kurs wacht. Und schon wird es dunkel.

Und dann ein Freudengebrüll: Das Flugzeug hält genau auf den Heimathorst zu, das Landefeuere leuchtet herauf, sie kommen direkt auf die Einflugschneise.

Die letzte peinliche Überraschung kann schon keinen mehr erschüttern. Der Druckautomat zum Herausdrehen des Fahrgestells hat auch was abbekommen, doch im Nu ist das Fahrgestell mit der Hand herausgekurbelt, und — endlich, endlich — rollt der brave Vogel nach einer glatten Landung zu seinem Standplatz.

Todmüde kriechen die Männer aus der Maschine, doch man läßt ihnen keine Zeit, müde zu sein. Eine Massensammlung scheint sich zu ihrer Begrüßung eingefunden zu haben. Das gesamte Bodenpersonal, die längst zurückgekehrten Besatzungen der anderen Flugzeuge, kurz, alles was Beine hat, ist da.

Wer will es den tapferen Männern verübeln, daß sie, in endlosem Frage- und Antwortspiel nach ihren Erlebnissen ausgefragt, sich anschließend daran machten, einmal außer der üblichen Reihe „Geburts-tag“ zu feiern, anstatt zeitig schlafen zu gehen? Als sie sich dann am nächsten Tag zur Besichtigung ihres Vogels einfanden, zählten sie nicht weniger als 52 Einschüsse, die sie während des Luftkampfes abbekommen hatten.

Sie selbst waren wie durch ein Wunder unverletzt. Und noch einmal drücken sie sich stumm die Hand, die vier Kameraden. In vorbildlichem Fliegergeist haben sie ihr Flugzeug, alle Hindernisse einer Nachtlandung mit beschädigtem Fahrgestell überwindend, sicher zurückgebracht.

Eiserne Pflichterfüllung, höchstes Können und das Glück, das noch immer dem Tapferen beigestanden hat, ließ sie Sieger sein über Not, Tod und Gefahr.

Ein passendes Bild von dem Angriff eines deutschen Kampfflugzeuges auf einen Geleitzug gibt der nachstehende Erlebnisbericht:

Spitz wie eine Sichel, so stößt Flamborough Head nördlich der Humber-Mündung ins Meer. Die Steilküste ist Englands Stirn. Schroff und ohne jeden Übergang ragt sie aus der See empor, auf der die Brandung scharfe weiße Striche zieht. Ein Leuchtturm, einige Sommerhäuser und die Gebäude der Küstenstationen unterbrechen den Blick auf das dahinterliegende Land, das sich glatt wie eine Platte hinzieht. Wir erreichen Flamborough nach einem Flug durch Nebel und Wolken dicht über der grauen Fläche der See. Eisige Kälte herrscht trotz der Heizung in der Maschine. Die mehr als 20 Grad dringen durch das Glas der Kanzel, durch die winzigen Öffnungen der MGs und durch die Bodenluke. Sie ziehen durch den offenen Stand des Funkers und durch die

schmalen, kaum sichtbaren Spalten in den Bodenklappen. Doch die Kälte vermag nicht, die Pelzkombinationen, die hohen Stiefel, Woll-sweater und Schals der Besatzungen zu durchdringen. Wieder einmal erweist sich die hervorragende Navigationsfähigkeit der deutschen Flieger. Wie damals an der Themse-Mündung, so wird auch heute das befohlene Ziel auf den Kilometer genau und zur festgesetzten Zeit angefliegen. Ein leichter Nebelschleier hüllt die Küste ein, als wir zum ersten Male, von Süden her über Land gehend, die Spitze von Flamborough überfliegen. Als wir die Wolkendecke vorsichtig durchstoßen, liegen wie auf einem Tablett mehr als 20 Schiffe südlich unter uns.

Es sind so viele Schiffe, daß man mit einem Blick nicht ausmachen kann, welcher Art und wie stark die Einheiten der englischen Kriegsfahrzeuge sind, die diese Flotte von Handelsschiffen schützen. Unter Deckung der Wolken geht Leutnant Sch. näher heran, stößt abermals durch. Da blickt uns durch das Grau spukhaft ein Lichtsignal entgegen: Das ist das Alarmzeichen. Es wird von einem Kriegsfahrzeug gegeben, das größer ist als die drei Zerstörer und als die drei Torpedoboote, die die Handelsschiffe auf der Südseite decken. Wir sind auf einen der größten und am stärksten geschützten Geleitzüge gestoßen, die je in diesem Teil der Nordsee angetroffen wurden. Die Blinksignale stammen von einem Flakkreuzer. Nicht weniger als sieben Kriegsfahrzeuge also mußten bei diesem einen Konvoy aufgebieten werden, um die Handelsschiffe gegen die Angriffe der deutschen Lufttruppe zu schützen. Das sind Einheiten, die an anderer Stelle sicher ebenso dringend benötigt werden. Gibt es einen besseren Beweis für die Tatsache, daß die Engländer bei den Luftangriffen der vergangenen Wochen ausnahmslos schlechte Erfahrungen gesammelt haben mußten!

Bis auf wenige 100 m sind wir heran, als uns die erste Salve aus den Abwehrgeschützen entgegenschlägt. Wie bunte Papierrollen umspringen uns die Feuerstöße der MGs, dann folgen die Geschütze. Es sieht aus, als ob ein brennender Scheinwerfer zerschlagen würde, der zerberstend seine sonst gebündelten Strahlen frei und ungehemmt nach allen Seiten ausspeit. Weißgraue Wolkendecken stehen vor der Maschine in der Luft.

Es scheint, als jage eine Stafette heran. Immer dichter vor uns krepieren die Granaten. Sie schießen gut in Richtung und Höhe, nur die Entfernung stimmt nicht. Vergeblich versucht Leutnant Sch. die letzten Schiffe des Geleitzuges zu bombardieren. Die Geschosse verfolgen uns bis unter die Wolkendecke, die nun die Maschine umhüllt und verbirgt wie ein wärmendes Tuch. Jetzt funkeln sie vom Flakkreuzer, von den Zerstörern und Torpedobooten, von den Küstenstationen. In wenigen Minuten werden von den nahegelegenen Flugplätzen die ersten englischen Jäger und Zerstörer starten. Diese Gewißheit aber kann die Besatzung nicht von der Durchführung ihrer Aufgabe abhalten. Sie greift wieder an. Wieder steht vor uns eine Palisade von Abwehrgeschossen. Doch diesmal gelingt es uns durchzustossen bis zu einem der letzten in dem Geleit fahrenden Handelsschiffe und ihm eine Bombe auf das Vorschiff zu legen. Schwarze Rauchschwaden quellen aus dem Dampfer empor. Man sieht die Besatzung, bereits mit Schwimmwesten angetan, erregt umherlaufen. Einige machen sich in der Back an einem Floß zu schaffen. In weiter Kurve umgehen wir im Schutz der Wolken den Schauplatz dieses Gefechts,

in dem eine einzige deutsche Kampfmaschine sieben englische Kriegsfahrzeuge zur stärksten Abwehrfähigkeit zwingt und die Besatzung von 20 Handelsschiffen in den Zustand höchster Erregung und Gefahr versetzt. Sie haben längst die Formation des Zuges aufgelöst und fahren in müden Zickzacklinien durcheinander. Nur wenige Meilen vor ihnen ist die Küste mit den rettenden Häfen, in deren Angesicht sie wieder und wieder angegriffen werden.

Wieder, jetzt zum drittenmal, fliegen wir von der Küste her den Geleitzug an. Da steht 300 m entfernt eine englische Maschine in der Luft, klar als ein Zerstörer zu erkennen. Beide Besatzungen müssen sich im gleichen Augenblick gesehen haben. In rasendem Flug zieht der Engländer eine Linkskurve auf uns zu. Doch dröhnend laufen unsere beiden Motoren auf vollen Touren, tragen das Flugzeug wie in einem Fahrstuhl innerhalb weniger Sekunden in die Wolken hinein. Minutenlang verhüllen sie uns. Minutenlang schwebt man in der erregenden Erwartung, den Schatten englischer Maschinen auftauchen zu sehen. Wir fühlen nicht mehr die Kälte, in unseren Adern pulst heiß das Blut, und von der Stirn des Beobachters am Bombenabwurfgerät perlen dicke Schweißtropfen. Unbewußt fällt mein Blick auf die Armbanduhr. Eineinhalb Stunden belagern wir jetzt den Geleitzug, den Kreuzer, die Zerstörer und Torpedoboote. Wird Leutnant Sch. noch weitere Anflüge wagen? Doch ehe man diesen Gedanken noch zu Ende gedacht hat, sind wir schon wieder überraschend über dem Schlußteil des Konvoys. Pendelnd geht eine Bombe in die Tiefe und trifft einen 3000-Tonner im Heck. Gleich darauf neigt sich der Dampfer zur Seite. Wenige 100 m nördlich davon schlingert ein brennender Dampfer in der See. Es ist das Schiff, das beim zweiten Anflug getroffen wurde. Sein gesamtes Vorschiff ist in Rauch gehüllt. Seine Ladung an Kohlen scheint von dem Feuer erfaßt zu sein. Eine Anzahl kleinerer Küstenfahrzeuge eilt ihm in schneller Fahrt zur Hilfe.

Drüben, unmittelbar über der Küste, fliegen jetzt drei Zerstörer. Sie haben uns abermals zu spät erkannt. Nach einem weiteren Angriff, dem fünften, der wieder im Hagel des Abwehrfeuers erfolgt, dreht Leutnant Sch. zum Rückflug ab. Eine Stunde und 50 Minuten sind vergangen, seit wir den Geleitzug ausmachten und zum ersten Anflug ansetzten. Fast zwei Stunden wurde Flamborough in höchstem Alarmzustand gehalten. Der Nordost hat erheblich zugenommen. Noch immer sucht der Funker angespannt den Himmel ab. Noch ist die Möglichkeit nicht ausgeschaltet, einem überlegenen Gegner in die Arme zu fliegen. Tausendfach tanzen unter uns die weißen Linien der Wellen in der groben See. Doch in schneller ungestörter Fahrt trägt die Maschine die Besatzung heim.

In einer Zusammenstellung vom 5. Februar wurde festgehalten, daß die deutsche Luftwaffe in der Zeit vom 21. bis 31. Januar 1940 an namentlich bekannten Dampfern 36000 BRT feindliche Tonnage versenkt hat. Darüber hinaus wurden zahlreiche Schiffe vernichtet, deren Namen noch nicht festgestellt waren, weitere Schiffe so schwer beschädigt, daß sie vermutlich zum größten Teil ihren Heimathafen nicht erreicht haben. Nach einer zusammenfassenden Zusammenstellung verlor der Gegner durch die Einwirkung der Luftwaffe in den erwähnten zehn Tagen zwischen 47000 und 48000 Tonnen.

Am 5. Februar wurden zwei französische Aufklärer bei dem Versuch, in deutsches Gebiet einzufliegen, durch Flaßbeschuß zur Umkehr gezwungen. Deutsche Grenzüberwachungsflüge blieben ohne Berührung mit dem Feind. Am 10. Februar konnte bekanntgegeben werden, daß durch deutsche Fliegerverbände, die zur bewaffneten Aufklärung über der Nordsee eingesetzt waren, erneut sechs britische oder im britischen Geleit fahrende Schiffe mit einer Ge-

...che Vorpostenboote
...n Verlust gerechnet
...e nur ein deutsches
...„Auftrag erfüllt!“
...daß die bewaffneten
...n gesichert wurden.
...verhindern, daß die
...ber Versuch einiger
...ohne Erfolg. Sie
...inge ab. Ein Eigen-
...sei hier eingefügt:

...samtkommande von etwa 1000 Mann wurde zwei briti-
...versenkt oder so schwer beschädigt wurden, daß mit ihnen
...werden mußte. Trotz starker Flaß- und Jagdabwehr wurde
...Flugzeug vermißt, alle übrigen Besatzungen meldeten:
...Bei einem Angriff auf die Geleitzüge wurde festgestellt, daß
...Handelsdampfer von leichten und mittleren Kriegsschiffe
...Die Flaß- und Jagdabwehr des Feindes konnte nicht
...deutschen Bomben ihr Ziel erreichten. Dagegen blieb
...britischer Flugzeuge, in die deutsche Wucht einzufliegen
...drehten angesichts der sofortigen Abwehr unverrichteter
...bericht über den neuen Erfolg der deutschen Luftwaffe

...ird das kalte Ent-
...Bombenflugzeuge
...englischen Küste
...e zu jagen. Wir
...um letzten Augen-
...länder sein.“ Denn
...erundfunk haben
...f die der Durch-
...vor ihm ein ent-
...ie englische Lügen-
...g zuzugeben (der
...ussicht hat, in der
...ellt Herr Churchill
...bedenkenlos einen
...ß zwar zugegeben
...rfolg erzielt haben,
...Zukunft wird das
...d auf der Hut und
...ug. Unsere Jäger
...Naziflugzeuge her-
...dachten Krieg nun
...agen.“

...Sprache sprechen,
...a davon überzeugt
...Ausguck entfernt,
...r ihn allerdings zu
...enn die Arbeit war
...ten Handelsschiffe
...der Besatzung des
...auch im tiefsten
...n Versicherung des

Den Leuchtturmwächter von Flamborough Head vorsetzen gepackt haben, als er schon wieder deutsche beobachtete, die sich in greifbarer Nähe der Insel daran machten, bewaffnete englische Handelsschiffe zu jagen. Herr Churchill und seine Genossen im englischen Lügenfunk hatten sich eine Verschleierungsmethode ausgeknobelt, aus der sie hofften, daß die britischen Kräfte, die in der Nacht über die See zogen, sich nicht umhin können, einen deutschen Erfolg zu bemerken. Herr Churchill hat sich eine öffentliche Erklärung ausgesucht, die den Eindruck einer neutralen Aussage macht, eine Aussage, die durch neutrale Aussagen bestätigt ist oder sonst die englische Öffentlichkeit bekannt zu werden, dann ist es nur eine Beruhigung seiner englischen Krämerseelen. Herr Churchill hat den Wechsel auf die Zukunft aus und erklärt: „Es muß sein, daß die deutschen Flugzeuge den und den Erfolg erzielen, aber das ist kein Grund zur Beunruhigung, denn in der Zukunft wird das nicht mehr vorkommen. Unsere Vorpostenschiffe sind nur so auf den Alarm, um diese gemeinen Flugzeuge unterzuholen, die es wagen, den Deutschland zuzufliegen.“

Doch die Tatsachen, die ja noch immer eine harte Sprache sprechen, werden den Leuchtturmwächter zu guter Letzt doch überzeugen, daß da draußen, kaum 2 km von seinem Leuchtturm, deutsche Bomber am Werke waren. Dann wird es für die Jäger spät gewesen sein, englische Jäger herbeizurufen, die bereits getan: Die beiden angegriffenen, bewaffneten Handelsschiffe hatten schon genug. — Nicht viel anders wird es mit den 1000 Tonnen-Motorschiffen gegangen sein, die sich im Schutz der Insel Friedland wähnten, als sie im Schutz der theoretischen

Herrn Churchill an der englischen Küste nichtsahnend vorbeifuhr. Auch sie wird sich von dem Vorhandensein deutscher Kampfflugzeuge erst dann überzeugt haben, als die ersten MG-Salven zu einer durchaus kriegsmäßigen Begrüßung vor dem Bug ihres Schiffes platzten.

Bis zum endgültigen Aussteigen war noch Zeit. Dann lagen die Bomben alle hart am Schiff, bis die letzte genau vor den Bug fiel und im Explodieren das Vorschiff wie ein Spielzeug hochhob, es im Herunterfallen zerbrechend. Und da ja die den sauberen Herren an der Themse verbündeten Franzosen auch der Vernebelungspropaganda des Herrn Churchill ausgesetzt sind, kann es für sie ganz heilsam sein, daß bei demselben Angriff der gleichen deutschen Bombenstaffel auch ein französischer 4000-Tonner daran glauben mußte, der ebenfalls schwer bewaffnet herumfuhr, um, solange er es noch konnte, wie wild nach dem deutschen Bomber zu schießen, ohne ihm allerdings etwas anhaben zu können. Als er jedoch eine wohlgezielte Bombe unter seinem Kiel spürte, wandte er sich den notwendig werdenden Rettungsmaßnahmen zu, die er im Interesse der Besatzung hätte eher treffen sollen. Die Flugzeugbesatzung beobachtete noch im Abdrehen, daß der Dampfer starke Schlagseite bekam und anhielt.

Eine andere Rotte derselben Staffel nahm sich einen 3000 Tonnen großen englischen Kohlendampfer vor, der sich vergeblich durch heftiges MG-Feuer vor dem Angriff schützen wollte. Als die heranbrausenden Flugzeuge ihre Bomben in mehreren Anflügen abgeworfen hatten, konnten sie melden: „Bewaffnetes englisches Handelsschiff angegriffen und durch Treffer schwer beschädigt.“ Zwar kamen die — laut Churchill — allgegenwärtigen Jäger ausnahmsweise noch angebraust. Aber wieder einmal zu spät, um den Erfolg der deutschen Bomber und ihre glückliche Heimkehr zu verhindern.

Ein weiteres deutsches Flugzeug griff einen 3000-Tonner an, der im Verband mit einem anderen Handelsschiff im Geleit von Kriegsfahrzeugen dicht an der englischen Küste entlangfuhr. Die hart am Bug aufschlagende Bombe riß in einer gewaltigen Detonation das Vorschiff so hoch, daß nach seinem Zurückschnellen die Schiffsschrauben samt dem Heck einige Zeit lang über Wasser hingen. Nach wenigen Augenblicken lag der Kahn fest, und noch im Abfliegen sah die deutsche Flugzeugbesatzung, wie mehrere in der Nähe befindliche Kutter herbeieilten, um die Besatzung zu übernehmen.

Ein anderes Flugzeug hat einen 1000-Tonner, ein Vorpostenschiff, versenkt. Flugzeuge einer weiteren Staffel, die ebenfalls gegen den Feind angesetzt war, hat, wie wir erfahren, ein Vorpostenboot zu 400 Tonnen versenkt und einen 800 Tonnen-Handelsdampfer, der der Aufforderung zum Stoppen nicht nachkam, schwer beschädigt. Außerdem wurden einem Tankdampfer von 400 Tonnen schwere Treffer beigebracht.

Gerwiß sind diese täglichen Erfolge nicht ohne Opfer möglich, und es heiße den Einsatzwillen unserer tapferen fliegenden Besatzungen verkleinern, wollten wir ihre Verluste gering achten. Während wir heute unsere stolzen Erfolge zusammenstellen, sind wir in Sorge um die Besatzung eines Flugzeuges, das bisher nicht vom Einsatz zurückgekehrt ist ... Das ist Fliegerschicksal — den Lebenden ein heiliges Vermächtnis, den Willen der gefallenen Kameraden zu vollstrecken.

Am 10. Februar setzte die deutsche Luftwaffe trotz der ungünstigen Wetterlage ihre Aufklärungsflüge gegen Großbritannien fort. Abgesehen von den Erkundungsergebnissen ist als Erfolg die Vernichtung eines weiteren britischen Vorpostenbootes zu buchen. Bei der bewaffneten Aufklärung gegen die englische und schottische Küste hat sich ein Vorfall ereignet, der nicht nur die hervorragenden Leistungen der deutschen Flieger, sondern auch die außerordentlichen Flugeigenschaften der deutschen Flugzeuge beweist. Ein deutsches Flugzeug wurde von überlegenen Kräften angegriffen. Die feindlichen Jäger brachten dem Flugzeugführer mehrere Schüsse bei. Der schwerverwundete Feldwebel mußte einem fliegerisch nicht ausgebildeten Kameraden die Führung übergeben. Kurz entschlossen flog dieser in die Wolken und brachte das Flugzeug bis zum Heimathafen zurück. Inzwischen war der Flugzeugführer verbunden worden. Trotz seines geschwächten Zustandes übernahm er über dem Heimathafen wieder die Führung seiner Maschine und vollzog eine bruchlose Landung. Generalfeldmarschall Göring empfing den mutigen und einfachentschlossenen Offizier, Oberleutnant Münter, der das Steuer des führerlos gewordenen Flugzeuges übernommen hatte, obwohl er bisher nie als Flugzeugführer verwandt worden war, und zeichnete ihn mit dem EK I und II aus. Oberleutnant Münter war erst kurz vorher auf Grund seiner besonderen Tüchtigkeit vom Feldwebel zum Offizier befördert worden.

Am 13. Februar war die Fliegertätigkeit an der Westfront auf beiden Seiten etwas lebhafter als bisher. Besondere Vorkommnisse waren aber nicht zu melden. Am 14. Februar setzte die Luftwaffe ihre Aufklärungstätigkeit gegen Frankreich fort. Am 16. Februar kam es über der deutschen Bucht zu einem Luftkampf zwischen einer einzelnen Me 109, die sich auf einem Überwachungsflug befand, und einer Bristol-Blenheim, die sich allein der deutschen Küste zu nähern versuchte. Der Kampf war kurz. Gleich beim ersten Ansehen wurde das feindliche Flugzeug getroffen und stürzte ab. Der deutsche Flugzeugführer kreiste noch einige Zeit über dem Ort des Abstüßes, um festzustellen, ob er für die Befahrung des feindlichen Flugzeuges Hilfe herbeiholen könne. Das Flugzeug versank aber zusammen mit der Befahrung.

Nach einem Bericht vom 20. Februar setzte die deutsche Luftwaffe ihre Fernaufklärung bis in die Höhe der Shetlandsinseln fort. Im Rahmen der gegen die britische und schottische Ostküste unternommenen Aufklärungsflüge wurden zwei britische Minenleger durch Bombenabwurf versenkt und ein bewaffnetes Handelsschiff schwer getroffen. Sämtliche Flugzeuge kehrten unverfehrt in den Heimathafen zurück. Auch verstärkte Aufklärung der Luftwaffe über Ostfrankreich konnte, trotz feindlicher Jagdabwehr, ohne deutsche Verluste durchgeführt werden. Ein Versuch feindlicher Flugzeuge vom 21. Februar, über die Westfront nach Deutschland einzufliegen, scheiterte; deutsche Flak- und Jagdabwehr verhinderte den Einflug an verschiedenen Stellen der Westfront.

Unter dem 23. Februar meldet der Wehrmachtbericht erneute Aufklärungsflüge der Luftwaffe in größerem Umfang über der Nordsee, den britischen Inseln und Ostfrankreich. Zwei deutsche Flugzeuge kehrten vom Englandflug nicht zurück. Von drei in die deutsche Bucht eingeflogenen britischen Flug-

zeugen wurde eins abgeschossen. Eine Fernaufklärerstaffel vollbrachte dabei den 100. Flug gegen England. Ein Eigenbericht schildert dieses Vorkommnis:

Staffel startet sofort mit Sonderauftrag — heute fällt der Hunderter. — Mitten aus unserer Tagesarbeit scheucht uns dieser Ruf des Staffelkapitäns auf. Da müssen wir dabei sein. Von unserem Arbeitszimmer aus werfen wir noch rasch einen Blick auf den Flugplatz. Schon dröhnt der Gesang der Motoren über die verschnittene Landschaft.

Hundert Fernaufklärungsflüge gegen England. Das will etwas bedeuten. Da denkt man an den ersten zurück und über die Zeit hinweg — an den zweihundertsten. Großalarm ist heute, alle Maschinen starten mit Sonderauftrag. Auch das gehört sich so an diesem Feiertag. Hundert Aufklärungsflüge, von sechs- bis zehnstündiger Dauer, hat die Staffel hinter sich gebracht. Das bedeutet: Aufgebot männlicher Entschlossenheit, Zusammenballung technischer Kraft, Überwindung von Zeit und Raum, Kampf gegen Sturm und Kälte, gegen Not und Tod.

Man hört in der Öffentlichkeit nicht viel über die Erfolge unserer Fernaufklärer. Aber das Oberkommando der Wehrmacht weiß die Arbeit dieser Männer um so höher einzuschätzen. Still und selbstlos tun sie ihre Pflicht, durch die Gefahr zusammengeschweißt, Offizier und Mann. Die Einsamkeit des Athers, in dem sich ihr Leben und Schaffen abspielt, hat sie wortkarg gemacht. Sie rechnen nur in Höhen und Weiten und wissen, daß sie immer lediglich auf sich selbst gestellt sind. Das macht hart und fähig zum letzten Einsatz. Nun aber ran an den Feind!

Mit einem Sprung nehmen wir die Treppe, rein in den Wagen zum Gefechtsstand. Hilfreiche Hände umschnüren uns. Schwimmweste, Fallschirm, nichts wird vergessen. Der Staffelkapitän gibt die letzten Befehle, und schon starten die ersten Maschinen. Es ist höchste Zeit, wollen wir nicht den Anschluß verpassen. Ich bin der Tour 5 zugeteilt. Leutnant Z. fliegt die sechste mit. Durch aufspritzenden Pulverschnee jagen wir zu unserer „Mühle“, klettern durch die Wanne, ziehen uns hoch. Die Klappe fällt, der hundertste Flug gegen den Tommy hat für uns begonnen.

Während das Flugzeug Kurs Richtung Nordsee nimmt, habe ich Zeit, mich drinnen umzusehen. Was haben wir heute für herrliche Flugzeuge. Unwillkürlich kommt einem der Vergleich mit der Zeit vor 25 Jahren in den Sinn. Welch ungeheuren technischen Fortschritte sind seitdem von unseren Ingenieuren erzielt worden. Im Vergleich zu heute war damals alles primitiv. Man hatte den Knüppel zwischen den Beinen, ein paar Uhren und Manometer, und im übrigen flog man gewöhnlich „nach Schnauze“. Heute dagegen ist jedes Flugzeug ein Wunderkabinett der Technik. An alles ist gedacht. Jede Vorsorge für Mann und Material ist getroffen. Wer soll da noch den Gedanken an eine Panne hegen? Wer soll sich da noch „verfranzeln“? Nein. Wer in solch einem Vogel mitfliegt, fühlt sich sicher und geborgen.

Der Bordmechaniker stellt die Heizung an, wir machen die MGs schußbereit. Unter uns schülen sich zwischen Schnee und Eis bekannte Badeorte aus dem Dunst heraus. Im letzten Sommer noch tummelten sich Hunderttausende erholungsfroher Menschen dort im ewigen Spiel von Ebbe und Flut. Wie erstarrt liegen die Inseln jetzt im Winter-

schlaf. So scheint es uns wenigstens. Wir fliegen durch Nebel und Wolkenfetzen, die uns entgegenjagen. Irgendwo bricht sich ein bleicher Sonnenstrahl seine Bahn, liegt die Nordsee unter uns. Das in der Nähe der Ufer noch kompakte Eis zersplittert sich immer mehr zu großen, kleinen und kleinsten Schollen, an denen das salzige Meerwasser weiterzehrt. Bald ist die offene See erreicht. Grünlich-grau wogend äugt sie zu uns herauf. Sie wird jetzt für manche Stunde unser einziger Begleiter sein.

Da ein Schiff und noch eins. Wir schießen auf sie zu, es sind Vorpostenboote, die Ausschau halten und gegen Überraschungen sichern. Freudig winken die Besatzungen herauf. Einen Augenblick nur, dann verschlingen uns erneut Nebelschwaden. Wir stoßen nach oben durch. Oben ist Sonne, blauer Himmel, Frühling. Das wundersame Spiel wiederholt sich noch oft. Bald rasen wir nur wenige Meter über die See dahin, über uns grauer Qualm. Bald jagen wir unter freiem Himmel unserem Ziele zu, spiegeln uns in gleißendem Sonnenlicht. Da reißt der Wind ein großes Loch in die Wolkendecke. Das Wetter klärt auf. Die Sicht wird gut. Wo mögen jetzt die Kameraden sein, die vor uns, nach uns gestartet waren?

Jeder hat sein Ziel, jeder wird seine Aufgabe lösen. Das ist ganz selbstverständlich, und kein noch so schlechtes Wetter wird ihn daran hindern können. Darauf hält der Staffelkapitän, alter Weltkriegsflieger und SS-Führer. Alle seine Staffelnkameraden sind derselben Ansicht. Manch guter Name ist unter ihnen zu finden. Kämpfer in Spanien und Polen, die Brust mit hohen Auszeichnungen geschmückt. Und dabei noch jung und tatendurstig.

Achtung, jetzt ist der Augenblick gekommen, unser Ziel ist erreicht. Kamera heraus und geknipst. Noch einmal und noch einmal. Ein paar Kurven, nun von der anderen Seite anvisiert. Alles auf der Platte. Der Beobachter, ein junger Feldwebel, nickt dem Flugzeugführer zu. Der strahlt übers ganze Gesicht und zieht mit fester Hand eine elegante Kurve.

Fern platzen einige Granaten in den leeren Raum. Wir rockeln zum Dank kurz mit den Tragflächen und verziehen uns in eine wie bestellt vorüberkriechende Wolke. Mögen die da unten ruhig weiterschließen. Uns stört es nicht, wir haben unsere Jubiläumsfreude.

Unser Auftrag ist erfüllt. Manche Stunde vergeht noch, bis wir unseren Hafen erreicht haben. Sichernd gegen den Feind ziehen wir uns zurück. Aber nichts regt sich. Wir bleiben ungeschoren. Als vorletzte sind wir gestartet, als vorletzte kommen wir nach Hause. Auf die Minute genau hat jedes Flugzeug seinen Weg zurückgelegt. Auch das ist Bestandteil des Programms.

Am 23. Februar stießen eigene Flugzeuge, die nach Frankreich hinein aufklärten, an mehreren Stellen auf starke feindliche Flak- und Jagdabwehr. Sie waren jedoch in der Lage, ihren Auftrag auszuführen, und erreichten ohne Verluste die Heimathäfen. Französische Flugzeuge, die die deutsche Westgrenze überflogen, wurden durch deutsche Jagd- und Flakabwehr zur Umkehr gezwungen. Ein französisches Flugzeug, von. D. 1202, wurde in der Eifel durch Flakabwehr abgeschossen. Noch erfolgreicher waren die Vorstöße, die die deutsche Luftwaffe in der Nacht zum 27. Februar in den französischen

Luftraum unternahm. Sie führte über diesem Gebiet besondere Aufträge ohne eigene Verluste durch. Mehrere deutsche Flugzeuge kreisten bei dieser Gelegenheit über Paris. Flugzeuge der Westmächte überflogen in der gleichen Nacht deutsches Gebiet und gelangten mit einzelnen Flugzeugen bis nach Kiel und bis an die Elbe aufwärts. Ausländische Meldungen, daß die Flugzeuge nach Berlin vorgestoßen seien, treffen, wie von zuständiger deutscher Seite mitgeteilt wurde, in keiner Weise zu. Wenn sich der Luftfahrtsachverständige der „News Chronicle“ zu der Behauptung versteigt, die englische Luftwaffe kenne durch mehrfache Überfliegung Berlins jetzt die „Geheimnisse der Berliner Flugabwehr“, englische Armeeflugzeuge hätten in den letzten Wochen in Aufklärungspatrouillen und Aufklärungsgeschwadern wiederholt die Reichshauptstadt überflogen, so kann von deutscher Seite nur mit Genugtuung festgestellt werden, daß es schlecht um einen Feind bestellt sein muß, der statt mit den Waffen des Krieges mit den Waffen der Lüge den Kampf auszufechten versucht. Es ist im Gegenteil so, daß alle feindlichen Flugzeuge durch das wirkungsvolle Feuer der deutschen Flakartillerie gehindert wurden, weiter als bis an die Elbe einzufliegen. Ein englisches Flugzeug wurde bei Westerland durch einen Flaktreffer so schwer mitgenommen, daß es unter plötzlichem Höhenverlust von seinem Angriffskurs auf Heimatkurs zurückdrehte, seinen Heimathafen aber kaum erreicht haben dürfte. In dem gesamten Gebiet ostwärts der Elbe wurde kein feindliches Flugzeug festgestellt. Zu der Mitteilung des britischen Luftfahrtministeriums, daß die britische Luftwaffe außer Patrouillenflügen über Mitteldeutschland operiert und über wichtigen Häfen an der Ostsee bis zu einer Entfernung von 640 Kilometer von der englischen Küste aufgeklärt hätte, wird von zuständiger deutscher Seite noch erklärt, daß sich das Nachfliegen der Engländer auf das Bestreben beschränke, Beunruhigung hervorzurufen. Wenn von der amtlichen britischen Berichterstattung diese Flüge als besonders bemerkenswerte Leistungen geschildert würden, dann sei dem entgegenzuhalten, daß die vom britischen Luftfahrtministerium bekanntgegebene Flugstrecke von 640 Kilometer von der englischen Küste einer Flugdauer von knapp 2 Stunden entspreche. Die deutsche Aufklärung hat vielfach doppelt so große Entfernungen und dazu meist noch am Tage zurückgelegt.

Am 27. Februar nachmittags wurde ein britisches Aufklärungsflugzeug vom Muster Bristol-Blenheim in der Deutschen Bucht von deutschen Flugzeugen abgeschossen. Zu Ende des Monats wurde im Westen eine Zunahme der beiderseitigen Fliegertätigkeit berichtet.



Der See- und Handelskrieg im Februar

von

Konteradmiral z. B. Gadow

Der Krieg ist, nach den Worten des Führers in seiner Rede zum 30. Januar, in seine „zweite Phase“ getreten. Von uns aus betrachtet umfaßte die erste die Vereinigung unserer kontinentalen Stellung, die Sicherung unserer nachbarlichen Beziehungen zu den Versorgungs- und Austauschräumen im Norden, Osten und Südosten, die Beseitigung Bolens als feindseligen Faktors und den Beginn der aktiven Kriegshandlungen. Für den Feind bedeutet diese erste Phase das Scheitern des politisch-strategischen Aufmarsches gegen Deutschland und die zweite den Versuch, die verlorenen Stellungen wieder herzustellen, neue Kräfte gegen Deutschland zu mobilisieren, mit einem Worte den Kampf der Westmächte um die Neutralen.

Als Lückenbüßer der englischen Seemacht sollte die Türkei das Sprungbrett zum Einbruch in den Balkanraum werden und den Weg für die Orientarmee des Generals Beggand bahnen. Die Konferenz der Balkanstaaten Anfang Februar endete jedoch mit Beschlüssen, deren Kern war, aus dem Krieg herauszubleiben und die türkischen Überredungsversuche zurückzeweisen. Die anschließenden türkischen Bemühungen, Bulgarien dem Balkankreis wieder näherzubringen und den Block aufzufüllen, konnten daher schon als ein Versuch im Sinne der geschlossenen Balkan-Neutralität gelten. Am 20. Februar setzte die türkische Regierung allerdings ihr Verteidigungsgesetz in Kraft, „als Vorsichtsmaßnahme, um dem Ernst der Situation Rechnung zu tragen“, verwahrte sich jedoch gegen den Vorwurf der Mobilmachung oder irgendwelcher Kriegsabsichten. Die Maßnahme mußte für den Beobachter mit den bekannten Durchmarschabsichten der Beggand-Armee in Beziehung stehen, jedoch ohne Anzeichen, in welcher Beziehung.

Von Italien aus betrachtet war mit der Balkankonferenz der erneute Einkreisungsversuch im Südosten wiederum mißglückt, und die Balkanstaaten schienen weder gewillt, wie Griechenland im Weltkrieg sich vergewaltigen zu lassen, noch für England-Frankreich die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Der „militärisch-neutrale“, aber antideutsche Balkanblock sei nicht zustande gekommen. Die Balkanstaaten lehnten es ab, „sich retten zu lassen“. Auch ließ die italienische Presse immer wieder durchblicken, daß eine Aktion über oder gegen den Balkan Italien auf das empfindlichste berühren und auf seinem Posten finden werde. Die „Forze Armate“ schrieben, das Land befände sich in einer „Periode lebhaftester Vorbereitung und starker Mobilisierung. Seine Stärke werde ihm eines Tages „die äußersten Entscheidungen diktieren“. Aber die sporadischen Versuche Frankreichs, den Dieberrannton gegen Italien anzuschlagen, wurde gespottet. Die rücksichtslose Seelkontrolle, die England selbst in türkischen Gewässern an türkischen Schiffen ausübt, übrigens ohne die versprochenen Gold- und Wirtschaftskredite flüssig zu machen, gestatten den Schluß, daß das Verhältnis der Westmächte zur Türkei nicht ganz das von ihnen gewünschte ist, so daß sich über den ganzen orientalischen Feldzugplan gewisse Zweifel senken müssen. Jedoch fände die „Orientarmee“, neuerdings verstärkt durch einige tausend Australier und Neuseeländer — angeworben, wie es heißt, unter der Zusicherung, daß sie „nicht kämpfen brauchen“, auch Existenzberechtigung in reiner Reservebereitschaft und Sicherung des hochwichtigen vorderasiatischen Rassis gegen innere und äußere Gefahren.



Das Werfthiff eines U-Bootes in den Spinterfürmen des Moorhantir

Spez.: Carl-Schubert



Minensuchboote in *Minenfeld* in voller Fahrt

Phot.: P. H. Sturfer (Hilands)

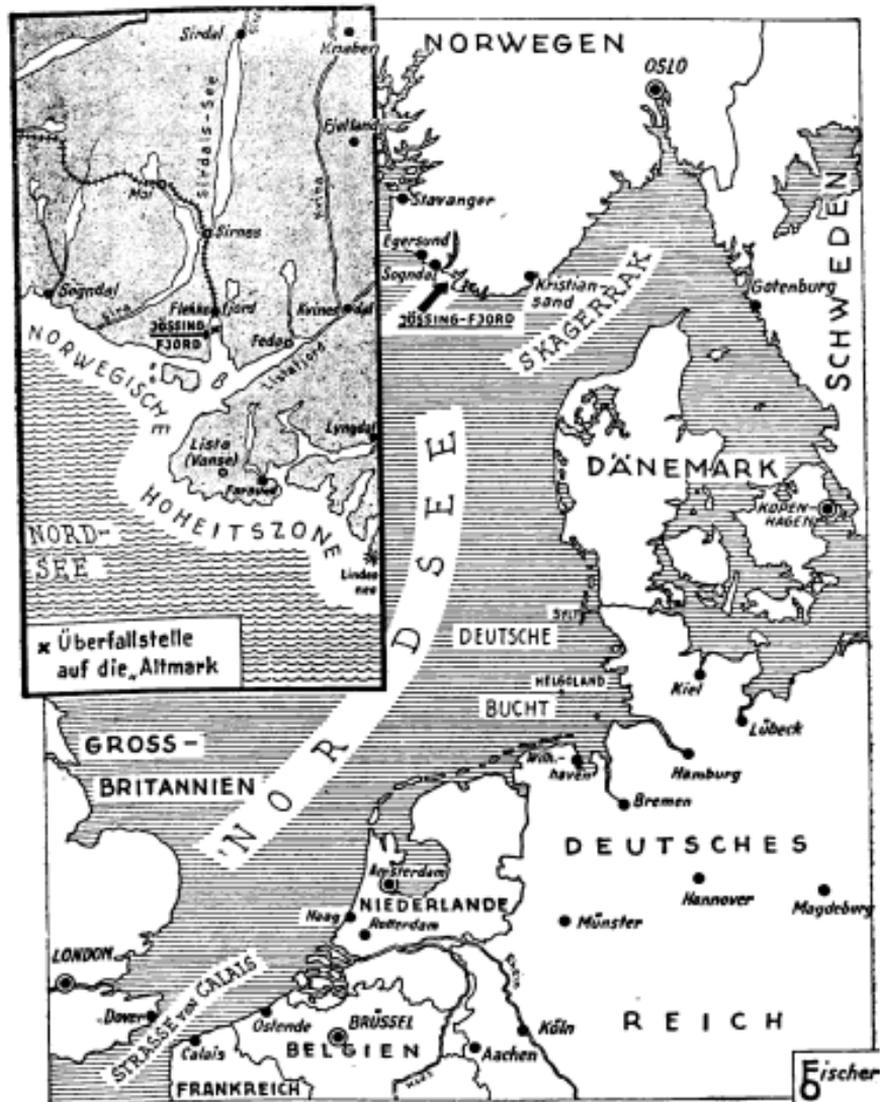
Auch um Spanien bemühte sich besonders die französische Propaganda, doch erwiderte die salangistische Presse die Anbiederungsversuche mit Kälte und bewies auf die ungemessene Tätigkeit der landesflüchtigen Staatsverbrecher am französischen Randsunt und in der Presse. Man möge daher Spanien mit dergleichen zynischen Zweideutigkeiten in Frieden lassen. Seine Neutralität sei hart wie Eisen.

In das gleiche Kapitel „Der Feind und die Neutralen“ gehört auch die immer wiederholte Anhaltung und Untersuchung der amerikanischen Europapost in Gibraltar. Auf den Protest der amerikanischen Regierung hatte England geantwortet, daß es nur aus Briefen und Paketen für den Feind herausfuche, und auf einen übrigens geringfügigen Betrag konfiszierter Werte hingewiesen. Amerikanische Absender stellten jedoch fest, daß darüber hinaus die vom Weltkrieg her bekannte Handelsespionage am Werke sei. Auch amerikanische Quärforderungen für Kollende in Polen wurden gegen allen Protest in Gibraltar festgehalten. Als schließlich die gleiche Kontrolle von Post und Reisenden auch beim Atlantik-Klipper in Bermuda einsetzte, beschloß die Fluglinie, die Route zu verlegen. Aber Befundungen des Unwillens gingen die amerikanischen Reaktionen auf die großspurigen englischen Maßnahmen nicht hinaus.

Ein etwas anderer Geist konnte aus Worten des Präsidenten Ortiz von Argentinien herausgehört werden, der in seiner Begründung zu erhöhten Flottenforderungen das Kommen einer „neuen Ordnung“ und Ende der kolonialimperialistischen Ära voraus sagte, einer Zeit, in der auch Argentinien für sich und seine Rechte eintreten werde. Nicht ohne Zusammenhang mit der Ablehnung Englands vom 15. Januar, die von Panamerika geforderte Sicherheitszone zu achten, und mit neuen militärischen Übergriffen, wie das Anhalten des deutschen Dampfers „Wakama“ in den Küstengewässern vor Rio de Janeiro. Der Dampfer versenkte sich selbst, die Rettungsboote wurden mit Maschinengewehren beschossen. Auch das englische Ersuchen, die Besatzung des „Admiral Graf Spee“ streng zu internieren, wurde von Argentinien als unbefugte Einmischung aufgefaßt und abgelehnt. Es bleibt bei der milden Internierung und dem Anheimstellen produktiver Beschäftigung bei Deutschen.

Eine noch offensivere Form nahm der englische Druck auf die Neutralen gegenüber Holland und Belgien an. Das Überfliegen der beiden Länder durch britische Flugzeuge wurde immer häufiger, im Falle Hollands mindestens zwölfmal allein in einer Woche, in Belgien Notlandung mit Bruch. Ebenso krah steigerte sich die Wirtschaftsdiktatur Englands über Holland, das Festhalten holländischer Ladungen in den Downs und Freigabe nur gegen Sicherheit, daß auch sonstige gleichartige Ware Deutschland nicht erreiche. Das Durchgangsland Holland soll damit gewürgt und gefügig gemacht werden. Beiden, Belgien wie Holland, soll das „Opfer ihrer Neutralität“ zum Zwecke des Sieges der Westmächte allmählich unausweichlich erscheinen. In zweimaliger Rede forderte Minister Churchill von den europäischen Standneutralen, ihre „passive Neutralität“ in eine „aktive“ zu verwandeln, worauf nationale holländische Blätter erwiderten: der englische Blockadestock sei zu kurz, und England suche nach Verlängerungsstücken. Aber das neutrale Holz sei dazu zu teuer . . .

Die kraffteste Form der Rücksichtslosigkeit gegen neutrale Hoheitsrechte wurde erreicht mit dem Überfall auf den Dampfer „Altmark“ im Jöfingfjord. Das Schiff, unter der Reichsdienstflagge als Zubringer für „Admiral Graf Spee“ tätig, hatte mit 300 englischen Zivilgefangenen an Bord auf überlichen Ästen norwegische Gewässer erreicht, war versenkt und beschossen worden und wurde am 16. Februar erst von Flugzeugen, dann von einem Kreuzer und fünf Zerstörern gestellt und zunächst nach See abdrängen verücht. Ein Enterberuch eines der Zerstörer konnte durch Drei-



Der britische Neutralitätsbruch im Jöfving-Fjord

Der deutsche Dampfer „Altmark“, der aus den südamerikanischen Gewässern zurückkehrte und die britische Blockade durchbrochen hatte, wurde am 16. Februar im Jöfving-Fjord, also auf norwegischem Hoheitsgebiet, durch den britischen Zerstörer „Cossack“ geentert. Bei dem feigen Feuerüberfall auf das unbewaffnete deutsche Schiff kamen sechs deutsche Seeleute ums Leben.

manöver bereitet werden. Zwei kleine norwegische Torpedoboote „Skaro“ und „Hjell“ bemühen sich, dem Friedensbruch vorzubeugen. Dampfer und Norweger liegen im Høfvingfjord. Abends dringt der englische Zerstörer „Cossack“ dann in den Fjord ein, geht längsseits, entert den Dampfer und eröffnet eine wilde Schießerei auf die unbewaffnete Besatzung, auf Flüchtende im Wasser und auf dem Eis. Das Ergebnis sind sechs Tote und sechs Verletzte. Die englischen Gefangenen werden befreit, die von der Admiralität ausdrücklich angeordnete Verletzung fundamentalster Hoheitsrechte als Feldtat gefeiert, mit Nelsons Schlachten verglichen, durch Orden und Berufung belohnt. Der deutsche Gesandte erhebt schärfsten Protest und fordert Wiedergutmachung und den Einzug aller verfügbaren Kräfte gegen den Täter. Norwegen protestiert seinerseits und fordert Wiedergutmachung, Entschuldigung und Sicherheiten gegen Wiederholung. Der norwegische Außenminister Kjøtt besteht auf den Rechten Norwegens, lehnt die Internierung der „Altmark“ ab und verweist darauf, daß Kriegs- wie Handelsschiffe frei die norwegischen Territorialgewässer durchfahren können, die Erlaubnis für „Altmark“ — mit oder ohne Gefangene an Bord — daher kein Verstoß sei. Im weiteren Verlauf wird die Forderung etwas weicher, man schlägt einen Schiedspruch vor, den England ablehnt. Man läßt sich Vorwürfe gefallen, man muß von Chamberlain anhören, daß es sich um „unbestreitbare britische Kriegsrechte“ handele, von Churchill, daß England „es müde sei, auf Neutrale Rücksicht zu nehmen“, man muß zusehen, wie britische Flugzeuge weiter die „Altmark“ überwachen. Schließlich bleibt kein Zweifel mehr: England will die norwegischen Hoheitsgewässer unter Kontrolle nehmen, um die deutsche Durchfahrt, namentlich von Erz von Narvik her, aber auch von Fischdampfern und Heimkehrern lahmzulegen. Damit soll Norwegen alles Recht auf Neutralität verlieren, die nicht proenglich ist. Norwegen und Schweden müssen, wie General Gough schreibt, „zu der Erkenntnis gebracht werden, daß sie für Finnland kämpfen müssen, um sich selbst zu retten. England wird sie beschützen“. König Gustav von Schweden wiederholte jedoch am 19. Februar für Schweden die Versicherung absoluter Neutralität, und die drei skandinavischen Außenminister kamen auf ihrer Konferenz in Kopenhagen am 25. Februar zu dem gleichen Ergebnis: Neutralität, ohne den Druck von einer Seite nachzugeben.

Fürs erste schien damit auch auf der Nordflanke der politisch-strategische Angriff abgeklungen. Betrachten wir als Gegenstück das Verhältnis

Deutschland und die Neutralen.

Da im Mittelpunkt der feindlichen Bemühungen die Zerstörung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen uns und den Nachbarn steht, so mußten die Abschlüsse, welche die wirtschaftlichen Unterhändler im Laufe des Februar tätigen konnten, in Moskau, in Rom, in Vukarest und Oslo als höchst erfolgreiche Gegenwehr erscheinen. Namentlich das Wirtschaftsabkommen mit Sowjetrußland vom 11. Februar, auf lange Sicht abgestellt und sogleich anlappend, wurde in der Welt als Ende der britischen Blockadeaussichten beurteilt. Trotz herabsiehender Bekrittelung seitens Englands und Frankreichs, für die Rußland seit ihrem Mißerfolg eine taube Nuß geworden zu sein scheint, konnte niemand die Bedeutung dieses Milliardenumsatzes zwischen zwei direkt benachbarten mächtigen, sich ergänzenden Wirtschaften verkleinern. Ohne Zweifel haben Mißbehagen und Enttäuschung über diese fortgesetzten Rückschläge die Westmächte zu ihrer hemmungslosen Kriegspolitik gegenüber den Neutralen veranlaßt. „Die Zeit“, schrieb die russischen „Iswestija“, „arbeitet gegen die Westmächte.“

Auch in der Angelegenheit des Dampfers „Altmark“ war das Recht und die Weltmeinung auf unserer Seite. Den panamerikanischen Staaten konnte auf ihre Forderung vom Oktober 1939, eine breite Sicherheitszone um Amerika zu errichten, in einer Note das deutsche Verständnis zu ihrer For-

derung und die Bereitschaft zum Gedankenaustausch ausgedrückt werden, nur hätten die Westmächte den Gedanken durch ihre brutale Verletzung der Hoheitsrechte bereits zunichte gemacht. Bei aller Korrektheit der Beziehungen auch zu den uns politisch ferneren stehenden Neutralen konnte es jedoch nicht ausbleiben, daß die deutsche Seekriegführung in Ausübung ihrer Rechte vielfach auf Mißverständnis und Vorwürfe stieß, die sich bei Zunahme der neutralen Schiffsverluste steigerte.

In einem der nordischen Parlamente wurde die Aufforderung an die Regierung gerichtet, über die „Deutsche Auffassung vom Seerecht“ nähere Auskunft zu geben bzw. einzuholen. Wenn die skandinavischen Zeitungen besser dafür sorgen würden, ihre Öffentlichkeit über diese oft genug bekannt-gegebene „Deutsche Auffassung“ zu unterrichten, anstatt erlogenen Greuelnachrichten aus englischer Quelle ihre Spalten zu öffnen, so wäre solche Anfrage unnötig gewesen. Wie wahllos solche unsere Seekriegführung herabsetzende Nachrichten gebracht werden, zeigte das Beispiel der schwedischen Zeitung „Dagens Nyheter“ vom 4. Februar d. J., die von der „warnungslosen Versenkung“ eines Dampfers „Bachala“ berichtet. Aber schon am 21. Januar hatte das „Svenska Dagbladet“ zum gleichen Fall gemeldet, daß der Dampfer in englischer Begleitung auf dem Wege nach Kirkwall gewesen sei, und daß der englische Kommandant des Kriegsschiffes sich gerühmt habe, das U-Boot versenkt zu haben. Hier liegt ein typischer Fall vor, für den die deutsche Priisenordnung in Art. 32—34 klare Verhältnisse schafft: „Fahrzeuge unter dem Geleit feindlicher Kriegsschiffe sind allen Gefahren des Krieges ausgesetzt.“ Man sollte denken, daß diese Bestimmung und die Tatsache, die keineswegs allein „deutsche Auffassung“ ist, sondern dem anerkannten Sinn der Seekriegführung entspricht, allmählich bekannt genug geworden ist. Die „Kirkwall-Praxis“ Englands, der Zwang für Neutrale, einen englischen Hafen anzulaulen, ist eine Form der Blockadeführung, die durch militärischen Einsatz erwidert wird!

Genau dasselbe muß gelten für die Benutzung feindlicher Hoheitsgewässer hinsichtlich der Kriegszufuhr: In solchen Gewässern ist mit ständiger Anwesenheit feindlicher Streitkräfte zu rechnen, weshalb die Führung des Handelskriegs nach Priisenrecht dort sehr erschwert ist. Neutrale Handelsschiffe, die sich in diesen Kampfzonen aufhalten, sind daher ohne Frage gleichfalls Kriegsbehandlungen jeder Art ausgesetzt. Wollte man das verneinen, so würde das Kriegsrecht derjenigen Macht, die die Neutralen zur Benutzung solcher Wege, z. B. an der englischen Ostküste, veranlaßt, einen unberechtigten Vorteil gewähren. Die Rechte der Neutralen haben sich hier den praktischen Kriegserfordernissen anzupassen, und es muß ihnen überlassen bleiben, aus den „Auffassungen“ der beiden Kriegsparteien die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Das Vorbild der Vereinigten Staaten, die ihren Handelsschiffen das Befahren einer Kriegszone rund um England untersagt haben, muß immer wieder auch den europäischen Neutralen als Vorbild empfohlen werden, auch wenn es sie Verzichte auf Kriegsgewinne kostet.

Ähnliche Feststellungen mußten von den Neutralen zum Thema

Das Unterseeboot im Handelskrieg

gemacht werden. Ein kleiner Rückblick ist am Platze. Als 1856 durch die Pariser Seerechtersklärung die Kaperei (durch privilegierte bemannete Rauffahrer) abgeschafft wurde, war das ein Erfolg der englischen Seerechtersforderungen, da der freie Handelskrieg der stärksten Handelsmacht am unbequemsten sein mußte. (Die Vereinigten Staaten traten daher der Erklärung nicht bei, weil sie vom Kapereikrieg gegebenenfalls noch Vorteile erwarteten. Im Bürgerkrieg 1861/65 wurde daraus allerdings ein Rückschlag.) Aus dem gleichen Grunde hat England das Seerecht immer gegen das Unterseeboot mobilzumachen versucht, weil mit ihm eine neue, nicht vorzuziehende Gefahr für den britischen Seehandel verbunden war. Im großen

Flottenvertrag von 1922 (Washington) gelang es aber nicht, ein allgemeines Verbot des Handelskriegs mit Unterseebooten durchzubringen, und die entsprechende Entschliegung des Senators Root wurde durch Frankreich, Italien und Japan überstimmt. Noch heftiger wehrte sich Frankreich, dem ein starker Unterseebootsbestand eine wertvolle Waffe gegen die Flotten stärkerer Großmächte bedeuten mußte, gegen die Verfeinerung des U-Boot-Kommandanten als Piraten. In der amtlichen „Revue Maritime“ erschien damals ein vielbeachteter Aufsatz des Admirals Castex, der die Kriegsführung mit U-Booten nach deutschem Muster als völlig logisch und berechtigt bezeichnete. Die gleiche Auffassung hat Großadmiral Lord Fisher schon im Weltkrieg befundet. Als Gegenleistung setzte England jedoch im Flottenvertrag von 1922 die Aufnahme einer Bestimmung durch, daß Handelschiffe Einbauten und Verstärkungen zur Aufstellung von Geschützen bis zu 15 cm erhalten dürfen. Die Bewaffnung von Handelschiffen in klarer Form als erlaubt hinzustellen, gelang England bei dieser Gelegenheit noch nicht. Die anderen Mächte einschließlich USA waren dagegen, weil solche Ermächtigung die große englische Handelsflotte zum zusätzlichen Kriegsfaktor stempeln mußte. Zur seerechtlichen Regelung kam es auch nachher nicht, da der Gedanke einer neuen Kodifizierung nach dem Kriege verschleppt wurde und einschließ. Immerhin war man beim Kompromiß angelangt, den England, ohne weiter zu fragen, als die gewünschte Ermächtigung zur Bewaffnung seiner Handelschiffe betrachtete und behandelte.

Deutschland war an diesen Verträgen nicht beteiligt. Die Frage der U-Boots-Bewandlung im Handelskrieg wurde dann — wieder ohne Deutschland — im nächsten großen Flottenvertrag von 1930 (London) zwischen den gleichen fünf Seemächten bereinigt. Der betreffende Artikel entspricht dem U-Boots-Protokoll vom 6. Januar 1936, dem Deutschland beitrug. Es wird darin dem U-Boot auferlegt, den Handelskrieg nach Brisenordnung zu führen, d. h. Schiffe und Ladungen formell zu untersuchen und nur zu versenken, nachdem für die Sicherheit von Besatzung, Fahrgästen und Schiffsvapieren gesorgt ist. Als „Sicherheit“ soll das Unterbringen in Schiffsböden bei ungünstigem Wetter und fern von Land nicht gelten.

Deutschland hat diesem Protokoll aus Überzeugung beitreten können, weil seine Auffassung von menschlicher Rücksichtnahme auf die Nichtkämpfer an Bord harmloser Handelschiffe sich mit derjenigen in der übrigen Welt durchaus deckte. Es hat seine Unterschrift jedoch nicht gegeben, um möglichen Gegnern einen unbilligen Vorteil zuzuwenden, wie es zweifellos nach allen Vorgängen in ihrer Absicht lag. Es hat vor allem nicht dem bewaffneten Handelschiff in irgendeiner Form seine Zustimmung gegeben und betrachtet dieses als eine Einrichtung, die dem Gedanken und Prinzip des ordnungsmäßigen Handelskriegs strikt zuwiderläuft. Eine solche Kriegsführung lehnt im Gegenteil die Harmlosigkeit des Handelschiffs auf das schärfste voraus. Es müssen also an die Beachtung des U-Boot-Protokolls die folgenden Voraussetzungen geknüpft werden:

1. darf das Handelschiff überhaupt nicht bewaffnet sein (vergl. das amerikanische Neutralitätsgesetz, das die Bewaffnung ausdrücklich untersagt und selbst die Mitgabe von einigen Handfeuerwaffen von einer Genehmigung durch die Behörde abhängig macht). Von einer öffentlich bekanntgemachten Anweisung an die Schiffe, ihre Waffen angriffsweise zu gebrauchen, ganz zu schweigen;
2. darf das Handelschiff sich nicht in militärischem Schuß befinden, der in demselben Zweck dienen soll;
3. darf das Handelschiff sich an keiner Kriegshandlung beteiligen, Widerstand leisten oder die Flucht versuchen. Offenbar alles Maßnahmen, die die rechtliche Brisenuntersuchung zu verhindern bestimmt sind;
4. schließlich muß verlangt werden, daß das Schiff nicht abgeblendet oder Zirkadkurie fährt.

In allen diesen Fällen, die von der englischen Kriegsrechtsauffassung bejaht werden, soll das Unterseeboot gezwungen werden, sich einer Gefahr auszusetzen, indem es austaucht oder aufgetaucht bleibt und Anstalten trifft, die ordnungsmäßige Untersuchung durchzuführen. Es ist damit beabsichtigt, seiner wirkungsvollsten Eigenschaft, der Unsichtbarkeit, Fesseln anzulegen und seine Verwendbarkeit herabzusetzen bzw. aufzuheben. Die deutsche Kriegsführung kann sich darauf nicht einlassen. Sie kann überhaupt die Bewaffnung des Handelschiffs „zum Zwecke der Verteidigung“ nicht anerkennen, da die Aufforderung zum Anhalten nicht als Angriff aufgefaßt werden kann, gegen die eine Verteidigung statthaft sein soll. Wenn also die englische Propaganda die völlig berechtigte Art der Kriegsführung seitens deutscher Unterseeboote gegen Handelschiffe, die sich in den genannten Punkten außerhalb der Rechtsordnung stellen, als Barbarei anklagt, so ist das ein Betrug mit bekannten Mitteln und nur ein Kapitel aus der langen Geschichte des Kampfes zwischen englischer und nichtenglischer Auffassung vom Seerecht. Eines Kampfes, dem dieser Krieg im Sinne einer Rechtsordnung für alle zu entscheiden bestimmt ist.

Im übrigen werden die deutschen U-Boote, wie bisher, ihr möglichstes für Überlebende solcher Schiffe tun, die sich zu Unrecht dem sofortigen Waffengebrauch ausgesetzt haben. Ein Anspruch darauf und über den Rahmen des militärisch Tragbaren hinaus ist jedoch nicht gegeben oder anzuerkennen. Und damit zu den

militärischen Ergebnissen.

Nach den schweren Rückschlägen, die die englische Luftwaffe bei den Angriffen auf die deutsche Nordseeküste einstecken mußte, hat sie die Versuche im Februar nicht oder kaum wiederholt. Um so tätiger war die deutsche Seite: Nach dem Angriff auf die Geleitzüge an der Ostküste — im U-Boot-sicheren Minenkanal — vom 29. Januar folgte prompt am 3. Februar ein ebenso erfolgreicher, bei dem neun Handelsdampfer, vier Vorpostenboote und ein Minensuchboot „*Spbinz*“ versenkt wurden, und am 19. Februar ein dritter, wobei aus vier Geleitzügen Dampfer, Tankschiffe und ein Zerstörer versenkt wurden. Die Woche vom 11. bis 17. Februar brachte allein 32 Schiffe mit 128 174 BRT ein. Aufklärung und Fliegeralarm verletzten Nordengland in bleibende Unruhe. Während der gleichen Zeit waren Unterseeboote und andere Kampfmittel der Kriegsmarine nicht müßig. Durch ihre Kampfmaßnahmen allein wurden bis Ende Januar 1,5 Mill. BRT, bis 20. Februar 1,8 Mill. BRT versenkt, stets ungerechnet die durch Kollision, erschwerte Kriegsnavigation und sonstige Secunfälle verlorenen. Seimkehrende U-Boote meldeten weiteres: Am 14. Februar wurden allein 58 000 BRT versenkt, ein U-Boot meldete am 21. Februar weitere 27 795 BRT; ein von Fernfahrt unter der Führung von Korvettenkapitän Werner Hartmann am 29. Februar zurückgekehrtes U-Boot meldete die Versenkung von 45 000 BRT. Damit erreichte das U-Boot in zwei Fernfahrten die Gesamtversenkungsziffer von 80 000 BRT, ein anderes (Herbert Schulze) neu 34 130 BRT. Besonders erfreulich auch das verspätete englische Eingeständnis, daß das Schlachtschiff „*Nelson*“ (35 000 Tonnen) im Dezember einen schweren Minentreffer bekam und daß „*Barham*“ (31 000 Tonnen) am 29. Februar von einem U-Boot schwerkrank getroffen wurde. Damit waren mit „*Royal Oak*“, „*Repulse*“ und „*Good*“ zeitweilig bzw. dauernd fünf Schlachtschiffe oder 33 v. H. der englischen Schlachtschiffe außer Gefecht, sieben Zerstörer verloren und eine namhafte Zahl Vorpostenboote beseitigt. Die englische Seeherrschaft mußte, um von sich reden zu machen, die Bluttat gegen Wehrlose im norwegischen Fjord zur Selbental erheben, und die „sichere Überführung“ der Australier und Neuseeländer durch Indischen Ozean und Rotes Meer — wo keinerlei Feindwirkung besteht — als Erfolg hinstellen.

Nach einer Kriegsführung von sechs Monaten zu Lande, zur See und in der Luft ist als militärisches Ergebnis festzustellen: In einem Feldzug von 18 Tagen wurde die polnische Wehrmacht zer schlagen, die polnischen Divisionen wurden vernichtet und das Gebiet des ehemals polnischen Staates wurde bis zur deutsch-russischen Interessengrenze besetzt. Damit wurde die Absicht der Gegner, Deutschland in einen Zweifrontenkrieg zu zwingen, in kürzester Frist vereitelt. Im Westen wurde der Westwall planmäßig besetzt und bis zur Küste verlängert. An keiner Stelle hat der Gegner es gewagt, auch nur in den Wirkungsbereich des Westwalls vorzustoßen, geschweige denn ihn anzugreifen. Die deutsche Kriegsmarine hat nach Vernichtung der polnischen Seemacht bis auf die Einheiten, die vor Beginn des Feldzuges gesunken waren oder später in neutralen Häfen interniert wurden, den Seekrieg gegen England und Frankreich mit steigendem Nachdruck und wachsenden Erfolgen geführt. In der Nordsee lag neben der Sicherung des Seegebietes und dem Schutz des deutschen Handelsverkehrs der Schwerpunkt auf dem Handelskrieg mit Über- und Unterwasserstreitkräften. Gleichzeitig wurden auf die Seegebiete der englischen Ost- und Westküste Minenangriffe unternommen. Im Atlantik waren zur Kreuzerriegführung die Panzerschiffe „Admiral Graf Spee“ und „Deutschland“ eingesetzt. Bei Vorstößen in den Nordatlantik, die auch mit schweren Streitkräften durchgeführt wurden, konnte dem Feinde erheblicher Schaden zugefügt werden. Die deutsche Luftwaffe war an der siegreichen Entscheidung des polnischen Feldzuges in hervorragender Weise beteiligt. Gleichzeitig mit dem Zer schlagen der polnischen Luftwaffe sicherte sie mit anderen Teilen den deutschen Luftraum im Westen. Wiederholt wurden Angriffe auf feindliche Seestreitkräfte, bewaffnete Handelsschiffe und Geleitzüge durchgeführt. Seit Kriegsbeginn sind die deutsche Luftabwehr und die Bodenorganisationen in dem geplanten Umfang voll ausgebaut. Wo der Gegner versuchte, mit stärkeren Verbänden in das deutsche Gebiet einzufliegen, wurde er durch Jagd- und Flakabwehr erfolgreich abgewiesen. Im sicheren Schutz der deutschen Wehrmacht konnte die Wehrkraft des 82-Millionen-Volkes voll entwickelt, die Wehrmacht weiter verstärkt und ausgebaut werden. Die Leistungen der deutschen Rüstungsindustrie sind durch die feindliche Blockade nicht gemindert, sondern sind zu einem Höchstmaß gesteigert worden.

Aber die Enttäuschungen dieser verlustreichen sechs Kriegsmonate suchte man sich zu trösten durch Steigerung seiner hysterischen Vernichtungspläne gegen Deutschland, Ende Februar durch den „Daily Herald“ ergänzt auch durch gleiche gegen Italien und Rußland.

Zum Schluß seien kurz einige Rückwirkungen der höchst zweischneidigen Blockade auf unsere Gegner betrachtet: England sucht durch Auffäufer die Welt nach Schiffen ab, zahlt die höchsten Preise für ältestes Material, zieht seine Schiffe aus der Ostasienfahrt zurück und überläßt auswärtige Linien der Konkurrenz anderer Staaten — ein ominöser Ausblick. Seine Schifffahrteinnahmen gehen im gleichen Tempo zurück, Dreifsonfahrten müssen zurückstehen vor der eigenen Versorgung. Seine finanzielle Rüstung zeigt Risse, der Besitz an amerikanischen Wertpapieren muß jetzt schon ausverkauft werden, die übrigen Auslandsguthaben sind um 81 v. H. entwertet (nach Sir William Clare Lees), die Goldreserve ist zusammenschmolzen. Die englische Landwirtschaft ist ratlos, da sie um jeden Preis 2 Mill. Acres (800 000 Hektar) Grünland umpflügen soll, ohne zu wissen, wie und wofür und wo das Saatgut herkommen soll. — Die Wirtschaft und Versorgung, Schiffsstellung und Einfuhrregelung arbeiten gegeneinander, so daß die Opposition einen Koordinationsminister dringend verlangte, den Chamberlain ablehnte. Dafür gab es einen neuen Exportausstoß, um zu zeigen, daß etwas geschieht.

Von den Dominien kommen auch keine guten Nachrichten: In Südafrika die bestige Spaltung zwischen Buren und Engländern, Terror der

Smutsregierung, lauter Junken nahe dem Pulverfaß. In Indien erneuter Abbruch aller Verhandlungen zwischen Kongreßpartei und Bizafönig. „Die englischen Kriegsziele sind nicht diejenigen Indiens.“

Und Frankreich? Die französische „sécurité“ hinter der Maginotlinie erhielt einen harten Stoß: Kartensystem wie in Deutschland, Bezugscheine für Lebensmittel, Textilien und Leder, Alkoholverkauf eingeschränkt, Frauen nobilitiert für die Landwirtschaft.

Der Februar schließt mit ständigem und zöhen Fortschritt der deutschen Kriegführung und Wirtschaftspolitik, für den Gegner mit Mißerfolgen, für die kleinen Neutralen mit schwerer grundsätzlicher Krise; am ausgeprägtesten im Norden.

Heldentaten zur See

Tag für Tag beweist die deutsche Kriegsmarine aufs neue ihren Kampfsgeist und ihre Einsatzfreudigkeit und widerlegt damit die lächerlichen Lügen der englischen Propaganda mit frischer und erfolgreicher Lat. Zum erstenmal wurden Mitte Januar in dem uns von den Briten aufgezwungenen Freiheitskampf die Zerstörer unserer Kriegsmarine genannt, als der Bericht des DMB die Vernichtung eines britischen Bombers, die Beschädigung eines zweiten durch einen Zerstörer und die Vertreibung von restlichen sechs angreifenden Bombern in der Nordsee durch eine Gruppe weiterer Zerstörer bekanntgab. Ein Bericht von Bord eines dieser Nordseestürmer gibt ein packendes Bild von ihrer Leistungsfähigkeit und ihrem Einsatz.

Vor der Jahrhundertwende entwickelte sich aus der Notwendigkeit der Bekämpfung der schweren Überwasserstreitkräfte heraus fast gleichzeitig in den europäischen Kriegsmarinen das Torpedoboot. Als kleine Dampfboote, mit einer kleinen Revolverkanone und einem Torpedorohr an Deck ausgerüstet, sollten sie den Gegner, aus dem Schutz der großen Schiffe hervorbrechend, in hoher Fahrt überraschend angreifen und durch Torpedoschuß versenken. Von Nachtangriffen versprach man sich besonders gute Erfolge, weil die kleinen schwarzen Boote in der Dunkelheit nur auf kürzeste Entfernungen vom Gegner erkannt werden konnten, wenn der Angriff bereits erfolgt war. Der damalige Kapitänleutnant und spätere Großadmiral v. Tirpitz baute die Torpedowaffe unserer Kriegsmarine auf. Unsere ersten Boote erwiesen sich trotz ihrer Kleinheit als schnell, seetüchtig und, was die deutsche Kriegsmarine immer allen anderen Marinen vorausbehielt, überlegen in der Waffen- und Maschinentchnik und in der Ausbildung. Die Besatzungen waren erfüllt von dem unvergleichlichen Angriffsgeist, der ihnen den anerkennden und ehrenden Beinamen „Husaren der See“ gab. Als nach der Jahrhundertwende das große Wettrüsten in den Kriegsmarinen einsetzte und die Engländer ihre Großkampfschiffe bauten, sahen auch wir uns gezwungen, unsere Abwehr zu verstärken. Aus den kleinen S-Booten entstanden Boote mit mehr als doppelter Größe, entsprechender Schnelligkeit und Bewaffnung, und aus diesen bis zum Weltkrieg das Hochseetorpedoboot. Die T-Boote erhielten im Weltkrieg einen größeren Aufgabenbereich; sie wurden als Aufklärer, zur Sicherung der großen Schiffe gegen U-Boote, im Vorpostendienst, Handelskrieg, Geleitdienst, Minensuchen und als U-Bootjäger eingesetzt. Aber das Hauptziel unserer Torpedobote blieb der Angriff bei Tag und Nacht. Wenn auf dem Flaggschiff oder auf dem Flottillenführer der blutrote Doppelstander „Z“: „Ran an den Feind!“ wehte, dann preschten die grauschwarzen Jäger in höchster Fahrt auf die feindlichen Einheiten los; alles, was Menschengestalt, Menschenkraft und Technik in sich bergen, bis zum letzten hingebend, um den Gegner zu vernichten. Dieser Angriffswille saß in jedem Mann der Besatzung. Viele Heldentaten im

Weltkrieg bewiesen ihn, und nicht unverdient trugen die Männer der Torpedo-Divisionen wie die Kameraden der U-Waffe die rote Biese um die Mütze und den Kragenspiegel.

Noch im Weltkrieg gingen wir dazu über, das Hochseetorpedoboot weiter auszubauen. 1916 verfügte unsere Kriegsmarine in den H-Booten über die Vorläufer unseres heutigen Zerstörers, der als gleichwertiger Gegner gegenüber den bereits damals von den Briten in Dienst gestellten Zerstörern galt. Nach der Zerreißung des Versailler Diktates konnten wir 1934 erneut mit dem Bau von Zerstörern beginnen. Die Weltkriegserfahrungen und die Beobachtung der Entwicklung in den anderen Kriegsmarinen, die zielbewußte Planung und die zur höchsten Wertarbeit des Geistes und der Hand gesteigerte Leistung unseres Volkes ermöglichten es, eine Art von Zerstörern zu bauen, die zu den vollkommensten der gleichartigen Einheiten dieser Waffe in allen Kriegsmarinen gehören.

Bei einer Länge von 114 bis 117 Meter, einer Breite von 11,3 bis 11,7 Meter und einem Tiefgang von 2,8 bis 2,9 Meter nehmen sie eine Wasserverdrängung von 1625 bis 1811 Tonnen ein. Ihre Bewaffnung besteht aus fünf 12,7 cm-Geschützen, vier 3,7 cm- und mehreren 2 cm-Flaks sowie zwei Vierlingssätzen Überwasser-Torpedorohren; also eine Bewaffnung, die genügt, um gegnerische Torpedoboote, Zerstörer, leichte Überwasserstreitkräfte und U-Boote zerstören zu können.

Die Hauptwaffe unserer Zerstörer aber bildet ihre Dauergeschwindigkeit von rund 36 Seemeilen in der Stunde oder von rund 62 Kilometern. Der Binnenländer kann sich einen Begriff von dieser Geschwindigkeit machen, wenn er die 70 km-Fahrt mit der Eisenbahn oder mit dem Kraftwagen vergleicht. Eine solche Fahrt auf den hindernislosen Schienen oder auf den glatten Reichsautobahnen kommt uns schon als eine hohe Reisegeschwindigkeit vor. In See müssen aber der meist starke Wind, der sich in den Aufbauten hemmend fängt, und der erhebliche Wasserwiderstand berücksichtigt werden. Die schlanke und schnittige, niedrige Form der Zerstörer und die Ausgeglichenheit in der Gewichtverteilung der Boote helfen, diese Widerstände zu überwinden.

In hoher Fahrt jagen mehrere Zerstörer durch die stark bewegte Nordsee. Pfeifend fest der Wind durch die Leinen, braust um Masten, Aufbauten, Geschütze und Schornsteine, aus denen die Olfeyerung unter den Kesseln ab und zu grauschwarze Rauchfäden stößt, die im Wind zerstieben. Der Bug schneidet durchs Wasser: Gischt und Brecher schleudern über die lange ausladende Back bis über die vorderen übereinanderstehenden Geschütze, über die Brücke und verspritzen sich beim Überholen des Bootes bis zu der mittschiffs auf dem Waffendeck stehenden Flak. Eine Kursänderung bringt uns breitseits zu Wind und See. Vom Führerboot kommt der Befehl, auf 36 Seemeilen heraufzugehen und zur Sicherung gegen U-Bootsangriffe Zick-Zack-Kurs zu fahren. Der Wind frisch weiter auf, das Geräusch der Maschinen und das Arbeiten der Turbinen steigert sich zum lärmenden Rauschen, der Bug mühlt sich tief in die graugrünen Wellenberge, hoch schäumen die beiseite geschleuderten Wassermassen, ein Brecher nach dem anderen kommt bis zur halben Masthöhe über. Das Boot senkt sich fast gleichmäßig von vorn nach achtern, holt von einer Seite zur anderen über, die Schrauben peitschen die Hecksee zu einem bis drei Meter hohen kochenden Wirbel von weißer Gischt, und hinter uns zieht sich das Kielwasser auf weite Sicht. Wieder ein Haken nach Steuerbord, das Boot bäumt sich gegen Wind und Seegang, wird vom Ruder und den Schrauben in den Kurs gezwungen, schwer schlägt die See heran. Das Boot holt so stark über, daß die Reeling durchs Wasser schleift, richtet sich auf, rollt nach Backbord, wieder tief zurück, und hält seinen Kurs.

Stunde um Stunde jagen unsere Zerstörer durch unser deutsches Meer, Tag und Nacht; nirgendwo ein Schiff, eine Raufahne oder ein Licht. Sie überwachen die von uns von den Briten freigemachte Nordsee, sie, die die Namen von Kameraden tragen, die in Pflichterfüllung für die Freiheit unseres Volkes im Weltkrieg mit ihren Booten nach heldenhaftem Kampf gegen den Feind untergingen. Vom Kommandanten bis zum jüngsten Mann an Bord kennt jeder nur den einen Wunsch und unbedingten Willen: Kämpfen und siegen, damit Großdeutschland den ihm von den Briten zum zweitenmal aufgezwungenen Freiheitskampf zum ewigen Leben des deutschen Volkes durchsteht. — Stürmend das Boot, stürmend der Geist der Männer auf unseren Zerstörern, den Nordsee-Stürmern unter dem Hakenkreuz!

Wundervoll sind auch im Februar die Leistungen der U-Boote. Ein Bericht „Mit dem U-Boot auf Feindfahrt“ vom 8. Februar sei hier festgehalten.

Wir hingen auf 20, 25 Meter Tiefe. Vom Bugraum sumpte und klappte der Tiefenrunderanlasser. Die grünen Vorhänge vor der Kommandantennische öffneten sich. Der „Alte“, der auf seinem Sofa gesessen und ein Auge voll Schlaf genommen hatte, steckte den Kopf heraus: „Frage Uhrzeit“.

„Fünf Uhr.“

Er rechnete. „In 20 Minuten taucht Boot auf.“

Von vorn und achtern wiederholte sich der Ruf.

Zur festgesetzten Minute begann das Boot zu steigen. Brausend und zischend drückte die Luft das Wasser aus den Tanks. Der lange Stahlfisch fing an, im Seegang zu schlingern, nun ein plötzliches Aufrauschen ...

„Boot ist 'raus“, rief der Leitende —, dann ein ziehendes Sausen, ein Knacken in den Ohren, ein tiefer Seufzer durchs ganze Boot, mit dem die frische Luft hereinströmt. Das Turmluk ist offen.

Schon stand auch der „Alte“ zum Rundblick auf der Brücke. Rein lag die Kimm ringsum, im Süden ein paar wenige federleichte Wölkchen. Die Brückenwache zog auf. Wachoffizier, Wachunteroffizier, zwei Signalgasten. Alle mit besten Doppelgläsern. Jeder auf dem Ausguck nach Flugzeugen, Schiffen und — Torpedolaufbahnen. Das Boot schüttelte sanft unter der Einwirkung der laufenden Dieselmachine, die es mit langsamer Fahrt vorantrieb. Die „Ladung“ zum Wiederaufladen der Akkus war angehängt.

Der Kommandant kletterte wieder in den Turm hinab, um noch bis zum Frühstück ein wenig weiterzudrusseln. Kaum hatte er die Augen geschlossen, da schlief er auch.

Im Hordraum schaltete der Funker der Wache den Frühnachrichtendienst ein, ehe er nebenan im Funkraum die Kopfhörer umnahm. Einige Minuten erfolgte nichts; er nahm eine Spiegelscherbe und besah eingehend seinen kräftig ruchernden Bart.

Da! Das galt ihm! — Schon warf die Hand Buchstaben aufs Papier, Kolonne für Kolonne. „Na, die haben ja 'n Haufen heute“, brumhte er vor sich hin, „mal sehen, was es Neues gibt.“

Während er noch am Entschlüsseln war, kam die Meldung von der Brücke: „An Kommandant, Rauchwolken an Backbord!“

Der schoß empor, als hätte er den Schlaf nur vorgetäuscht, griff nach der Gefechtsmütze und passierte mit einer Beugung und Drehung, der man vielfältige Übung ansah, das Schott.

„Rauchwolken an Backbord“ lief unten die Meldung durchs Boot, während oben der Kommandant die Brücke erklomm. Mit gestrecktem Arm wies der Eins-WO nach Südwesten, wo sich winzige

schwarze Rauchballen über der Kimm erhoben. „Scheinen mehrere zu sein“, fügte er hinzu, „vielleicht ein Geleitzug.“

Der Kommandant antwortete nichts, er hatte das Glas vor den Augen. „Tatsächlich“, sagte er endlich, „Na, den sehen wir uns an.“ Er schmunzelte. „Durchs Boot: Beeilen mit Kaffeetrinken! Boot hat Geleitzug an Backbord, setzt sich zum Angriff vor.“ Schallend kam die Wiederholung aus dem Turm.

„Lassen Sie beide Maschinen ‚Halbe‘ (Fahrt) gehen, Kurs auf die Spitze des Geleitzuges!“

Er kletterte wieder hinab in die Zentrale und vertiefte sich in die Karte. Mit dem Zirkel Distanzen prüfend, gab er seinen neuen Kurs zur Brücke hinauf ...

Ganz unerwartet kam der Alarm. Die Glocken schrillten durchs Boot, Lampen leuchteten auf. Wie reife Früchte vom Baum purzelten die Brückenwächter in die Zentrale.

„Turmluk ist dicht.“

Schon rauschte das Wasser in die Tauchtanks, das Boot neigte sich, der Zeiger im Tiefenmanometer kletterte, dann war das Boot durchgedandelt.

„Schraubengeräusch an Backbord — Zerstörergeräusch an Backbord.“

„Ruhe im Boot! Schleichfahrt!“ gibt der Kommandant.

„Auf x Meter gehen.“

Atemlose Stille im Boot. Da! — Nun hört man ihn sogar mit bloßem Ohr! Jitjitjit. — Ekelhaft! Dann schwirrt und klingelt er über uns dahin. Wenn sie jetzt nicht kommen, die Wasserbomben — wenn sie jetzt — jetzt — nicht kommen ...

„Zerstörergeräusch wird schwächer, wandert nach Backbord voraus!“

„Uff!“ sagte der Zoo-WO. „Wenn der gerußt hätte ...“

Unser Boot ändert Kurs, zackt ein Stück ab und taucht wieder auf. Reine Luft ringsum. Nun geht's mit großer Fahrt auf Anlaufstellung. Gelegentlich zeigen kleine, schwarze Rauchballen hinter der Kimm, daß der Geleitzug brav seinen Kurs hält.

Endlich kommt das „Auf Tauchstationen!“, und das Boot bezieht seine Lauerstellung.

Wieder sickern die Minuten, unterbrochen durch lakonische Meldungen.

Zuweilen gibt der Kommandant durchs Boot, was ihm das für Sekunden ausgefahrene Sehrohr zeigt. Er zählt fünf Zerstörer, einen davon als Spitzenreiter, einen an Backbord des Geleitzuges, drei gestaffelt an Steuerbord. In der Mitte „Dampfer die dicke Menge“.

Der Kommandant: „Torpedowaffe Achtung! Bugrohre bewässern.“

Völlige Stille herrscht im Boot, Erwartung und Ruhe. Jeder Mann hat seine Gefechtsstation inne. Die Mündungsklappen der Rohre werden geöffnet: kaum hörbar flüstern die Torpedobedienungen ihren „Aalen“ zärtliche Wünsche zu.

Plötzlich zwei helle scharfe Detonationen. Wasserbomben? Sind wir gesehen? Fliegerbomben?

Die Stimme des Kommandanten: „Schnell auf x Meter gehen!“

Blitzschnell sinkt das Boot, und schon hören wir, wie es ringsum über uns schaufelt und quirlt. Der Geleitzug geht genau über uns hinweg. Hat er uns gesehen? Versucht er, uns zu rammen? Dann müßten doch Wasserbomben kommen! — Aber es bleibt still.

„Auf Sehrohrtiefe gehen!“ Langsam hebt sich das Boot. Dem Kommandant zeigt ein kurzer Blick durchs Sehrohr, daß er schräg hinter seinem Geleitzug steht.

„Beide Maschinen große Fahrt voraus! Steuerbord fünfzehn!“

Die E-Maschinen singen und pfeifen, das Ruder kommt auf, drei Rohre werden „klar“ befohlen und „klar“ gemeldet, und in das jubelnd durchs Boot gebrüllte „Los!“ hinein stürzen schon alle Mann voraus, um den Auftrieb auszugleichen, der durch das Ausstoßen des Torpedos im Vorschiff entsteht. Gleichgültig, ob man sich die Knochen zerbügelt! Brausen, Zischen, nach innen durchtretender Wasserdampf, Strahlen von spritzendem Seewasser, schwitzende, begeistert strahlende Gesichter, tief herabgebückt unter die niedere Decke, und dann der Befehl: „Auf x Meter gehen!“

Rasch senkt sich das Boot, seine Aale laufen ihren tödlichen Weg auf die gestaffelt fahrende letzte Kolonne des Geleitzuges zu. Immer noch kreist der Zeiger der Stoppuhr. Fehlschüsse? Ist die Laufzeit schon um?

Und dann bricht die Detonation durchs Boot, hart, hell und schüttelend. Gleich darauf eine zweite. Dann ist wieder alles still.

Wir bleiben im Keller; denn von achtern kommt ein Zerstörer heraufgejüht. „Der Feger“, wie wir ihn nennen, der den Geleitzug von hinten sichern soll. Soll ...

„Was meinen Sie, waren das Treffer?“ fragt der Kommandant.

„Einwandfrei“, entgegnet der Torpedomaat und lacht.

Im Tone falichen Mitleids hat der englische Stundfunt vor kurzem seinen Hören zum Trost über Englands schwindenden Schiffsraum erzählt, daß die deutschen U-Boots-Verluste von den englischen Abwehrmaßnahmen moralisch völlig niedergedrückt seien. Der englische Sprecher erklärte mit heuchlerischem Pathos, die deutschen Seeleute seien bei ihrer Rückkehr mit ihren Nerven so am Ende, daß sie faum wagten, an Land zu gehen. Wir bringen im nachstehenden die Schilderung von der Heimkehr einer U-Boots-Besatzung, die in schweren Kämpfen gestanden hatte:

Am Schrohr des U-Boots flatterten kleine englische Flaggen, für jedes versenkte Schiff eine. Am Turm grüßte in lustiger Zeichnung das Kennzeichen, das sich dieses U-Boot gewählt hat. Das Deck war vereist vom Seegang der Winterstürme. Das Geschütz auf dem Vorschiff trug einen langen Bart von Eiszapfen, aber im Gefecht hatte es bewiesen, was es zu leisten vermochte. Der graue Anstrich zeigte die Spuren des harten Schlags der Atlantikwellen. So kehrt ein wackerer Haudgen heim, mit den Narben des Kampfes, aber ungebrosenen Mutes. So sind auch die Männer an Bord, vom Kommandanten bis zum jüngsten Matrosen.

Sie tragen alle den „U-Boots-Bart“, vom Kommandanten bis zum jüngsten Matrosen, der erst sehr zarten Flaum an den Wangen zeigt. Der Bart ist keine Spielerei der U-Boots-Männer. Wenn man nur einen halben Liter Wasser täglich für Essen und Trinken hat, dann muß das Waschen zurückstehen und das Rasieren auch, vom engen Raum ganz abgesehen. Die Männer tragen ihr Lederzeug, das „U-Boots-Päckchen“. In den schmalen Gängen zwischen den Motoren, den Torpedorohren und Torpedos kann man kein Paradezeug anziehen, und oben auf dem Turm schlagen die Seen bei einiger Brise über und durchnässen alles. Da kommt es nicht auf äußeren Glanz an, sondern auf die Kampfbereitschaft zu jeder Zeit, und das heißt beim U-Boot: zu jeder Sekunde. Ein Turmluk, das eine Sekunde zu spät zufliegt, wenn das Boot schnell tauchen muß, kann über sein Schicksal entscheiden. Es sind ganze Männer, die der Dienst auf den U-Booten erfordert.

Das U-Boot, das in diesem Hafen eingelaufen ist, hat große Erfolge errungen. Die Männer treten an Land vor ihrem Boot an. Ihr Flottillenchef begrüßt sie: „Ich freue mich, daß ihr wieder da seid. Wir freuen

aus alle, daß ihr einige dicke Engländer geknackt habt." Seeleute sind nicht Freund von vielen Worten.

Der Admiral kommt. Er tritt vor die bärtigen U-Boot-Männer, die in zwei Gliedern angetreten sind. Er schlägt in kurzen Worten die Verbindung zwischen der Führung und diesen Männern, die die Aufgaben erfüllt haben, die ihnen die Führung stellte. Jedes Gesicht strahlt, als er mitteilt, daß der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht der gesamten Besatzung des Unterseebootes das Eiserner Kreuz verliehen hat. Nun treten die Männer in einer Reihe an, und der Admiral überreicht jedem von ihnen das Ehrenzeichen. Man hört aus den Antworten auf seine Fragen, daß alle deutschen Gauen in unserer U-Boot-Waffe vertreten sind. Da sind Männer von der Wasserkante. Da antwortet ein Funker in unverfälschtem Oberbayrisch. Da ist einer aus Baden, ein anderer aus Schlesien, einer aus Thüringen und einer aus Berlin. „Na, da werden Sie in Berlin tüchtig glänzen mit dem wohlverdienten E. K.“, sagt der Admiral. „Nein, Herr Admiral“, kommt die Antwort, und „Doch, doch!“ meint der Befehlshaber zur Freude aller Kameraden. Sie kennen schwerste Stunden des Kampfes, aber sie wissen auch das humorvolle soldatische Wort zu schätzen. Die Finger nesteln an dem Band des Eisernen Kreuzes, das nun an ihrer Brust leuchtet. Da reißt ein Befehl die Glieder zusammen, als der Admiral die Besatzung entläßt.

Der Kommandant nimmt seine Männer noch einmal zusammen, um ihnen das U-Boot-Kriegsabzeichen zu übergeben, das sie sich durch ihre Fahrten verdient haben. Er sagt ihnen: „Kameraden, wir sind stolz auf unsere Waffe. Wir sind stolz darauf, daß wir uns dieses Abzeichen verdient haben. Es würdigt keine besonderen Heldentaten. Es ist das Zeichen für unsere Bewährung im U-Boot-Alltag draußen in schwerer See, unter feindlicher Gegenwirkung, unter Fliegergefahr und unter den Wasserbomben des Engländers. Aber wir wollen uns auf das U-Boot-Kriegsabzeichen nichts einbilden. Wir sind nicht mehr als andere, die ihre Pflicht tun. Aber wir fühlen uns verpflichtet, in unseren Leistungen nicht zu erlahmen, denn für unser Volk geht es jetzt um das Ganze.“ In ein paar Sätzen schildert der Kapitänleutnant seinen Männern, was der englische Rundfunk von ihnen erzählt hat: „Wir sollen moralisch zerquetscht sein und uns kaum noch an Land wagen, und erst recht nicht wieder auf See. Sehen wir so aus, Kameraden?“ Helles Gelächter antwortet ihm. „Natürlich freuen wir uns, wieder mal zu Hause zu sein, aber dann freuen wir uns auch wieder, dem Tommy ans Leder zu gehen.“

Wer sich mit den U-Boots-Männern unterhält, der sieht, wie sie alle an ihrem Boot hängen und an ihrer Aufgabe, deren Schwere niemand von ihnen unterschätzt und die auch niemand zu Hause unterschätzen darf. Die Geschützbedienung erzählt mit blanken Augen, wie sie in heller Mondnacht einen englischen Bewacher überrumpelten, der selbst den Befehl hatte, deutschen U-Booten aufzulauern, aber überhaupt nicht zum Schuß kam. „Bald darauf hielt ich einen Neutralen an“, sagt der Kommandant, „damit er am Kampfplatz unsere Gegner bergen konnte.“

Wie die Männer am Geschütz über die Treffsicherheit ihrer Granaten, so haben sich die Männer an den Torpedorohren über die Wirksamkeit ihrer „Aale“ gefreut. Jeder an Bord, ob in der Zentrale oder vor den Motoren, ob Steuerer oder Funker, ob Offizier oder Matrose, weiß, daß es auf ihn ankommt. In dieser engen Stahlröhre bilden sie wahrhaftig eine verschworene Gemeinschaft, auch wenn sie nicht viel davon reden.

Mit einfachen Worten erklärt der junge Kommandant, wie er sein dickstes Schiff aus stärkster Zerstörersicherung herauschoß. Es fragt

ihn jemand, was er in diesem Augenblick gedacht habe. Da meint er: „In solchen Augenblicken denkt man nicht viel, sondern es heißt ganz nüchtern, an den Feind ranzugehen und ihn zu treffen. Jeder meiner Männer ist in einem solchen Augenblick mit allen Fasern beim Angriff, und das ist das Schöne, wenn man fühlt, was für eine Kraft da hinter einem steht.“

So sind unsere heimkehrenden U-Boots-Männer, und so gehen sie wieder an den Feind. „Jetzt aber“ — so sagt uns der Kommandant zum Abschied, streicht sich seinen rauhen Bart und blickt ein wenig auf den Grünspan, den seine Schulterstücke angesetzt haben —, „jetzt aber freuen wir uns, daß wir uns endlich mal waschen und sauberes Zeug anziehen können. Niemand weiß besser als wir, was es heißt, in der Heimat zu sein, für die wir kämpfen. Heil Hitler!“

Wahrlich, diese Heimkehr sah anders aus, als es sich die primitiven Agitatoren Englands vorstellen oder als sie es der englischen Öffentlichkeit vorzutäuschen versuchen.





Wehrmachtberichte

1.-29. Februar 1940

Das Oberkommando der Wehrmacht gab bekannt:

1. — Im Westen geringes Artilleriefeuer.

Ein eigener Spähtrupp vernichtete am 30. Januar eine feindliche Sicherung im Grenzgebiet westlich Saarlautern und kehrte ohne Verluste zurück.

Die Deutsche Luftwaffe setzte die Aufklärungsstätigkeit gegen Großbritannien fort.

2. — Keine besonderen Ereignisse.

3. — Keine besonderen Ereignisse.

4. — Im Westen keine besonderen Ereignisse.

Wie bereits durch Sondermeldung bekanntgegeben, hat die Deutsche Luftwaffe im Rahmen der Aufklärung über der Nordsee am 3. 2. britische Kriegsfahrzeuge und bewaffnete oder im Geleit fahrende Handelsdampfer angegriffen und trotz nächster Flak- und Jagdabwehr ein Minensuchboot, vier Vorpostenboote und neun Handelsdampfer versenkt. Zahlreiche weitere bewaffnete Handelsdampfer wurden teilweise erheblich beschädigt. Sämtliche versenkten Handelsdampfer wurden in britischen Geleitzügen angegriffen. Drei eigene Flugzeuge sind vom Feindflug nicht zurückgekehrt.

Nach zuverlässigen Nachrichten betragen die in der Zeit vom 21. bis 31. 1. 1940 als Folgen des Seekrieges entstandenen Verluste an englischen, französischen und neutralen Handelsschiffen zusammen 145 603 BRT.

5. — Der Tag verlief ruhig.

6. — Keine besonderen Ereignisse.

7. — Keine besonderen Ereignisse.

8. — An der Saarfront etwas lebhaftere Artillerie- und Spähtruppstätigkeit.

Die Verluste der feindlichen und neutralen Handelschiffahrt, soweit sie allein durch die Kampfmaßnahmen der Deutschen Kriegsmarine verursacht sind, haben von Kriegsbeginn bis Ende Januar die Summe von 407 Schiffen mit 1 493 431 BRT. erreicht.

In demselben Zeitraum wurden ferner von deutschen Seestreitkräften 354 Schiffe mit insgesamt 607 881 BRT. zur weiteren prisenrechtlichen Untersuchung in deutsche Häfen eingebracht.

In der Zeit vom 31. Dezember 1939 bis 31. Januar 1940 sind an feindlichen und neutralen Handelsschiffen in Verlust geraten:

1. Nach bestätigten Meldungen 371 898 BRT.

2. Nach Meldungen, die mit großer Wahrscheinlichkeit auf einen Totalverlust schließen lassen: 91 898 BRT. Insgesamt 463 796 BRT.

Damit belaufen sich die Gesamtverluste der feindlichen und neutralen Handelsschiffahrt seit Kriegsbeginn auf insgesamt 409 Schiffe mit 1 493 431 BRT.

Demgegenüber hat die deutsche Handelsschiffahrt bis einschließlich 31. 1. folgende Verluste erlitten:

1. Vom Feind wurden in seinen Häfen bei Kriegsausbruch beschlagnahmt 13 196 BRT.

2. Vom Feind aufgebracht wurden: 82 236 BRT.

3. Durch Selbsterfenkung wurden dem Zugriff durch den Feind entzogen: 141 525 BRT.

Insgesamt belaufen sich die deutschen Verluste auf 42 Schiffe mit 256 956 BRT.

9. — In Forbach stieß eine eigene Sicherung mit einem stärkeren feindlichen Spähtrupp zusammen. Dabei verlor der Gegner mehrere Gefangene.

Grenzüberwachungsflüge der Luftwaffe blieben ohne Berührung mit dem Feinde.

10. — An der Westfront keine besonderen Ereignisse.

Durch deutsche Fliegerverbände, die, wie schon bekanntgegeben, zur bewaffneten Aufklärung über der Nordsee eingesetzt waren, wurden sechs britische oder im britischen Geleit fahrende Schiffe mit einer Gesamttonnage von etwa 15 000 Tonnen, sowie zwei britische Vorpostenboote versenkt oder so schwer beschädigt, daß mit ihrem Totalverlust gerechnet werden muß. Trotz starker Flaak- und Jagdabwehr wird nur ein deutsches Flugzeug vermißt.

In den Nachmittagsstunden verluchten einzelne britische Flugzeuge in die Deutsche Bucht einzudringen, sie wurden, ohne einen Erfolg gehabt zu haben, durch unsere Abwehrkräfte vertrieben.

11. — An der Westfront verlief der Tag ruhig.

Die deutsche Luftwaffe setzte trotz Schlechtwetters ihre Aufklärungstätigkeit gegen Großbritannien fort. Ein britisches Vorpostenboot wurde versenkt. Alle Flugzeuge kehrten unverfehrt zurück.

Wie durch Sondermeldung bereits bekanntgegeben, hat ein von Fernfahrt zurückgekehrtes deutsches U-Boot die Versenkung von 38 000 BRT., zum Teil wiederum aus Geleitzügen, als Gesamtergebnis seiner Tätigkeit gemeldet.

12. — Keine besonderen Ereignisse.

13. — Im Westen außer geringer Artillerietätigkeit keine besonderen Ereignisse.

14. — Keine besonderen Ereignisse.

15. — Bei Spähtrupptätigkeit im Grenzgebiet südlich Saarbrücken wurden mehrere Gefangene eingebracht.

Der 14. Februar war für die deutsche Seehriegführung, vor allem für die deutschen U-Boote, besonders erfolgreich. An diesem Tage wurden allein 58 000 BRT. Schiffsraum versenkt.

16. — Keine besonderen Ereignisse.

17. — Im Westen wurden bei einem Spähtruppunternehmen am Warnöt südwestlich Saarbrücken mehrere Gefangene eingebracht.

An der Oberrhein-Front stellenweise lebhaftes beiderseitiges MG.- und Gewehrfeuer.

Ein deutscher Jäger schoß über der Nordsee ein englisches Flugzeug des Moders Bristol-Blenheim ab.

18. — Bei einem Stoßtruppunternehmen westlich Merzig wurden mehrere Gefangene eingebracht.

Wie durch Sondermeldung bereits bekanntgegeben, sind in der Woche vom 11. bis 17. Februar durch Einfaß der Seekriegsmittel an britischer, französischer und dem Feind nutzbarer neutraler Tonnage 32 Schiffe mit 128 174 BRT. versenkt worden.

Über der Nordsee kam es auch gestern wieder zu einem Luftkampf zwischen einem Bristol-Blenheim und einem Messerschmitt-Flugzeug. Das englische Flugzeug wurde zum Absturz gebracht.

19. — Im Westen geringe örtliche Artillerietätigkeit.

In verschiedenen Seegebieten wurden wiederum vier feindliche Geleitzüge von U-Booten erfolgreich angegriffen. Aus drei Geleitzügen heraus wurden Dampfer und Tanker, aus dem vierten ein Zerstörer versenkt, der zu den Sicherungskraften dieses Geleitzuges gehörte.

20. — Südostwärts Busendorf auf französischem Boden vernichtete ein Spähtrupp einen feindlichen Lastkraftwagen mit etwa 20 Mann.

Die Luftflotte führte Aufklärungsflüge bis in die nördliche Nordsee durch.

21. — Im Westen keine besonderen Ereignisse.

Aufklärungs- und Grenzüberwachungsflüge der Luftwaffe blieben ohne Kampfberührung. Im Rahmen der gegen die britische und schottische Ostküste bis zu den Shetlands unternommenen Aufklärungsflüge wurden zwei britische Minenleger durch Bombenabwurf versenkt und ein bewaffnetes Handelsschiff so schwer getroffen, daß mit seinem Verlust zu rechnen ist. Sämtliche Flugzeuge sind unversehrt in ihren Heimathäfen gelandet.

Nach Mitternacht flogen mehrere feindliche Flugzeuge aus Westen und Nordwesten unter Verletzung niederländischen Hoheitsgebets in die innere deutsche Bucht ein.

Ein von Fernfahrt zurückgekehrtes U-Boot hat die Versenkung von 27 795 BRT. gemeldet.

22. — Im Westen klärte die Luftwaffe in verstärktem Maße über Ost-Frankreich auf. Trotz feindlicher Jagdabwehr erlitten die deutschen Aufklärer keine Verluste. Der Versuch feindlicher Flugzeuge, über die Westfront nach Deutschland einzuzugreifen, scheiterte.

23. — An der Westfront zwischen Mosel und Pfälzer Wald lebhaftere Tätigkeit im Vorfeld. Bei einem erfolgreichen Spähtruppunternehmen gegen Apath und bei einem erfolgreichen Überfall auf die Besatzung des Heydt-Waldes westlich Merzig wurden mehrere Gefangene eingebracht. Unsere Spähtruppe erlitten keine Verluste.

Die Luftwaffe führte in größerem Umfang Aufklärungsflüge über der Nordsee, den britischen Inseln und Ostfrankreich durch. Zwei deutsche Flugzeuge kehrten vom Englandflug nicht zurück.

Von drei in die Deutsche Bucht eingeflogenen britischen Flugzeugen wurde eines vom Muster Vickers-Wellington durch ein Messerschmitt-Flugzeug abgeschossen.

24. — Im Westen verlief der Tag ruhig.

Französische Flugzeuge überflogen mehrmals die deutsche Westgrenze, wurden jedoch durch sofort einsetzende deutsche Jagd- und Flakabwehr zur Umkehr gezwungen.

Eigene Flugzeuge, die nach Frankreich hinein aufklärten, stießen an mehreren Stellen auf starke feindliche Flak- und Jagdabwehr; sie waren dennoch in der Lage, ihre Aufträge auszuführen und erreichten ohne Verluste die Heimatflughäfen.

25. — Zwischen Mosel und Pfälzer Wald örtliche Artillerie- und Spähtruppentätigkeit.

In der Luft schwache Aufklärungstätigkeit und Jagdüberwachung an der deutsch-französischen Grenze und über der Deutschen Bucht. Ein französisches und ein britisches Flugzeug wurden abgeschossen; Eigenverluste traten nicht ein.

Durch Einsatz der Seehriegsmittel wurden während der ersten fünf Kriegesmonate (bis zum 20. 2. 1940) 496 feindliche und mit Bannware für England fahrende neutrale Handelsschiffe mit 1 810 315 BRT. versenkt.

26. — Im Westen geringes örtliches Artilleriefeuer sowie beiderseitige Aufklärungstätigkeit in der Luft.

Eigene Jagdüberwachung an der Westfront und über der Deutschen Bucht blieb ohne Feindberührung. Ein französisches Flugzeug vom Muster Potez 63 wurde in der Eifel durch Flakartillerie abgeschossen.

Ein U-Boot unter Führung des Kapitänleutnants Herbert Schulze hat, von Fernfahrt zurückgekehrt, die Versenkung von 34 130 BRT. gemeldet. Damit hat dieses U-Boot insgesamt 16 Schiffe mit 114 510 BRT. versenkt.

27. — Keine besonderen Ereignisse.

28. — In Gegend Perl, dicht ostwärts der Mosel, wurde heute nacht der Angriff eines stärkeren, mit Artillerieunterstützung vorgehenden feindlichen Stoßtruppe erfolgreich abgewiesen.

Die deutsche Luftwaffe unternahm in der Nacht vom 26. zum 27. Februar ausgedehnte Vorstöße in den französischen Luftraum, wobei auch Paris von mehreren Flugzeugen längere Zeit überflogen wurde.

Die am 27. 2. über der Nordsee und den britischen Inseln und in beschränktem Umfang gegen Frankreich durchgeführte Erkundung der Luftwaffe stieß an verschiedenen Stellen auf starke feindliche Abwehr. Zwei deutsche Flugzeuge sind vom Flug gegen England nicht zurückgekehrt.

Ein englisches Aufklärungsfugzeug vom Muster Bristol-Blenheim wurde abgeschossen.

29. — Bei örtlichen Spähtruppunternehmungen im Grenzgebiet westlich Metz und nordwestlich Weißenburg erlitt der Feind Verluste und mußte mehrere Gefangene in unserer Hand lassen.

In der Nacht vom 27. zum 28. 2. flogen vereinzelt feindliche Flugzeuge in Nordwestdeutschland ein, darunter zwei über die niederländisch-deutsche Grenze.

Am 28. 2. war die Fliegertätigkeit gering. Die Luftwaffe führte lediglich Grenzüberwachungsfüge durch.

Dokumente

Reichsgau Wartheland

Der „Zweite Erlaß des Führers und Reichchanzlers zur Änderung des Erlasses über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete“ vom 29. Januar 1940 hat folgenden Wortlaut:

Meinen Erlaß über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom 8. Oktober 1939 (RGBl. I, S. 2042) ändere ich dahin ab, daß der Reichsgau Polen in Zukunft die Bezeichnung „Reichsgau Wartheland“ führt.



Die Vertretung der Ostgebiete im Großdeutschen Reichstag

Die Reichsregierung beschloß nachstehendes „Gesetz über die Vertretung der in den heimgekehrten Ostgebieten anfähigen deutschen Volksgenossen im Großdeutschen Reichstag“ vom 29. Januar 1940 (RGBl. I, S. 240):

Um den in den heimgekehrten Ostgebieten anfähigen deutschen Volksgenossen eine Vertretung im Großdeutschen Reichstag zu eröffnen, hat die Reichsregierung das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Der am 10. April und 4. Dezember 1939 gewählte, durch die Gesetze vom 13. April 1939 (RGBl. I, S. 762, 763) ergänzte Großdeutsche Reichstag wird um fünfzig Abgeordnete vermehrt, als die Zahl von 60 000 in der Gesamtzahl der in den eingegliederten Ostgebieten anfähigen, über 20 Jahre alten deutschen Volksgenossen enthalten ist.

§ 2

Die nach § 1 in den Großdeutschen Reichstag eintretenden Abgeordneten bestimmt der Führer und Reichchancellor aus der Zahl der in diesen Gebieten anfähigen, über 25 Jahre alten deutschen Volksgenossen.



Umfassende Altersversorgung des deutschen Volkes

Der Führer erteilte mit nachstehendem Schreiben dem Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Robert Ley, am 15. Februar den Auftrag zur Durchführung einer umfassenden und großzügigen Altersversorgung des deutschen Volkes:

„Zur weiteren Verwirklichung des Nationalsozialistischen Parteiprogramms erteile ich Ihnen, Parteigenosse Ley, den Auftrag, die Grundlagen und Bedingungen der Durchführung einer umfassenden und großzügigen Altersversorgung des deutschen Volkes in Zusammenarbeit mit den hierzu berufenen Stellen der Partei und des Staates zu prüfen, zu klären, die sich daraus ergebenden Vorschläge unverzüglich auszuarbeiten und mir zu unterbreiten.

Dieses neue Gesetzeswerk des Aufbaues der Nationalsozialistischen Volksgemeinschaft soll für alle Zeit unser Volk an den gemeinsamen Kampf der Front und Heimat um die Freiheit und Unabhängigkeit des Großdeutschen Reiches erinnern.“

Rede des Führers auf der Parteigründungsfeier

Der Führer hielt am 24. Februar im Hofbräuhaus-Festsaal in München anlässlich der 20. Wiederkehr der Verkündung des Programms der NSDAP folgende Ansprache:

Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Vor 20 Jahren bin ich zum erstenmal in diesem Saal vor die breite Öffentlichkeit getreten. Was mich hierher führte, war der härteste und fanatischste Entschluß meines Lebens. Wenn ich nun heute nach 20 Jahren so viele meiner damaligen ältesten Mitkämpfer und -kämpferinnen vor mir sehe, wenn ich jetzt wieder in ihrem Kreis stehe, dann ist das allein schon etwas Bemerkenswertes. Ich weiß nämlich nicht, wie viele Politiker demokratischer Länder es gibt, die nach so vielen Jahren so wie ich wieder vor ihre ersten Anhänger treten könnten.

Als ich damals diesen Saal betrat, kam ich nicht aus irgendeiner pazifistischen Einstellung heraus. Ich war damals noch Soldat, und zwar Soldat mit Leib und Seele. Was mich hierher geführt hatte, war der Protest meines soldatischen Empfindens in einer Zeit, die man heute als die Zeit der tiefsten Erniedrigung unseres Volkes bezeichnen darf. Ein Zusammenbruch war damals über unser Volk gekommen, der schon deshalb ohne Beispiel in der Geschichte war, weil die sogenannten Besiegten die Opfer eines ungeheuren Selbstbetrugs geworden waren. Allerdings waren wir damals nicht allein die Betrogenen. Man hat auch die eigenen Völker betrogen. In all diesen sogenannten Siegerstaaten haben die Völker nicht das bekommen, was sie damals erwarteten. Es sollte ja ein Zeitalter der Gerechtigkeit kommen. Aber auch innerhalb dieser Nationen selbst ist die versprochene soziale Gerechtigkeit ausgeblieben. Am meisten allerdings wurde unser deutsches Volk betrogen.

Das deutsche Volk hat auf Grund von Versprechungen, die in 14 Punkte zusammengefaßt worden waren, seine Waffen niedergelegt. Die Folge war Spaß und endlich Versailles. Damit kam allerdings eine neue Weltordnung auf, nämlich die Weltordnung der sogenannten Sieger und Besiegten, wobei die Sieger alle Rechte besaßen und die Besiegten überhaupt keine. Denn die anderen sind ja auch betrogen worden, man hat damals die Italiener betrogen, man hat die Indier betrogen, man hat ihnen versprochen, daß, wenn sie für England eintreten wollten, dann würden sie nachher die Freiheit bekommen. Man hat die Araber betrogen, man hat ihnen versichert, daß sie ein großes arabisches Reich erhalten würden. Man hat allerdings nebenbei dabei auch die Juden betrogen, denen man das gleiche Gebiet, das man den Arabern zusprach, auch gleich vorneweg zusicherte.

Es gab damals angesichts unseres totalen Versalls auf allen Gebieten sehr viele, die meinten, nun sei das Ende der deutschen Nation überhaupt gekommen. Ich war anderer Auffassung. Was für viele das Ende zu sein schien, war in meinen Augen ein Anfang. Denn was war damals in Wirklichkeit zerbrochen? Zerbrochen waren unhaltbare Formen, die auf die Dauer

doch nicht mehr hätten bestehen können. Zusammengefallen war die bürgerlich-kapitalistische Welt. Ihr Zeitalter hatte sich überlebt, und in irgendeiner Form muß dieser Zusammenbruch überall kommen, er wird nirgends ausbleiben. Aber entscheidend war damals für uns nur eines: In dieser Zeit, da so viele äußere, formelle Einrichtungen zerbrochen waren, da ist nicht zerbrochen worden der deutsche Mensch! Er hatte ja gerade eine Leistung vollbracht, wie kein Volk der Erde vorher. In einem vierjährigen Kampf hat dieses Volk 26 Staaten standgehalten und ist nur durch Lug und Trug besiegt worden! Wenn sich damals nicht Deutsche gefunden hätten, die das Vertrauen in das eigene Regime zerstörten, England und Frankreich hätten nie gesiegt! Wenn damals ein gewisser Adolf Hitler statt deutscher Muskettier zu sein deutscher Reichskanzler gewesen wäre, glaubt man etwa, daß damals diese kapitalistischen Bösen der internationalen Demokratie gesiegt hätten?

Und wenn ich nun vor 20 Jahren als Träger einer neuen politischen Idee in diesem Saale auftrat, dann geschah dies als Repräsentant eines in Millionen einzelner Wesen ungebrochenen weiterlebenden deutschen Volkes. Es war mir damals eines ganz klar: an Stelle des alten Klassenstaates mußte das deutsche Volk treten. Die Reichsidee mußte aus den Händen der früheren feudalen, bürgerlichen oder kapitalistischen Vertreter genommen und zu treuen Händen des deutschen Volkes gegeben werden, das Volk selbst aber zum Wähler dieser Reichsidee erhoben werden. Dieser Volksstaat wurde vor 20 Jahren in diesem Saale proklamiert.

13 Jahre hat der Kampf gedauert, um ihn aufzurichten. Was ist in diesen 13 Jahren an Arbeit geleistet worden! Was an Sorgen und Mühen zu überwinden war, was es an Aufstieg im einzelnen, aber auch in Rücksällen gegeben hat, das wissen Sie, meine alten Parteigenossinnen und Parteigenossen, am allerbesten. 1933 begann dann die Zeit, in der alles das, was wir in zahllosen Kundgebungen proklamiert und gepredigt hatten, nun verwirklicht werden mußte. Wenn man gerecht ist, kann man nicht bestreiten, daß in dieser Zeit in Deutschland geradezu ein Wunder geschehen ist. Was ist in diesen wenigen Jahren an Reformarbeit auf allen Gebieten geleistet worden! Ein Aufbau von gigantischen Ausmaßen!

Wenn ich mir alle diese sogenannten internationalen Staatsmänner der Demokratien, die heute in Europa große Löhne reden, vorstelle und ihr Lebenswerk ansehe, so kann ich nur sagen: Ich habe im Innern und nach außen immer nur das Unglück gehabt, gegen lauter Nullen kämpfen zu müssen. Diese Leute beherrschen den größten Teil der ganzen Erde und sind nicht einmal in der Lage, in ihren eigenen Ländern die Erwerbslosigkeit zu beseitigen! Und diese Leute reden von der Notwendigkeit eines Neuaufbaues Europas. Das erinnert mich an die Redensarten unserer eigenen Demokraten in früheren Jahren, die vom notwendigen Neuaufbau Deutschlands predigten. Dieser Neuaufbau ist allerdings eingetreten. Aber ohne sie! Auch der Neuaufbau der Welt wird eintreten! Aber gleichfalls ohne sie!

Der Kampf gegen Versailles

Mein Kampf um die Freiheit unseres Volkes war ein Kampf gegen Versailles. Aber es handelte sich nicht um das Paragrapheuwerk von Versailles, sondern darüber hinaus um den Kampf gegen eine Verfassung, die im Versailler Diktat ihren Niederichlag gefunden hatte. Sie

wurzelt in der Auffassung, daß zwei oder drei Völker nun einmal vom lieben Gott bestimmt seien, die ganze Erde zu beherrschen, und daß, wenn ein Volk sich dieser Herrschaft nicht fügt, sie das Recht haben, zu behaupten: „Dieses Volk will die Erde beherrschen!“ Herr Chamberlain sagt das in einem Augenblick, in dem ganz Indien gegen ihn protestiert, in einem Moment, in dem die Araber zum Widerstand aufrufen, in einer solchen Situation tritt dieser Herr auf und erklärt: England kämpft gegen den Versuch einer deutschen gewalttätigen Weltbeherrschung. Mit diesen Phrasen hat man das Deutschland vor dem Jahre 1918 vielleicht beeindrucken können; das nationalsozialistische Deutschland nicht mehr! Der Herrgott hat die Welt sicherlich nicht für die Engländer allein gemacht! Der Herrgott hat nicht bestimmt, daß ein paar kleine Rassen, die ihr eigenes Volk noch einmal mit dem Notwendigsten versehen können, drei Viertel der ganzen Erde unterjochen und die anderen Völker zum Hungerleiden verdammen. Das ist nur möglich gewesen durch die Schwäche dieser Völker selbst. Aber diese Schwäche ist überwunden! Und diese Völker melden jetzt ihren Lebensanspruch an.

Ich habe diesen Anspruch nun wirklich bescheiden genug gefaßt. Unser Ziel war:

1. Die Sicherung unseres eigenen Lebensraumes; und unter diesem Lebensraum verstehe ich alles das, was nicht durch die Engländer, sondern durch uns Deutsche kultiviert, zivilisiert und wirtschaftlich erschlossen wurde. Es gibt nämlich einige solcher Gebiete. Zum mindesten in Mitteleuropa ist der befruchtende britische Einfluß in der Vergangenheit bis in die Gegenwart hinein noch nicht bemerkbar geworden. Dieses Mitteleuropa ist durch Deutschland aufgebaut worden, und in diesem deutschen Lebensraum da wollen nun wir leben, und hier lassen wir uns das Leben auch nicht beschneiden. In diesem Lebensraum lassen wir uns auch nicht bedrohen, und hier lassen wir auch keine politischen Kombinationen aufbauen, die gegen uns gerichtet sind.

Und 2. verlange ich die deutschen Kolonien zurück, unser deutsches Eigentum, das diese Weltplutokraten uns ohne jeden Nutzen für ihre eigenen Völker geraubt haben.

Das waren sehr beschränkte Ziele. Ich habe hierbei von vornherein alles getan, um gegen England und Frankreich eine klare Begrenzung unserer Ansprüche vorzunehmen, die diese Völker überhaupt nicht bedrohen konnten.

Trotzdem traten unsere Bekannten aus dem Weltkrieg wieder mit ihrer Kriegsbegehr in Erscheinung. Es kamen Herr Churchill, Herr Duff Cooper, Mister Eden und Herr Chamberlain selber und endlich über allem schwebend der ewige Geist des Juden Gore-Belisha. Herr Churchill war ja schon im großen Krieg der bekannte Einseitiger gewesen, er gehört zu den Leuten, die kein Hehl daraus machen, schon damals die Welt in den Krieg gestürzt zu haben.

Und ich war damals ein ganz kleiner unbekannter Soldat ohne jeden politischen Einfluß. Ich habe nur meine kleine Pflicht getan, so wie jeder andere Deutsche auch. Wir sind also aus ganz verschiedenen Welten gekommen: dort die kapitalistischen Kriegsbegehr und hier der einfache deutsche Soldat. Nach dem Kriege haben diese Leute ihre Geschäfte gemacht, Rüstungsgeschäfte und Gewinne ungeheurer Art. Ich aber habe damals gekämpft für mein deutsches Volk. Und wie ich gekämpft habe, das wissen Sie selber als meine Zeugen am besten.

Das Treiben der Kriegshetzer

Nun betreiben diese Leute seit Jahren aufs neue ihre Kriegsheße und machen abermals kein Hehl daraus, daß es wieder ihr Ziel ist, einen großen Krieg zu führen. Sie haben dabei die Hoffnung, daß sich wieder andere Völker finden, die für sie eintreten. Und diese Hoffnung ist zum Teil auch begründet, weil sie überall ihre jüdischen Verbündeten haben. Zum anderen Teil ist die Hoffnung allerdings schon jetzt fehlgeschlagen. Ihnen ist diesmal ein deutscher Frontsoldat gegenübergetreten, der nun seinerseits ebenfalls alle Vorbereitungen getroffen hat, und zwar so gründlich, wie sie nur jemand treffen kann, der erfüllt ist von der Pflicht gegenüber seinem eigenen Volke. Vor diesen Leuten habe ich gewarnt, als es notwendig wurde. An einem aber habe ich nie einen Zweifel gelassen: daß es mein unerschütterlicher Wille und Entschluß war, Deutschland wieder frei zu machen!

Daß sie mich nun dafür hassen, ist mein höchster Stolz. Sie wissen es, meine alten Parteigenossen und -genossinnen, wie oft habe ich es Ihnen hier in diesem Saal gesagt: Wenn die Juden, das ganze Kropfzeug, das damals in Deutschland herumlief, mich beschimpften — wie oft habe ich es Ihnen hier in diesem Saale gesagt: dann war dies meine größte Ehre. Wenn sie mich gelobt hätten, so wäre ich mir als der größte Salunke vorgekommen. Und genau so ist es heute. Wenn ein Churchill sagt, daß er mich haßt — dann: ich danke Ihnen, Herr Churchill, für dieses Kompliment! Wenn Herr Chamberlain erklärt, daß er mir nicht traut: ich danke Ihnen ebenfalls, Herr Chamberlain, daß Sie also nicht glauben, daß ich jemals zum Verräter an meinem Volke werden könnte! Wenn Herr Duff Cooper oder Mister Eden versichern, daß ich in ihren Augen ein abscheuliches Ungeheuer sei — ich bin glücklich, daß sie mich wenigstens nicht zu ihren Freunden rechnen.

Denn ich habe nur einen einzigen Ehrgeiz: nämlich die Liebe und die Zuneigung meiner eigenen Volksgenossen zu erringen und sie mir zu erhalten!

Der Haß meiner Feinde bewegt mich überhaupt nicht; er hat mich nicht bewegt in den 13 Jahren, da ich um die Macht in Deutschland rang, und er rührt mich jetzt erst recht nicht! Und so wie ich damals im Innern in diesen 13 Jahren gekämpft habe für die Freiheit meines Volkes gegen die inneren Unterdrücker, Ausbeuter usw., so kämpfe ich heute auch, wenn es notwendig ist, nach außen. Sie kennen uns nicht. Der beste Beweis, wie wenig sie uns kennen, ist, glaube ich, in der britischen Hoffnung zu sehen, doch vielleicht ein neues Jahr 1918 zu erreichen. Dem entsprachen ja doch wohl auch die bößsinnigen Flugblätter, die man mangels anderer Munition zunächst auf Deutschland abgeschossen hatte. Man glaubte wohl, daß man das Manöver von 1917 oder 1918 im jetzigen Deutschland würde wiederholen können. Die Herren haben eine Ahnung vom heutigen Deutschland! Die Lage hat sich heute auf vielen Gebieten wesentlich gegenüber dem Jahre 1914 geändert.

Sie hat sich zunächst außenpolitisch geändert. Deutschland ist heute befreundet mit Italien. Es ist nicht nur die Freundschaft der beiden Regime, und ich darf wohl sagen, die Freundschaft der beiden führenden Männer, sondern es ist auch die Erkenntnis, daß die beiden Länder in ihrer Zukunft aufeinander angewiesen und voneinander abhängig sind. Allein auch Rußland gegenüber hat sich das Verhältnis geändert. Die Hoffnung, so

wie im Jahre 1914 zwischen Rußland und Deutschland wieder einen großen Krieg erzeugen zu können, ist jämmerlich fehlgeschlagen. Ich verstehe, daß man in London jetzt empört ist über die „Gemeinheit“, daß ausgerechnet ich diesen Schachzug plötzlich verhindert habe. Aber ich glaube, in diesem Falle haben das russische und das deutsche Regime wirklich etwas sehr Segensreiches für beide Völker getan, denn dafür sind wir uns wohl beide zu gut, uns bloß zu verbluten, damit die Londoner Börse und das ganze Judentum sich die Hände reiben. Damit ist wieder ein gewaltiger Staat aus der Front gegen Deutschland getreten, und Sie wissen, meine Volksgenossen, daß ich keine halben Sachen mache. Wenn ich mich einmal auf einen Weg begeben, dann gehe ich diesen Weg bis zum Ende; die Hoffnung, es könnte doch morgen oder übermorgen wieder anders sein, diese Hoffnung ist vergeblich. Auch Japan, das im Jahre 1914 ebenfalls gegen Deutschland antrat, steht diesmal nicht auf der Seite unserer Gegner, sondern ist mit uns eng befreundet. Das sind drei gewaltige Staaten, die damals unsere Feinde waren und die heute als wohlwollendste Neutrale uns zur Seite stehen. Immerhin eine ganz beträchtliche außenpolitische Änderung der Lage.

Auch militärisch hat sich die Situation geändert. Ich habe ausgerüstet, und wie ich alle Dinge in meinem Leben konsequent mache und nichts halb, habe ich auch diese Aufrüstung konsequent durchgeführt. Ich habe jahrelang aus Gründen, die Sie sich denken können, darüber nicht gesprochen. Ich wollte die anderen nicht unnötig aufregen! Ich habe jahrelang geschwiegen, aber das wissen Sie ja alle, ich habe gearbeitet. Wir haben uns eine Wehrmacht aufgebaut, die heute anders dasteht wie die von 1914. Damals war sie schwach ausgerüstet, zum Teil geradezu ärmlich versorgt. Diesmal haben wir kein Opfer gescheut, um unserer Wehrmacht die modernste Rüstung der Welt zu geben. Daß das keine Phrase ist, das hat uns zunächst der Feldzug in Polen bewiesen. Ich glaube, er ist etwas schneller abgelaufen, als die Strategen in London und Paris das erwartet hatten. Und das wird sich auch in der Zukunft noch weiter bestätigen. Was aber über das Materielle hinaus den Geist dieser Wehrmacht betrifft, so soll man auch da unbezweifelt sein. Der Geist der Soldaten ist immer der Geist ihrer obersten Führung, und daß die oberste Führung von heute nicht verwechselt werden soll mit der Führung des Jahres 1914, das walte Gott!

Aber auch wirtschaftlich haben wir uns anders vorbereitet. Ich habe jahrelang die Grundlagen unserer Autarkie sicherstellen lassen, sehr zum Ärger unserer Gegner. Eigentlich hätten sie ja beglückt sein und sich sagen müssen: „Gott sei Dank, die Deutschen schaffen sich ihr Dasein in ihrem eigenen Lebenskreis.“ Aber nein, es hat sie geärgert, denn sie wußten ganz genau, daß diese Autarkie ihnen die Möglichkeit nimmt, bei Gelegenheit Deutschland zu überfallen und dann durch eine Blockade abzudrosseln. Allerdings ist diese Blockade auch sonst ziemlich lächerhaft.

Deutschland ist auf keinem Gebiet niederzuzwingen

Wir haben uns heute also ganz anders blockadefest gemacht als im Jahre 1914. Damals war unsere Gegenwehr gegen die Blockade gleich Null, genau wie die eigene Vorbereitung zur Autarkie. Heute ist unsere Gegenwehr vom ersten Tage an schon ganz anders aktiv und die Abwehr durch die Sicherstellung der autarkischen Grundlagen unserer Wirtschaft aufs beste organisiert. Weder militärisch noch wirtschaftlich kann Deutschland niedergezwungen werden!

Das Entscheidende aber ist die Führung. Wenn ich hier von der Führung rede, dann meine ich nun nicht nur mich allein, sondern alles, was im Laufe der zwanzig Jahre, seit ich damals hier zum ersten Male vor Ihnen sprach, in Deutschland zur Führung gekommen ist. Ich habe Ihnen oft gesagt: Ich bin nichts anderes als ein Magnet, der dauernd über die deutsche Nation streicht und den Stahl aus dem Volke herauszieht; und ich habe oft erklärt, daß die Zeit kommt, in der alles, was in Deutschland an Männern da ist, in meinem Lager stehen wird; was dann nicht in meinem Lager steht, das taugt sowieso nichts. Ich habe das als den Prozeß der Bildung der historischen Minorität bezeichnet.

Es ist genau so gekommen. Im Laufe von dreizehn Jahren hat sich in der nationalsozialistischen Partei eine Summe von persönlichen Energien zusammengefunden vom kleinsten Block- oder Zellenwart angefangen bis hinauf zum Ortsgruppenleiter, zum Kreisleiter, zum Gauleiter, zum Reichsstatthalter, dem Reichsleiter usw.; auf allen Gebieten ist eine Auslese eingetreten. Gewaltige Energien sind mobilisiert worden und stehen heute an den maßgebenden Stellen.

Wenn Sie das vielleicht mit einem Blick nicht mehr im ganzen Umfang erfassen, so stellen Sie sich irgendein nationales Ereignis, sagen wir aus den Jahren 1903, 05, 08, 10 oder 12 vor und sehen Sie sich ein ähnliches Ereignis heute an. Sagen wir damals eine Denkmalsenthüllung von einem Nationalheros, etwa Bismarck, oder sagen wir einen Stapellauf. Der erste Eindruck: ein Feld von Zylindern, nur Zylinder, überhaupt kein Volk. Und heute nur Volk und kein Zylinder, das ist der Unterschied! Wenn ich heute zu Ihnen spreche, dann werden Sie, meine lieben alten Parteigenossen und Parteigenossinnen, sagen: Unser alter revolutionärer Führer! — Verzeihen Sie — Ihr Staatsoberhaupt! Und nun vergessen Sie nicht, wie das anderswo aussehen würde, wenn das Staatsoberhaupt spricht. Wie das meinerwegen vor zwanzig oder vor fünfzig Jahren ausgesehen hätte. Schauen Sie sich heute das Bild an!

Heute haben wir wirklich das deutsche Volk. Und an seiner Spitze stehen heute überall Führer, die aus ihm hervorgegangen sind, ohne Rücksicht auf ihre Herkunft. Es ist wirklich eine Unsumme männlicher Tatkraft und Entschlossenheit, die heute die deutsche Nation führen. Es ist etwas wert, wenn eine Nation so durchorganisiert ist, daß an jeder Stelle einer steht, der aus dem Volk selbst herausgewachsen ist und der daher nicht durch seinen Namen oder seine Geburt an dieser Stelle steht, sondern allein durch seine Tatkraft.

Wir haben auch ein anderes Volk!

Und dann das Letzte: Wir haben auch ein anderes Volk! Dieses Volk ist nun aufgerichtet, es hat sich selbst gefunden. Es hat sein Selbstvertrauen wieder erhalten in einem Ausmaße wie nie zuvor. Es weiß, daß kein Ding auf dieser Welt unmöglich ist. Es kennt unsere Geschichte. Es weiß, daß wir heute in unseren Entschlüssen nicht schwächer sind als die großen Heroen unserer Vergangenheit. Das deutsche Volk ist durch eine Schule gegangen, wie sie, vielleicht von Italien abgesehen, kein anderes Volk in Westeuropa besitzt, eine Schule der Aufklärung und der politischen Erziehung. Dieses Volk ist durch und durch organisiert.

Wenn heute so ein englischer Zylinderträger herkommt und etwas mit Propaganda machen will —, mit Propaganda in unserem Volk? ... Das

haben schon ganz andere versucht, und sie sind uns gegenüber nicht aufgekommen. Alle diese Redensarten, die Herr Chamberlain vergeudet, die kann er vielleicht für sein eigenes Volk brauchen. Bei uns ist das vollkommen wirkungslos. Wir kennen die Herren, wir kennen vor allem ihre Ratgeber. Die kennen wir ganz genau, weil sie zum Teil noch vor acht Jahren hier bei uns waren. Wir hören das am Dialekt ihrer Aussprache. Sie sprechen ein ebenso komisches Deutsch, wie sie wahrscheinlich auch ein komisches Englisch reden. Diese Leute haben wir in unserer Mitte einst erlebt, da sie die Gewalt in Deutschland hatten. Heute haben sie hier keine Gewalt, es sei denn die Gewalt ihrer Stimme; und diese Stimme klingt in Deutschland sehr schlecht. Das deutsche Volk hat eine Abneigung gegen diesen Jargon. Es will ihn nicht hören. Und wenn es erst die Träger dieser Stimmen sieht, dann hat das deutsche Volk überhaupt schon genug. Was diese Leute dann reden, ist an sich gänzlich gleichgültig; es glaubt ihnen im deutschen Volk kein Mensch mehr ein Wort. Jeder Deutsche weiß, daß sie lügen wie gedruckt und drucken, wie sie lügen.

Nein, das deutsche Volk ist heute ganz anders geworden. Es gibt in der Führung heute keine Bethmann-Sollwegs. Es gibt aber auch im Volk keine spartakistischen Banden mehr. Beides hat aufgehört. Es ist ein neues Volk gekommen, und dieses Volk wird den Kampf, den man ihm aufgezungen hat, durchzuführen. Und ich bin entschlossen, diesen Kampf durchzuführen!

Es wird vielleicht manchen geben, der sagt: „Hätte man nicht noch ein paar Jahre Zeit gehabt?“ Nein! Es ist besser so, wenn der Kampf doch unausbleiblich war. Die Herren haben ihn uns jetzt aufgezungen. Außerdem ist es auf die Dauer unerträglich, daß ein Volk einem anderen, das 80 Millionen Menschen stark ist, alle zwei Jahrzehnte sagen kann: „Wir wollen nicht, daß du das tust oder jenes; wenn es uns einfällt, sperren wir dir die Importe und machen dir eine Blockade, dann kannst du nichts bekommen und mußt verhungern!“

So etwas ertragen wir nicht! Diesen organisierten Terror einer niederträchtigen Weltplutokratenclique werden wir beseitigen! Wir haben diese internationalen Finanzhyänen in Deutschland zu Paaren getrieben, und wir werden uns jetzt nicht von außen her das Gesetz des Handelns vorschreiben lassen. Die deutsche Nation hat dasselbe Recht zum Leben wie jedes andere Volk. Wir sind daher entschlossen, diesen Kampf jetzt so lange zu führen, bis dieser Terror gebrochen ist, und so, wie wir den Terror dieser Clique im Innern vernichtet haben, werden wir ihn auch nach außen brechen!

Daß ich vor diesen Leuten keinen Respekt habe, das liegt in ein paar Tatsachen begründet. Soweit sie sowieso früher bei uns waren, werden Sie verstehen, daß ich gar keinen Respekt vor ihnen zu haben brauche. Sie, die früher die Macht in Deutschland hatten, mußten ja mir, dem namenlosen Unbekannten, nach dreizehn Jahren das Feld räumen. Warum soll ich also vor diesen Leuten Respekt haben? Und nach außen ist es nicht anders. Ich habe selber als Soldat vier Jahre lang den Leuten gegenüber gelegen. Man kann mir doch nicht einreden, daß die besser seien als wir! Damals sind sie in einer gigantischen Überlegenheit gegen uns aufgetreten. Diese Überlegenheit haben sie heute nicht mehr. Auch waffenmäßig nicht.

Und daß ich im übrigen die Zeit jetzt ausgenützt habe, das werden Sie, meine alten Parteigenossen, mir ohne weiteres glauben. Denn was man mir auch vorwerfen könnte — eines nicht: daß ich jemals in meinem

Kampf faul gewesen wäre oder vielleicht so ein halbes Jahr lang die Hände in den Schoß gelegt und nichts getan hätte. Ich habe in den letzten fünf Monaten gearbeitet, wie nur ein Mensch arbeiten konnte. Und es war das auch verhältnismäßig leicht. Denn man brauchte nur das anlaufen zu lassen, was wir zum Anlaufen vorbereitet hatten. Und das läuft jetzt, und zwar gründlich! Das deutsche Volk steht heute militärisch in einer besseren Verfassung da als jemals in seiner Geschichte. Zu seiner Führung aber können wir ruhig Vertrauen haben. Auch die militärische Führung steht auf der Höhe der Zeit und ihrer Aufgaben. Die anderen müssen erst das alles beweisen, was bei uns schon bewiesen wurde.

Kampf für die Sicherheit des Lebens unseres Volkes

Im übrigen glaube ich eines: Es gibt einen Herrgott! Dieser Herrgott schafft die Völker. Er gibt grundsätzlich allen Völkern das gleiche Recht: Wir Deutsche haben uns vor 20, vor 22, 23 Jahren sehr schlecht in der Geschichte benommen. Es kam eine Revolution, und wir sind deshalb unterlegen. Dann begann der Wiederaufstieg unseres Volkes in unermehlicher Arbeit. Und in dieser ganzen Zeit hat die Vorsehung unsere Arbeit wieder gesegnet. Je tapferer wir waren, um so mehr kam auch der Segen der Vorsehung. Auch in den letzten sechs Jahren hat die Vorsehung uns immer begleitet; denn, glauben Sie mir, der eine nennt es Glück, der andere anders, aber ohne diese letzte Zustimmung kann man ja die großen Werke nicht vollbringen. Gerade vor wenigen Monaten habe ich ja auch wieder persönlich in tiefstem Sinne das Walten einer Vorsehung gefühlt, die die Menschen begleitet und ihnen die Aufgaben stellt. Diesen Aufgaben dienen wir.

Was wir wollen, ist nicht die Unterdrückung anderer Völker, es ist unsere Freiheit, unsere Sicherheit, die Sicherheit unseres Lebensraumes. Es ist die Sicherheit des Lebens unseres Volkes selbst. Dafür kämpfen wir!

Die Vorsehung hat bisher diesen Kampf gesegnet, tausendfältig gesegnet. Kann sie das getan haben, würde sie das getan haben, wenn es ihre Absicht wäre, nun plötzlich diesen Kampf zu unseren Ungunsten ausgehen zu lassen? Ich glaube hier an eine höhere und an eine ewige Gerechtigkeit. Die wird dem zuteil, der sich ihrer würdig erweist. Das war mein Glaube, mit dem ich zum erstenmal vor zwanzig Jahren hier aufgetreten bin. Damals glaubte ich: „Es kann nicht sein, daß mein Volk zum Untergang bestimmt ist. Es wird nur untergehen, wenn sich keine Männer finden, die dieses Volk retten. Wenn aber jemand wieder mit gläubigem Herzen sich zu diesem Volk bekennt und dafür arbeitet und alles einsetzt für dieses Volk, dann kann es nicht sein, daß die Vorsehung dieses Volk zugrunde gehen läßt.“

Mehr als Wunderbares hat seitdem die Vorsehung an uns getan. Ich kann Sie alle nur bitten: Fassen Sie diesen Glauben als alte Nationalsozialisten nur recht stark. Es kann nicht anders sein: Wir müssen siegen, und wir werden daher auch siegen! Und wenn der Feind um uns herum noch so droht und noch so drängt: es ist nicht schlimmer, als es schon einmal war. Das haben auch unsere Vorfahren so oft erdulden müssen. Da wollen wir uns erst recht zu dem großen Bekenntnis eines gewaltigen Deutschen durchringen:

Und wenn die Welt voll Teufel wär, es muß uns doch gelingen!



Innenpolitik

So wie im zweiten Monat des Kriegsjahres 1940 sich die militärischen Handlungen nicht auf reine Abwehrmaßnahmen beschränkten, sondern durch aktive Gegenwehr insbesondere gegenüber den englischen Blockadeversuchen dem Feinde empfindliche Verluste zufügte, so blieb auch die Innere Front im Februar nicht in der Defensiv. Im Gegenteil, sie stand auf der ganzen Linie im Zeichen des Aufbaus und der positiven Vormärtzentwicklung.

Die Finanzierung des Krieges und der Ausbau unseres Außenhandels sind zwei entscheidende Voraussetzungen jeder siegreichen Kriegsführung. Am 2. Februar 1940 trat der Beirat der Deutschen Reichsbank unter dem Vorsitz des Präsidenten der Deutschen Reichsbank, Reichswirtschaftsminister Walter Funk, zusammen. An der Vollziehung nahmen auch der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk, der Reichsernährungsminister Darre, Reichsminister Dr. Lammer, Staatsminister Dr. Popitz, die Staatssekretäre Körner, Koppeler und Dr. Landsfried, Generalleutnant Thomas, Generalmajor von Hanneken und Ministerialdirektor Wiehl teil. Ein Beweis, welche besondere Bedeutung ihr beizumessen ist. Gegenstand der Aussprache waren die Kriegsfinanzierung und der Außenhandel. Reichsminister Funk stellte den Grundsatz auf, daß das Problem der Kriegsfinanzierung nicht so sehr ein Geldproblem als vielmehr ein solches der Güterversorgung sei. Es käme darauf an, zur Deckung der zusätzlichen Staatsaufgaben im Kriege aus dem Volkseinkommen einen erheblichen Anteil dem Zivilbedarf und der Ersparnisbestimmung zu entziehen und diesen Anteil der Produktion von kriegsnotwendigen Gütern zuzuführen. Das werde erreicht durch Rationierung aller lebensnotwendigen Güter, Kontingentierung der Rohstoffe, Lenkung des Arbeitseinsatzes, des Kredit- und Kapitalstroms und des Außenhandels und schließlich auch durch Herstellungsverbote. Das Sparkapital müsse der Kriegsfinanzierung nutzbar gemacht werden. Die Kunst der Kriegsfinanzierung bestehe gerade darin, trotz starker Erhöhung der Steuern die Sparkraft des Volkes zu erhalten. Die nationalsozialistische Staatsführung lehne es ab, den Krieg mit Preis- und Lohnsteigerungen, also mit einer offenen Geldentwertung, zu finanzieren. Ebenso wenig beabsichtige sie, die Finanzierung durch Kreditausweitung ohne gesicherte Produktionsausweitung und ohne Erhöhung der Produktivität der Wirtschaft, also durch eine versteckte Geldentwertung, vorzunehmen. Hinsichtlich des Außenhandels erklärte Reichsminister Funk, daß heute die Rohstoffe in ganz Europa vor Gold und Devisen bevorzugt würden. Davon werde aber nicht die feinste Devisen betroffen, nämlich die deutsche Qualitätsarbeit. Sie müßten wir dazu verwenden, unsere Feinde zu besiegen. Nach der Beendigung des Krieges werde dann die deutsche Qualitätsarbeit in ganz anderer Weise als früher in der Lage sein, die Stellung der deutschen Wirtschaft in der Welt und die Wohlfahrt des deutschen Volkes zu sichern.

Wenn auch diese Finanz- und Wirtschaftsprobleme zu den wichtigsten Grundlagen der inneren Stabilität gehören, so ist es doch in erster Linie immer wieder der deutsche Mensch in der Heimat. Er stellt das stärkste Fundament für die Kraft der Fronttruppen dar. Wenn der große Rahmen des Staatsgebildes in Deutschland auch in den Zeiten der inneren Zerrüttung

im allgemeinen intakt geblieben ist und so einen nicht zu unterschätzenden Zusammenhalt gegeben hat, so war diese Tatsache nicht zuletzt einer zuverlässigen, pflichtbewußten Beamtenerschaft zu danken. Daran erinnerte Reichsinnenminister Dr. Frick, der in der Kampfszeit als einer der ersten deutschen Beamten den Weg zum Führer fand, in einer Beamtenkundgebung im Deutschen Museum in München am 9. Februar. Dr. Frick führte aus, daß der deutsche Beamte stolz darauf sein dürfe, bei dem Aufbauwerk des Nationalsozialismus, das in kurzer Zeit so Gewaltiges geleistet habe, als einer der tragenden Grundpfeiler des Staates mitgeholfen zu haben. Die Arbeit der Beamten in der Kriegszeit, so erklärte er weiter, stelle bedeutend mehr Ansprüche an den einzelnen, da eine erhöhte Verwaltungstätigkeit erforderlich wurde. Der Beamte ist im nationalsozialistischen Staate Volksgenosse unter Volksgenossen, der wie alle seine Pflicht erfüllt. Er ist nichts anderes als der Helfer und Freund der um Rat und Hilfe nachsuchenden Volksgenossen. Der Reichsminister schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Wenn ein Beamter einmal müde werden sollte, wird ihn ein Blick auf Adolf Hitler, den ersten Soldaten und ersten Arbeiter des deutschen Volkes, wieder emporreißen. Das Vorbild des Führers ist das beste Mittel, den deutschen Beamten immer wieder anzufeuern. Es gibt jetzt nur ein Ziel, den Sieg, den wir erringen werden und erringen müssen.“

Die Arbeitskraft des deutschen Beamten ist, das war der Grundgedanke der Rede Dr. Fricks, ein Teil der gesamten Wehrkraft der deutschen Nation. Daß Arbeitskraft und Wehrkraft eins sind, daß Soldaten und Arbeiter nebeneinander kämpfen, war auch das Leitmotiv der Rede, die Reichsminister Selbte am 12. Februar im Rundfunk hielt. Er führte aus, daß nach den Erfahrungen des Weltkrieges sofort bei Beginn dieses Krieges die volle Leistungskraft der Nation für eine erfolgverbürgende Kriegsführung eingesetzt werden konnte. Entscheidend dafür war die Erfüllung zweier Voraussetzungen, nämlich der richtige Arbeitseinsatz jedes schaffenden Deutschen und die Erhaltung des sozialen Friedens. Bereits in den letzten Jahren verlangten die Aufrüstungsarbeiten, der Vierjahresplan und die Schaffung des Westwalls neue zusätzliche Leistungen von gewaltigem Ausmaß. Brachliegende oder nicht richtig eingesetzte Arbeitskräfte wurden in vollem Umfange eingesetzt.

Wie sich der Arbeiter, wie sich der Beamte in die große Innere Front einzugliedern hat, so steht an einem besonders wichtigen Kampfabschnitt auch der deutsche Bauer. Am 16. Februar 1940 gab Generalfeldmarschall Göring die Parole für die Erzeugungsschlacht 1940 in einer Rede im deutschen Rundfunk an das deutsche Landvolk. Wenn auch böswillige Pressestimmen des feindlichen Auslandes versuchten, aus dieser Rede Görings das Zugeständnis von bestehenden oder befürchteten Sorgen in der Ernährungswirtschaft herauszuhören, so konnten auch sie in ihren gehässigen Bemerkungen doch nicht leugnen, daß in aller Offenheit über alle Fragen der deutschen Ernährung gesprochen wurde und eine weitfichtige Politik in den Dingen der Ernährung getrieben wird. Trotz der ungeheuren Nahrungsmittelvorräte, über die wir verfügen, soll nach dem Willen des Beauftragten für den Vierjahresplan angefaßt der vollen Scheuern nun doch niemand die Hände müßig in den Schoß legen. Es soll im Gegenteil alles, was der Boden hergibt, aus ihm herausgeholt werden. Der Soldat am Westwall soll sehen, daß hinter ihm keine Anstrengung gescheut wird, um die englische Blockade gegen Deutschland zunichte zu machen.

Der Generalfeldmarschall gab Hinweise, wo der Hebel besonders eingesetzt werden soll, so beim Obst- und Gemüsebau, bei der Milch- und Fettversorgung und im Zusammenhang damit bei der Futtermittelwirtschaft. Um den Ankauf der in verstärktem Umfange nötigen Futtermittel zu sichern und dem Milch und Fett produzierenden Landwirt die Mittel dafür in die Hände zu geben, ist die einmalige Heraussetzung des Preises für Vollmilch und Butter angeordnet worden. Dieser Mehrpreis soll aber nicht ein Anreiz, sondern eine

Verpflichtung sein für die Landwirtschaft, zwei Milliarden Liter Milch mehr als bisher einzusparen zugunsten der Fettproduktion. Der Verbraucher, der finanziell irgendwie in der Lage ist, wird durch die Aufbringung des Buttermehrpriees von 0,20 RM je Fund diese Mehrproduktion an Butter aufnehmen. Wer eine billigere Fettversorgung als die mit Butter für seinen Teil für notwendig hält, hat die Möglichkeit, einen Teil der Butter in Margarine einzutauschen, so daß die ihm zustehende Gesamtfettmenge unverändert bleibt. Mit dieser Verkündung Görings ist die deutsche Fettwirtschaft aus eigener Erzeugung sichergestellt, damit aber den Verkündern der Hungerblockade gegen die Frauen und Kinder Deutschlands die letzte Hoffnung auf Erfolg ihrer verbrecherischen Blockadebestrebungen genommen.

Um der deutschen Landwirtschaft die über den üblichen Bedarf hinaus durch diese Sondermaßnahmen notwendigen Arbeitskräfte zu sichern, ist auf den Einsatz polnischer Landarbeiter zurückgegriffen worden. Mitte Februar begann der Transport polnischer Landarbeiter aus den besetzten polnischen Gebieten ins Reich. Der Generalgouverneur, Reichsminister Dr. Frank, hat in einem Aufruf die Bevölkerung des besetzten Gebietes auf die Arbeitsmöglichkeiten in der deutschen Landwirtschaft hingewiesen und sie aufgefordert, sich freiwillig hierfür zur Verfügung zu stellen. Diese Landarbeiter werden zu Lohn- und Arbeitsbedingungen, die in einer besonderen Tarifordnung festgelegt worden sind, beschäftigt.

Die Besiedlung der befreiten deutschen Ostgebiete wird ebenfalls in erster Linie der größeren landwirtschaftlichen Erzeugung dienen. Die Rückführung der volksdeutschen Familien aus Wolhynien, Galizien und dem Karow-Gebiet wurde im Monat Februar abgeschlossen. Der Reichsgesundheitsführer Dr. Conti sprach allen an der Rückführung beteiligten Stellen seinen Dank für den erfolgten Einsatz und die umsichtigen und erfolgreichen Maßnahmen aus. Er betonte, daß die gesundheitliche Betreuung der Rückgeführten wesentlich dazu beigetragen habe, Krankheitsherde nicht auskommen zu lassen und den Heimkehrenden zu zeigen, daß die Sorge und kameradschaftliche Hilfe des ganzen deutschen Volkes ihnen gehöre. Bei der Rückführung der Wolhynien-Deutschen war das erste motorisierte Bereitschaftslazarett des Deutschen Roten Kreuzes eingesetzt worden. Es wird jetzt in Lodsch zum Einsatz gebracht und ist in der Lage, bis zu 400 Patienten in gleicher Weise wie etwa eine Universitäts-Klinik zu betreuen. Es stellt in seiner Planung und Durchführung wohl den bedeutungsvollsten Fortschritt auf dem Gebiete des Krankenhauswesens der letzten Jahre dar, ist an jeder Stelle des Großdeutschen Reiches in kürzester Zeit einsatzbereit und kann bereits 90 Minuten nach Eintreffen an seiner neuen Wirkungsstätte den klinischen Betrieb aufnehmen.

Welche Not und welches Grauen bei den Volksdeutschen der befreiten Gebiete zu lindern waren, wurde jetzt erst in vollem Umfange veröffentlicht. In einer amtlichen Verlautbarung gab das Auswärtige Amt bekannt, daß die Gesamtziffer der seit Kriegsausbruch in Polen ermordeten Opfer bereits über 58 000 beträgt. Zu dieser erschütternden Feststellung nahmen auch zahlreiche Auslandszeitungen das Wort, und es wird in ihnen übereinstimmend voll Bestürzung und Empörung festgestellt, daß dieser größte Massenmord der neueren Geschichte als organisierte und systematisch durchgeführte Aktion bezeichnet werden muß. Immer wieder kommt auch zum Ausdruck, daß vor allem die englische Garantie-Erklärung an den polnischen Staat die Sachinstinkte der polnischen Regierung und Behörden soweit aufgepeitscht hat.

Es spricht Bände von der Gewissenlosigkeit der englischen Kriegstreiber, daß sie versuchen, diese grauenigen Tatsachen abzuleugnen, so wie sie den militärischen Sieg in Polen verkleinern würden, wenn sie nur könnten. Auch da sprechen aber Tatsachen! Ein dokumentarisches Filmmwerk wurde am 8. Februar 1940 im Ufa-Palast in Berlin in feierlicher Form uraufgeführt, der Film der Reichspropagandaleitung der NSDAP „Zeldzug in Polen“. Ein besonderer Vorzug des Films ist, daß er sich auf die Wieder-

gabe der Bildstreifen beschränkt, die von den Kameramännern der Propaganda-Kompanien im Verlaufe des Feldzuges aufgenommen worden sind. Er verzichtet auf gestellte Kriegsaufnahmen und erhält dadurch sein dokumentarisches Gepräge. In überzeugender Weise wird zugleich der politische Rahmen aufgezeigt, der das Werden der deutschen Erlösung und die Vollendung der polnischen Tragödie in logischer Entwicklung geradezu zwangsläufig umspannt. Der Film schließt mit der großen Parade der deutschen Truppen vor dem Führer in Warschau.

In den eingegliederten Ostgebieten hat auch die soziale Arbeit inzwischen in vollem Umfange eingesetzt. Eine der ersten nationalsozialistischen Einrichtungen, die unmittelbar nach dem Einzug der deutschen Truppen in die befreiten Ostgaue unendlich segensreich gewirkt hat, war die NS-Volkswohlfahrt. Sie hat jetzt einen Bericht über die bisherigen Leistungen veröffentlicht. Nach den Sofortmaßnahmen, die die allergrößte Volksnot, die durch die lange polnische Unterdrückung und den Nordterror hervorgerufen waren, zu lindern hatten, wie Ausgabe von Bekleidungsstücken und Lebensmitteln sowie Einfluß von Feldküchen, wurde als zweite Sonderaktion die Unterbringung und Verpflegung der seit dem 31. Oktober 1939 in Polen laufend eintreffenden baltendeutschen Rückwanderer vorgenommen. Es wurden Auffanglager für Erwachsene, für kinderreiche Mütter, für Alte und Gebrechliche geschaffen. Neben der Verpflegung und Unterbringung galt es, durch Veranstaltungen, wie Konzerte, Kino und Theateraufführungen, die baltendeutschen Rückwanderer über die Zeit bis zur Ansiedlung hinwegzubringen. Die dritte Sonderaktion war die Betreuung der Rückwanderer aus Wolhynien und Galizien. Neben dieser gewaltigen Arbeit galt es das Kriegswinterhilfswerk durchzuführen.

Der unboreingenommene Betrachter der deutschen Aufbauarbeit im Osten wird zugeben müssen, daß eine wohlüberdachte Organisation bis ins kleinste Vorjorge getroffen hat, um diese Gebiete nutzvoll zu erschließen. Das gilt vor allem für den Verkehr. Ein Vortrag des Reichsverkehrsministers Dr. Dorpmüller am 15. Februar 1940 vor dem Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie befaßte sich mit den wichtigsten Aufgaben im befreiten und besetzten Ostgebiet hinsichtlich eines schnellen Ausbaus des Verkehrs, da von ihm der Aufbau in erheblichem Maße abhängig ist. Der Vortrag zeigte das Ziel auf, dem der Ausbau des Transportwesens im Osten dient, nämlich der wirtschaftlichen Höchstentwicklung der befreiten Reichsgaue, des Danziger Hafens und der oberschlesischen Bergbaugebiete sowie der Einrichtung leistungsfähiger Verkehrsverbindungen, die dem großzügigen Güteraustausch zwischen Deutschland, der Sowjetunion und Rumänien dienen. Der Minister gab einen Überblick über die Organisation des Eisenbahnnetzes in den neuen Reichsgauen und im Gebiet des Generalgouvernements, eine Organisation großen Ausmaßes, die in aller kürzester Zeit ins Leben gerufen wurde. Er schilderte die Maßnahmen zur Zusammenfassung des noch zur Verfügung stehenden Kraftfahrzeugparks im Generalgouvernement und zur Angleichung des Kraftverkehrs an die Verhältnisse im Altreich. Der Übergangsverkehr von der Sowjetunion nach der deutschen Ostbahn und den weiteren Strecken der Deutschen Reichsbahn ist reibungslos im Gange, ebenso der Verkehr von Rumänien durch Ostgalizien nach Krakau. Ein Gegenstand besonderer Fürsorge im Ostgebiet sind die Wasserstraßen, die von dem Polenstaat wenig oder gar nicht gepflegt wurden. Zunächst gilt es, die durch gewaltsame Zerstörung von Brücken und Schleusen verursachten Schäden gutzumachen und den Schiffen den versperrten Weg wieder zu öffnen. Die Weichsel wird so wieder eine wichtige Verkehrsader werden. Große Projekte harren ihrer Lösung in den neu gebildeten Wasserstraßen-Direktionen Danzig und Polen. Von dem Wasserstraßen-Referat von der Behörde des Generalgouvernements werden die interessantesten Projekte behandelt, die für den deutsch-russischen Verkehr einmal eine große Rolle spielen werden. Auch der



Gut getarnter Spähtrupp kehrt zurück

Fot.: P. S. — Zerkow (Atlantia)



Wohnunterstand einer Grenzwachkompanie

Phot.: P. K. - Klein (Wettkbild)



Infanterie auf dem Marsch bei grimmtiger Kälte

Phot.: P. K. - Klein (Wettkbild)

trotz des Krieges durchgeführte Bau des Oder-Donau-Kanals und seine Bedeutung für das oberösterreichische Kohlengebiet ist von besonderer Wichtigkeit. Bordinglich ist der weitere Ausbau des Danziger Hafens. Das Reichsverkehrsministerium beabsichtigt alles zu tun, damit die neuen östlichen Gebiete und insbesondere Danzig nach der siegreichen Beendigung des Krieges einer großen Zukunft entgegengehen.

Selbstverständlich erfahren durch den Krieg auch die übrigen Aufgaben der Verkehrsentwicklung keine Unterbrechung, soweit sie nicht zunächst zurückgestellt werden. Andere Probleme wieder werden erst aus dem Kriegszustand heraus akut, wie z. B. der Luftschutz und alles, was damit zusammenhängt. Am 9. Februar 1940 wurde in Anwesenheit des Präsidenten der Akademie für Deutsches Recht, Generalgouverneur Reichsminister Dr. Franke, im Hause der Akademie der Ausschuss für Luftschutzrecht gebildet. Reichsminister Dr. Franke hob dabei das Interesse der Akademie für Deutsches Recht an der Arbeit dieses Ausschusses hervor und zeichnete seine Aufgaben in klar umrissener Form auf.

So werden für alle Lebensumstände des Volkes klare Rechtsverhältnisse geschaffen, die nicht nur im kleinen Kreis, sondern im gewaltigen großdeutschen Raum mit seinen 80 Millionen Menschen reibungslos wirksam sind. Die 80-Millionen-Zahl ist inzwischen durch Zählung amtlich festgestellt. Das Statistische Reichsamt legte nämlich im Februar die vorläufigen Zahlen über die rechtlich maßgebende Wohnbevölkerung im deutschen Reichsgebiet vor. Die Wohnbevölkerung des Reiches ist danach mit 79 364 408 Personen ermittelt worden, wobei die Bevölkerung des Memellandes und Danzig und in den neuen Ostgebieten nicht enthalten ist. Im Protektorat Böhmen und Mähren wurden 7,2 Millionen Einwohner ermittelt.

Für die Bevölkerung wirft der Krieg auch einige neue zivilrechtliche Fragen auf, die ihre Erledigung finden müssen. Mit der Sicherung des Familiennamens des Gefallenen für Braut und Brautkinder befaßt sich ein kürzlich ergangener Erlass des Reichsinnenministers. Der Minister hatte bereits im Frieden Vorschriften erlassen, wonach einer Braut, deren Bräutigam unerwartet gestorben ist, im Wege der Namensänderung der Familienname des Verstorbenen gewährt werden konnte. Ebenso war in dieser Regelung vorgesehen, daß Brautkinder, deren Erzeuger der Verstorbene war, dessen Name zugestanden werden kann. Nun hatte der Minister kürzlich bestimmt, daß im allgemeinen während des Krieges die Bearbeitung von Namensänderungs-Angelegenheiten eingestellt werden soll. Um jedoch auch hier alle Härten für die Frontkämpfer und die ihnen Nahestehenden auszuscheiden, ist nunmehr ausdrücklich eine Ausnahme von der Stilllegung der Namensänderungs-Angelegenheiten verfügt worden. In dem neuen Erlass erucht der Minister vielmehr, Namensänderungs-Angelegenheiten von Bräuten und Brautkindern Kriegsgefallener auch im Krieg weiter zu bearbeiten, so daß also auch hier die Legalisierung der Nachkommenschaft der Frontkämpfer gewährleistet ist.

Alle diese Maßnahmen sind von den zuständigen Dienststellen zusätzlich durchzuführen. Ein großer Teil davon betrifft das Arbeitsgebiet der Polizei. Anlässlich des „Tages der Polizei“ am 17. Februar 1940 äußerte sich der Polizeivizepräsident von Berlin, SS-Oberführer Kanstein, über die der Berliner Polizeiverwaltung durch den Krieg erwachsenen neuen Aufgaben. Dazu gehört in erster Linie die Überwachung und Durchführung der Bestimmungen über die bewirtschafteten Lebensmittel und gewerblichen Erzeugnisse. Die möglichst gerechte und schnelle Verteilung gewisser Waren mache vielfach polizeiliche Mithilfe notwendig. Auch bei Notständen muß mit polizeilichen Mitteln möglichst schnell helfend eingegriffen werden. So hat zum Beispiel in Berlin die Polizei die Kartoffelanfuhr durch polizeieigene Kraftwagen wirksam unterstützt. Auch die Preisgestaltung von erstmalig in den Verkehr gelangenden Artikeln, wie z. B. Leuchtplaketten, Verdunkelungspapier, Reinigungsmittel, Kaffeegewürzmittel usw., muß polizeilich geregelt

werden. Dort, wo Preissteigerungen festgestellt wurden, griff die Polizei sofort mit größter Schärfe ein. Selbst kleine und kleinste Verluste einer Preissteigerung, eines Kupplungsverkaufes und dergleichen sind seit Kriegsbeginn aus grundsätzlichen Erwägungen heraus durch empfindliche Strafmaßnahmen sofort im Keime erstickt worden. Der Beweis der Disziplin und Vernunft der Bevölkerung lieferte die erfreuliche Tatsache, daß Preisvergehen im Verhältnis zu den Monaten vor Kriegsbeginn nur unwesentlich zugenommen haben. In den Rahmen kriegswirtschaftlicher Maßnahmen gehört auch die Einschränkung des Kraftwagenverkehrs. Bei der Erfassung der Personenkraftwagen, die weiterhin für den Verkehr zugelassen wurden, war der Einsatz der Polizei besonders in den ersten Kriegsmo­naten in großem Umfange erforderlich. Weitere Aufgaben sind der Polizei im Kriege im Wafsen und im Einwohnermeldewesen erwachsen. Ein ganz neues Arbeitsfeld ergab sich endlich aus der Eingliederung der Ostgebiete. Es ist erfreulich, festzustellen, daß die Polizeiverwaltungen die ihr bisher gestellten Kriegsaufgaben gemeistert haben und auch für die Zukunft auf dem Wege zum Siege ihren Mann stehen werden.

Auch in den befreiten Ostgebieten har­te der deutschen Polizei eine große Aufgabe, insbesondere auch im Einsatz der Geheimen Staatspolizei, des Sicherheitsdienstes und der Schuppolizei im Kampf gegen das polnische Verbrechen­tum. Die deutsche Verwaltung hat sofort nach ihrem Einzug den Zustand einer klaren Rechtsordnung wiederhergestellt. Nach der Befreiung der Ostgebiete tauchten zahlreiche Probleme auf, die nur durch die Mitarbeit des Sicherheitsdienstes und der Geheimen Staatspolizei zu lösen waren. So bemühte sich allein im Warthegau 40000 Polen um Ausweise, die sie als Volksdeutsche bezeichnen sollten, und es stellte sich heraus, daß es sich hierbei fast ausnahmslos um politisch vorbelastete Deutschenhasser ersten Ranges handelte, die ihre Sünden vergessen glaubten. Allein die Judenfrage warf einen ganzen Komplex von Aufgaben auf, die vordringlich zu lösen waren. In Lodsch, der zweitgrößten Judenstadt der Welt, fand man bei 650000 Einwohnern 300000 Juden vor. Sie waren in 47 politischen Organisationen und zahllosen Berufsverbänden vereinigt, von denen jede im Lodsker Stadtparlament vertreten war. Bevor überhaupt an eine wirkliche Aufbauarbeit gedacht werden konnte, mußte hier die jüdische Verfilzung des Wirtschaftslebens gelöst und der jüdische Einfluß ausgeschaltet werden. So wird durch die Arbeit dieser Staatsstellen der deutsche Osten frei und sauber von allen Resten polnischer Wirtschaft gemacht.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt im Kriege das Kraftfahrzeugwesen. Für den Kraftfahrer ergab sich im Monat Februar die Neuerung, daß eine Ersatzlieferung für unbrauchbar gewordene Reifen nur noch gegen Vorlage einer Reifenskarte erfolgen kann. Die sorgfältig ausgefüllte Reifenskarte ist dem Reifenhändler einzureichen, der in die entsprechenden Rubriken die Eintragungen über den Grad der Brauchbarkeit der Reifen macht. Wenn abgefabrene Reifen ersetzt werden müssen, so ist zunächst festzustellen, ob eine neue Protektierung erfolgen kann. Ist das nicht der Fall, so ist die Reifenskarte vorchriftsmäßig ausgefüllt an das zuständige Bezirkswirtschaftsamt einzufenden, das im Genehmigungs­falle den Antrag dem Reichsreifenlager des betreffenden Wehrkreises weiterleitet, von wo aus die Lieferungsanweisung an einen Händler erfolgt.

Generalfeldmarschall Göring hat am 22. Februar 1940 als Beauftragter für den Vierjahresplan und Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung alle motorischen Kräfte der Kriegswirtschaft zusammengefaßt, indem er den Korpsführer des NSKK, Reichsleiter Adolf Sühnlein, zu seinem Beauftragten für den motorisierten Transport der Kriegswirtschaft ernannte.

In einer Anordnung vom 22. Februar 1940 hat der Reichsarbeitsminister in Ergänzung seiner Anordnung über die Wiedereinführung von Urlaub einige Zweifelsfragen geklärt. Dabei ist nochmals der Grundsat

hervorgehoben worden, daß Urlaubsansprüche, die infolge der Urlaubsperre nicht erfüllt werden konnten, noch nachträglich zu erfüllen sind. Die Gefolgschaftsmitglieder sollen also nach Möglichkeit so gestellt werden, als ob die Urlaubsperre nicht bestanden hätte. Kann der Urlaub für das letzte Urlaubsjahr nicht bis zum 30. Juni 1940 nachgeholt werden, so kann der Reichstreuhänder der Arbeit seine Abgeltung zulassen.

Eine soziale Tat, deren Ausmaße und Wirkungen sich heute kaum übersehen lassen, bedeutet der Auftrag des Führers vom 15. Februar an den Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Ley, zur Durchführung einer umfassenden Altersversorgung des deutschen Volkes. In der weiteren Verwirklichung des nationalsozialistischen Parteiprogramms soll dieses Werk des Aufbaues der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft für alle Zeit nach dem Willen des Führers unser Volk an den gemeinsamen Kampf der Front und Heimat um die Freiheit und Unabhängigkeit des Großdeutschen Reiches erinnern.

Der Auftrag des Führers mag Reichsorganisationsleiter Dr. Ley das schönste Geschenk zu seinem 50. Geburtstag gewesen sein. Dieser treue Gefolgsmann des Führers und unermüdete Arbeiter für die nationalsozialistische Idee hat sein Leben in den Dienst der Durchführung eines wahrhaftigen Sozialismus gestellt. Diese Lebenshaltung kam erneut zum Ausdruck in einer Ansprache, die Dr. Ley anlässlich einer Arbeitstagung des Internationalen Zentralbüros „Freude und Arbeit“ zu Arbeitern und ausländischen Gästen hielt. Er erklärte, daß die Frage, die sich wohl jeder Mensch einmal vorlegt, „was wird aus mir, wenn ich im Alter nicht mehr arbeiten kann?“, auf Befehl des Führers so befriedigend gelöst werden wird, wie es der deutsche Mensch im nationalsozialistischen Deutschland erwarten kann. Daß wir jetzt mitten im Krieg diese Aufgabe aufgreifen, beweist, wie ernst wir den Durchbruch der sozialen Ehre dem Endziel zuführen. Dieser Krieg, so kennzeichnete Dr. Ley die Lage, ist ja überhaupt das Ringen jener zwei Welten, die sich eindeutig scharf gegenüberstehen. Auf der einen Seite Entwicklung und Fortschritte und das fräftige Bemühen, den Sozialismus zu verwirklichen, auf der anderen Seite brutale Profitgier, die die Arbeitskraft als eine Ware behandelt und nur den persönlichen Gewinn vor Augen sieht. Auf einer weiteren, am 23. Februar 1940 vor ausländischen Pressevertretern gehaltenen Rede erklärte Dr. Ley, daß das entstehende Werk der Altersversorgung nur ein Teil in unserer gesamten planmäßigen sozialen Arbeit sei.

Die enge Zusammenarbeit zwischen DAF und gewerblicher Wirtschaft bewies eine Sitzung des zu Kriegsbeginn gegründeten Gemeinschafts-Gremiums am 7. Februar 1940 im Gemeinschaftshaus der DAF. In diesem Gremium, das sich aus dem Präsidenten der Reichswirtschaftskammer, den Leitern der Reichsgruppen der gewerblichen Wirtschaft, den Leitern der Hauptarbeitsgebiete der DAF und Sachamtsleitern zusammensetzt, wurden alle grundsätzlichen Fragen besprochen. Im Mittelpunkt der kurzen Referate standen die Abstellung des Leistungswettkampfes der Betriebe auf die Kriegsnotwendigkeiten, Fragen der Arbeitsausweitung und der Werkstattnenverpflegung, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Berufsausbildung und die verstärkte sozialpolitische Betreuung der Verkehrsangestellten.

Aus dem Zusammenhalt der inneren Front, der von dem Gesichtspunkt geleitet wird, daß, wie in jeder Frontkameradschaft, einer für den anderen einzutreten hat, ergibt sich eine Verordnung, die der Ministerrat für die Reichsverteidigung über die Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft erlassen hat. Sie sieht vor, daß Betrieben, die bei der Durchführung kriegswirtschaftlicher Maßnahmen stillgelegt werden mußten, in gerechtfertigten Fällen Beihilfen zur Erhaltung ihrer Betriebe gewährt werden können, um die volkswirtschaftlichen Werte dieser Unternehmungen der Gesamtwirtschaft zu erhalten. Die Aufbringung und Verteilung der hierzu erforderlichen Mittel wird durch die Verordnung der Wirtschaft als Gemeinschaftsaufgabe über-

tragen. Diese Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft ist nun nicht etwa als eine Einrichtung gedacht, die es einem Unternehmer ermöglicht, die Hände in den Schoß zu legen und nun mit verchränkten Armen zuzusehen, wie sehr in anderen Betrieben gearbeitet wird. Es kommt vielmehr an auf die Erhaltung des Werkes, und es ist die Aufgabe der betreffenden Unternehmer, dafür zu sorgen, daß die stillgelegten Betriebe nicht verkommen, sondern jederzeit wieder in die Produktion eingereiht werden können. Es muß auf diese Weise erzielt werden, daß stillgelegtes wichtiges Volksgut in dem Zustand erhalten bleibt, der für eine jederzeit zu erfolgende Umstellung auf die Friedenswirtschaft notwendig ist.

Zahlreiche Deutsche aus Ostafrika haben ihre Farmen, Besitzungen und Arbeitsplätze verlassen müssen und sind in der Heimat eingetroffen. Sie wurden im Rückwandererheim der Auslands-Organisation der NSDAP in Verächtesgaden bei ihrer Ankunft am 11. Februar 1940 von Reichsstatthalter General Ritter von Epp willkommen geheißen. Ritter von Epp wies in einer Ansprache darauf hin, es sei die Tragik des deutschen Schicksals, daß das deutsche Volk den Raum, den es brauche und der ihm gehöre, nicht einnehmen könne, ohne überall auf andere Völker zu stoßen. Wir seien aber überzeugt, stark genug zu sein, uns den Raum zu schaffen, der uns zukomme. Die Waffen dieses Krieges würden auch über den Boden entscheiden, von dem die Heimgekehrten aus Afrika gekommen seien. Wie der Führer von jedem Deutschen Unterstützung erwarte, so würden auch die Heimgekehrten mitarbeiten.

Die kulturellen Ereignisse des Monats Februar galten in erster Linie der geistigen und seelischen Kampfbereitschaft und der Festigung ihrer Stoßkraft. Am 2. Februar 1940 empfing Reichsminister Dr. Goebbels in den Räumen seines Ministeriums die Gaufilmstellenleiter, die zu einer Arbeitstagung nach Berlin gekommen waren. Der Minister gab ihnen Richtlinien für ihre weitere Tätigkeit und führte ihnen eindringlich vor Augen, welche besondere Verantwortung in diesem Kriege alle die tragen, denen die seelische Führung des Volkes anvertraut ist; denn im Unterschied zu früheren Kriegen handele es sich dieses Mal vor allem auch um eine geistige und weltanschauliche Auseinandersetzung. Eines der wichtigsten Propagandamittel neben Mundfunk und Presse ist, so betonte Dr. Goebbels, der Film. Er spricht zu Millionen und ist ein wahrer Mittler zwischen Führer und Volk. Gerade darum darf er nicht in intellektualisierende und spintisierende Experimente verfallen, sondern muß sich immer an das Volk im breitesten Sinne wenden. Auch darf er nicht die Grundprinzipien guter Propaganda, nämlich Vereinfachung und stete Wiederholung, außer acht lassen. Er darf zum Beispiel keine Kluft zwischen Stadt und lachem Lande aufreißen oder vertiefen; im Gegenteil, er soll überdrucker helfen. Deshalb wird im verstärkten Maße an der Schaffung eines großen Parks von Filmwagen gearbeitet, die gute Filme auf dem lachem Lande herausbringen sollen. Propaganda ist nur Mittel zum Zweck, ihre Aufgabe ist einzig und allein, in diesem Kriege den Widerstandswillen auch des letzten Volksgenossen so zu stärken, daß unsere Kriegführung zum vollen Erfolge führt.

Die Leiter der Reichspropagandämter versammelten sich am 6. Februar 1940 im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zu einer Arbeitstagung unter der Leitung von Ministerialdirektor Gutterer. Nachdem Staatssekretär Kleinmann über aktuelle Verkehrsfragen, Generalmajor von Sanneden über Rohstoff-Fragen, SS-Gruppenführer Hendrich über Aufgaben der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes und Professor Grimm über Frankreichs Kriegsziele gesprochen hatten, folgte eine Rede des Reichsministers Dr. Goebbels, der eine Reihe von Tagesfragen behandelte und für die weitere Arbeit den Grundriss aufstellte: „Erfolgreich ist zur Zeit nur das Problem: Wie gewinnen wir den Krieg?“ Alles, was wir tun, alles, was wir denken, alles, was wir sagen, unternehmen und vorbereiten, hat nur dieser einen Frage zu dienen!

Am 13. Februar 1940 versammelten sich 500 Reichs- und Stabstruppredner der NSDAP in den Räumen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda zu einer Arbeitstagung unter der Leitung von Stabsleiter Fischer, auf der Stabsführer Lauterbacher, Oberstleutnant von Bedel, Staatssekretär Bode, Ministerialdirektor Lange und SS-Oberführer Behrens Vorträge aus ihren Arbeitsgebieten hielten. Auch im Mittelpunkt dieser Tagung stand eine Rede des Reichspropagandaleiters der NSDAP, Dr. Goebbels. Er gab den Parteigenossen, von denen viele den feldgrauen Rock trugen, einen umfassenden Überblick über die augenblickliche politische Situation und damit die Gewißheit, daß Deutschland den ihm aufgezwungenen Krieg siegreich beenden wird. „Deutschland ist fest entschlossen“, rief Dr. Goebbels aus, „diesen Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen. Wir müssen die Tyrannei brechen, die darin ausmündet, daß eine imperiale Macht das Recht haben soll, ganz Europa unter ihre Vormüßigkeit zu bringen.“ Dr. Goebbels behandelte in diesem Zusammenhang auch grundfänglich die Frage der Neutralität, wobei er ausführte, daß es nicht möglich sei und sich nicht mit dem Begriff der Neutralität vereinbaren lasse, wenn ein Unterschied zwischen öffentlicher Meinung und Staatsmeinung konstruiert würde und uns beispielsweise von Staats wegen Neutralität angefordert, gleichzeitig aber der öffentlichen Meinung jeder publizistische Erzeß gegen das deutsche Volk und seine Führung erlaubt wird. Ebenso rechnete der Minister scharf mit der englischen Interpretation des Begriffs Humanität ab, daß nämlich für die Kriegführung alles das human sein solle, worin die Engländer sich uns überlegen fühlten, während es als unhuman bezeichnet werde, wenn wir die Waffen anwendeten, in denen unsere Stärke liege. „Die Blockade beispielsweise“, so kennzeichnete Dr. Goebbels

die schwebende Angelegenheit der Blockade als „eine Angelegenheit, die die Engländer die größte Flotte besitzen; inhuman dagegen soll der Flugzeugangriff sein, weil unsere Luftwaffe der englischen um ein vielfaches überlegen ist.“ Die Welt muß begreifen, so führte Dr. Goebbels aus, daß der jetzige Krieg eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen dem deutschen sozialen Staat und der englischen Plutokratie ist. Erst der Nationalsozialismus habe dabei das deutsche Volk wieder zum Bewußtsein seiner inneren Kraft gebracht und es damit zu diesem Kampf befähigt. „Dieses deutsche Volk ist heute zum Siege fest entschlossen, weil es die Überzeugung gewonnen hat, daß es sonst sein nationales Leben verliert. Wir wollen nicht ein rückläufiges, wir wollen ein wachsendes Volk sein. Wenn England uns den Raum, den wir dazu brauchen, streitig macht, wenn ein englischer Diplomat kürzlich in einem Briefe erklärte, die Welt biete für England und Deutschland nicht genug Raum, einer müsse sinken, dann, England, sinke du.“

Ein besonderes kulturelles Ereignis, das in seinen Auswirkungen allen Volksgenossen noch viel Freude bereiten wird, war am 15. Februar 1940 die Eröffnung der ersten fahrbaren RdF-Bühne. Reichsminister Dr. Goebbels und Reichsorganisationsleiter Dr. Ley übergaben diese Bühne in dem Fabrikgebäude der Firma Vorfis in Vorfiswalde bei Berlin ihrer Bestimmung. Die sich hinter einem unscheinbaren schwarzen Zeltbau verborgende erste fahrbare RdF-Bühne ist in ihrer Konstruktion ein Meisterwerk der Bühnenbaukunst. Auf einem Raum von 44 x 14,5 Meter umfaßt sie 800 Sitzplätze. Der ganze Bau kann in 10 Stunden zusammengelegt, verpackt und wieder aufgestellt werden. Bei dem feierlichen Laufakt betonte Dr. Ley in einer kurzen Ansprache, daß der Bau dieser ersten fahrbaren RdF-Bühne schon lange geplant gewesen sei, daß eine zweite bereits gebaut werde und daß diesen beiden Bühnen nach siegreicher Beendigung des Krieges weitere folgen sollen. Sie werden zunächst der Front dienen, dann aber auch allen Volksgenossen in den entferntesten und abgelegensten Orten des Großdeutschen Reiches zugute kommen, die sonst niemals Gelegenheit haben würden, ein Theater zu besuchen.

Es ist interessant zu erfahren, daß der deutsche Buchhandel in den

Kriegsmonaten beachtliche Umsatzsteigerungen erfahren hat. Die Entwicklung ist verständlich, wenn man bedenkt, daß jeder Verwandte, Freunde und Bekannte an der Front hat und ihnen Grüße in Buchform zukommen läßt; aber auch in der Heimat wird stärker gelesen. Besonders gefragt ist naturgemäß das Schrifttum über den Polenkrieg, ferner schöne Literatur, Unterhaltung, Jugendliteratur, Biographien, historische Werke, Fliegerei, Meer und Marine, Wirtschaftspolitik sowie ältere Ausgaben von Klassikern. Es ist dabei erfreulicherweise auffallend, daß das Niveau bei der Auswahl der Bücher erstaunlich hoch ist, woraus zu ersehen ist, über welche Regsamkeit und geistige Qualität der deutsche Leser verfügt.

Im Rahmen einer Jugendfilmstunde der Hitler-Jugend fand auf Veranlassung der Reichsjugendführung Mitte Februar die Uraufführung einiger NS-Filme in einem Berliner Filmtheater statt, die von einer kurzen Begrüßungsansprache des Stabsführers Lauterbacher eingeleitet wurde. Der Film „Die Erde ruft“ beschäftigt sich mit dem Landdienst der HJ und veranschaulicht die Tätigkeit der HJ und des WDM während des Landdienstes. Er räumt mit mancher falschen Vorstellung auf, die hier und da immer noch bei besorgten Eltern bezüglich des Landdienstes herrscht. Ein weiterer Film „Glaube und Schönheit“ machte mit dem vielfältigen Tätigkeitsgebiete des gleichnamigen WDM-Werkes vertraut. Den Höhepunkt bildete schließlich der Film des alljährlichen Adolf Hitler-Marsches zum Reichsparteitag „Der Marsch zum Führer“. Man sah zunächst die Jugend aller Gauen bei ihrem Aufbruch aus der Heimat, an der See, im Gebirge oder im Flachland aus Ost- und Mitteldeutschland, verfolgte sie dann auf ihrem Marsch durch die wechselnde Landschaft, um schließlich den Einzug in Nürnberg und die Begeisterungstürme, die hier den Führer umbrausten, mitzuerleben.

Daß Deutschland auch in den Kriegsmonaten keine großen Kulturträger nicht vergißt und aus ihren Werken Werte schafft, die dem Kampf dienen, bewies eine Feierstunde der Partei in Bayreuth, die Richard Wagner anlässlich der 57. Wiederkehr seines Todestages gewidmet war. Nachdem der Ehrenvorsitzende des Bayreuther Bundes, Oberbürgermeister Dr. Kempfer, in einer Ansprache die tiefe Liebe Richard Wagners zu Volk und Vaterland betont hatte, brachte der erhabende Akt in der Weibehalle des Hauses der Deutschen Erziehung eine Feierfolge, die mit dem „Wach auf“-Chor des Meisters begann, ferner Worte Richard Wagners wiedergab, umrahmt von seinen Lebendond-Liedern und Sätzen von Beethovens Kreuzer-Sonate.

Ein Ereignis im deutschen Kunstschaffen ist alljährlich die Verteilung der Kulturpreise der SA, die auch in diesem Kriegsjahr vorgenommen wurde. Der Stabschef der SA, Luge, verlieh diese hohen Auszeichnungen an den Dichter Herbert Renzel für sein dichterisches Gesamtschaffen, an den Maler Elf Eber für seine hervorragenden Frontbilder aus dem Weltkriege und dem Feldzug der 18 Tage und an den Komponisten Erich Lauer für die „Reichsparteitag-Fanfare“ und das SA-Liederbuch. In diesen Auszeichnungen fand die Feststellung, daß Waffenlärm und Kulturarbeit keine Gegensätze zu sein brauchen, ihren Ausdruck.

Um diejem Sach weiter Gültigkeit zu schaffen, hat die Tätigkeit des Deutschen Volksbildungswerkes nach fünfjährigem Aufbau sich in der jetzigen Kriegszeit besonders deutlich herausgestellt. Dr. Ley hat einmal die Aufgabe des Deutschen Volksbildungswerkes mit den Worten umrissen, daß sie darin bestehe, dem deutschen Arbeitsmenschen die Gesetze der nationalsozialistischen Weltanschauung zu vermitteln, die ihm von Natur gegebenen Anlagen zu entwickeln und ihn als gestaltende Kraft in die Entwicklung einer wahrhaften Volkskultur des Großdeutschen Reiches einzuschalten. Es ist erfreulich, daß sich die Hörerzahl des Deutschen Volksbildungswerkes seit Kriegsbeginn verdreifacht hat, und es spricht für die Aufgeschlossenheit des deutschen Arbeiters, wenn die Vortragenden erklären können, daß sie gerade bei diesen Veranstaltungen das dankbarste Publikum finden. In den Abend-

kurzen sind durch den Krieg keine Einschränkungen vorgenommen worden. Besonders Interesse herrscht für die Sprachenkurse und für die allgemeinen Fortbildungsmöglichkeiten. Die Kurse für Rechnen und technisches Zeichnen sind zumeist überfüllt, ebenso die über Ballistik, zu denen sich stets auch eine große Zahl von Soldaten einfindet. Das Ziel der Arbeit dient der Stärkung und Vertiefung der nationalen Leistungsfähigkeit und damit der lebendigen Volksgemeinschaft.

Am 24. Februar 1940 jährt sich zum zehntenmal der Tag, an dem der Sturmführer Horst Wessel sein Leben für den Nationalsozialismus und für die Freiheit des Vaterlandes gab. Die Reichshauptstadt beging diesen Tag mit würdigen Gedenkfeiern. Nachdem Reichsminister Dr. Goebbels in Begleitung zahlreicher hoher Führer der NSDAP und ihrer Formationen am Grabe Horst Wessels einen Kranz niedergelegt hatte, wurde in der Dr. Goebbels-Heimstätte ein Horst Wessel-Standbild vom Bildhauer Paul Sindelden feierlich eingeweiht. Anlässlich des 130. Todestages des Tiroler Freiheitskämpfers Andreas Hofer, der am 20. Februar 1810 unter den Kugeln eines französischen Exekutionskommandos sein Leben ließ, gedachten die Partei und die Wehrmacht im Rahmen einer würdigen Feierstunde vor dem Andreas Hofer-Denkmal auf dem Berg Zstel des Sandwirts von Basseier.

Am 28. Februar 1940 begann in Wiesbaden eine Kriegstagung der Deutschen Presse, an der außer den Vertretern der Propaganda-Kompanien auch die Vertreter und Hauptschriftleiter der deutschen Tageszeitungen aus allen deutschen Gauen teilnahmen. Die Tagung wurde eröffnet von Ministerialrat Frißche vom Reichspropagandaministerium. In einer großangelegten Rede legte Reichspresseschef Dr. Dietrich die Aufgaben der deutschen Presse in diesem Kriege dar und wies die Richtung des Kampfes auf, in dem sich die deutschen Schriftleiter mit den Waffen ihres Berufs an die Seite ihrer an den Fronten kämpfenden Volksgenossen stellen. Er brachte den stahlharten Willen der Vertreter der deutschen Presse zum Ausdruck, auch die letzte Kraft anzuspannen, um mitzuhelfen und mitzukämpfen bis zum Siege, der unserm Volke und dem Vaterlande für alle Zeiten die Freiheit sichert. Unter der Leitung von Oberstleutnant von Wedel vom Oberkommando der Wehrmacht fand gleichzeitig ein Lehrgang für Führer und Berichtser der Propaganda-Kompanien der Wehrmacht statt. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen wurden hierbei Weisungen für den künftigen Einsatz gegeben.

Ein bedeutungsvoller Tag im nationalsozialistischen Deutschland ist der 24. Februar 1920, an dem Adolf Hitler erstmalig das Programm der NSDAP verkündete. Von diesem Tage schreibt der Führer in „Mein Kampf“: „Ein Feuer war entzündet, aus dessen Blut dereinst das Schwert kommen muß, das dem germanischen Siegfried die Freiheit, der deutschen Nation das Leben wiedergewinnen soll.“ Diese Worte haben jetzt ihre Erfüllung gefunden und es war darum von besonderer Bedeutung, daß am Tage der 20jährigen Wiederkehr der Gründung der NSDAP der Führer im Hofbräuhaus-Festsaal in München zu seinen alten Parteigenossen sprach (siehe S. 53). In seiner mitreißenden Rede gab der Führer ein Bild von dem größten Betrage aller Zeiten, der im Versailler Diktat seinen vollendetsten Ausdruck fand, von dem Niedergang und der Ohnmacht des deutschen Volkes nach dem Weltkriege und von dem Zerfall der bürgerlich-kapitalistischen Welt. Er sprach dann von der Gründung, dem Kampf und dem Siege der Partei, von seinem eigenen heißen Streben und unermüdlichem Kampf um die Bildung eines deutschen Volksstaates, der Verwirklichung der vor 20 Jahren aufgestellten 25 Programmpunkte, dem Siegeszuge der Freiheitsidee der deutschen Nation durch den glanzvollen Wiederaufstieg Deutschlands und die Schaffung eines freien, starken Großdeutschen Reiches, einer neuen starken und stolzen Wehrmacht.

Nach einem Rückblick auf die Geschichte und Erfolge der Partei gab der Führer eine unwiderlegbare Begründung des deutschen Friedenswillens, aber auch des deutschen Anspruches auf Lebensraum und wies scharf und erbarmungslos die Verleumdungen und Lügen der Demokratie zurück. Er schilderte die politische, militärische und wirtschaftliche Stärke Deutschlands gegenüber der von 1914, und stellte vor allem fest, daß das deutsche Volk heute in einer besseren Verfassung dastehe als je in seiner Geschichte und daß eine Unsumme männlicher Tapferkeit und Entschlossenheit heute die deutsche Nation führe und bereit sei, den Krieg zum siegreichen Ende zu führen.

Daß die Rede des Führers mit ihrer ganz eindeutigen Zielsetzung: Kampf bis zur Vernichtung des Gegners! den Engländern nicht gerade angenehm war, war vorauszu sehen. Nach echt englischer Taktik versuchte nun die britische Presse, diese klaren Worte des Führers zu ignorieren, um sich dafür ein neues Märchen völlig aus den Fingern zu saugen, das ganz bewußt dem englischen Leser beibringen soll, daß Deutschland viel mehr zum Frieden geneigt ist, als es nach außen hin zu erkennen gibt. Diese Taktik wird sich einmal bitter rächen. Der Führer hat Anfang Oktober 1939 noch einmal ein großzügiges Friedensangebot gemacht und dabei betont, daß es das letzte sein würde. Dieses Friedensangebot ist wie alle früheren abgewiesen worden. Wenn die Engländer nur einen winzigen Begriff vom heutigen Deutschland und seiner Führung gehabt hätten, wäre ihnen wohl klar gewesen, daß dieses heutige Deutschland nicht mehr mit sich spielen läßt und aus dieser Ablehnung alle Konsequenzen zieht, die für England und in seinem Gefolge für Frankreich eines Tages zu einem entsetzlichen Erwachen führen müssen. Eine gewisse Ahnung davon mag doch schon in einigen britischen Köpfen aufdämmern, und so versucht man mit heuchlerischer Zuversicht, durch die Erfindung eines „Friedensplanes“, der von Deutschland ausgehen soll, die schon hier und da beunruhigten Gemüter zu beruhigen. Ebenso kühn wie lügenreich wird behauptet, daß Adolf Hitler den amerikanischen Sonderdelegierten Roosevelts, den Unterstaatssekretär Sumner Wells, auf seinen Wunsch in Berlin diesen Friedensplan vorlegen wolle. Natürlich kann es sich nach englischer Auffassung nur um einen Friedensplan handeln, der den englischen Wünschen entspricht. Dieser Plan sieht so aus, daß die ehemals tschechischen und polnischen Staatsgebilde wiederhergestellt werden sollen, wofür die Rückgabe der Deutschland geraubten Kolonien vorgenommen werde. Immerhin schätzen diese übergescheiten englischen Publizisten die deutsche Stellung doch stark genug ein, um von vornherein die Rückgabe der Kolonien zuzubilligen. Sie haben aber keine Ahnung, oder wenigstens geben sie sich den Anschein, sie nicht zu haben, wie stark Deutschland in Wirklichkeit ist, denn sonst würden sie nicht einen derart lächerlichen Versuchsballon aufsteigen lassen. Deutschlands Kriegsziel, so erklärte der Führer, ist die Sicherung seines Lebensraumes. Den Umfang dieses Lebensraumes bestimmen wir, und darum wird Deutschland bis zum endgültigen Siege weiterkämpfen. Es wird für deutsche Menschen keinen Westfälischen Frieden mehr geben, wie er vor fast dreihundert Jahren einem tausendfach zersplitterten Staatsgebilde aufgezwungen wurde. Damals war der deutsche Raum angefüllt von zahllosen dynastischen, glaubensmäßigen und sonstigen Gegensätzen; heute herrscht ein Wille.

Seit dem Westfälischen Frieden, der 1648 in Münster geschlossen wurde, hat der Name dieser Stadt in der deutschen Geschichte einen schweren Platz. Der Westfälische Frieden sollte nach dem Willen Frankreichs den deutschen Reichsgedanken ein für allemal zerstören. In den folgenden Jahrhunderten schien es, als sollte dieser Wille Wahrheit werden. Erst wir, die wir heute leben, wissen, daß dieser Reichsgedanke von unsterblicher Kraft ist und daß er erstmalig in der deutschen Geschichte von Adolf Hitler restlos verwirklicht wurde. Es war darum mehr als eine Geste, daß Reichsminister Dr. Goebbels am 28. Februar 1940 in Münster in einer großen Rede das Spiel und

Begehren unserer Reichsfeinde aufdeckte und den plutokratischen Weltbeherrschern die Maske vom Gesicht riß. Er führte dem deutschen Volk noch einmal den ungeheuren Leidensweg des 30jährigen Krieges vor Augen. Er würdigte die Taten der Schrittmacher zum Deutschen Reich, Friedrichs des Großen und Bismarcks, um schließlich darzulegen, wie der Führer als Vollender der neuen deutschen Reichsidee heute ein geschichtliches Schicksal vollstreckt. „Sein Werk ist der Deutsche Volks- und Sozialstaat. Er begründete das erste Volksreich der Deutschen. Es umschließt über 80 Millionen Menschen gleicher Art, gleicher Sitte und gleicher Rasse.“ Im weiteren Verlauf seiner Rede rechnete Dr. Goebbels ab mit der verlogenen englischen Moral, mit den Gebetbuch-Plutokraten und mit dem brutalen und zynischen Egoismus der britischen Machthaber. Er warnte die westlichen Demokratien und das mit ihnen verbündete Judentum vor der katastrophalen Illusion, die Kraft Deutschlands zu unterschätzen oder gar das heutige deutsche Volk mit dem Deutschland von 1918 zu verwechseln. „Das deutsche Volk hört heute nur auf ein Kommando. Einen November 1918 wird es in Deutschland niemals, niemals wieder geben. Die Juden und Plutokraten sollen sich die Mühe sparen.“ Die englische Plakade bezeichnete Dr. Goebbels als den Pfeil, der sich gegen den eigenen Schützen richtet. Er führte weiter aus, daß in unserem sozialen Volksstaat eine Bevorzugung der Reichen oder Begüterten keinen Platz mehr habe und daß jeder zu gleichen Teilen an den Sorgen und Beschwerden, die der Krieg mit sich bringe, teilhabe. In aller Öffentlichkeit behandelte der Minister auch die Kohlenfrage, und er fand Worte herzlicher Anerkennung für das verständnisvolle und vernünftige Verhalten der Bevölkerung, wodurch es möglich gewesen ist, die Folgen des abnorm langen und starken Frostwinters verhältnismäßig schnell zu überwinden. Mit Befriedigung gab Dr. Goebbels bekannt, daß von den ersten Kriegsmontaten an die Spareinlagen des deutschen Volkes erheblich gestiegen sind. Dadurch nützt der Sparer nicht nur sich selbst, sondern er stärkt die deutsche Wirtschaft und trägt auch damit einen Teil zur siegreichen Durchführung dieses Krieges bei.

Besonders behandelte dann Dr. Goebbels wichtige Aufgaben, die die nationalsozialistische Bewegung in dieser Zeit zu erfüllen hat. Er gab bekannt, daß 95 v. S. aller Hitler-Jugendführer heute in der Wehrmacht stehen, 400 SA-Führer sind allein im Polenfeldzug gefallen, 68 v. S. aller SA-Männer stehen in der Wehrmacht, von 38 Gruppenführern der SA sind 32 im Felde. Die SS ist im Polenfeldzug wie an der Westfront in weitem Umfange eingesetzt worden. 713 SS-Männer sind in Polen gefallen. Klar und unmißverständlich sprach Dr. Goebbels auch über die Stellung der neutralen Staaten. Wenn auch Deutschland nicht nach dem Muster des Herrn Churchill von den Neutralen verlange, daß sie aktiv und mit militärischen Kräften auf der Seite Deutschlands in diesen Krieg eingreifen, so sei es doch notwendig, den Begriff der Neutralität in diesem Kriege in seiner echten Bedeutung wiederherzustellen. Es wäre unsinnig, von einer militärischen und nicht auch von einer politischen Neutralität zu sprechen. Ein Gegensatz zwischen der Neutralität eines Staates und der Neutralität seiner öffentlichen Meinung dürfe nicht bestehen, und es gehe nicht an, daß die Regierung eines neutralen Staates ihre neutrale Haltung in diesem Kriege betone, während die öffentliche Meinung ihres Landes Schimpffreiheit habe. Neutral sein heiße sich in jeder Beziehung aus dem Konflikt herauszuhalten. Dr. Goebbels schloß seine Rede mit den Worten: „Gelobt sei, was hart macht!“

2—r.



Die Erzeugungsschlacht im Kriegsjahr 1940

Über die Aufgaben der Landwirtschaft bei der Frühjahrseinstellung im Kriegsjahr 1940 sprach Generalfeldmarschall Göring am 15. Februar über alle deutschen Sender zum deutschen Landvolk. Er würdigte die außerordentlichen Leistungen der deutschen Bauern unter nationalsozialistischer Führung und führte weiterhin folgendes aus:

„Hunderttausende von Bauern, Landwirten, landwirtschaftlichen Betriebsführern und Arbeitern sind bei Kriegsausbruch zu den Fahnen geeilt. Wie konnte das auch anders sein. Denn nach bester deutscher Tradition ist ein guter Bauer auch immer ein tapferer Soldat gewesen. Die zurückbleibenden Männer mußten doppelt und dreifach arbeiten. Viele deutsche Landfrauen haben den Bauern und manchen Landarbeiter ersetzen müssen. Ich habe mich selbst davon überzeugt, wie schwer es die Bauernfrau gerade in diesen Monaten des Krieges gehabt hat, oft ganz allein gestellt, ohne jede Hilfe, mußte sie Vieh, mußte sie Stall, Haushalt und alles versorgen, oft am Zusammenbrechen. Ich habe Frauen erlebt, die schon das kommende Kind unter dem Herzen trugen und trotzdem keine Stunde von der Arbeit befreit werden konnten. Ich habe eine tiefe Hochachtung und ein heißes Dankgefühl ganz besonders den Landfrauen gegenüber in diesen Wochen und Monaten bekommen. Wenn Deutschland solche Frauen hat, dann kann und wird Deutschland niemals untergehen.“

Und trotz all dieser Sorgen muß ich immer wieder aufs neue euch bitten: Deutsche Landfrauen, haltet aus! Es ist unmöglich, alle Bauern zurückzuschicken; es ist unmöglich, euch allen eure Männer wieder zurückzuschicken zur Arbeit; und doch darf der Hof nicht versagen, muß er genau so, als wenn der Bauer daheim wäre, alles liefern, was die deutsche Ernährung braucht. Und wenn es dann sehr schwer wird, dann müssen eben rechts und links die Nachbarn zusammenstehen. Hier wende ich mich ganz besonders an die Bauernführer, wende mich aber auch draußen auf dem Land an die Ortsgruppenleiter und an die Bürgermeister. Das Schicksal des einzelnen ist auch euer Schicksal. Ihr dürft nicht achtlos an diesem Schicksal vorbeigehen. Ihr müßt euch darum kümmern, müßt helfen gerade dort, wo der Bauer, wo der Mann fehlt, wo keine Knechte mehr vorhanden sind. Dort muß eure Fürsorge einsehen, dort müßt ihr Hilfskräfte heranschaffen und hindringen, und wenn der Nachbarhof besser gestellt ist, der Bauer zu Hause ist, vielleicht auch dieser oder jener Knecht, dann denke er nicht nur an seinen eigenen Hof, sondern dann eile er zur Hilfe, dann helfe er einer Bauernfrau, die allein steht.

Aber noch eine Hilfe kann mobilisiert werden: es ist die deutsche Jugend. Sie packt gerne zu, wenn sie dazu aufgerufen wird. Und manche Stunde in dieser Arbeit, in dieser Hilfe für Hof und Stall ist weit besser angelegt als totes Wissen. Eine solche Schule des harten Lebens wird sich auf unsere Jugend stärker auswirken als alle andere Art der Schulung sonst. Ich hoffe und glaube, daß sich dieser starke Appell, den ich mit ganzem Herzen an alle richte, nicht ungehört verhallt. Zusammenhalt in dieser schweren Zeit ist entscheidend.“

Der Generalfeldmarschall wies dann darauf hin, wie dieser zähe Fleiß des Bauern dem deutschen Volke auf den entscheidenden Ernährungsgebieten wie Getreide, Fett und Fleisch Reserven geschaffen hat, die jetzt im Kriege dem deutschen Volksgenossen die Sicherheit seiner Ernährung gewährleisten. „Während diese Reserven in Silos sicher wie in Panzerschränken

untergebracht sind, ruhen Englands Zufuhren — denn Vorräte haben sie ja gar keine — dank des kühnen Angriffsgeistes unserer Bomber und U-Boote ‚sicher‘ auf dem Grunde des Meeres. Aber, so wichtig auch die Vorräte sind, für die weitere Kriegsführung sich allein auf sie zu verlassen, wäre kurz-sichtig und würde sich eines Tages rächen, so reichlich die Bestände auch an sich sein mögen. Weit wichtiger als aufgespeicherte Vorräte in den Silos, Lagerhäusern und Kühlräumen ist die laufende Erzeugung, sind Anbau und Ernte.

Was an Kräften in diesem deutschen Boden steckt, muß heraus, kostet es, was es wolle. Hier liegt deine Aufgabe, deutsches Landvolk! Sie ist groß, größer als alles, was du bisher vollbracht hast. Aber sie muß gelöst werden. Das verlangt der Führer von euch, das verlangt die Dankbarkeit, die ihr ihm schuldet. Das erwartet aber auch das ganze deutsche Volk von euch. Und das seid ihr schließlich der kämpfenden Front da draußen vor dem Feinde schuldig. Sie schützt mit dem Schwerte die Heimat, sie bewahrt auch euren Hof, euren Herd, eure Wiesen und Acker vor Krieg und Verderb. Dankt den Soldaten mit rastloser Arbeit und größter Pfllichterfüllung. Auf euren Schultern, Bauern und Landwirte, Landfrauen und Landarbeiter, ruht heute doppelte Verantwortung. Setzt all eure Kräfte ein. Zeigt, was ihr zu leisten vermögt. Der Weg, der vor euch liegt, ist gewiß unendlich mühselig und schwer. Aber nicht allein von euch wird in der Heimat das Äußerste an Fleiß und Mühe verlangt. Blickt doch auf die deutschen Industrieviertel, erinnert euch der Stätten, wo der deutsche Bergmann sein schweres Tagewerk weit unter der Erde in Mühsal und schlechter Luft verrichtet, wo Männer von früh bis spät im Lärm der großen Industriebetriebe unter Anspannung aller Nerven und Muskeln schaffen und wirken, ununterbrochen Tag und Nacht in zwei und drei Schichten. Sie alle sind eure Kameraden und reichen euch in herzlicher Kampf- und Arbeitsverbundenheit die Hände.“

Der Generalfeldmarschall gibt dann eine Übersicht über die Maßnahmen der Staatsführung, die der Steigerung der Produktion dienen sollen. „Neben der notwendigen Bestellung von Arbeitskräften, der Freistellung der Betriebsführer und Fachkräfte, soweit es die militärischen Belange erlauben, werden Zugkräfte — Pferde und Trecker —, Saatgut und Düngemittel ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Diese Maßnahmen sollen besonders der Intensivierung der Produktion dienen. Die Parole für die Erzeugungsschlacht dieses Jahres lautet: Jeder Sektor muß ausgenutzt werden. Alles ist auf Höchstserträge einzustellen. Wer extensiv Wirtschaft betreibt, veründigt sich am deutschen Volk.“

Für die Bestellung hat auch der Reichsbauernführer bereits die notwendigen Richtlinien gegeben. Das wichtigste dabei ist die Ausweitung des Ölfruchtanbaues. Zwar haben wir Öl- und Margarinereserven, die für zwei Jahre reichen mögen, aber wir müssen in die Zukunft schauen. Die Anbaufläche für Ölfrüchte muß in diesem Jahr auf mindestens 200 000 Hektar gebracht werden. Zu verstärken ist ferner der Hackfruchtanbau. Ich verlange von jedem Betrieb, daß er während des Krieges 10 bis 15 v. H. mehr Hackfrüchte als im letzten Jahr anbaut. Dabei ist neben der Zuckerrübe der Anbau der Kartoffel und vor allem der Frühkartoffel ganz besonders zu pflegen.“

Der Generalfeldmarschall behandelte dann besonders eingehend die wichtige Frage der Fettversorgung und die hierbei entscheidende Rolle der Milchwirtschaft. Dazu führte er folgendes aus: „Die Milchwirtschaft bedarf ganz besonderer Sorgfalt. Ich habe diese Frage mit eurem Bauernführer

reiflich durchgesprochen. Wir sind uns dabei klargeworden, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit auch hier das Äußerste erzeugt werden kann. Ich habe mich deshalb entschlossen, die von euch mit Berechtigung vorgeeschlagene Maßnahme durchzuführen, nämlich die Milchpreiserhöhung dort, wo sie unbedingt notwendig ist. Vom 11. März 1940 an soll für die Vollmilch — aber nur für die Vollmilch, nicht für die Magermilch —, die an Molkereien geliefert wird, ein um zwei Pfennige erhöhter Preis je Liter ausbezahlt werden. Dementsprechend erhöht sich der Butterpreis um 20 Reichspfennige je Pfund. Unverändert bleibt jedoch der Preis für Magermilch und Quark. Ich habe diesen neuen Milch- und Butterpreis genehmigt, damit ihr jetzt die Milch- und Butterproduktion steigern könnt.

Eine solche Steigerung setzt bekanntlich eine Verstärkung der Futtermittelherzeugung voraus; Mehrherzeugung von Futter aber erfordert mehr Arbeit, so z. B. bessere Düngung und Pflege der Wiesen und Weiden. Notwendig ist es, den Zwischenfruchtbau auszuweiten, um so in Zukunft dort, wo bisher nur eine Ernte im Jahr erzielt wurde, zwei oder wenigstens in zwei Jahren drei Ernten zu erreichen. Für diesen Mehraufwand bei der Futtermittelversorgung soll die Erhöhung der Milch- und Butterpreise den notwendigen Ausgleich bieten. Das ist der Zweck dieser Maßnahme. Ich will der Milchwirtschaft von nun an neue Möglichkeiten eröffnen. Sorgt dafür, daß sie ausgenutzt werden. Gerade von den großen Betrieben verlange ich, daß sie genau so wie der Bauernhof die Milchwirtschaft als einen der wichtigsten Zweige ihres Betriebes ansehen. Ich werde in Zukunft mir vom Reichsbauernführer melden lassen, wie gerade in den größeren Betrieben in dieser Richtung Fortschritte erzielt worden sind. In vielen Großbetrieben ist die Zahl der Kühe viel zu gering. Man hat den Milchviehbestand verringert, um Schlachtvieh zu mästen. Wir brauchen aber zur Streckung der Rationierung an Margarinerohstoffen zuerst Fett in Form von Butter. Fett ist in diesem Falle wichtiger als Fleisch. Fleisch hingegen liefert in erster Linie das Schwein. Außerdem erwarte ich von euch, daß ihr beim Eigenverbrauch von Milch sehr sparsam seid.

Gerade von euch, dem Landvolk, muß ich diese Sparsamkeit bei der Milch verlangen. Je mehr Milch ihr im eigenen Betrieb erspart, um so besser ist die Fettversorgung des deutschen Volkes gewährleistet. Ich weiß, wie hart eure Arbeit ist, wie sehr ihr der Bitterung ausgesetzt seid, wie oft ihr viele Stunden auf dem Lande mehr arbeiten müßt. Ich kenne auch das Sprichwort: Man soll dem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbinden. Und wir wollen durchaus nicht in den Fehler des Weltkrieges verfallen, wo endlich Futterrationen für eure Pferde gegeben wurden, die unter keinen Umständen ausreichen konnten, so daß infolge geringerer Leistung der Pferde zwangsläufig die Erzeugung zurückging.

Aber gerade auf dem Gebiete der von England propagierten Fettblockade müßt ihr beweisen, daß die 2 Pfennig Zulage von euch nicht als ein Geschenk aufgefaßt wird. Rund drei Milliarden Liter Vollmilch werden von dem selbsterzeugenden Bauern, Landwirtschaftsarbeiter usw. auch selbst verbraucht. Beinahe ebenso viele Liter werden zur Aufzucht der Kälber benutzt. Diese Milch aber ist der Rohstoff für die unentbehrliche Butter. Die Butter und die Margarine ist aber, wie das englische Wort Fettblockade euch zeigt, heute das Entscheidende. Ich erwarte deshalb von euch gerade hier äußerste Sparsamkeit. Ihr, die ihr alle einen Garten habt, die ihr euch daher in Kartoffeln, Obst und Gemüse nicht nur ab und zu, sondern für lange Zeit versorgen könnt, müßt die Fettfront so unerschütterlich machen, wie ihr feiner-

zeit die Getreidefront unerschütterlich gemacht hat. Denkt daran, daß jede Milliarde Liter Vollmilch 40 000 Tonnen Butter bringt. Unsere Einfuhr war jährlich 80 000 bis 90 000 Tonnen. Zwei Milliarden Liter Milch in der Eigenversorgung, im Landwirtschaftshaushalt und bei der Kälberaufzucht gespart, würden praktisch jabel erbringen, wie die friedensmäßige Einfuhr betragen hat. Dabei verweise ich noch darauf, daß ihr den Ersatz für die Vollmilch, die Magermilch, in einem viel frischeren und besseren Zustand zur Verfügung habt, neben der Buttermilch. Gerade die Ersparnis von zwei Milliarden Liter Vollmilch erwarte ich als Gegenleistung der Preiserhöhung. Wird sie nicht erzielt, so ist diese Preiserhöhung wohl ein Plaque gewesen, und ich werde keinen Augenblick zögern, sie ebenso rasch wieder rückgängig zu machen, wie sie eingeführt wurde. Es liegt an dir allein, Landvolk, zu beweisen, ob die von dir geforderte Maßnahme richtig gewesen ist.

Aber wer da glaubt, daß er, wenn er zwei Kühe hat, eine Kuh abschlachten kann, weil er mit der anderen Kuh bei den erhöhten Preisen genau so gut dran ist, der veründigt sich am Volke, der ist ein Betrüger. Wenn ich diese Preiserhöhung auf mich genommen habe, so habe ich es getan im blinden Vertrauen auf das deutsche Landvolk, und ich bin überzeugt, daß ihr mich in diesem Vertrauen nicht enttäuschen werdet. Die Preiserhöhung, so betone ich noch einmal, ist also kein Geschenk für euch auf Kosten der Verbraucher, sie soll euch, ich unterstreiche das nochmal, eine sichere Plattform für die weitere Entwicklung der deutschen Milchwirtschaft, also der deutschen Fettwirtschaft, geben. Sie bedeutet demnach für dich, deutscher Bauer, eine Verpflichtung. Auch in der Verbraucherschaft darf die Preiserhöhung nicht falsch verstanden werden. Wir verlassen mit dieser Maßnahme keineswegs den festen zielsicheren Kurs unserer stabilen Lohn- und Preispolitik. Der Verbraucher wird nicht unbillig belastet. Wer begütet ist, soll den Mehrpreis für Butter bezahlen; wer aber nur über ein kleines Einkommen verfügt, kann für den Teil seiner Karte Margarine einkaufen. Jedem deutschen Verbraucher steht also die gleiche Fettmenge zur Verfügung, er wird aber in genau festgelegten Grenzen wählen können, ob er bei seiner Ration mehr Butter oder mehr Margarine haben will. Die technischen Einzelheiten der Regelung für den Verbraucher werden noch bekanntgegeben. Da jeder die Preiserhöhung nun von sich abwenden kann, tritt auch keine Erhöhung der Lebenshaltung ein.

Ich komme hier zu Beispielen. Eine dreiköpfige Familie, bestehend aus zwei Erwachsenen und einem Kleinkind, hat bisher ausgegeben für Butter und Margarine in vier Wochen 7,32 Mark und gibt nunmehr bei Bezug von Vollmilch und Margarine 7,22 Mark aus. Dazu kommt aber vor allem eine andere bereits getätigte Ersparnis. Eine fünfköpfige Familie zum Beispiel, die bisher im Jahre 600 Liter Vollmilch verbraucht hat: wenn diese Familie statt 600 Liter Vollmilch im Jahre 500 Liter Vollmilch und nur 100 Liter Magermilch dafür nimmt, so würde sich ergeben: 500×2 Pfennig Mehrbelastung gleich 10 Mark, und 100 Liter Magermilch für einen niedrigeren Preis gleich 10 Mark weniger. Es würde sich also hier an sich völlig ausgleichen. Nun erhält aber keine fünfköpfige Familie heute 600 Liter Vollmilch. Sie erhält nur einen Teil Vollmilch und einen Teil Magermilch. Das bedeutet, daß seit fünf Monaten, seit Einführung der Lebensmittelfarten, bereits eine Ersparnis in allen Haushaltungen dadurch eingetreten ist, daß die Haushaltungen gezwungen waren, zu einem Teil die billigere Magermilch zu übernehmen. Da die Preiserhöhung nur auf der Vollmilch ruht, ergibt sich hieraus die bisher bereits getätigte Ersparnis. Vor allem aber ist

es möglich, daß die Minderbemittelten durch den Umtausch von Butter in Margarine auch eine weitere Ersparnis erzielen können, jedenfalls die Möglichkeit haben, eine Verteuerung von sich abzumelden.

Nun werden sofort die Herren Mederer kommen und werden erklären: Seht, wie unsozial ist eure Regierung; natürlich, der Reiche, der kann wieder Butter kaufen. Er wird selbstverständlich hinzufügen, der Herr Mederer: der Reiche kann beliebig viel Butter kaufen. Nein, meine Volksgenossen, der Reiche und der Arme, der Bemittelte und der Nichtbemittelte können heute nicht mehr Butter und Fett kaufen, als ihnen auf den Karten vorgeschrieben ist. Gewiß, der Bessergestellte kann sich Butter kaufen; er soll sich Butter kaufen, denn er soll in erster Linie die Preiserhöhung tragen. Der Minderbemittelte kann sich ebenfalls Butter kaufen; wenn sie ihm aber zu teuer ist, so hat er die Möglichkeit, dafür verbilligte Margarine einzukaufen. Nun frage ich euch, Volksgenossen, was ist hier sozial? Auf der einen Seite, daß die Butter teurer geworden ist, daß aber der Minderbemittelte billigere Margarine kaufen kann, daß also das deutsche Volk mit seinen Fettvorräten jahrein, jahraus, gleichgültig, wie lange der Krieg dauert, auf Grund der Vorräte und dieser neuen Regelung durchhalten kann. Oder ist es etwa sozialer, hier freie Hand zu geben, alles aufzuessen und nach zwei Jahren ohne Vorräte dazustehen und blank zu sein? Ich bin der Meinung, daß es weit sozialer ist, für die Ernährung des gesamten Volkes und das Durchhalten des Volkes so zu sorgen, daß, gleichgültig, wie lange dieser Krieg dauern möge, jahrein, jahraus der deutsche Volksgenosse sein ihm zustehendes Quantum Fett, sei es in Butter, sei es in Margarine, bekommen kann.

Auf diese Weise ist alles getan worden, um die ganze Aktion als soziale Maßnahme durchzuführen. Das deutsche Volk weiß aus den Erfahrungen der letzten Jahre: nicht das ist sozial, was den bequemen Erfordernissen des Tages entspricht, sondern sozial ist nur das, was dem ganzen Volk für die Zukunft dienlich ist. Es ist besser, ich erhöhe den Butterpreis und schaffe damit eine für die Dauer des Krieges ausreichende Fettversorgung, als daß ich den Preis unangetastet lasse und dadurch die Fettration schmälere. Erfolgreich kann nur sein, wer auf lange Sicht rechnet und dabei sein Handeln nicht von den Tagesereignissen bestimmen läßt, die auf der Oberfläche treiben, sondern gründlich und gewissenhaft prüft und wirkt. Dies gilt vor allem für die Landwirtschaft, die mit unabänderlichen Naturgesetzen zu tun hat und an den ewigen Wechsel von Saat und Ernte gebunden ist."

Der Feldmarschall behandelte dann auch die Frage der Kohlenversorgung. „An sich hat Deutschland keinen Mangel an Kohle. Deshalb kann man auch von einer eigentlichen Kohlennot nicht sprechen. Dank der überragenden Leistungen und des Heldentums unserer Wehrmacht haben wir in wenigen Tagen jene großen Kohlenvorkommen zurückerobert, die man uns einst im Schandvertrag von Versailles in Ost-Oberschlesien fortgenommen hat. Damit besitzt heute Deutschland so reichlich Kohle, daß wir alle Anforderungen an diesen kostbaren Rohstoff voll und ganz befriedigen können.

Trotzdem weiß ich, daß mir jetzt einige — vielleicht sogar viele — entgegen werden: „Ja, aber ich habe keine Kohle bekommen, ich habe frieren müssen, ich habe meinen Ofen nicht heizen können! Ja, lieber Volksgenosse, das sind nun einmal die Schwierigkeiten eines Krieges, das sind die Transport Schwierigkeiten, die wir heute notgedrungen hinnehmen müssen. Da kannst du nicht kommen und sagen: Ja, das ist eure Schuld! Warum Transport Schwierigkeiten? Daran hättet ihr denken müssen. Solche Schwierigkeiten müßt ihr beseitigen. Dazu seid ihr da.“ Nein, lieber Volksgenosse:

Wenn du nur einen Tag lang Gelegenheit hättest, in unsere Arbeit hinein-
zusehen, würdest du sehr wohl erkennen und verstehen, welche Schwierig-
keiten wir fortgesetzt beseitigen. Aber stärker als der Mensch ist die Natur.
Ich kann den Kampf gegen Menschen aufnehmen, aber ich kann den Kampf
dort nicht gegen die Natur aufnehmen, wo mir die Mittel dazu fehlen.

Eis, Schnee und Kälte sind eine höhere Macht. Und wenn du dir heute
einmal überlegen würdest, wie ungeheuer schwer gerade die deutschen Eisen-
bahner zu arbeiten und zu werken haben, um die Züge in Gang zu halten,
wenn immer wieder aufs neue die Maschinen vereisen, einfrieren, wenn die
Weichen zufrieren und immer wieder aufgetaut werden müssen, wenn die
Transportzüge nur schwer vorwärts kommen, wenn alle Wasserstraßen zu-
gefroren sind — dann ist auch dir erklärlich, daß die Schwierigkeiten des
Transports überragend werden. Das ist nun aber kein deutsches Patent,
sondern — blicke um dich, deutscher Volksgenosse — überall, in allen
Ländern, ob bei Freund oder Feind oder bei den Neutralen, sind diese
Schwierigkeiten in noch weit größerem Maße vorhanden. Aber daß alles ge-
schieht, sie zu beheben, das kann und darf ich mit gutem Gewissen euch nicht
nur versprechen, sondern ich darf auch behaupten, daß es geschehen ist. Also,
Volksgenossen, ich bitte euch: Ihr müßt hier Geduld haben und müßt diese
Schwierigkeiten auf euch nehmen als einen Beitrag zu all dem Großen und
Schweren, was heute das ganze Volk und jeder einzelne, insonderheit
aber unsere tapferen Soldaten, erfahren müssen. Ohne dieses Ertragen von
Mühen wird kein Sieg errungen. Es ist jetzt Krieg, und das bedeutet, daß
man nun einmal Schweres auf sich nehmen muß. Um so größer wird der
Sieg sein, je entschlossener wir sind, vor keinen Schwierigkeiten zu kapitu-
lieren ... Ich wollte die Gelegenheit benutzen, heute durch den Rundfunk
zu euch zu sprechen, um euch auch in dieser euch so bewegenden Frage klaren
Bescheid zu geben, aber nicht nur Aufklärung, sondern auch ein eindeutiges
Versprechen: alles, was überhaupt menschenmöglich ist, gegen die
Gewalt der Natur zu tun, wird geschehen."

Der Feldmarschall schloß seine einstündige wirkungsvolle Rede mit einer
Verpflichtung, die jeder Bauer und Landwirt, jede Landfrau und jeder Land-
arbeiter freudig aufnehmen wird: „So geht nun an die Arbeit, sobald der
Frost aufgehört hat. Vergeßt niemals, daß von der Sorgfalt und dem Um-
fang der Frühjahrsbestellung der Ertrag der Herbsternie entscheidend ab-
hängt. Täusche du, deutscher Bauer, nicht das Vertrauen all der deutschen
Volksgenossen, denen du das tägliche Brot zu schaffen hast. Denn der deutsche
Volksgenosse glaubt an dich und vertraut auf deine Arbeitskraft und dein
Verantwortungsbewußtsein. Seine Leistung baut auf deiner Leistung auf.
Sorgt alle dafür, daß die Größe der Zeit auch ein großes Geschlecht findet.
Nur wer sich für eine hohe Aufgabe mit der ganzen Kraft seiner Person ein-
setzt, verdient dies Leben und hat teil an der Freiheit und der Ehre seines
Volkes. Ihr kennt jetzt das Ziel! Der Weg ist euch vorgezeichnet. Jetzt
marschieret! Je fester wir alle zusammenhalten, je entschlossener wir zur Tat
schreiten, desto eher wird der Sieg unser sein.

Ich gebe die Parole aus für die Erzeugungsschlacht 1940: Jetzt erit
recht! Unser der Sieg! Heil unserem Führer!"





Außenpolitik

Der Februar, der sechste Monat dieses Krieges, zeigte die Außenpolitik Großdeutschlands auf der Höhe der Kraftentfaltung und des Erfolges. In einem Kampfe wie dem gegenwärtigen, im Zeitalter des totalitären Krieges, sind alle bedeutenden Lebensäußerungen der Nation, alle Rechenschaftsberichte über Geleistetes und alle Planungen und Zielsetzungen zugleich Akte der Außenpolitik. Indem sie Ausmaß und Dynamik, Mittel und Ziele der nationalen Kraftentfaltung zum Ausdruck bringen, zeigen sie der Umwelt, wo die Nation steht, wie sie den Kampf geführt hat und weiterzuführen gedenkt, kurz, in ihrer Gesamtheit geben sie ein Bild von Kampfkraft, Kampfmitteln und Kampfwillen der Nation.

Im Führerstaat kommt von allen Äußerungen natürlich denen des Führers die größte Bedeutung zu. So gibt es alles, was an Äußerungen von außenpolitischer Tragweite aus dem sechsten Kriegsmonat vorliegt, in der Rede des Führers vom 24. Februar anlässlich des 20. Jahrestages der Verkündung des Programms der NSDAP im Münchener Hofbräuhaus. In dieser Rede hat der Führer mit außerordentlicher Prägnanz sein innerpolitisches und außenpolitisches Werk charakterisiert und ein Bild der politisch-militärischen Lage des Reiches gezeichnet. Zugleich hat er seine und des Volkes äußerste Entschlossenheit zu weiterem Kampf und zum Sieg mit unübertrefflicher, strahlender Überzeugungskraft formuliert. Kaum vorstellbar, daß sich selbst ein Feind oder mißgünstiger Neutraler der Kraft und Selbstsicherheit dieser Rede hätte entziehen können, wenn er sie am Rundfunk mitangehört hat. So ist jede Rede des Führers, durch das im Kriege 1914/18 noch nicht vorhandene Nachrichtenmittel des Rundfunks unmittelbar und in Übersetzungen über den ganzen Erdball verbreitet, eine Propaganda-Aktion größten Ausmaßes, durchgeführt von dem Manne, der aus kleinstem Anfang, wesentlich durch die Kraft des Wortes, die ganze Nation erobert und unbestritten besitzt. Die Wortgewalt Adolf Hitlers und seine politische Genialität sind Trumpfkarten zu Deutschlands Gunsten, denen unsere Gegner auch nichts entfernt ähnliches entgegensetzen können.

Bermann Göring hat mit seiner Rede an das Landvolk vom 15. Februar dem Führer auf dem angeführten der englischen Hungerblockade entscheidenden Gebiete der Volksernährung kraftvoll sekundiert. Auch seine Rede war erfüllt von Siegeswillen und Siegeszuversicht und dem Bewußtsein, daß die Kraftentfaltung auf dem Gebiete der Produktion von Nahrungsmitteln stärker sei als Englands Blockade.

Der Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generaloberst Gerd von Rundstedt, der in den ersten sechs Kriegsmonaten veröffentlicht hat, ist mit seinen knappen Formulierungen und Zahlenangaben ebenfalls ein außenpolitischer Akt von großer Tragweite, wie aus der Wirkung in der Auslandspresse klar hervorgeht. Wie alle sichtbar gewordene Leistung ist er zugleich gute Propaganda. Die Siegesgewißheit und das stolze Kraftbewußtsein, wie sie die Führerrede vom 24. Februar beherrichten, finden in diesem Bericht fozulagen ihre tatsächliche und zahlenmäßige Begründung. Die Führerrede und der Bericht des OKW klingen aus mit derselben Feststellung der gehaltenen, in sechs Kriegsmonaten noch ungeheuer gesteigerten militärischen Kraft des Reiches und ihrer Einsatzfähigkeit.



Infanterietrupp arbeitet sich vor

Fot.: P. R. - Weber (Preff-Bild-Zentrale)



Geländeerkundung von einem einzelstehenden Schöfz aus

Fot.: Atlantic



Spähtrupp im französischen Grenzdorf

Phot.: Atlantic



Aufklärung auf feindlichem Gebiet

Phot.: Atlantic

Die deutsche Außenpolitik hat auf dem engeren Gebiete des Kampfes mit geistigen Waffen, den man gewöhnlich Propaganda nennt, eine starke und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Nachdem die französische und englische Propaganda monatlang die Kriegsfolgen für Polen in viel geringerem Umfange, als man nach den Erfahrungen mit der Kriegspropaganda der Entente im Weltkrieg hätte erwarten können, für Zwecke der Sekpropaganda gegen Deutschland ausgewertet hatte, offenbar in der sehr richtigen Überzeugung, daß jede Unterstreichung des katastrophalen polnischen Zusammenbruchs und der bösen Folgen der von England inspirierten verbrecherischen Politik der politischen und militärischen Führung Polens für das polnische Volk dem Prestige der westlichen „Garantiemächte“ Polens nur Schaden könnte, hat neuerdings von Paris und London aus nach dem Vorbild der angeblichen „belgischen Greuel“ des Weltkrieges eine Lügenhege gegen Deutschland wegen angeblicher „Polengreuel“ verstärkt eingeleitet. Aber Polen ist ein schlechtes Exempel. Das hat schon das deutsche Weißbuch über die Polengreuel eindeutig festgestellt. Von ihm ist am 10. Februar als zweite amtliche deutsche Veröffentlichung über die polnischen Greuelthaten an den Volksdeutschen in Polen eine zweite ergänzte Auflage mit umfangreichem neuem Material veröffentlicht worden, mit dem Ergebnis, daß nach den bisherigen vorläufigen Feststellungen die Zahl der in Polen ermordeten Volksdeutschen sich auf über 58 000 beläuft. Dabei wird festgestellt, daß diese Ziffer noch keineswegs endgültig ist. Das sind die wirklichen polnischen Greuel!

Am 14. Februar erfolgte die dritte amtliche deutsche Veröffentlichung über die polnischen Greuelthaten an den Volksdeutschen in Polen, die einen Rückblick auf zwanzig Jahre polnischer Ausrottungspolitik gegen das Deutschtum in Polen gibt und damit einige Kapitel des am 3. Dezember 1939 veröffentlichten zweiten Weißbuchs des Auswärtigen Amtes „Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges“ in geradezu erschreckender Weise illustriert. Diese dritte amtliche Veröffentlichung vom 14. Februar erweist, daß die entsetzlichen polnischen Greuel nach dem 1. September 1939 nur die Fortsetzung und der letzte blutige Ausbruch einer seit der Gründung des polnischen Staates fortgesetzten und auch in der Ara der deutsch-polnischen Verständigung seit dem 26. Januar 1934 nicht unterbrochenen konsequenten und infernalischen Ausrottungspolitik gegen das Deutschtum in Polen gewesen sind.

Wahrhaftig, wenn unsere Feinde in Erinnerung daran, daß einst im Weltkrieg die Weltöffentlichkeit so gründlich auf die Lügenpropaganda mit den „belgischen Greueln“ hereinfiel, nunmehr den Versuch machen wollen, mit den „polnischen Greueln“ ähnlich erfolgreiche Propagandageschäfte gegen Deutschland zu machen, begehen sie einen schweren Irrtum! Die „polnischen Greuel“ sind eben wirkliche polnische Greuel, begangen von Polen an deutschem Volkstum, und deshalb für englisch-französische Muede nicht bemerkbar, vielmehr ein Anlagematerial von höchster Überzeugungskraft gegen die englische Einkreisungspolitik selbst.

Ein anderes in London besonders beliebtes Propagandathema sind die Methoden der deutschen Seekriegsführung. Je mehr sich die Regierenden in England von der Unwirksamkeit der Hungerblockade gegen Deutschland und der Wirksamkeit der deutschen Gegenblockade überzeugen müssen, je härter und in je schnellerer Folge der deutsche See- und Luftkrieg Englands Seeverbindungen zu treffen versteht, um so schärfer werden die englischen Anklagen gegen diese deutschen Kriegsmethoden. Da von ihnen auch die Schifffahrt der Neutralen stark betroffen wird, soweit sie sich im englischen Interesse vollzieht, finden die heuchlerischen Anklagen Englands in den nächstbetroffenen neutralen Ländern einen gewissen oft recht unneutralen Widerhall. Es ist immer wieder der gleiche Vorgang: Aus London wird die Versenkung oder Bombardierung dieses oder jenes neutralen Schiffes, angeblich ohne Warnung, ohne Schonung der Besatzung unter irgendwelchen, die deutsche Kriegsführung im schlimmsten Lichte erscheinen lassenden Umständen

gemeldet. Die Presse des fraglichen neutralen Landes übernimmt und kommentiert diese Meldung entrüstet, bis dann nach Eingang der Meldungen der beteiligten deutschen See- oder Luftstreitkräfte eine deutsche Klarstellung erfolgt. Ein besonders deutliches Beispiel war der Untergang des holländischen Dampfers „Burgerdijk“, hinsichtlich dessen am 16. Februar deutscherseits festgestellt worden ist: „Der Dampfer ist also weder warnungslos, noch im Widerspruch zu internationalen Regeln, sondern nach Priesenordnung versenkt worden.“ Die offiziöse deutsche diplomatische Korrespondenz hat sich mehrfach, so am 8. und 22. Februar, mit der Frage der Seekriegsführung und den propagandistischen Versuchen Englands, daraus gängige Propagandamünze für die englischen Absichten auf Erweiterung des kriegerischen Konflikts zu schlagen, auseinandergesetzt und darauf hingewiesen, daß Deutschlands Seekriegsmethoden ja nur die Antwort auf die völkerrechtswidrige englische Blockade gegen Deutschland darstellten, und daß alle Klagen der Neutralen an die deutsche Adresse fehl am Orte seien, alle Verantwortung vielmehr London treffe. An diesem Kernpunkt muß deutscherseits eifern festgehalten werden!

Über den wirklichen Charakter von Englands Kampf „für das Recht und die Freiheit der kleinen Völker“ und „für die Wiederherstellung des Anstandes in den internationalen Beziehungen“ hat England selbst durch den Überfall auf das deutsche Schiff „Altmark“ im Försingfjord am 16. Februar einen schlagenden Beweis geliefert, der nicht nur in dem unmittelbar betroffenen Norwegen, sondern auch in der ganzen neutralen Welt höchst aufklärend gewirkt hat. Er hat die Einsicht in das Wesen der englischen Kriegsführung und die Grundsätze, nach denen England mit den Rechten anderer umspringt, vielerorts vertieft und die deutsche Aufklärungsarbeit hierüber wirksam unterstützt.

Dies hat England auch sonst ganz wider Willen getan. Am 10. Februar konnte die deutsche Presse das Faktum und die Überzeugung des Brieses eines Mitglieds der englischen Gesandtschaft in Peking veröffentlichten, der einen ungeschminkten Einblick in die Hintergründe der britischen Kriegspolitik und ihre Ziele vermittelte. Der über die englischen Absichten doch wohl gut unterrichtete Verfasser ist der Meinung, „daß Deutschland, und nicht nur Hitler vernichtet werden muß, so daß es sich niemals wieder erholen kann“. Da nur Deutschland als einziger ernsthafter Rivale die englische Vorherrschaft in Frage stelle, müsse es zerstört werden.

Die deutsche Aufklärung hat sich dieses Bruchstücks gegnerischen Beweismaterials natürlich besonders angenommen. Zum Unterschied von der Zeit des Weltkrieges, wo die deutsche Aufklärung der gegnerischen so heillos unterlegen war, ist in diesem Kriege die deutsche der gegnerischen mindestens gewachsen. Jeder Vorstoß der gegnerischen Propaganda wird sofort aufgefangen, zurückgewiesen und mit Gegenangriffen beantwortet, wie dies gleich zu Kriegsbeginn der „Athenia“-Fall wirkungsvoll gezeigt hat. In dieses wichtige Kapitel gehört auch die Diskussion über die Neutralität. Hierzu bemerkte Reichsminister Dr. Goebbels auf einer Arbeitstagung in seinem Ministerium am 12. Februar, es sei nicht möglich und lasse sich mit dem Begriff der Neutralität nicht vereinbaren, etwa einen Unterschied zwischen öffentlicher Meinung und Staatsmeinung zu konstruieren und beispielsweise von Staats wegen Neutralität zuzusichern, gleichzeitig aber der öffentlichen Meinung jeden publizistischen Erzeß gegen das deutsche Volk und seine Führung zu erlauben. Das bedeutet also, daß Deutschland nicht gewillt ist, sich damit abzufinden, wenn neutrale Staaten der gegnerischen Propaganda erlauben, sich ungehindert in ihrer öffentlichen Meinung auszutoben, und dieser gestattet, einseitig Meldungen und Argumente unserer Feinde zu benutzen. Wir fordern vielmehr, daß die formale völkerrechtliche Neutralität des Staates ihre Parallele findet in der Haltung der öffentlichen Meinung. Wer der Feind-Propaganda in Presse, Rundfunk und Kino einseitig das Feld überläßt und uns davon ausschließt, ist nicht neutral!

Ähnliches gilt hinsichtlich der Haltung im Wirtschaftskrieg. „Länder, die ihren Handel den britischen Kontrollmaßnahmen willfährig und widerstandslos unterwerfen, machen sich zweifellos einer schwerwiegenden Verletzung des Grundgesetzes der wirtschaftlichen Neutralität schuldig“, so hieß es in einer Berliner offiziellen Verlautbarung vom 8. Februar.

Ist Zurückweisung gegnerischer Angriffe und der Angriffe auf die moralisch und politisch schwachen Stellen beim Gegner ein in Kriegszeiten besonders wichtiger Teil der Aufklärung, so ist die befriedigendste und positivste Art derselben jene, die, aus der Fülle der eigenen geistigen Werte schöpfend, andere Völker überzeugt und sie zugleich selbst bereichert. Diese edelste Art der Aufklärung ist die Kulturpolitik im Auslande oder wie sie mit einer durch das schlechte französische Beispiel verdorbenen Ausdrucksweise oft genannt wird, die Kulturpropaganda. Deutschland, das Land der Dichter und Denker, hat den Weg zu dieser Methode, seine geistigen und kulturellen Werte im Lebenskampf der Nationen einzusetzen, spät und langsam gefunden und sich zu lange bei der Überzeugung beruhigt, daß Wert und Leistung ja ganz von selbst überzeugend wirken und sich durchsetzen. Erst die Erfahrungen des Weltkrieges und die Beobachtung der Mittel und Methoden französischer Kulturwerbung, vollends der seit 1933 verstärkte Sinn für Wesen und Wirkung der Aufklärung hat hier einen Wandel zum Besseren gebracht.

Auch im Monat Februar sind bemerkenswerte Aktionen auf dem Gebiete der Kulturpolitik zu verzeichnen. Am 28. Februar wurde die zweite Tagung des gemischten deutsch-italienischen Kulturausschusses für die Durchführung des am 23. November 1938 unterzeichneten Kulturabkommens abgeschlossen. Zweck dieser Tagungen ist, die geistigen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland immer mehr zu vertiefen und die Anwendung des Kulturabkommens zu beschleunigen. Der Kulturausschuß hat Beschlüsse gefaßt, um die italienische und die deutsche Sprache auf den Universitäten und den deutschen und italienischen Mittelschulen zu verbreiten. Ferner wurden Maßnahmen hinsichtlich der Beziehungen auf dem Gebiete des Schauspiels, des Lichtspiels, des Rundfunks, der Verbreitung des Buches und der Erhöhung der Studienstipendien beschlossen und die Zusammenarbeit auf anderen Gebieten, z. B. auf dem der Gesundheitspflege, geprüft. Die italienische und die deutsche Presse unterstrichen die große politische Bedeutung der kulturellen Zusammenarbeit der beiden Achsenmächte. Am 29. Januar erfolgte in Mexiko City die Einweihung des Neubaus der deutschen Schule, die bei ihrer Gründung im Jahre 1894 sechzehn Kinder zählte, während sie heute zwölfhundert umfaßt. Das neue Schulgebäude wird als das modernste von Mexiko und die deutsche Schule die größte Fremdschule des amerikanischen Kontinents bezeichnet. Aus Bukarest wurde am 27. Februar gemeldet, daß der bekannte Romanist der Berliner Universität, Professor Gamillscheg, mit der Leitung des deutschen Kulturinstituts in Bukarest betraut wurde und Anfang März in der rumänischen Hauptstadt erwartet wurde. In Sofia fand vom 4. Februar an eine Ausstellung des deutschen technischen Buches statt, die zweimal verlängert werden mußte und schon in den ersten 14 Tagen von über 20 000 Menschen besucht wurde. Der Ruhm deutscher Musik wurde in Rumänien durch eine Konzertreise des Kammerorchesters Benda, in Kopenhagen durch ein Konzert unter Leitung von Furtwängler verkündet.

Auch auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik ist Wichtiges zu vermelden. Am 11. Februar erfolgte in Moskau die Unterzeichnung eines Wirtschaftsabkommens zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Das Abkommen sieht die Ausfuhr von Rohstoffen aus der Sowjetunion nach Deutschland vor, die durch deutsche industrielle Lieferungen kompensiert werden. Der Warenumsatz zwischen Deutschland und der Sowjetunion soll bereits im ersten Jahre der Geltung des Abkommens einen Umfang erreichen, der die seit dem Weltkrieg jemals erreichten Höchstmengen übersteigt. Es ist beabsichtigt, den Umfang der gegenseitigen Warenlieferungen in Zukunft

noch weiter zu steigern. In einem offiziellen Kommentar wurde betont, daß Deutschland schon 1913 ein Drittel der russischen Gesamtzufuhr abnahm und etwa die Hälfte der russischen Einfuhr lieferte und an der russischen Einfuhr 1931 bis 1933 mit über 40 v. H. beteiligt war. Die natürliche Ergänzungsfähigkeit der deutschen und der russischen Volkswirtschaft wurde hervorgehoben mit der Schlussfolgerung: „Deutschland und Rußland sind zu ihrer alten natürlichen Wirtschaftsverbundenheit zurückgekehrt.“

Die deutsche und die russische Presse unterstrich die ungeheure wirtschaftliche und politische Bedeutung des Abkommens, das einen Warenumsatz auf jeder Seite von weit über einer Milliarde Reichsmark vorsieht, den Willen beider Regierungen zeigt, eine dauerhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern herzustellen, und die grundlegende Verbesserung der politischen Beziehungen und die Herstellung von Freundschaftsbeziehungen erneut unter Beweis stellt. Neutrale Beobachter sagten zu dem Abkommen, es bedeute für Deutschland eine gewonnene Schlacht, zerstreue endgültig die Illusionen derjenigen Westmächter und Neutralen, die an die Unbeständigkeit der Verbindung zwischen Berlin und Moskau geglaubt hätten, es sei ein politisches Meisterstück, und die Waffe der Wirtschaftsblockade Englands sei dadurch abgestumpft.

Am 24. Februar erfolgte in Rom der Abschluß der deutsch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen, durch die der Warenverkehr zwischen den beiden Ländern für das laufende Jahr festgelegt und auch andere wirtschaftliche und finanzielle Probleme, die beide Länder interessieren, behandelt wurden. Gleichzeitig wurde ein Abkommen über den Grenzverkehr zwischen den beiden Ländern abgeschlossen. Der *«Giornale d'Italia»* führte am 25. Februar aus, die neuen Abkommen seien sehr weittragend und dazu bestimmt, den schon bedeutenden Warenaustausch zwischen Italien und Deutschland nicht nur im bisherigen Maße aufrechtzuerhalten, sondern vielmehr zu steigern.

Das deutsch-russische und die deutsch-italienischen Abkommen sind Aktionen von größter Tragweite in dem von England provozierten Wirtschaftskrieg. Sie halten Deutschland wirtschaftlich weite Gebiete Europas und Asiens offen und machen Englands Wirtschaftskrieg, zur Flusian..

Aus England tönte zu uns auch im sechsten Kriegesmonat dasselbe heuchlerische Kriegeslied herüber, das wir schon kennen. Dominienminister Eden am 3. Februar in Stratford-on-Avon, Kriegsminister Stanley am gleichen Tage, Chamberlain im Unterhaus am 8. Februar, Churchill im Unterhaus am 14. Februar, Lord Chatfield, der Minister für Koordination und Verteidigung am 17. Februar in Cardiff, Chamberlain am 20. Februar im Unterhaus, Exkriegsminister Hore Belisha am 23. Februar in Devonport, Chamberlain am gleichen Tage in Birmingham, Churchill im Unterhaus am 28. Februar sprachen in gewohnter Weise von Kriegssursachen und Kriegszielen und wiederholten mit Variationen die englische Kriegspropagandathese, daß England für das Recht, die Freiheit, die Zivilisation usw. kämpfe. Besonders entrüsteten sich einige Redner, so Chamberlain und Chatfield, über die „barbarischen Methoden“ der deutschen Seekriegsführung, woraus zu schließen ist, daß den ehrenwerten Lords und Unterhausmitgliedern unsere Kriegsführung zur See und in der Luft offensichtlich in steigendem Maße auf die Nerven geht. Denn, wie Fontane von den Engländern sagte, sie sagen Christentum und meinen Kattun, so kann man es auch ausdrücken, die Engländer sagen Humanität und meinen ihren Nutzen. Da ihnen die deutschen Seekriegsmethoden sehr schädlich sind, bezeichnen sie sie als inhuman. Die Hungerblockade ist, da England sich von ihr Nutzen für sich selbst verspricht, aber natürlich human.

In den genannten Reden fehlte es andererseits auch nicht an Hintertreiben darauf, daß der Krieg eine sehr schwere Aufgabe sei, und an Mahnungen zum Opfergeist. Natürlich bemühten sich die Redner, die Kriegslage für

England so vorteilhaft als möglich hinzustellen und besonders die Leistungen der englischen Flotte und die angeblich nur geringe Wirkung der deutschen Seekriegsführung herauszustellen. Auch über die Kriegsziele ließ man sich in gewohnter Weise dahingehend aus, daß man nichts für sich, sondern alles nur für Europa tue, „denn es ist ein Kreuzzug“, erklärte Chamberlain am 23. Februar in Birmingham, und zwar dafür, daß die kleinen Nationen Europas zukünftig in Sicherheit leben könnten, frei von fortwährender Bedrohung durch eine Aggression, wir kämpfen für die Freiheit des Gewissens, gegen den Geist des Militarismus, für das Wohl und die Sicherheit Europas als Ganzes!

Eine wirklich beträchtliche Leistung englischer Verdrehungskunst war die Unterhausrede Chamberlains am 20. Februar über den Überfall der englischen Flotte auf die „Altmark“ im Föfingfjord. Chamberlain nannte diesen kraßen Völkerrechtsbruch eine wunderbar durchgeführte Operation, eine sehr mutige Aktion, zu der man der britischen Marine herzlich gratulieren müsse. Darauf folgte eine quasi-völkerrechtliche Deduktion über angebliche Verläumdungen der norwegischen Regierung hinsichtlich der Untersuchung und Kontrolle der „Altmark“ mit dem Ergebnis, daß nicht England, sondern Norwegen das Völkerrecht verletzt habe. Somit wird dann die englische Gewalttat zur Polizeiaktion für die Wiederherstellung des Rechtes! Die norwegische Regierung ist die Antwort freilich nicht schuldig geblieben, wie wir noch sehen werden.

Es ist einer der vielen wesentlichen Unterschiede zwischen dem gegenwärtigen Kriege und dem von 1914/18, daß die englische Kriegspropaganda in den meisten Ländern nicht mehr durchschlägt. Die große holländische Zeitung „Nieuwe Rotterdamse Courant“ drückte das am 9. Februar wie folgt aus: Die große Masse der Engländer hätten von den Neutralen moralische Sympathien erwartet, jedoch habe der Engländer in den letzten fünf Monaten sehen müssen, daß die Neutralen keinen einzigen Unterschied moralischer oder anderer Art zwischen Deutschland und England machten. Der Engländer, der mit der festen Überzeugung in den Krieg eingetreten sei, auf die moralischen Sympathien der kleinen Neutralen rechnen zu können, fühle sich nach fünf Monaten in diesen Erwartungen tief enttäuscht. Die Zeitschrift des italienischen Instituts für das Studium der internationalen Politik „Relazioni Internazionali“ stellte am 2. Februar in einem bemerkenswerten Aufsatz über die Stellung der neutralen Mächte im gegenwärtigen Kriege zwischen Deutschland und den Westmächten fest, die letzteren hätten versucht, die Mystik der Kriegspropaganda des Weltkrieges wieder zu neuem Leben zu erwecken. Aber jeder Tag zeige deutlicher, daß diese Mystik nicht mehr die nötige Kraft besitze, um die Völker in ihren Bann zu ziehen, und vor allem könne sie nicht die Haltung der Neutralen bestimmend beeinflussen.

Diese Feststellungen der holländischen Zeitung und der italienischen Zeitschrift geben die Lage hinsichtlich der Propagandaschlagworte unserer Kriegsgegner und deren Wirksamkeit treffend wieder.

Es steht ganz im Einklang hiermit, daß in der Presse der nichtkriegführenden Staaten immer wieder versucht wird, eine Bilanz der Kriegslage aufzumachen. Hierbei beteiligen sich die russischen und italienischen Zeitungen mit nicht selten bemerkenswert gründlichen Artikeln. Besonders erwähnenswert ist ein Artikel der Moskauer „Izwestija“ vom 1. März, in dem eine für die englische Politik und Kriegsführung wenig schmeichelhafte Erfolgsrechnung über das erste Kriegshalbjahr aufgestellt wird, das in seinen Ergebnissen als eine politische und militärische Niederlage Englands bezeichnet wird. Recht beachtlich sind auch die Artikel des bekannten britischen Militärschriftstellers Riddell Hart im „Evening Standard“ vom 3. Februar und im „Sunday Express“ vom 11. Februar, in denen die Unmöglichkeit für England und Frankreich dargelegt wird, Deutschland durch einen Angriffskrieg oder durch die Blockade zu besiegen, und davor gewarnt wird, den Luft-

Krieg gegen Deutschland offensiv zu führen, beides mit der Begründung, daß Deutschland zu stark hierfür sei. Liddell Hart verspricht sich viel mehr von einer psychologischen Offensive, um das deutsche Volk vom Kriege abzubringen. Das sind bemerkenswerte Eingeständnisse des durch seine Sachkenntnis und seinen Scharfsinn bekannten Militärschriftstellers.

Sie machen es sehr verständlich, daß die Bemühungen Englands, den Krieg auszuweiten, d. h. weitere Völker zu veranlassen, für England zu kämpfen, weitergehen, bisher freilich mit demselben negativen Ergebnis wie seit Kriegsbeginn. Weder die nordischen Staaten noch die des Balkans oder des vorderen Orients sind den englischen Forderungen gefolgt, ihr Wille zur Aufrechterhaltung der Neutralität ist im Gegenteil immer stärker geworden.

Um so mehr bemüht sich England, den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland möglichst wirkungsvoll zu gestalten, d. h. die Neutralen immer schärfer in den Wirtschaftskrieg einzubeziehen, weil es sich davon eine Schädigung Deutschlands verspricht. Der neueste in seinen Auswirkungen noch nicht übersehbare Schlag Englands auf diesem Gebiete ist die Einbeziehung der italienischen Transporte deutscher Kohle aus Rotterdam nach dem Mittelmeer in die völkerrechtswidrige Blockade des deutschen Exports. Vom 1. März an läßt England nicht wie bisher die italienischen Kohlenschiffe unbehelligt, hat vielmehr eine Anzahl derselben, die trotz der englischen Drohung ausliefen, als Preisen in englische Häfen geschleppt.

Die Methoden der englischen Kriegführung wurden in besonderer Weise beleuchtet durch die am 10. Februar in Triest angekommenen Deutschen aus dem früheren Deutsch-Ostafrika. Ihnen gegenüber wurde von England in derselben für die weiße Rasse in ihrer Gesamtheit schimpflichen Weise vorgegangen, wie dies im Weltkrieg geschehen ist: Verhaftung und Internierung aller Männer unter Beihilfe bewaffneter Schwarzer, Wegnahme alles Eigentums und im übrigen eine Leben, Gesundheit und menschliche Würde aufs schwerste beeinträchtigende Behandlung. Hieraus ergeben sich deutliche Hinweise auf den Charakter der englischen Kriegführung und die Kriegsziele Englands.

Glücklicherweise bleiben dem englischen Volk selbst diesmal die Kriegswirkungen schon jetzt, wo der Krieg, besonders auch der deutsche Blockadekrieg gegen England, noch lange nicht den Höhepunkt erreicht hat, nicht erspart. Die Sorgen der englischen Kriegführung kamen in einer Rundfunkrede Sir Samuel Hoares vom 17. Februar in Nottingham deutlich zum Ausdruck. Er sagte, wenn wir nicht unsere Kampfstreitkräfte aufrechterhalten, müssen wir den Krieg verlieren, wenn wir nicht unseren Exporthandel aufrechterhalten, müssen wir auch den Krieg verlieren. Um beides zu können, müsse man die Produktion für die auswärtigen Märkte der für den inneren Markt voranstellen. Auch die Lebensmittelversorgung müsse zur Verminderung des Imports eingeschränkt werden. Die „Times“ schrieb hierzu am 19. Februar besorgt, leider sei die Steigerung der Lebenshaltungskosten mit der Lohnhöhe in einem großen Teil der englischen Wirtschaft gekoppelt, und zwar schon für etwa 3 Millionen Arbeiter.

Sier liegt der Kern des Problems: Wenn England einerseits den Import an Gütern des täglichen Bedarfs, besonders Lebensmitteln, wesentlich vermindern, andererseits die Befriedigung des Inlandkonsums hinter die Exportförderung zurückstellen will, muß eine wesentliche Einschränkung der Bedarfsbefriedigung der breiten Massen erfolgen. Wenn die infolge der Verschiebung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage zugunsten der Nachfrage sich ergebende Preissteigerung eine allgemeine und entsprechende Erhöhung des Lohnniveaus zur Folge hat, wird von der Einkommenseite her die Verminderung des Konsums unmöglich gemacht und außerdem die Inflation herbeigeführt. Deshalb Steuererhöhungen, um von dieser Seite her den Konsum zu drosseln und Pläne zur freiwilligen oder zwangsweisen

Verminderung der Kaufkraft durch Sparen. Eine wirkliche Lösung dieses Fragenkomplexes ist England bisher nicht gelungen. Die immer wieder als lebenswichtig und kriegsentscheidend bezeichnete Notwendigkeit der Steigerung der Ausfuhr zwecks Bereitstellung der für Einkäufe im Ausland notwendigen Devisen erhält eine für England sehr ungünstige Beleuchtung durch die Außenhandelsziffern, die für den Januar einen Einfuhrüberschuß von über 60 Millionen Pfund anzeigten. Dies veranlaßte die englische Zeitschrift „Statist“ unter der Überschrift „Exportieren oder den Krieg verlieren“ zu der besorgten Berechnung, daß nach den Januarziffern eine Passivität der englischen Handelsbilanz auf das Jahr umgerechnet von 720 Millionen Pfund sich ergeben würde. England muß deshalb seinen Besitz an ausländischen Werten mobilisieren. Am 19. Februar meldete denn auch eine Amsterdamer Zeitung, das britische Schahamt habe bereits rund 60 amerikanische Wertpapiere zur Ablieferung aufgerufen. Die englische Regierung hat sich deshalb auch veranlaßt gesehen, einen besonderen Exportrat zur Förderung der Ausfuhr einzusetzen, der die englische Wirtschaft unter Exportinteressen organisieren soll, das heißt, das freiheitliche England kann nicht umhin, geistige Anleihen bei dem System staatlicher Wirtschaftssteuerung aufzunehmen, wie es bei den bösen autoritären Staaten längst entwickelt worden ist. Die bekannte Zeitschrift „Financial News“ bemerkte am 22. Februar unter der Überschrift „Ausführen oder sterben“, die britische Regierung habe es nicht fertiggebracht, den britischen Ausfuhrhandel während der ersten sechs Kriegsmonate zu organisieren, geschweige denn zu erhöhen. Das habe zu einem katastrophalen Ansteigen der passiven englischen Handelsbilanz geführt. Das wahre Ausmaß dieses Versagens der britischen Regierung in der Förderung des Außenhandels sei bisher durch amtliche britische Selbstgefälligkeit geheimgehalten worden, dringe aber nun allmählich in die englische Öffentlichkeit durch.

Auch auf anderen Gebieten der Wirtschaft muß die englische Regierung die Methoden unserer Wirtschaftsführung nachahmen. Nachdem sie schon früher die gesamte Überseehandelsflotte für Regierungszwecke beschlagnahmt hat, wurde am 31. Januar mitgeteilt, daß die Admiralität die gesamte Schiffbau-Industrie ihrer Kontrolle unterstellt habe. Die Admiralität soll in Zukunft Anzahl und Typ der neu zu bauenden Schiffe in England bestimmen, während das Schifffahrtsministerium festzulegen hat, wohin die Frachtschiffe fahren und was sie transportieren sollen.

Auch hinsichtlich der Rationierung der Lebensmittel erfordert Englands „Kampf für die Freiheit“ eine fortschreitende Nachahmung der Methoden des totalitären Feindes. Am 6. Februar teilte Ernährungsminister Morrison mit, daß die Rationierung von Fleisch am 11. März beginnen solle. Am 9. Februar gab Munitionsminister Burgin bekannt, daß vom 11. Februar an die Papierherzeugung um 40 v. H. eingeschränkt werden solle. Man hoffe damit Schiffsraum und fremde Devisen zu sparen. Die Einfuhr von Papier und Karton solle vom 3. März an grundsätzlich verboten und nur noch mit besonderer Einfuhrgenehmigung gestattet sein.

Am 20. Februar wurde in London bekanntgegeben, die britische Regierung habe beschlossen, die Etats der verschiedenen Ministerien, deren Tätigkeit mit der Führung des Krieges verbunden ist, nicht mehr zu veröffentlichen. Auch hierdurch wird eines der geheiligten Prinzipien der englischen „Demokratie“ über Bord geworfen.

Was die Frage von Lebenshaltungskosten und Lohnniveau angeht, so hat das englische Arbeitsministerium am 1. Februar hierüber interessante Ziffern veröffentlicht, die das Ansteigen der Lebenshaltungskosten deutlich machen. Die englische Regierung hat sich genötigt gesehen, um eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise zu verhindern, Zuschüsse zu deren Verbilligung zu leisten, die bereits auf 1 115 000 Pfund pro Woche veranschlagt werden. Dieses System birgt natürlich inflationistische Gefahren in sich. Am

11. Februar mußte die englische Zeitung „People“ zu melden, daß seit Kriegsausbruch 8,5 Millionen englischer Arbeiter Gehalts- und Lohnzulagen erhalten hätten, was einen jährlichen Mehraufwand für die beteiligten Unternehmungen von 85 Millionen Pfund bedeute.

Daß England ein sozial rückständiges Land seit langem ist, kann nicht bestritten werden. Die Wohnungsverhältnisse eines großen Teiles der wirtschaftlich Schwachen sind längst als Beweis hierfür bekannt. Am 22. Februar wurde vom Bischof von Chester eine Ausstellung über die englischen Glendquartiere eröffnet, auf der Zeichnungen und Ziffern gezeigt wurden, die dartun, mit wie wenig Recht England sich fortschrittlich nennt und wieviel nötiger es wäre, daß England seine eigenen sozialen Probleme anpackte, anstatt gegen das nationalsozialistische Deutschland einen Krieg angeblüht für ein besseres Europa zu führen. Dies wurde auch durch die Debatten im Unterhaus am 22. Februar über das Pensionsgesetz für Alterspensionäre bestätigt, während deren es zu den schärfsten Angriffen auf die Regierung wegen ihrer sozialen Einstellung und auch zu entsprechenden Angriffen in der Presse kam.

Im Zusammenhang mit der Lebensmittelknappheit will man in England die seit langem in rückläufiger Entwicklung begriffene Landwirtschaft heben. Das Unterhaus nahm am 7. Februar ein diesbezügliches Gesetz an, das jedoch zum Teil als ungenügend erheblich kritisiert wurde. Lloyd George bezeichnete dabei die Lebensmittellage als den schwächsten Punkt in Englands Verteidigung. Er wies auch darauf hin, daß die Blockade Deutschlands gegenüber dem Weltkrieg ungenügend sei, da Deutschland die Seitentüren und die Hintertür offen habe.

Ebenso wie militärisch Frankreich der einzige Bundesgenosse Englands in Europa ist, so auch wirtschaftlich. Kein Wunder, daß England sich bemüht, auch wirtschaftlich Frankreich sich möglichst dienstbar zu machen. Am 16. Februar wurde in London ein französisch-englisches Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, das am 1. März in Kraft treten soll. Durch dieses Abkommen wird besonders das Ziel verfolgt, beiden Ländern den Ankauf von Rohstoffen, die sie benötigen, auf dritten Märkten zu erleichtern. Auch die Ausfuhr will man gegenseitig und gemeinsam fördern. Phantasiereich wird dann in der französischen Presse hierzu ausgeführt, dieser französisch-englische Zusammenschluß müsse die Grundlage für das neue Europa werden, das aus dem Krieg hervorgehen solle.

Freilich hat sich bei anderen Staaten Europas bisher keinerlei Neigung gezeigt, sich dem englisch-französischen Block irgendwie anzuschließen, obwohl es an Einladungen und Mahnungen dazu aus London und Paris auch im sechsten Kriegsmonat nicht gefehlt hat. So war die englische Presse des Bedauerns voll, daß die schwedische Regierung Mitte Februar erneut ihre Absicht betont hat, im finnisch-russischen Konflikt wie bisher neutral zu bleiben, da doch die Sache, für die Finnland kämpft, die Existenz und Unabhängigkeit aller Nationen sei, die von tyrannischen Angriffen bedroht seien. Dafür wurde am 16. Februar aus London berichtet, daß der schon seit längerer Zeit in London weilende britische Botschafter in Moskau, Sir William Seeds, nicht nach Moskau zurückkehren werde, und zwar weil „die britisch-russischen Beziehungen im Augenblick durch eine eiserne politische Kälte gefennzeichnet werden, die wahrscheinlich auch nach dem strengen Winter fort dauern werde“. Am 13. Februar erklärte Handelsminister Duncan im Unterhaus, der in dem zwischen England und Sowjetrußland im Oktober vorigen Jahres unterzeichneten Abkommen vorgesehene Austausch von Holz gegen Gummi und Zinn habe sich als unmöglich herausgestellt. Die Moskauer „Iswestija“ schrieb am 16. Februar anlässlich des Abschlusses des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens, der Außenhandel der Sowjetunion werde dank diesem Abkommen in keiner Weise mehr davon beeinflusst, daß die Handelsbeziehungen der Sowjetunion mit England und Frankreich durch die Schuld ihrer Regierungen auf den Nullpunkt gesunken seien.

Die Hilfsquellen seines Empires und das angeblich freiwillige und geschlossene Mitgehen aller Länder und Völker des Empires mit England in seinem „edlen Kampf für Freiheit und Zivilisation“ sind beliebte Schlagworte der englischen inneren und äußeren Propaganda. Sie stehen jedoch mit der Wahrheit nur sehr teilweise im Einklang. Die Hinrichtung zweier Iren, Mitglieder der IRA, in Birmingham am 7. Februar hat die Klust, die England und Irland moralisch trennt, erneut dargetan. Die Iren in Irland und in den Vereinigten Staaten haben gegen die Hinrichtung zweier Männer, in denen sie mit Recht Vorkämpfer für das nationale Ideal erblickten, aufs schärfste protestiert und von britischen Mördern gesprochen. In Dublin kam es zu großen Demonstrationen. Der Präsident von Irland, de Valera, erklärte der New Yorker Zeitung „Gerald Tribune“ vom 26. Februar, nur die Wiedervereinigung ganz Irlands könne zur Freundschaft mit England führen. Die Engländer müßten die Schwäche ihrer moralischen Lage einsehen. Während sie vorgäben, sich für die Rechte anderer Völker einzusetzen, hielten sie die Teilung Irlands aufrecht. Irland werde in diesem Kriege auf jeden Fall neutral bleiben.

So ähnlich denkt der überwiegende Teil der Südafrikaner bürischer Abstammung. Im südafrikanischen Senat fand die Kriegspolitik des englandhörigen Premiers Smuts nur mit einundzwanzig gegen dreizehn Stimmen Billigung, obwohl Smuts seine Politik u. a. mit der törichtesten Behauptung verteidigte, er sei überzeugt, daß Hitler, nachdem er von Polen Besitz ergriffen habe, auch versucht sei, sich Südafrika zu bemächtigen. Der frühere Premier Herzog kämpft weiter unentwegt für die These, Südafrika den Südafrikanern, und dafür, daß der europäische Konflikt Südafrika nichts angehe.

In Indien haben die Verhandlungen Gandhis mit dem englischen Vizekönig, Lord Linlithgow, zu dem Ergebnis geführt, daß England die Forderung der Inder auf Selbstbestimmung und Freiheit nach wie vor ablehnt. Dazu äußerte Gandhi, wenn England nicht in der Lage sei, Indiens rechtmäßige Forderungen anzuerkennen, was könne das dann anderes bedeuten als den moralischen Bankerott Englands. Nach einer englischen Meldung vom 6. Februar bestand der englische Vizekönig darauf, daß die endgültige Entscheidung über das Schicksal Indiens der englischen Regierung vorbehalten bleibe. Der indische Nationalkongress fordert jedoch gerade das Gegenteil, daß nämlich Indien selbst über sein Schicksal entscheide. Der Indien-Minister, Lord Zetland, erklärte am 11. Februar der „Sunday Times“, die indischen Nationalistenführer hielten ihre ursprünglichen Forderungen voll und ganz aufrecht. Er, Zetland, sei nicht in der Lage, Gandhis Ansicht zu teilen. Der „Daily Herald“ schrieb am 15. Februar treffend, offiziell erkläre man in London hundertmal im Jahre, daß es das Ziel britischer Politik sei, Indien den Dominion-Status zu geben. Den Rest der Zeit aber verwende man damit, Gründe oder Vorwände dafür auszudenken, im Augenblick nichts in dieser Richtung tun zu müssen. Man könne sich nur schwer eine dümmere Politik vorstellen oder eine solche, die besser dazu geeignet sei, das Vertrauen in englische Versprechungen zu zerstören, und die Inder zu der Ansicht zurückzubringen, daß sie von England nichts erreichen würden, es sei denn durch Gewalt.

Von seiten der indischen Nationalistenführer liegen eine Reihe Äußerungen darüber vor, daß sie nicht gewillt sind, sich auf englische Versprechungen einzulassen, sondern ganz einfach Freiheit und Gerechtigkeit fordern. So schrieb Gandhi Mitte Februar in seiner Zeitschrift „Harijan“, in Indien müsse Gerechtigkeit herrschen und nicht der starke Arm Großbritanniens. Er könne nicht für den Erfolg der britischen Waffen beten, denn das würde einen weiteren Verlust von Menschenleben im Interesse der Aufrechterhaltung der britischen Fremdherrschaft zur Folge haben. Am 29. Februar erklärte Gandhi, bezüglich der britischen Kriegsziele gebe es zwischen England und Indien keine gemeinsame Grundlage, weil England nicht bereit sei, die

Regierungsgewalt dem indischen Volke zu übertragen. In einer am 17. Februar veröffentlichten Botschaft des Führers des indischen Nationalkongresses, Pandit Jawaharlal Nehru, wurde Englands Politik in Indien als darauf gerichtet bezeichnet, die zersetzenden Tendenzen anzuspornen und damit die Einheit des indischen Volkes zu schwächen. Demgegenüber sollte die Faltung aller indischen Gruppen auf eine Gleichhaltung mit dem indischen Nationalismus im Hinblick für die Freiheit Indiens herauslaufen. Am 20. Februar meldete „Manchester Guardian“ aus Bombay, daß für den Monat März durch die indische Kongresspartei die bürgerliche Gehorsamsverweigerung verkündet werden würde, wenn in der Zwischenzeit die britische Regierung es nicht fertiggebracht hätte, die schwebenden indischen Verfassungsfragen zu lösen. Die Moskauer „Pravda“ veröffentlichte am 2. März eine Resolution des Vollzugsausschusses des indischen Nationalkongresses, in der es unter anderem heißt: „Die Freiheit Indiens kann nicht unter dem englischen Imperium gesichert werden. Eine Dominierversaffung oder irgendeine andere Verfassung im System des Empires ist für Indien absolut unannehmbar und entspricht nicht der Würde des indischen Volkes.“ Aber den Krieg heißt es in der Resolution: England führe ihn aus imperialistischen Gründen. Der indische Nationalkongress könne den Krieg deshalb nicht unterstützen und protestiere gegen die Verwendung indischer Truppen für den Krieg Englands, sowie gegen die Entsendung von Menschen und Material aus Indien für die Zwecke des Krieges.

Aber die Unruhe an der indischen Nordwestgrenze und die Kämpfe gegen die Waziri-Stämme liegen weitere Meldungen vor.

Auch Frankreich, das sich von England gegen sein wirkliches Interesse in diesen Krieg hat hineinziehen lassen, spürt die Wirkungen des Krieges in steigendem Maße. Anfang Februar setzte in der französischen Presse eine eifrige Kampagne für die Einführung von Lebensmittelfkarten ein, die offenbar regierungsseitig inspiriert war, um die geplante Einführung des Rationierungssystems als eine Forderung der „öffentlichen Meinung“ darzutun. Dabei wurde auch viel über die Erhöhung der Preise geschrieben. So sei der Butterpreis um 50 v. H., der verschiedener Fleischsorten um 100 v. H. teurer geworden. Zwar behindert die im traditionellen Lande der „Freiheit“ sehr scharf gehandhabte Zensur allzu deutliche Veröffentlichungen über die Preisverhältnisse, aber ganz vermag sie die offenbar in weiten Volkskreisen vorhandene Unzufriedenheit hierüber nicht zu unterdrücken. Der französische Finanzminister Reynaud sah sich am 29. Februar zu einer Rundfunkrede veranlaßt, in der er die bestehenden Beschränkungen zugab und Verordnungen zwecks Vermehrung der Produktion und Einschränkung des Konsums sowie eine allgemeine Rationierung in Aussicht stellte.

Auch die innere Front Frankreichs läßt offenbar weiterhin viel zu wünschen übrig. Täglich erfolgen neue Verhaftungen von einzelnen oder Gruppen von Franzosen wegen kommunistischer oder defaitistischer Betätigung oder Aufrufen. Am 7. Februar wurde gemeldet, daß die seit Oktober letzten Jahres geführte Untersuchung gegen die Abgeordneten der ehemaligen kommunistischen Kammerfraktion abgeschlossen sei. Vierundvierzig Abgeordnete seien dem Militärgericht überwiesen, sieben, die rechtzeitig aus der kommunistischen Partei austraten, seien freigelassen worden, während gegen neun auf der Flucht befindliche Abgeordnete ein Sonderverfahren wegen Verrats, bei dem sogar das Todesurteil zu erwarten sei, eröffnet worden sei. Die Militärgerichte haben übrigens auch bereits Urteile wegen „Informationen, die eine schlechte Wirkung auf die Stimmung in der Armee und der Bevölkerung haben könnten“ gefällt. Am 20. Februar hat die französische Kammer endgültig den Ausschluß der 60 ehemaligen kommunistischen Abgeordneten bestätigt. Sie hat damit auch das Schlagwort von Freiheit und Demokratie gründlich desavouiert.

Am 7. Februar wurde in Nancy der bekannte elsasslothringische Autonomistenführer und Heimatforscher Dr. Roos, der wegen angeblichen Einver-

ständnisses mit dem Feind vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden war, hingerichtet. Es handelt sich nach den früheren von der französischen Regierung gegen Dr. Roos inszenierten Verfolgungen und dem schon im Jahre 1928 gegen ihn durchgeführten Prozeß, der im Wiederaufnahmeverfahren trübe französische Justizmethoden enthüllte und den Freispruch von Dr. Roos ergab, offenbar um einen Justizmord aus politischen Gründen. Man wollte in Dr. Roos den verhaßten elässischen Autonomismus und seine Bemühungen zur Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur in den urdeutschen Gebieten Elsaß-Lothringens treffen. Deutscherseits wurde verkündet, daß Roos nie zu irgendwelchen deutschen Stellen in Beziehung gestanden sei.

Was die französischen Kriegsziele angeht, so gehen hierüber die Äußerungen des nur als historische Romantik zu bezeichnenden französischen Nationalismus weiter. So erklärte der radikalsozialistische Abgeordnete Archimbaud am 24. Februar, der Krieg könne nur durch die Zerstörung Deutschlands enden, diesmal müsse mit dem Reich ein Ende gemacht werden. In der Kammer erklärte der Abgeordnete Vallat am 17. Februar, das Kriegsziel der Alliierten bestehe in der Wiederherstellung des Westfälischen Friedens von 1648, der Deutschland zersplittert habe.

Man findet jedoch in Frankreich, daß die französische Propaganda bisher diese edlen Kriegsziele in der Welt noch nicht genügend bekannt und verständlich gemacht hat. Wenigstens wurde am 16. Februar gemeldet, daß der sozialistische Abgeordnete Grumbach in einem dem auswärtigen Ausschuß der Kammer vorgelegten Bericht über die französische Propaganda im Ausland auf die schlechtesten Ergebnisse dieser Propaganda hingewiesen und im gleichen Zusammenhang sich für die dringliche Schaffung eines französischen Propagandaministeriums eingesetzt habe. Am 4. Februar forderte der oft offiziöse „Petit Parisien“ ebenso wie andere Zeitungen die Schaffung eines Informations- und Propagandaministeriums und meinte, es sei sehr schön, sich über die deutsche Propaganda lustig zu machen, aber man sei gezwungen festzustellen, daß diese Propaganda bereits einige ziemlich überraschende Unannehmlichkeiten gebracht habe. Das „Journal“ äußerte, solange die Mobilisierung auf dem Gebiete der Information und Propaganda nicht durchgeführt sei, werde Frankreich auch nicht den Krieg gewinnen. Am 17. Februar wurden in der Kammer die Zensur und der Informationsdienst heftig kritisiert, wobei Worte wie Dummheit und Ungeheuerlichkeit, verachtnenswert und unnützlich gebraucht wurden.

Aus Rio de Janeiro wurde andererseits am 28. Februar berichtet, daß die dortige Regierung die Gründung eines „Hauses der Freunde Frankreichs“ zwecks Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen Brasilien und Frankreich beschlossen habe. Frankreich hat es seit je verstanden, bei der Finanzierung seiner Propagandaeinrichtungen im Ausland das Ausland selbst mitwirken zu lassen. Bekannte Beispiele hierfür waren die Einrichtung von französischen Instituten in Prag, Warschau und anderen östlichen Hauptstädten, die in der Zeit nach dem Weltkriege erfolgte und zum Zweck hatte, die politische Einkreisung Deutschlands vom Osten und Südosten her kulturpolitisch zu ergänzen und zu stützen. Die Kulturpropaganda im Ausland ist seit Jahrhunderten ein bevorzugtes Mittel der französischen Außenpolitik, und die Wichtigkeit, die man ihr beimißt, wird z. B. dadurch gekennzeichnet, daß das zweite der drei Hauptkapitel des französischen auswärtigen Etats ganz den „Oeuvres françaises à l'étranger“, den Institutionen der französischen Kulturpropaganda im Ausland, gewidmet ist, für die Frankreich jährlich viele Millionen, übrigens nicht nur im Rahmen des Etats für Auswärtiges, aufwendet. Die Institutionen der französischen Kulturpropaganda, die in Friedenszeiten so gern als Dienst an den höchsten geistigen Gütern und als Methode zur kulturellen Bereicherung anderer Völker gepriesen wird, sind im Kriege natürlich ebenso Ausstrahlungspunkte und Mittel der politischen Propaganda wie die Presseabteilung des Quai

d'Orsay oder die in den letzten Jahren außerordentlich vermehrten Geheimfonds des französischen Außenministeriums.

Frankreichs Außenpolitik steht weiter unter dem Imperativ engster Anlehnung an England und steigender Gegensätzlichkeit zu Rußland. Der von der französischen Presse, besonders auch dem „Temps“, geforderte Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland, ist nicht erfolgt, wenn auch der französische Botschafter in Moskau, Raggiar, am 3. Februar seinen Amtssitz zu einem längeren „Erholungsurlaub“ verlassen hat, ebenso wie früher schon sein englischer Kollege. Das in London und Paris vor einiger Zeit als besonderer Propagandaschlager angekündigte Farbbuch über die französisch-englisch-russischen Besprechungen vom Sommer 1939, die Rußland in die Einkreisungsfront gegen Deutschland einreihen sollten und die durch die deutsch-russische Verständigung ein so jähes Ende fanden, ist immer noch nicht erschienen. Warum, ergibt sich aus einem Artikel der Pariser Zeitung „Intransigeant“ vom 8. Februar, der einige Indiskretionen über jene Verhandlungen veröffentlichte, darunter die Mitteilung, daß die französische Regierung am 21. August 1939 ihre Unterhändler in Moskau zur Annahme aller von der Sowjetregierung gestellten Bedingungen ermächtigte, nachdem Polen seinen bisherigen Widerstand gegen die Durchmarscherlaubnis russischer Truppen durch sein Gebiet zum Angriff auf Deutschland aufgegeben hatte. Man versteht, daß London und Paris derartige Feinlichkeiten nicht einem doch natürlich nicht dem Dienst an der Wahrheit, sondern der Propaganda gewidmeten offiziellen Farbbuch anvertrauen wollen!

Am 8. Februar wurde aus Moskau gemeldet, daß am 5. Februar morgens 9.30 Uhr ungefähr hundert französische Polizeibeamte in Zivil in das Gebäude der sowjetischen Handelsvertretung in Paris eingedrungen seien, alles durchsucht, Dokumente beschlagnahmt und diese Aktion auch auf die Privatwohnungen der Mitarbeiter der Handelsvertretung ausgedehnt hätten. Die Moskauer Presse sah hierin wohl mit Recht eine bewußte Provokation zwecks Verschlechterung bzw. Abbruch der französisch-sowjetischen Beziehungen, die Sowjetunion verhalte sich dieser Pariser Provokation gegenüber jedoch absolut kaltblütig.

Die Fiktion, daß Frankreich außer dem englischen auch noch den polnischen Bundesgenossen besitz, wird aufrechterhalten. Am 17. Februar wurde zwischen der französischen und der polnischen Scheinregierung in Angers ein Abkommen über die Wiederauffstellung der polnischen Luftwaffe in Frankreich abgeschlossen, in Ergänzung eines Abkommens vom 4. Januar d. J. über die Aufstellung einer polnischen Armee in Frankreich.

Das mit Deutschland befreundete und verbündete Italien setzt die Politik der wachsamsten Nichtbeteiligung am Kriege konsequent fort. Die politische Publizistik Italiens, die seit je eine Vorliebe für grundsätzliche Analysen politischer Tatbestände und Möglichkeiten gehabt hat, nimmt immer wieder zu der Problematik des gegenwärtigen Konflikts und der Interessenlage des faschistischen Italiens in ihm Stellung. Die Gedanken kreisen dabei um die Frage der italienischen Lebensinteressen, in den für Italien wichtigsten geographischen Räumen. Wachstum des italienischen Volkes, Beschränktheit des ihm zur Verfügung stehenden Raumes, Notwendigkeit der Expansion, Kritik an den nicht aus den Notwendigkeiten des Wachstums des eigenen Volkes, sondern aus wirtschaftlichem und politischem Imperialismus erwachsenen Imperien Englands und Frankreichs, Zwang zur Autarkie aus Gründen politischer und wirtschaftlicher Selbsterhaltung für Italien, das sind die immer wieder zur Diskussion gestellten Themen und Thesen. So führte der bekannte Offiziosus des „Giornale d'Italia“ am 6. Februar aus, die italienische Bevölkerung habe sich seit 1871 von 26,8 auf 44,5 Millionen vermehrt und werde 1980 66 Millionen zählen, während Frankreich ohne starke ausländische Einwanderung dann nur noch 32 Millionen Einwohner haben werde. Die stets wachsende Bevölkerungszahl sei für Italien der Hauptgrund seiner Expansionsnotwendigkeiten. Für keine andere europäische

Ration außer Deutschland stelle sich das Problem der Expansion in so elementarer und lebensnotwendiger Weise. Am 8. Februar analysierte das „Giornale d'Italia“ den Unterschied zwischen der kolonialisatorischen Zielsetzung Italiens und der der großen demokratischen Plutokratie. Die letzteren zielten nur auf die Ausbeutung der Kolonialgebiete und Kolonialvölker ab. Für Italien bedeute dagegen die Kolonie die Fortsetzung des nationalen Gebietes und des völkischen Lebensraumes. Zu einer Äußerung Chamberlains auf einem Frühstück des Nationalen Verteidigungsausschusses am 31. Januar, es gehöre zu den Kriegszielen der Westmächte, „der schlechten Politik wirtschaftlicher Rationalisierung und Autarkie, die die letzte große Friedensordnung so stark beeinträchtigt haben, ein Ende zu bereiten“, bemerkte am 3. Februar „Popolo d'Italia“, es sei natürlich englisches Interesse, so viele Völker wie möglich im Zustande dauernder wirtschaftlicher und politischer Sklaverei zu halten. Demgegenüber seien die Autarkiebestrebungen des faschistischen Italiens nichts anderes als eine notwendige und berechtigte Verteidigung. Die „Relazioni Internazionali“, die Zeitschrift des Instituts zum Studium der auswärtigen Politik, führte am 9. Februar aus, nicht die Autarkie sei, wie im Ausland behauptet werde, die Ursache der gegenwärtigen Krise, sie sei vielmehr, was Italien angehe, aus der harten Erfahrung der Sanktionen geboren, mit denen man Italien erdroffeln wollte, sowie eine Folge der ungerechten Friedensverträge. Jene Staaten, die jetzt Italien verurteilen wollten, seien selbst die Urheber der Autarkiesysteme. Jedenfalls stehe fest, daß Italien seine Selbstversorgung bis zum äußersten durchführen werde.

Die innere Kolonisation geht in Italien weiter. Nach einer Meldung vom 17. Februar hat der Duce in Gegenwart des Landwirtschaftsministers einen Bericht über die bisher zur Ansiedlung des sizilianischen Großgrundbesitzes getroffenen Maßnahmen entgegengenommen, der u. a. mitteilte, daß bis zum 28. Oktober d. J. auf Sizilien viertausend neue Bauernhöfe gebaut und fünfzehn neue Siedlungszentren geschaffen sein werden.

Auch die Stärkung der Landesverteidigung Italiens wird zielbewußt fortgesetzt, wie Meldungen vom 8. Februar über eine Tagung des Obersten Verteidigungsausschusses und ein bemerkenswerter Artikel der Armeezeitung „Forze Armate“ beweist, der zur Schlussfolgerung kam, Italien lebe in einer Periode lebhaftester Vorbereitung, während deren sich das gesamte italienische Volk in einer steten Mobilisierung befinde. Das italienische Volk müsse in sich immer mehr das Bewußtsein seiner imperialen Mission stärken, denn dieses Bewußtsein werde letzten Endes zusammen mit der Gewißheit der eigenen Stärke und des eigenen Wertes eines Tages die äußersten Entscheidungen diktiert, die ihm der Weg seines Schicksals weise. Am 14. Februar teilte der Militäranzeiger mit, daß die Jahreshklassen 1919 und 1920 für Anfang März unter die Fahnen gerufen würden. Am 1. März erfolgte die Eingliederung von 132 Bataillonen Schwarzhemden ins italienische Heer, welches Ereignis die italienische Presse im Sinne der Kriegsvorbereitung und Verstärkung der militärischen Einheit des Landes kommentierte.

Auch hinsichtlich der Auslandskulturpolitik ist das faschistische Italien nicht müßig. Am 31. Januar besuchte Mussolini das Haus der Dante-Gesellschaft, die, etwa vergleichbar mit der Alliance française, einer der wichtigsten Träger der kulturellen Auslandstätigkeit Italiens ist. Die Gesellschaft zählt heute 60 000 ordentliche Mitglieder, ferner sind ihr 900 000 Studenten und Schüler der Mittelschulen angeschlossen, sie zählt 200 Gruppen im Mittelmeer, in Europa, Asien, Nord- und Südamerika mit rund 27 000 Mitgliedern und hat sich die Pflege und Verbreitung der italienischen Kultur zur Aufgabe gemacht.

Die italienische Kulturpolitik hat eine natürliche Zielrichtung nach dem Balkan, besonders auch nach Jugoslawien, wo sie aus den kulturellen Lei-

stungen des antiken Roms und den gerade in den östlichen Küstengebieten der Adria heute noch überall sichtbaren Ausstrahlungen der spätmittelalterlichen und Renaissancekultur aus den Glanzzeiten Benedigs Anregungen empfängt. Der italienische Unterrichtsminister Bottai hat am 22. Februar ein italienisches Kulturinstitut in Belgrad unter Anwesenheit des Prinzregentenpaares, der gesamten jugoslawischen Regierung und vieler anderer führender Persönlichkeiten eröffnet. Reden, Empfänge und Besprechungen gaben diesem Ereignis einen bedeutamen, den Geist der gegenseitigen Freundschaft heraushebenden Rahmen. In der kroatischen Hauptstadt Agram eröffnete Bottai am 24. Februar ebenfalls ein italienisches Kulturinstitut. Die führende jugoslawische Zeitung „Breme“ führte dazu aus, daß die günstige Entwicklung der kulturellen Beziehungen auf dem am 25. März 1937 in Belgrad geschlossenen Adria-Frieden beruhe, der von Tag zu Tag stärker werde. Ein anderes italienisches Kulturinstitut wurde von dem Präsidenten der italienischen Akademie, Federzoni, am 28. Februar in Madrid, ebenfalls in glanzvollem Rahmen, eröffnet. Die dabei gehaltenen Reden unterstrichen den gemeinsamen Kampf im spanischen Bürgerkrieg und die Freundschaft der beiden großen Mittelmeerländer.

Am 22. Februar traf der Leiter der rumänischen Jugendverbände, Minister Sidorovici, zu einem mehrtägigen Besuch in Rom ein. In einer Rundfunkansprache unterstrich er die gemeinsamen kulturellen Grundlagen und politischen Zielsetzungen und teilte mit, daß ein regelmäßiger Austausch von Leitern und Mitgliedern der beiderseitigen Jugendorganisationen vorgesehen sei, ein neues Zeichen der Entwicklungstendenzen des autoritären Rumäniens. Am 27. Februar wurde ein Besuch des rumänischen Königs und seines Außenministers in Rom für die zweite Aprilhälfte angekündigt.

Auf dem Balkan war das wichtigste Ereignis die Tagung der Balkan-Entente vom 2. bis 4. Februar, zu der die Außenminister Griechenlands, Rumäniens und der Türkei nach der jugoslawischen Hauptstadt kamen. Die auf dem Saladinert vom 3. Februar gehaltenen Tischreden des jugoslawischen Außenministers Cincar-Markowitsch und des rumänischen Außenministers Gafencu unterstrichen den absoluten Friedenswillen der Balkan-Ententestaaten. Das am 4. Februar veröffentlichte Abschluß-Communiqué besagt u. a., die Konferenz habe einmütig die feste Entschiedenheit der beteiligten Regierungen, ihre entschlossene friedfertige Politik fortzusetzen, um dem Balkan Kriegsprüfungen zu ersparen, erneut bekräftigt und die Verlängerung des Balkanpaktes um eine neue Periode von sieben Jahren, die am 9. Februar 1941 beginnt, beschlossen. Die auf der Konferenz anwesenden Außenminister wetteiferten, ebenso wie die Presse der beteiligten Länder, in Erklärungen des festen Friedens- und Neutralitätswillens, sowie des Willens zur Zusammenarbeit. Als unbestreitbarer Sieg der Idee der Balkansolidarität, der Gleichheit der Friedensziele der Balkanländer wurde die Konferenz gefeiert. Die Stellungnahme der zwei an der Balkan-Entente nichtbeteiligten Staaten des Donauraumes, Ungarn und Bulgarien, war reserviert, weil sie aus ihrer naturgemäßen revisionistischen Einstellung dem Punkt 3 des Schluß-Communiqués, der den Willen der Balkan-Ententestaaten, über den „Schutz der Unabhängigkeit und des nationalen Territoriums zu wachen“, ablehnend gegenüberstanden. Ein offenbar inspirierter Leitartikel des „Pester Lloyd“ vom 6. Februar äußerte, die Geduld Ungarns und sein Bestreben, die augenblicklichen Schwierigkeiten in Europa nicht noch zu erhöhen, dürfe niemand zu der irrtümlichen Annahme verleiten, daß Ungarn bereit sei, die Regelung lebenswichtiger Fragen, die sich aus dem unhaltbaren Vertrag von Trianon ergäben, zu den griechischen Kalenden zu vertagen. Eine ähnliche Einstellung wurde in Sofia geäußert. In der Türkei war eine gewisse Verlegenheit spürbar. Denn die türkische Politik, hinter der London und Paris steht, hatte offenbar auf der Belgrader Konferenz die anderen Staaten der Balkan-Entente im Sinne einer antideutschen Blockbildung beeinflussen wollen. Die Türkei mußte aber gerade das Gegenteil, nämlich ihre Einbezie-

hung in eine Gruppierung aufrichtig friedliebender und neutraler Staaten mitmachen.

Während in London und Paris das Ergebnis der Belgrader Tagung ohne Freude aufgenommen worden ist, wurde in Berlin, Rom und Moskau eine gleichmäßige Befriedigung über den auf der Konferenz zum Ausdruck gekommenen Friedens- und Neutralitätswillen, sowie darüber geäußert, daß allen französisch-englischen Bemühungen, den Balkan zum Kriegsschauplatz zu machen, ein energischer Riegel vorgehoben worden sei, jedoch wurde auch unterstrichen, daß die englisch-französischen Intrigen auf dem Balkan damit für die Zukunft keineswegs zu Ende seien, und Wachsamkeit für die Balkanstaaten nach wie vor am Platze sei. Die Wunschträume der französischen Politik verriet nur zu deutlich ein Artikel des Generals Nieffel im Pariser „Excelsior“ vom 3. Februar, in dem die Friedens- und Kriegsstärke der Armeen der Balkanstaaten einschließlich Bulgariens und Ungarns aufgezählt und auf 88 Infanteriedivisionen, 10 Kavalleriedivisionen, 3 motorisierte Brigaden, 2650 Flugzeuge und eine Gesamtsumme an mobilisierbaren Effektiven von 2800000 Mann errechnet wurde. Diesen Block zusammenzubringen und dann gegen Deutschland marschieren zu lassen, welch schöner Traum! Der „Daily Telegraph“ vom 10. Februar widmete ihm einen bemerkenswerten und ausführlichen Artikel.

In Bulgarien wurde nach Rücktritt der Regierung Rjosseitanoff am 16. Februar ein neues Kabinett unter Führung des bisherigen Kultusministers Filow mit dem bisherigen bulgarischen Gesandten in Belgrad Popoff und unter Beibehaltung der meisten Minister des bisherigen Kabinetts gebildet. Dabei wurde in Sofia stark unterstrichen, daß es sich nur um einen Personen-, nicht um einen Kurswechsel handle, besonders hinsichtlich der Außenpolitik. Der neue Ministerpräsident sagte der Presse, die bulgarische Politik werde auch in Zukunft eine Politik des Friedens und der Neutralität, der Ruhe im Innern und der nationalen Einigkeit und des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs sein. Während das neue Kabinett in Belgrad warm begrüßt wurde, war in Athen und noch mehr in Ankara eine gewisse Reserve festzustellen.

Bulgarien pflegt die Freundschaft mit Jugoslawien konsequent. Am 11. Februar kam der bulgarische Handelsminister mit einer Wirtschaftsdelegation nach Belgrad. Am 25. Februar fand eine Sitzung der bulgarisch-jugoslawischen Handelskammer in Sofia unter Betonung des Willens zu enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit statt.

Auch mit der Türkei und Rumänien bemüht sich Bulgarien um fortlaufende Besserung der Beziehungen, wie anlässlich des Besuchs des türkischen Außenministers in Sofia am 6. Februar und des rumänischen Finanzministers Constantinescu am 23. Februar in der bulgarischen Hauptstadt zum Ausdruck kam. Beim Besuch Constantinescus wurden die Verhandlungen über die Erneuerung des bulgarisch-rumänischen Handels- und Verrechnungsabkommens abgeschlossen.

Auch mit Rußland entwickelt Bulgarien seine Wirtschaftsbeziehungen weiter. Am 11. Februar wurden in Moskau bulgarisch-russische Verhandlungen über die Durchführung des Wirtschaftsabkommens erfolgreich beendet.

Rumänien setzt seine für das Land so nützliche Neutralitätspolitik, besonders auch auf wirtschaftlichem Gebiet, fort. Den Bemühungen Englands und Frankreichs, die vertraglich festgelegten rumänischen Lieferungen nach Deutschland zu verhindern oder mindestens einzuschränken, ist Rumänien durch die Gründung des Generalkommissariats für Erdöl entgegengetreten. Am 31. Januar trat der Leiter dieser neuen Stelle, Professor Retta, sein Amt an. Bei dieser Gelegenheit erklärte Wirtschaftsminister Angelescu, die Errichtung des Generalkommissariats sei notwendig geworden, um die Stellung Rumäniens als neutraler Staat, so wie sie politisch festgelegt sei, auch

auf wirtschaftlichem Gebiet zu verwirklichen. Am 17. Februar wurde die Gründung eines neuen Außenhandelsministeriums, dem auch das Erdöl-Kommissariat untersteht, mitgeteilt. Der Völkerrechtslehrer und Generalsekretär im Unterrichtsministerium, Professor Dăscobici, äußerte am 16. Februar in einem Vortrag, Rumänien habe das Recht, seine Bodenschätze nach eigenem Gutdünken zu verwerten und ihre Ausfuhr so zu lenken, daß Rumänien dafür die Waren bekomme, die es benötige. Die rumänische Presse wies im übrigen die englischen Angriffe und Drohungen gegen Rumänien wegen seiner neutralen Erdöl-Politik energisch zurück, und die Zeitung „Universul“ erinnerte am 2. Februar daran, daß Rumänien schon einmal den Westmächten ein großes, seinen eigenen Interessen zuwiderlaufendes Opfer gebracht habe. Im Weltkrieg seien beim Rückzug der rumänischen Truppen auf Forderung der Engländer 1667 Sonden und 26 Raffinerien zerstört und 827 000 Tonnen Erdölprodukte angezündet worden. Der Schaden habe sich auf über 10 Millionen Pfund belaufen. Um ihn wettzumachen, habe es langer Jahre bedurft, denn 1924 habe Rumänien noch immer nicht die Höhe seiner Vorkriegsproduktion erreicht gehabt. Heute jedoch sei Rumänien neutral und berechtigt, die ihm durch seine nationalen Interessen gebotenen Maßnahmen zu treffen.

Am 20. Februar veröffentlichte die rumänische Regierung ein Gesetz zur Abermächung von Druckveröffentlichungen, die der Zensur unterstellt werden. Ministerpräsident Lăzărescu erklärte dazu der Presse, die auswärtige Politik Rumäniens sei verschiedentlich Gegenstand geheimer Kampagnen gewesen, um der Regierung Schwierigkeiten zu machen. Das neue Gesetz verstärkte die gesetzlichen Abwehrmittel hiergegen. Die auswärtige Politik Rumäniens bezwecke die Verteidigung seiner Unabhängigkeit und seiner Grenzen.

Am 27. Februar feierte Rumänien den zweiten Jahrestag der autoritären Verfassung, durch die Rumänien sich hinsichtlich des Ausbaus des Staatslebens den totalitären Staaten angenähert hat.

Die Türkei ist nach einer Erklärung ihres Außenministers vor seiner Abreise zur Konferenz der Balkanenteente in Belgrad nicht neutral, sondern steht außerhalb des gegenwärtigen Krieges. Sie hat sich in Belgrad trotzdem zu der Neutralitätserklärung der Balkanenteente verstehen müssen. Die türkische Presse beurteilte dieses Ergebnis denn auch recht zurückhaltend. Am 29. Februar hielt der türkische Ministerpräsident eine Rundfunkrede, die offensichtlich auf Beruhigung der Öffentlichkeit hinsichtlich eventueller Kriegsabsichten abgestellt war.

Die kleinen Neutralen, die inmitten oder am Rande des Krieges liegen, die Schweiz, Belgien, Holland und die nordischen Staaten Dänemark, Schweden und Norwegen, bekommen wirtschaftlich und politisch die Auswirkungen des Krieges in erhöhtem Maße zu spüren. Am günstigsten ist die Lage der Schweiz, deren historische Neutralität durch die Lage und Natur des Landes und die Wehrkraft der Bevölkerung gesichert erscheint, während sie wirtschaftlich über die italienische nicht kriegführende Großmacht die Verbindung mit der See aufrechterhalten kann und in Großdeutschland einen für Lieferung und Abnahme von Produkten sowohl fähigen wie geneigten Nachbarn besitzt. Die bewaffnete Neutralität legt dem Lande jedoch schwere finanzielle Opfer auf. Wie der Leiter des Finanzdepartements im Ständerat am 21. Februar erklärte, haben die Rüstungen des Jahres 1939 gegen eine Milliarde gekostet, während die Ausgaben für die Mobilisierung sich bis Mitte 1940 auf eineinhalb Milliarden beziffern. Neue Steuern seien deshalb notwendig. Der von England angezettelte Krieg richtet sich eben nicht nur gegen Deutschland, sondern gegen GesamtEuropa. Das erweisen die wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Schwierigkeiten der kleinen neutralen Länder mit aller Deutlichkeit.

Holland, Hauptdurchgangsland für den deutschen Handelsverkehr, wird durch die englische Blockade aufs schwerste geschädigt. Der Hafenverkehr in

Rotterdam hat im Januar d. J. nur ein Viertel des normalen Verkehrs erreicht. Am 7. Februar wurde bekannt, daß die holländische Regierung drei Schlachtkreuzer von je 27 000 Tonnen zu bauen beabsichtigt.

Belgien werden durch den Krieg ebenfalls steigende finanzielle und wirtschaftliche Lasten verursacht. Außenminister Spaak erklärte in einer Rede am 7. Februar, obwohl 600 000 Mann mobil gemacht seien, gebe es noch 230 000 Arbeitslose. Verkehrsminister Delfosse teilte am 20. Februar mit, von seinen 89 Handelsschiffen mit 339 000 Tonnen habe Belgien seit Kriegsbeginn zwölf Schiffe mit insgesamt 50 000 Tonnen, d. h. mehr als ein Siebentel des Bestandes, verloren. Nach einem Bericht des Wirtschaftsministers Sap vom 15. Februar sind die belgischen Großhandelspreise seit September um 33 v. H., die Gesamtlebenshaltungskosten um 8 v. H. gestiegen, während die Ausfuhr in den letzten drei Monaten um 12 v. H., die Einfuhr um 30 v. H. zurückgegangen sind.

Innerpolitisch sind die von Justizminister Janson am 19. Februar angefügten scharfen Maßnahmen gegen die belgischen Kommunisten, die von heftigen Angriffen auf die Sowjetunion begleitet waren, sowie ein am 20. Februar eingebrachter Gesetzesentwurf zur „Verteidigung der nationalen Einrichtungen“ bemerkenswert. Der Gesetzesentwurf richtet sich mit scharfen Strafbestimmungen besonders gegen die Kommunisten. Eine Entscheidung, ob nach französischem Vorbild ein Verbot der kommunistischen Partei erfolgen soll, ist noch nicht erfolgt. Die flämische Frage kam am 8. Februar in der Kammer wieder einmal zur Diskussion, als der nationalflämische Abgeordnete Tollenaere darlegte, auf 1 200 000 wehrfähige Männer kämen 900 000 Flamen. Wenn man das Sprachengesetz von 1932 angewandt hätte, gäbe es gegenwärtig von den achtzehn Divisionen vierzehn flämische. Tatsächlich sei aber keine einzige rein flämische Division vorhanden. Man hätte unter den 350 000 mobilisierten Flamen sehr wohl die nötigen Leute zur Bildung eines flämischen Offizierkorps finden können. Verteidigungsminister General Denis appellierte demgegenüber an die nationale Einigkeit in dieser Notzeit.

Die nordischen Staaten sind einerseits in steigendem Maße Opfer der völkerrechtswidrigen englischen Blockade und werden andererseits durch den finnisch-russischen Konflikt hauptsächlich dadurch in eine gefährliche Lage gebracht, daß die Westmächte sie über den Weg der Aufgabe ihrer Neutralität zugunsten Finnlands zugleich in den Krieg mit Rußland und mit Deutschland hineinzudrängen versuchen. Demgegenüber haben die Außenminister Dänemarks, Schwedens und Norwegens auf ihrer Konferenz in Kopenhagen am 25. Februar, wie es in der amtlichen Verlautbarung heißt, „die Einigkeit betreffend die Neutralitätspolitik ihrer Länder bestätigt und alle Behauptungen zurückgewiesen, daß sie diese Neutralitätspolitik auf einen Punkt von der einen oder anderen Seite aufzugeben beabsichtigen“. Dieses Konferenzergebnis hat in London und Paris deutliche Zustimmung ausgelöst, während es in Berlin und Moskau, wo man keine Ausdehnung des Krieges wünscht, mit Befriedigung begrüßt wurde.

Aus Dänemark werden weitere Erhöhungen der Lebenshaltungskosten gemeldet. Die amtliche Statistik über den Außenhandel des Jahres 1939 zeigt in Ein- und Ausfuhr eine beträchtliche Steigerung des Warenumsatzes mit Deutschland (Ausfuhr 368,2 gegen 304 Millionen Kronen 1938, Einfuhr 470,2 gegen 399 Millionen Kronen 1938, d. h. Anteil Deutschlands am Export von 23 v. H. und am Import von 27 v. H.); auch dies ein Beitrag zur Frage der Wirksamkeit der englischen Blockade.

In Schweden, das wegen seiner geopolitischen Lage und des starken Anteils schwedischer Kultur und Sprache in Finnland durch den finnisch-russischen Konflikt besonders tief berührt wird, war im Monat Februar die Frage der Fortsetzung der bisherigen Neutralitätspolitik diesem Konflikt gegenüber Gegenstand heftiger Erörterungen. Die schwedische Regierung hält

an der Neutralität jedoch fest. Außenminister Günther erklärte am 9. Februar unter Bezugnahme auf die Rede Churchills vom 20. Januar, in der die Neutralen brüsk an ihre „Pflicht“ erinnert wurden, für England in den Krieg einzutreten, Schweden lasse sich weder durch Lockungen noch durch Drohungen von der Neutralität abbringen und müsse bereit sein, seine Neutralität militärisch zu verteidigen. Ähnlich äußerte sich am 15. Februar der Führer der schwedischen Konservativen, Kultusminister Bagge, während Ministerpräsident Hansson am 16. Februar eine Erklärung veröffentlichte, aus der sich ergibt, daß kurz vorher mehrere finnische Minister in Stockholm gewesen sind, um militärische Hilfe in der Form von Verbänden der schwedischen Armee zu erbitten, daß dies jedoch von der schwedischen Regierung abgelehnt worden ist. Am 19. Februar gab der schwedische König selbst in einer hierzu besonders einberufenen Sonder Sitzung des Staatsrates eine Erklärung über die schwedische Finnlandspolitik ab. Er bestätigte Schwedens Neutralitätspolitik und betonte, Schweden habe dem finnischen Brudervolke zwar von Anfang an durch Freiwillige und auf andere Art zu helfen versucht, aber vom ersten Augenblick an „habe ich Finnland mitgeteilt, daß man dort leider nicht mit militärischer Intervention von Schwedens Seite rechnen könne. Mit Trauer im Herzen bin ich nach sorgfältiger Prüfung zu der Auffassung gekommen, daß wir in der gegenwärtigen Lage an diesem Standpunkt festhalten müssen. Ich bin nämlich der bestimmten Auffassung, daß, wenn Schweden jetzt in Finnland eingreifen würde, es das größte Risiko laufen würde, nicht allein in einen Krieg mit Rußland, sondern auch in den Krieg mit den Großmächten hineingezogen zu werden, und eine derartige Verantwortung habe ich nicht übernehmen können“. Durch diesen Einlaß der Autorität des Königs wurde Schwedens Neutralität gegenüber allen Angriffen von innen und außen erneut bekräftigt. Der schwedische Ministerpräsident Hansson bestätigte sie in einer Erklärung in der ersten Kammer am 21. Februar und in einer Rede vom 25. Februar erneut. In London und Paris herrschte darüber Ärger, in Moskau und Berlin Genugtuung.

Die Frage der Seekriegsführung war Gegenstand einer ausführlichen Erklärung des Außenministers Günther am 21. Februar in der zweiten Kammer des schwedischen Reichstages. Danach hat Schweden seit Kriegsausbruch bis zum 14. Februar 32 Frachtschiffe mit einer Gesamttonnage von 63980 Tonnen verloren, wobei 228 schwedische Seeleute ums Leben kamen. Die Seekriegsführung treffe Schweden dadurch hart, so äußerte Günther, daß bisher anerkannte völkerrechtliche Grundsätze außer acht gelassen würden.

Die Auswirkungen des Krieges haben Schweden gezwungen, zu der Devisenbewirtschaftung überzugehen. Der Reichstag hat ein diesbezügliches Gesetz am 25. Februar angenommen. Am 26. Januar wurde gemeldet, daß das staatliche Informationsbüro konstituiert worden sei, das nicht nur Informationsaufgaben erfüllen, sondern auch Zeitungen, Zeitschriften, Filme und Rundfunk überwachen soll. Am 10. Februar wurde in ganz Schweden eine große Polizeiaktion gegen die Kommunisten und ihre Organe sowie gegen die kommunistische Parteileitung in der Form von Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Beschlagnahme von Dokumenten durchgeführt.

Norwegen war am 17. Februar Gegenstand einer groben Verletzung seiner Hoheitsgewässer, seiner Neutralität und seiner Souveränität, wie es Außenminister Skob in seiner am 19. Februar im Storting über den Angriff englischer Seestreitkräfte auf das deutsche unbewaffnete unter Reichsdienstflagge fahrende Schiff „Altmar“ im Försingfjord abgegebenen Erklärung bezeichnete. Nachdem der Versuch einer englischen Torpedobootsflottille, die „Altmar“ innerhalb der norwegischen Territorialgewässer zu kapern, durch die Dazwischenkunft zweier norwegischer Torpedoboote vereitelt worden und die „Altmar“ in den Försingfjord eingelaufen war, folgte ihr trotz Protestes des norwegischen Torpedobootskommandanten der englische Zerstörer „Tosjal“. Ein englisches Enterkommando ging unter heftigem



Zu den Kriegsausweitungsbestrebungen der Plutokratie

Die Bestrebungen der westlichen Plutokratie gehen darauf hinaus, Deutschland einen Zweifrontenkrieg aufzuzwingen. Der russisch-finnische Konflikt und das Bündnis mit der Türkei werden in diesem Sinne ausgenutzt, nachdem das Reich die Einkreisung durch das Freundschaftsabkommen mit Rußland zerstückelt und Polen im Feldzug der 18 Tage niederkampft.

Gewehr- und Maschinengewehrfeuer, das von der „Altmar“ aus nicht erwidert wurde, auf diese über, benahm sich auf dem deutschen Schiff nach Art der Seeräuber, wobei sieben deutsche Matrosen getötet und viele verwundet wurden, und führte etwa dreihundert Engländer, Mitglieder der vom Panzerschiff „Graf Spee“ in der Südsee vertriebenen englischen Schiffe, weg. Es war eine flagranteste Völkerrechtsverletzung und ein Akt krafter Piraterie. Die norwegische Regierung protestierte in London aufs schärfste. Der Präsident des norwegischen Storting, Hambro, bezeichnete das englische Vorgehen als „die flagranteste Gebietsverletzung, die sich in diesem Krieg überhaupt in einem neutralen Staate ereignet habe, als freche und gewaltsame Verletzung der Souveränitätsrechte eines kleinen Landes, die vom gesetzlichen wie vom politischen Standpunkt weit ernster ist, als irgend etwas, was uns bisher in diesem Kriege widerfahren ist“. Der schwedische Außenminister und die schwedischen Völkerrechtler wiesen den englischen Völkerrechtsbruch an Hand der Bestimmungen des Völkerrechts im einzelnen mehrfach nach.

Hierzu wurden sie durch die Haltung Englands noch besonders gezwungen. Denn das von der englischen Admiralität am 17. Februar herausgegebene Communiqué gab zu, daß der Zerstörer „Cossak“ auf Befehl der Admiralität und mit voller Billigung der englischen Regierung sein Piratenstück durchgeführt hatte. Nach der Methode „Haltet den Dieb“ versuchte die englische Regierung die norwegische der Völkerrechtsverletzung zu beschuldigen und ihren eigenen Völkerrechtsbruch als Repressalie, ja als Akt der Notwehr hinzustellen. Dies geschah in der Form, daß der englische Außenminister, Lord Halifax, wie aus einer Veröffentlichung des englischen Auswärtigen Amtes vom 18. Februar hervorgeht, vom norwegischen Gesandten in London Aufklärung darüber forderte, warum die „Altmar“ nicht genügend kontrolliert bzw. nicht angehalten worden sei. Am 20. Februar wiederholte der englische Gesandte in Oslo gegenüber dem norwegischen Außenminister diese „Anfragen“. Diese wurden von der norwegischen Regierung mit einer erneuten eindeutigen Klarstellung des Sachverhaltes, besonders auch nach der völkerrechtlichen Seite, erwidert und dabei zum Ausdruck gebracht, Norwegen sei bereit, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Das letztere lehnte die englische Regierung, offenbar in der Erkenntnis, daß sie bei einer völkerrechtlichen Austragung des Falles Unrecht bekommen würde, ab. Desgleichen verweigerte sie die norwegische Forderung, die von der „Altmar“ heruntergeholtten Engländer wieder auf norwegisches Gebiet zurückzustellen.

Der Fall „Altmar“ ist in seiner Klarheit wohl die deutlichste Illustration, die England seit Kriegsbeginn für seine Propagandathese, es kämpfe für das Recht der kleinen Völker und für das Völkerrecht überhaupt, geliefert hat. Sie wurde noch verstärkt dadurch, daß englische Minister und die englische Presse geradezu wetteiferten, die Tat der „Cossak“ als eine Ruhmestat der englischen Flotte, würdig deren größten geschichtlichen Leistungen, zu feiern. England hat dadurch zweifellos, wie aus der Reaktion der Presse in vielen Ländern hervorgeht, seine moralische Stellung in diesem Kriege sehr beeinträchtigt.

Die Verluste, die die norwegische Handelschiffahrt infolge der völkerrechtswidrigen englischen Blockade und deren Auswirkungen bisher erlitten hat, wurden von Außenminister Koht am 29. Februar im Storting auf fünfzig Schiffe mit einer Tonnage von 110000 Tonnen angegeben, wobei 350 norwegische Seeleute und Passagiere ihr Leben verloren.

Hinsichtlich des finnisch-russischen Konflikts erklärte Koht am 29. Februar in einem Interview, Norwegen nehme dazu dieselbe Haltung ein wie Schweden. Es werde nicht eingreifen, um den Finnen zu helfen. Bei diesem Entschluß lasse sich Norwegen von derselben Auffassung leiten wie König Gustav von Schweden, daß ein Eingreifen in Finnland für ganz Skandinavien die große Gefahr einer Verwicklung in den europäischen Krieg mit sich bringen würde.

Am 23. Februar wurde in Oslo ein Zusatzprotokoll zu dem Protokoll über den deutsch-norwegischen Warenverkehr vom 27. Februar 1937 gezeichnet, durch das der Warenverkehr den heutigen Verhältnissen angepaßt wird.

Auch die baltischen Staaten bekommen die Folgen des von England angezettelten Krieges durch eine starke Erhöhung der Lebenshaltungskosten (in Estland 13,4 v. S., in Litauen durchschnittlich 25 v. S.) zu spüren. In Romno ergab ein Spionageprozeß gegen einen polnischen Flüchtling, daß dieser ebenso wie seine Mitangeklagten im Dienst des französischen Militärattachés gestanden hatte, dessen kompromittierter Gehilfe deshalb abberufen wurde.

In Rußland ist das deutsch-russische Wirtschaftsabkommen vom 11. Februar in gleicher Weise wie in Deutschland als ein Ereignis von größter wirtschaftlicher und politischer Tragweite gefeiert worden (vergleiche z. B. die Kommentare der Gewerkschaftszeitung „Trud“ vom 16. und der „Pravda“ vom 18. Februar). In den ersten Februartagen stand im Mittelpunkt des Interesses die Rückkehr des Eisbrechers „Josef Stalin“, der zur Befreiung des Forschungs- und Expeditionschiffes „Sedow“ aus zweijähriger Trift durch das Packeis des nördlichen Eismees mitten im Winter bis auf 81 Grad nördlicher Breite vorgestoßen war, eine beträchtliche Leistung, jedoch nur eine Kette der seit vielen Jahren von der Sowjetregierung mit erheblichen Mitteln und beachtlichen Erfolgen betriebenen Erforschung des nördlichen Eismees, die u. a. zum Ziele hat, die Seeverbindung durch das nördliche Eismeer nach dem Stillen Ozean zu klären und wirtschaftlich auszunützen.

Im russisch-finnischen Krieg sind russischerseits auf der Karelistischen Landenge erhebliche Erfolge erzielt worden, die die russischen Truppen bis vor Wiborg geführt und wesentliche Teile der Mannerheim-Linie in ihre Hand gebracht haben.

Eine Veröffentlichung des Sekretärs der Genfer Liga vom 11. Februar über die Antworten auf den im Dezember 1939 von der Ligaversammlung erlassenen Appell zur Unterstützung Finnlands wirkt daneben kümmerlich. Weniger als die Hälfte der Ligamitglieder, nämlich zweiundzwanzig, haben geantwortet, und nur England und Frankreich haben militärische Hilfe in Aussicht gestellt. Die Liga hat also ihren zahlreichen Verfolgern einen neuen hinzugefügt.

Am asiatischen Ende des russischen Reiches haben die japanisch-russischen Bemühungen zur Festlegung der Grenze zwischen Mongolei und Mandschukuo insofern einen Rückschlag erlitten, als die Gemischte Kommission, der diese Aufgabe anvertraut war, ihre Arbeiten einstellte, weil sie sich nicht einigen konnten (Tag-Verlautbarung aus Moskau vom 1. Februar). Wie der Sprecher des japanischen Außenamtes am 2. Februar jedoch mitteilte, soll eine allgemeine Grenzkommission, deren Organisation die japanische und die russische Regierung bereits zugestimmt haben, nunmehr alle Grenzen zwischen Mandschukuo, der Sowjetunion und der Außenmongolei festlegen. Japan, Mandschukuo, die Sowjetunion und die Außenmongolei hätten bereits der Bildung von zwei Ausschüssen zugestimmt, von denen einer die genaue Festlegung der Demarkation der Grenzen und der andere die Regelung von Streitigkeiten zur Aufgabe haben sollte. Die Bemühungen zu einem japanisch-russischen Ausgleich gehen also weiter, wie sich auch aus einer Erklärung des Sprechers des japanischen Außenamtes vom 16. Februar ergibt, der zufolge weitere Fortschritte hinsichtlich der Bildung der beiden Ausschüsse gemacht wurden.

Bezüglich des Abschlusses eines Nichtangriffspaktes zwischen Japan und Sowjetrußland verneinte Außenminister Arita am 7. Februar und der Sprecher des Außenamtes am 16. Februar dahingehende japanische Absichten. Jedoch erklärte der Sprecher des Außenamtes am 19. Februar, daß in Moskau die Verhandlungen über einen russisch-japanischen Handelsvertrag günstig fortschritten.

Japan wird der Ausgleich mit Rußland nicht nur durch die starke Inanspruchnahme seiner Kräfte durch den Krieg in China, sondern auch durch die Haltung der Vereinigten Staaten nahegelegt, die, nachdem der japanisch-amerikanische Handelsvertrag am 26. Januar abgelaufen ist, die Drohung mit einem Embargo auf die Ausfuhr kriegswirtschaftlicher Rohstoffe nach Japan wie ein Damoklesschwert gebrauchen. Demgegenüber bemüht sich Japan, wirtschaftliche Aushilfen anderwärts zu finden. Am 4. Februar ist auf Einladung der japanischen Regierung eine argentinische Handelsdelegation nach Tokio abgereist. Am 21. Februar wurde aus Tokio gemeldet, daß die Verhandlungen mit den Argentinern begonnen und daß am gleichen Tage der Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Uruguay ratifiziert worden sei sowie daß eine mexikanische Handelsabordnung demnächst in Tokio eintreffen werde. Japan bemüht sich außerdem um die Verlängerung des am 15. März d. J. ablaufenden Handelsvertrags mit Frankreich.

Japans Bemühen, der erfolgreichen Beendigung des China-Krieges alles andere nachzuordnen, hat offenbar auch den mit England hinsichtlich des „Mama Maru“-Zwischenfalles geschlossenen Kompromiß beeinflusst. England hat neun von den 21 völkerrechtswidrig von der „Mama Maru“ heruntergeholt Deutschen freigegeben, die am 29. Februar in Yokohama eingetroffen sind, Japan hat jedoch, wie am 1. März gemeldet wurde, neue Verhandlungen wegen der restlichen zwölf Deutschen ausgenommen. Das japanische Verkehrsministerium hat andererseits durch Verordnung vom 5. Februar den japanischen Schifffahrtsgesellschaften verboten, wehrpflichtigen Angehörigen kriegsführender Mächte Passage zu gewähren. Eine führende japanische Zeitung nannte dies „tatsächlich einen britischen Sieg“, während die englische Presse von einem „Erfolg des gesunden Menschenverstandes“ sprach.

Aber die Gesamtheit der japanischen Außenpolitik hielt Außenminister Arita im Parlament am 31. Januar eine ausführliche Rede, die erneut den Willen Japans, die Regelung der Chinafrage als wichtigste und vordringlichste Aufgabe zu behandeln, zum Ausdruck brachte, zugleich mit der Hoffnung, daß demnächst die Bildung einer chinesischen Zentralregierung unter Wangschingwei erfolgen werde. Im übrigen drückte Arita Verständigungsbereitschaft nach allen Seiten aus, betonte das uneingeschränkte Fortbestehen der Freundschaft mit Deutschland und Italien und den Willen Japans, sich aus dem europäischen Krieg herauszuhalten.

Die Bildung der Regierung Wangschingwei ist, trotz vieler dahingehender Meldungen, offenbar noch nicht wesentlich weitergekommen. In Tschungking, dem Sitz Tschiangkaiheids, wurde am 25. Februar jegliche Absicht einer Verständigung mit Japan kategorisch dementiert und betont, „daß die Nationalregierung so entschlossen wie immer sei, den Widerstand fortzusetzen, bis der Sieg gesichert sei“.

Am 11. Februar wurde in Japan die zweitausendsechshundertste Wiederkehr des Reichsgründungstages gefeiert. Am 1. Februar wurde ein Sechsjahresplan zur Verstärkung von Japans Armee und Marine mit einem Kostenaufwand von annähernd elf Milliarden Yen bekanntgegeben.

Auch die Vereinigten Staaten rüsten mit Aufwand großer Mittel. Am 16. Februar nahm das Unterhaus den Flottenhaushalt für 1940/41 in Höhe von 965 772 000 Dollar an, während am 1. Februar gemeldet wurde, daß der Generalstabschef der Bundesarmee für die allgemeine Landesverteidigung den Betrag von 1090 Millionen Dollar gefordert habe. Präsident Roosevelt erklärte am 27. Februar nach seiner Besichtigung der Befestigungsarbeiten des Panamakanals, die Verteidigungsanlagen müßten größtenteils verdoppelt und auch geographisch viel weiter ausgedehnt werden. Am gleichen Tage erfuhr man aus Washington, daß das Defizit des laufenden Rechnungsjahres vom 1. Juli 1939 an bei Gesamtausgaben von 6026 Millionen Dollar bereits 2581 Millionen Dollar betrage und daß die Staatsschuld einen neuen Höchststand von 42 345 Millionen Dollar erreicht habe.

Gegenüber dem europäischen Kriege ist die offizielle Haltung Amerikas weiterhin die der Nichtbeteiligung. Am 21. Februar erklärte Kriegsminister Woodring, wir können und wir müssen uns aus dem Kriege heraushalten, wir mögen gewissen vorübergehenden Gewinn aus Kriegsaufträgen erzielen, wir wissen aber aus bitterer Erfahrung, daß auf Krieg aufgebaute Wohlstand ohne Bestand ist. Der amerikanische Botschafter Kennedy warnte am 21. Februar, Amerika müsse sich unter allen Umständen aus dem europäischen Krieg heraushalten, trotz alliierter Hilfskreise bestehe kein triftiger Grund für einen Kriegseintritt. Am 20. bzw. 23. Februar gab das amerikanische Außenministerium in zwei Bänden Lansing's Schriftwechsel mit Wilson, Oberst House und anderen während des Weltkrieges heraus. Daraus ergibt sich, daß Wilson von Anfang an Deutschland gegenüber gereizt und ablehnend gestimmt war und Lansing schon Anfang 1915 den Bruch mit Deutschland und die Unterstützung der Alliierten plante.

Die Vereinigten Staaten haben durch den Tod des Senators Borah am 17. Januar nicht nur eine ihrer bedeutendsten politischen Persönlichkeiten, sondern auch den entschlossensten und konsequentesten Verteidiger der Isolationspolitik, d. h. einer rein amerikanischen Außenpolitik, verloren.

Die widerstreitenden Tendenzen der amerikanischen Politik zeigten sich hinsichtlich der Stellungnahme zum finnisch-russischen Konflikt. Starke Bemühungen, Finnland eine Kriegsanleihe zu gewähren, d. h. Kredite zum Ankauf von Kriegsmaterial zuzugestehen, blieben schließlich, nicht zuletzt infolge der energischen Bemühungen des Außenministers Hull, ohne Erfolg. Sie hätte dem Neutralitätsgesetz widersprochen und wäre ein bedenklicher Vorgang, ähnlich manchen Erscheinungen des Weltkrieges, gewesen.

Die Auswirkungen der völkerrechtswidrigen englischen Blockade auf die Vereinigten Staaten hat dort steigende Mißstimmung hervorgerufen. Am 31. Januar ließ Außenminister Hull den englischen Botschafter, Lord Rothian, zu sich kommen, um ihm hinsichtlich verschiedener englischer Maßnahmen wie Beschlagnahme amerikanischer Post, Rabcertsystem, Verordnung amerikanischer Schiffe in kriegsführende Häfen und das Problem der amerikanischen Sicherheitszone nachdrücklich den Standpunkt der Vereinigten Staaten klarzulegen. Auch über Englands Entschluß, die Tabakfäule in den Vereinigten Staaten einzustellen, wurde gesprochen. Dieser Entschluß Englands ist ebenfalls eine Folge seiner Kriegspolitik, denn es muß der Türkei den Tabak abnehmen, den diese nicht mehr an Deutschland los wird. Die Leidtragenden sind die Tabakpflanzer in Virginia und die englischen Raucher, die dagegen protestierten, statt des gewohnten Virginia-tabaks nun türkischen rauchen zu müssen. Im amerikanischen Parlament kam es am 15. und 16. Februar zu scharfen Angriffen gegen die englischen Blockademahnen, besonders dagegen, daß England USA-Schiffe zwingt, kriegsführende Häfen anzulassen. Scharf äußerte sich der sonst sehr englandfreundliche Senator Pittman. Er bezeichnete das englische Vorgehen als willkürlich und gesetzwidrig und dazu angetan, die Freundschaft und Sympathie der Amerikaner zu verschmerzen.

Besonders verärgert hat in den Vereinigten Staaten die in schiffanöser und rücksichtsloser Weise erfolgte Durchsuchung der amerikanischen Clipperflugzeuge auf den Bermuda-Inseln, wobei die Engländer allein zwischen dem 18. Januar und 27. Februar nach einer Mitteilung der amerikanischen Fluggesellschaft 18000 Pfund Flugpost wegnahmen. Die Panamerican-Airways Co. gab am 25. Februar bekannt, daß ihre Flugzeuge vom 15. März an nicht mehr auf den Bermuda zwischenlanden würden. Sogar von dem italienischen Schiff „Reg“, mit dem der amerikanische Unterstaatssekretär Sumner Welles und der Sonderbotschafter Roosevelts beim Papst, Myron Taylor, nach Italien reisten, holten die Engländer in Gibraltar dreihundert Postfäde herunter!

Roosevelt überraschte am 9. Februar die Welt durch die Erklärung, in seinem Auftrag werde sich Unterstaatssekretär Welles „in Kürze nach Europa begeben, um Italien, Frankreich, Deutschland und Großbritannien zu besuchen. Dieser Besuch findet ausschließlich zu dem Zwecke statt, den Präsidenten und den Staatssekretär über die gegenwärtigen Bedingungen in Europa zu unterrichten“. Die Reise von Welles wurde in den Vereinigten Staaten in sehr verschiedenem Sinne kommentiert. Welles reiste am 17. Februar ab und hatte am 26. Februar eine etwa einstündige Unterredung mit Mussolini.

Mit Welles zusammen reiste als Sondervertreter des Präsidenten Roosevelts beim Vatikan Myron Taylor, der am 27. Februar vom Papst und anschließend vom Kardinalstaatssekretär Maglione empfangen wurde.

Am 9. Februar gab der amerikanische Außenminister Sull bekannt, er habe eine diplomatische Unterhaltung informeller Natur mit gewissen neutralen Regierungen begonnen, die wahrscheinlich auf alle neutralen Regierungen ausgedehnt werden dürfte, zwecks vorbereitenden Untersuchungen, die ein gesundes internationales Wirtschaftssystem und gleichzeitig eine starke Verminderung der Rüstungen zum Ziele haben. Es handle sich dabei ausschließlich um Nachkriegsprobleme. Ziel sei, das internationale Wettstreiten zum Stillstand zu bringen, sowie ein gesundes Weltwirtschaftssystem anzunehmen, das die Welt davor bewahre, zur Autarkie und totalitären Wirtschaft überzugehen. Botschafter Kennedy warnte am 17. Februar vor der furchtbaren Gefahr für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten, die sich aus der Anhäufung ungeheurer Goldvorräte ergäbe. Die Aussicht, nach Kriegsende den Welthandel wieder auf Goldbasis zu stellen, werde immer geringer. Außenminister Sull erklärte am 28. Februar, das Ziel seiner Verhandlungen mit den Neutralen seien Abmachungen zur engeren Zusammenarbeit nach Kriegsende sowohl bezüglich des Warenaustauschs wie der Begrenzung oder Verminderung der Rüstungen. Wenn man diese Zusammenarbeit nicht rechtzeitig vorbereite, bestehe die Gefahr, daß die Kräfte der Autarkie, behördlichen Regelung und totalitären Wirtschaft auf enger und gefährlicher Basis sich auf noch größere Gebiete erstrecken, als dies schon in bedauerlichem Maße nach dem letzten Weltkrieg geschehen sei.

Wie wenig die Vereinigten Staaten derartig edelklingende Zielsetzungen in ihrer eigenen Wirtschaftspolitik zur Anwendung bringen, zeigt der in den ersten Januartagen dieses Jahres erfolgte Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen mit Argentinien und Uruguay, der deswegen erfolgte, weil die Vereinigten Staaten nicht bereit waren, hinsichtlich der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte entgegenzukommen. Das argentinische Außenministerium veröffentlichte am 14. Januar eine Verlautbarung, durch die dem einseitigen Protektionismus der Vereinigten Staaten die Schuld für den Abbruch der Verhandlungen zugeschrieben wurde. Im letzten Jahre habe der argentinische Export nach USA 183 Millionen Pesos, der Import aus USA nach Argentinien 250 Millionen Pesos betragen. Dazu kämen noch zu Lasten Argentinien 63 Millionen für Schuldendienst und andere Leistungen. Der Passivsaldo betrage somit 130 Millionen Pesos. Infolge der Weigerung der Vereinigten Staaten, weitere argentinische Produkte aufzunehmen, sei die Absicht Argentinien bereitet worden, durch mehr Export nach USA einen freieren laufenden Handelsaustausch einzuleiten.

Auch gegenüber Japan sind die Vereinigten Staaten offensichtlich nicht zu Entgegenkommen bereit, wie die amerikanische Presse anlässlich des Abbruchs des japanisch-amerikanischen Handelsvertrags am 26. Januar zum Ausdruck brachte. In diesem Tage veröffentlichte Handelsminister Hopkins eine Denkschrift über Japans Außenhandel, mit der Tendenz des Nachweises der Abhängigkeit Japans von USA. Während Japan mit 7 v. H. an der Gesamteinfuhr von USA und mit 8 v. H. an der Ausfuhr beteiligt sei, lieferten die Vereinigten Staaten 34 v. H. der japanischen Gesamteinfuhr und

kaufen 16 bis 20 v. H. der japanischen Ausfuhr. Kein anderes fremdes Land habe einen derartigen Anteil an Japans Außenhandel. Der europäische Krieg habe Japans Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten noch vergrößert. Die amerikanische Presse gab hierzu Kommentare in dem Sinne, daß die Vereinigten Staaten die wirtschaftliche Abhängigkeit Japans als Druckmittel ausnützen könnten und wollten. In diesem Sinne betonte der Vertrauensmann Roosevelts im amerikanischen Senat, Senator Pittmann, es sei eine Änderung der japanischen Politik in China notwendig, um die Rechte der Vereinigten Staaten zu wahren. Die Vereinigten Staaten wollen also die wirtschaftliche Abhängigkeit Japans ausnutzen, um Japan zu verhindern, seine Ziele hinsichtlich der Bildung eines großen östlichen Wirtschaftsblocks unter seiner Führung zu verfolgen. Es ist nur verständlich, daß, wie wir schon gesehen haben, Japan demgegenüber sich bemüht, seine Handelsbeziehungen zu anderen Ländern um so stärker auszubauen und dadurch USA gegenüber möglichst unabhängig zu werden. Die Vereinigten Staaten setzen somit ihren immerhin beträchtlichen Handel mit Japan aufs Spiel.

Dr. S.



Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Wir setzen die Veröffentlichung der wichtigsten Dokumente des zweiten deutschen Reichsbuches fort mit den Nachweisen über die Bemühungen Deutschlands um eine Verständigung mit Polen.

VII. Der Deutsch-Polnische Rotenaustausch über das Olsa-Gebiet und das Polnische Vorgehen gegen die dortige Deutsche Volksgruppe

(Oktober 1938 bis März 1939)

Nr. 119. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 25. Oktober 1938

Der Rotenaustausch, betreffend die Behandlung der deutschen Minderheit in Teschen, ist am 18./20. d. M. vollzogen worden. In der Anlage beehre ich mich, die beiden Roten vorzulegen.

von Rolffe

Anlagen

Der Deutsche Botschafter in Warschau an den Polnischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten

Warschau, den 18. Oktober 1938

Herr Minister!

Im Hinblick auf die Angliederung bisher tschechischen Gebietes an den Polnischen Staat beehre ich mich auftragsgemäß, die Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz auf einen Umstand zu lenken, dem die Deutsche Regierung in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung in Deutschland besondere Wichtigkeit beimißt.

In den genannten Gebieten ist eine erhebliche Anzahl von Angehörigen des deutschen Volkstums ansässig, die besonders dort, wo sie in größeren Gruppen zusammenwohnen, eigene soziale und kulturelle Einrichtungen unterhalten. Die Deutsche Regierung geht davon aus, daß sich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, die sich bei der Behandlung des tschechischen Problems erneut bewährt haben, künftig auch bei der Behandlung derjenigen Deutschen als wirksam erweisen, die nunmehr Angehörige des Polnischen Staates werden. Die Deutsche Regierung erwartet deshalb, daß diese Deutschen nach den Zeiten der Bedrückung, die sie durchlebt haben, seitens der polnischen Behörden eine Behandlung erfahren, die den seinerzeit von beiden Seiten abgegebenen Minderheitenerklärungen entspricht, und daß sie demgemäß nicht nur ihren gegenwärtigen kulturellen Besitzstand ausrechterhalten können, sondern darüber hinaus im Rahmen des Polnischen Staates glücklichere Daseinsbedingungen finden werden, als sie ihnen bisher zuteil gemorden sind.

Ebenso hält die Deutsche Regierung es für selbstverständlich, daß den deutschen Reichsangehörigen, die in den bezeichneten Gebieten wohnen, aus dem Wechsel der Staatsgewalt keinerlei Nachteile erwachsen und daß sie insbesondere in der Durchführung ihrer bisherigen Berufstätigkeit nicht beeinträchtigt werden.

Ich bin beauftragt zu erklären, daß die Deutsche Regierung ihrerseits ihr Verhalten nach den gleichen Grundsätzen gegenüber polnischen Volks- oder Staatsangehörigen regeln wird, die sich in dem Gebiet befinden, das jetzt aus tschechischer in deutsche Staatsgewalt überführt wird.

Soweit polnische Volks- oder Staatsangehörige in den jetzt Deutschland zufallenden Gebieten und soweit umgekehrt deutsche Volks- oder Staatsangehörige in den jetzt Polen zufallenden Gebieten den Wunsch haben, das Staatsgebiet zu verlassen, schlägt die Deutsche Regierung vor, die sich hieraus ergebenden Fragen alsbald durch eine besondere Vereinbarung zu regeln.

Genehmigen Sie, usw.

von Rolffe

**Der Polnische Minister für Auswärtige Angelegenheiten
an den Deutschen Botschafter in Warschau**

(Übersetzung)

Warschau, den 20. Oktober 1938

Herr Botschafter!

Ich beehre mich, den Empfang des Schreibens Euerer Exzellenz vom 18. Oktober 1938 zu bestätigen, in welchem Euerer Exzellenz auf gewisse Zentren von Personen deutschen Volkstums aufmerksam machen, die sich in den letzten Polen durch die Tschecho-Slowakei zurückgegebenen Gebieten befinden. Es handelt sich hierbei um Personen, die polnische Staatsbürger werden.

Ich möchte vor allem der Überzeugung Ausdruck verleihen, daß die Anwendung der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung vom 5. November 1937 auf diese Minderheit wie auch auf die polnische Minderheit, welche auf Grund der letzten durchgeführten territorialen Änderungen zum Deutschen Reich gekommen ist und die ebenfalls größere geschlossene Zentren aufweist, diesen Minderheiten nicht nur die Möglichkeit geben wird, ihren bisherigen kulturellen Bestand zu behaupten, sondern ihnen auch glücklichere Daseinsbedingungen verschaffen wird, als das bis jetzt der Fall war.

Auch bezüglich der Frage des Aufenthalts deutscher Staatsangehöriger in dem besagten Gebiet wird die Polnische Regierung eine wohlwollende Haltung unter der Bedingung der Gegenseitigkeit und unter der selbstverständlichen Wahrung der im polnischen Staate geltenden Gesetze einnehmen.

Ferner ist die Polnische Regierung auch bezüglich der Personen, welche die Gebiete, die sie jetzt bewohnen, verlassen wollen, überzeugt, daß sich dieses Problem für den Fall, daß es aktuell wird, günstig und ohne Nachteil für beide Staaten wird regeln lassen.

Schließlich beehre ich mich, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die Atmosphäre der zwischen beiden Staaten herrschenden freundschaftlichen Beziehungen zu einer Regelung der obigen Fragen beitragen wird.

Genehmigen Sie, usw.

Der Minister
In Vertretung
Ezembel

Nr. 122. Der Deutsche Geschäftsträger in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 6. Dezember 1938

Wegen der Entdeutschungsmaßnahmen im Olsa-Gebiet habe ich weisungsgemäß sehr ernste und nachdrückliche Vorstellungen im Polnischen Außenministerium erhoben, wobei ich die unerträgliche Lage des Deutschtums mündlich eingehend dargestellt und auch ein Aide-Mémoire, in dem unsere Beschwerdepunkte vorgebracht werden, übergeben habe.

Der Stellvertretende Leiter der Westabteilung Herr Kunicki, mit dem ich die Unterhaltung führte, erklärte, daß er über die Einzelheiten der polnischen Maßnahmen im Olsa-Gebiet nicht unterrichtet sei, daß er aber sofort Nachforschungen anstellen und sich der Angelegenheit mit besonderem Interesse annehmen wolle. Er sagte zu, sobald als möglich eine Antwort zu erteilen.

von Büßlich

Nr. 123. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 20. Dezember 1938

Auf die von der Botschaft erhobenen Vorstellungen wegen der Entdeutschungsmaßnahmen im Olsa-Gebiet hat der Stellvertretende Leiter der Westabteilung Herr Kunicki heute eine vorläufige Antwort erteilt.

Bei dieser Gelegenheit übergab er auch eine Notiz, die sich jedoch meritorisch mit unserer Beschwerde nur befaßt, soweit sie sich auf die Lage der Reichsdeutschen bezieht. Da das Polnische Außenministerium auf dem grundsätzlichen Standpunkt steht, daß Reklamationen für Minderheitsangehörige unter Vermeidung des diplomatischen Weges unmittelbar von den Minderheitsorganen bei den polnischen Behörden vorgebracht werden sollen, hat es sich wegen der verschiedenen von uns vorgebrachten Beschwerdepunkte bezüglich der Minderheitsangehörigen auf eine mündliche Antwort beschränkt.

Bezüglich der Verdrängung vom Arbeitsplatze führte Herr Kunicki aus, daß den polnischen Behörden keine genauen Zahlen über die Arbeiterentlassungen vorlägen, daß wegen der Umstellung der Wirtschaft auf die polnischen Verhältnisse in der Tat Entlassungen hätten stattfinden müssen, daß diese aber gleichmäßig polnische und deutsche Arbeiter beträfen.

Die Frage der Auszahlung der Pensionen sei inzwischen zum Teil bereinigt worden. Mit einer völligen Erledigung dieser Angelegenheit sei in kurzer Zeit zu rechnen.

Die in die deutschen Betriebe eingesetzten Zwangsverwalter seien zum Teil bereits zurückgezogen worden. Herr Kunicki bat, ihm konkrete Fälle zu diesem Thema zu benennen.

Bezüglich der Schädigungen des deutschen Schulwesens erklärte Herr Kunicki, daß im Olsa-Gebiet inzwischen über 1000 Kinder zum Besuch der deutschen Schulen eingetragen worden seien. Er entnehme diese Zahl einem Bericht, der aus den ersten Tagen des Dezembers stamme. Auf Grund der erfolgten Eintragungen sollten nunmehr folgende deutsche Schulen eröffnet werden:

in Oberberg ein Gymnasium, eine Bürgerschule und eine Volksschule,
in Teschen eine Bürgerschule, eine Volksschule und eine Mädchenschule.

Ferner würden an der polnischen Schule in Rudlow deutsche Klassen eingerichtet werden. In Karwin und Freistadt sei die Zahl der deutschen Kinder zu gering, so daß auf Grund der bestehenden Vorschriften deutsche Schulen an diesen Orten nicht eröffnet werden könnten.

Herr Kunicki erklärte abschließend, daß die Zentralbehörden auf dem Standpunkt ständen, daß auch in dem Olsa-Gebiet die deutsch-polnische Kinderbeitenerklärung unbedingt anzuwenden sei und daß die örtlichen Behörden entsprechende Befragungen erhalten hätten. Er müsse zugeben, daß in der ersten Zeit nach der Nachtübernahme durch die Polen in diesem Gebiet Maßnahmen getroffen worden seien, wie sie bei einem normalen Funktionieren des Verwaltungsapparates nicht vorgekommen wären. Er gab der bestimmten Zuversicht Ausdruck, daß in absehbarer Zeit auch im Olsa-Gebiet die Verhältnisse in ein ruhigeres Geleise kommen würden.

von Nolte

Nr. 125. Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 1. Februar 1939

Entgegen den Erklärungen des Stellvertretenden Leiters der Westabteilung im Polnischen Außenministerium haben bisher die Entschärfungsmaßnahmen im Olsa-Gebiet nicht aufgehöret, vielmehr wird nach den hier vorliegenden Informationen weiter mit allen Mitteln versucht, die dortige deutsche Volksgruppe zu verdrängen.

Im einzelnen ist in Ergänzung des Erlasses vom 26. November 1938 folgendes zu bemerken:

a) Verdrängung vom Arbeitsplatze

Die Entlassung volksdeutscher und auch reichsdeutscher Arbeitskräfte wird in jüngster Zeit in verstärktem Maße betrieben. Wie aus den dort vorliegenden Berichten des Konsulats Teschen hervorgeht, sind beim Tragniecer Eisenwerk der Berg- und Hüttenbergwerk und bei den unter polnischer Leitung stehenden Graf Zarisch-Rönnich'schen Betrieben in Karwin und Petrowitz um die Jahreswende wieder zahlreiche Entlassungen von Deutschen erfolgt.

b) Einstellung der Zahlungen an Pensionäre

Außer der Frage der Weiterzahlung der bisher von tschechischer Seite (Staat, Gemeinde usw.) gezahlten Pensionen an volksdeutsche Beamte, Angestellte, Lehrer, Witwen u. dgl. im Olsa-Gebiet bedarf auch die Frage der weiteren Versorgung volksdeutscher Kriegsbeschädigter, Kriegshinterbliebener und ehemaliger Berufsmilitärpersonen sowie ihrer Hinterbliebenen in dem polnisch gewordenen tschechoslowakischen Gebiet einer grundsätzlichen Regelung. Die Versorgung dieser Personengruppen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Wehrmacht obliegt Polen als Nachfolgestaat zweifellos auch dann, wenn diese inzwischen durch einseitige polnische Regelung staatenlos geworden sind.

c) Schädigungen des deutschen Schulwesens

Die von Herrn Kunicki insoweit angegebenen Zahlen sind der beste Beweis für die Berechtigung unserer Beschwerde. Nach seinen Ausführungen sind gegenwärtig

In sechs deutschen Schulen des Olsa-Gebietes 1000 Schüler angemeldet, während früher dreizehn Anstalten von über 3000 deutschen Kindern besucht wurden.

Begünstigt der deutschen Schulen in Freistadt und Karwin, die nach Angabe des Herrn Kunick nicht wieder eröffnet worden sind, weil zu wenig deutsche Kinder vorhanden gewesen seien, liegen hier Meldungen vor, nach denen zahlreiche Eltern ihre Kinder zum Schulbesuch anmelden wollten, aber abgewiesen worden sind. Auch in Karwin und Peterswald wurden Gründungsversammlungen der deutschen Schulen im Herbst 1938 abgehalten.

den Büchereien

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, daß auch die deutsche Schule im Olsa-Gebiet bisher nicht wieder eröffnet werden durften.

ne
mber 1938 fort-
Das Olsa-Gebiet
Anfang Januar
gewiesen worden.
worden.

erium gegen die
stellungen zu er-

a bezug auf die
unft nicht Rech-
gegenüber den
sächlich zu rebi-
anzudeuten.

Zm Auftrag
Boermann

ige Amt

13. Mai 1939

nd während der
den Arbeitsplatz
einige Arbeit-
er-Oktober 1938
sichtet. Die Zahl
e nur einen ge-
sch noch einige
gen sind, so nur
es, der den ebe-
lages in keiner
dem größte Teil
Dienstjahre, Le-
Befehung von

der Damerau

gehens

stige Amt

Oktober 1938

Berwirklichung
deutschfeindlich
ebiets in Polen
nd, auch kleinere
erschließlichkeit be-

d) Ausweisungen (Evakuierungen) aus der Grenzge-

Nachdem bereits in den Monaten Oktober, November und Deze-
gezeigt Volksdeutsche in beträchtlicher Zahl veranlaßt worden sind,
zu verlassen, sind nach den Feststellungen der innerdeutschen Stellen
weitere 250 volksdeutsche Familien aus dem dortigen Gebiet auszu-
Die Gründe für diese Ausweisungen sind bisher nicht bekannt ge-

Bei dieser Sachlage bitte ich, abermals im dortigen Außenminis-
systematische Entdeutschung des Olsa-Gebietes nachdrücklichste Vor-
heben.

Falls die polnische Regierung unseren berechtigten Wünschen in
gleichartige Behandlung der Deutschen im Olsa-Gebiet auch in Zuk-
nung tragen sollte, würden wir genötigt sein, unsere Einstellung
Angehörigen polnischen Volkstums im Troppauer Schlesien grund-
bieten. Ich stelle anheim, dies der Polnischen Regierung schon jetzt

Nr. 127. Der Deutsche Konsul in Teschen an das Auswärtige

Bericht

Teschen, den 5.

Die polnische Seite hat die Behauptung aufgestellt, daß bereits vor der
Okkupation die meisten nichtpolnischen Arbeiter und Angestellten sich
freiwillig verlassen hätten, trifft nur bedingt zu. Zweifellos sind
nehmern während der außerordentlich gespannten Wochen Septembers
auf Grund damaligen tschechischen Terrors nach Deutschland geflü-
dieser Flüchtlinge ist nachträglich nicht zu ermitteln, doch dürfte sie
ringen Prozentsatz der Abwanderung ausmachen. Wenn dann an
Arbeiter nach der Befehung durch die Polen nach Deutschland geflo-
deshalb, weil sie infolge des damals einsetzenden polnischen Terrors
mals tschechischen erheblich in den Schatten stellte, ihres Arbeitsp-
weise mehr sicher waren. Es ist jedoch erwiesen, daß der bei wei-
der Beamten, Angestellten und Arbeiter ohne jede Rücksicht auf
bensalter, Verdienste und weitere Verwendbarkeit sofort nach der
den Polen grundlos aus Arbeit und Brot verjagt worden ist.

den

VIII. Zunehmende Verschärfung des Polnischen Vorgehens
gegen die Deutsche Volksgruppe

(Oktober 1938 bis März 1939)

Nr. 128. Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige

Bericht

Thorn, den 5.

Daß die Polen, obwohl Deutschland ihnen durch sein Vorgehen die
ihrer Forderungen gegen die Tschechei ermöglicht hat, hier weiter
sind, habe ich schon gemeldet. Durch die Eingliederung des Olsa-G-
hat sich zweifellos vieler polnischer Gemüter, die durchweg geneigt
Erfolge in überschwenglicher Weise zu übertreiben, eine gewisse Ab-

mächtigt. Sie fühlen sich hier als die Sieger einer großen Entscheidungsschlacht, die sie ganz allein mit eigenen Kräften und durch ihre eigene tatkräftige Haltung gewonnen hätten. Sie träumen schon in ihrem Größenwahn von einem übermächtigen Polen, das nach Erfüllung seines Wunsches in der Tschechei danach streben müsse, auch andere weitergehende Wünsche erfüllt zu bekommen oder, wenn dies nicht gehe, mit eigener Kraft zu erfüllen.

Aus allen Teilen meines Amtsbezirkes gehen mir Nachrichten zu, daß die Stimmung gegen Deutschland, die in den Wochen vor der tschechischen Krise schon im höchsten Maß unfreundlich war, jetzt infolge des Ganges der Ereignisse nicht einer beträchtlicheren Stimmung für Deutschland Platz gemacht hat. Auch die Presse tut das ihre dazu. Nirgends findet man hier Stimmen, die Deutschland eine gerechte Anerkennung zollen. Überall wird betont, daß Polen ganz allein gehandelt und seinen Erfolg ohne die geringste fremde Hilfe errungen habe.

Die scharfe Heße gegen Deutschland wird von der Presse und vom Westmarkenverband weiterbetrieben. Unter dem schweren Druck, dem die deutsche Minderheit in Polen ausgesetzt ist, bleibt ihr schließlich nichts anderes übrig, als ins Reich abzuwandern. Die Volksgruppe stellt sich auf den Standpunkt, daß, auch wenn sie selbst noch hier aushalten könnte, jedenfalls für die Kinder keine Aussicht mehr bestehe, sich eine Existenz zu gründen. Die dauernden Bedrückungsmaßnahmen der polnischen Verwaltung, wie sie sich in den letzten vorgenommenen Ausweisungen aus der Grenzzone, in der Schließung von Schulen usw. offenbarten, bewiesen zur Genüge, daß hier für die Deutschen keine dauernde Weile mehr sei und daß sie zur Erhaltung ihrer Existenz das Land verlassen müßten. Die Aussicht, allein und ohne größere und aktive Unterstützung der Heimat den Kampf gegen die polnischen Behörden mit Erfolg aufzunehmen, sei zu gering, da durch die ungeheure Abwanderung in früheren Zeiten und auch in den letzten zwei Jahren das Deutschtum hier fast geschwächt sei. Die kleine, nach der neuen großen Abwanderungswelle noch übrigbleibende Volksgruppe müsse sehen, wie sie fertig werde. Es bestehe aber wohl kein Zweifel darüber, daß das, was nicht der Polonisierung zum Opfer falle, allmählich untergehen müsse.

Wie im übrigen die regierenden Amts- und Verwaltungsstellen Deutschland gegenüber eingestellt sind und offenbar eingestellt bleiben, geht mit aller nur wünschenswerten Klarheit aus den fortdauernden bis in die letzte Zeit vorgenommenen Ausweisungen alteingesessener deutscher Volksgenossen aus dem Grenzangebiet hervor. Hierüber ist berichtet worden. Keine Einschränkung oder Milderung der Entdeutschungsmaßnahmen, wie man eigentlich hätte erwarten können, ist eingetreten, sondern eher eine Verschärfung; jedenfalls aber ist trotz des deutscherseits befandenen Bestrebens auf Herstellung freundschaftlicher Beziehungen der planmäßige Wille erkennbar, die geschaffene Enspannung zu einer möglichst umfangreichen Polonisierung der Westgebiete auszunutzen.

Derselbe Wille, das Deutschtum zurückzudrängen und zu entrechteten, zeigt sich auch in der Haltung der Regierungsstellen den Wünschen der deutschen Volksgruppe gegenüber, bei den bevorstehenden Wahlen zum Sejm eigene Kandidaten aufzustellen. In dieser Angelegenheit hat Senator Hasbach neulich eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten gehabt. Aus ihr geht hervor, daß der Minister „ungeachtet der im Lande herrschenden antideutschen Strömung“ die Eintragung von Deutschen in die Wahlvorschlagslisten nicht für möglich und für die Regierung auch nicht für tragbar hält.

Unter den geschilderten Umständen ist es begreiflich, daß sich des gesamten deutschen Volkstums hier, das nach den weltgeschichtlichen Ereignissen der letzten Wochen auf eine Besserung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen rechnete und eine bessere Zukunft erwarten zu dürfen glaubte, wieder eine gedrückte und niedergeschlagene Stimmung bemächtigt hat.

von Rückler

Rr. 129. Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 10. Oktober 1938

Wie aus der laufenden Berichterstattung über die Posener polnische Presse sich ergibt, ist die polnische Bevölkerung dieses Bezirkes, soweit sie durch die nationaldemokratische Presse und die hinter ihr stehenden Organisationen beeinflusst wird, nach den Ereignissen der letzten Wochen keineswegs deutschfreundlich eingestellt. Es findet sich kein Wort der Anerkennung, daß Polen den Erwerb des Olsa-Be-

bietet nur der durch das tatkräftige Eintreten des Führers für die Sudeten-Deutschen bedingten Aufrollung der Frage verdankt, und es mußte besonders befremden, daß gleichzeitig sogar Kompensationsansprüche gegen Deutschland in bezug auf Danzig und die Weichselmündung erhoben wurden.

Auch die polnischen Behörden zeigen nach dem glücklichen Ausgang der Krise durch ihr Verhalten nicht, welchen Anteil sie hieran Deutschland verdanken, denn der Kampf gegen die deutsche Volksgruppe geht unentwegt weiter. Außer dem Vorgehen gegen das Deutschtum in Teschen und gegen Pfarrer Kleindienst in Luck und andere weltliche in Oberschlesien ist bezeichnend, daß vier von den sechs deutschen Privatschulen, darunter auch dem Wosener Schiller-Gymnasium, die lange umkämpften Öffentlichkeitsrechte entzogen sind; es ist eine mildere Handhabung weder des Agrarreformgesetzes noch der Grenzonenverordnung zu bemerken. Auch sonstige Anzeichen deuten eher auf eine Verschärfung des Kurzes hin.

Walther

Nr. 130. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Berlin, den 20. Oktober 1938

Bei Hauptversammlung Aufständischenverbandes Kattowitz 16. d. M. stellte Ehrenvorsitzender Gragynski in aller Offenheit fest, daß das Deutschtum in Ostoberschlesien in Verwirklichung der Ziele Aufständischenverbandes auf allen Gebieten zurückgedrängt sei. In Entschliebung, die in Anwesenheit Gragynskis verlesen und angenommen wurde, verlangen die Aufständischen u. a. Einverleibung des Zipser Gebietes. Es heißt dann weiter: „Wir freuen uns über die wiedergewonnene Freiheit unserer Brüder jenseits der Olsa und stellen dabei fest, daß wir unsere Brüder im Opperler Schlesien nicht vergessen haben. Wir übermitteln ihnen unsere brüderlichen Grüße und unsere brüderliche Aufmunterung, daß sie wie bisher auch in alle Zukunft dem treu bleiben, was Polen heißt, in der Erkenntnis, daß hinter ihnen unsere nationale Kraft und Hilfe steht.“

Bitte sofort gegen deutschfeindliche Äußerungen Gragynskis sowie gegen von ihm gebilligte dreiste Einmischung Aufständischenverbandes in innerdeutsche Angelegenheiten bei maßgebender Stelle Außenministeriums schärfsten Protest zu erheben.

Beizsäder

Nr. 131. Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 8. November 1938

Vom 1. März bis Ende Juni sind weitere 61 Mitglieder der Gewerkschaft Deutscher Arbeiter, vom 1. Juli bis 24. Oktober 85 Mitglieder der Gewerkschaft entlassen worden. Die Entlassenen, die bis auf 3 verheiratet sind, waren vielfach 20 Jahre und länger auf den Gruben und Hütten beschäftigt. Als Grund der Kündigungen wurde im allgemeinen „Reorganisation“ angegeben. Die Entlassungen auf der Friedenshütte erfolgten wegen „Nichtleistung“, obwohl sämtliche Arbeiter als Fachkräfte nicht unter 15, einige sogar über 30 Jahre bei der Hütte beschäftigt waren. Außerdem sind von der Dubensko-Grube Anfang Juni weitere 40 deutsche Arbeiter und Ende Juni erneut 15 deutsche Arbeiter wegen „Reorganisation“ entlassen worden, die anderen ebenfalls deutschen Organisationen angehören. An Stelle der Entlassenen, die zur Stammebelegschaft der Grube gehörten, wurden polnische Arbeiter eingestellt.

Röhlke

Nr. 132. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 15. November 1938

Wegen der aufreizenden Äußerungen in der Rede des Boimoden Gragynski auf der Hauptversammlung des Aufständischenverbandes am 16. d. M. habe ich beim Vizeminister Grafen Szembel schärfsten Protest erhoben. Hierbei habe ich gleichzeitig energische Verwahrung eingelegt gegen den Wortlaut der Entschliebung des Aufständischenverbandes, die eine unzulässige Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten bedeutet. Graf Szembel, der für den erneuten Beweis der deutschfeindlichen Haltung des Kattowitzer Boimoden kein Wort der Entschuldigung fand,

erklärte, daß er die Angelegenheit dem Ministerpräsidenten vortragen und daß er hierbei darauf hinwirken werde, daß in Zukunft derartige Äußerungen eines leitenden polnischen Beamten unterbleiben.

von Rolffe

Nr. 136. Das Auswärtige Amt an den Deutschen Geschäftsträger in Warschau

Erlaß

Berlin, den 7. Dezember 1888

Aus den dort abschriftlich vorliegenden Berichten des Deutschen Generalkonsulats in Kattowitz geht hervor, daß von den auch im Laufe dieses Jahres seitens der ost-oberschlesischen Industrieunternehmungen durchgeführten Entlassungen von Arbeitkräften vorwiegend volksdeutsche Arbeiter und Angestellte betroffen wurden und daß die bisherige polnische Politik der systematischen Verdrängung der Volksdeutschen von ihren Arbeitsplätzen somit rücksichtslos weiter verfolgt wird.

Die von dem Herrn Reichsaußenminister anlässlich der Veröffentlichung der Winderbeitenerklärung durch Übergabe einer Aufzeichnung an Volschaffer Rißki am 5. November 1887 ausdrücklich zum Ausdruck gebrachte Erwartung der Deutschen Regierung, „daß alsbald Maßnahmen getroffen werden, um die deutsche Volksgruppe in Polen vor jeder unterschiedlichen Behandlung gegenüber dem Staatsvolk zu sichern ... vor allem bei der Einstellung und Entlassung deutschstämmiger Arbeiter“ hat sich somit leider nicht erfüllt, obwohl die Erwiderung des Polnischen Außenministers Beck auf die dortigen mündlichen Vorstellungen in der Angelegenheit (vgl. 4. Absatz des Berichts vom 11. Dezember 1887) eine günstige Auswirkung erhoffen lassen durfte.

Nachdem nunmehr ein volles Jahr verfloßen ist, ohne daß eine Besserung eingetreten wäre, bitte ich, erneut bei der Polnischen Regierung wegen dieser mit der deutsch-polnischen Winderbeitenerklärung vom 5. November 1887 in kraftem Widerspruch stehenden Maßnahmen nachdrückliche Vorstellungen zu erheben und über das Veranlaßte zu berichten.

Im Auftrag: Woermann

Nr. 137. Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 20. Dezember 1888

Die außerordentlich schwierige Lage des Deutschthums und die schisonösen und die Existenz vieler Winderbeitensangehöriger vernichtenden Maßnahmen der polnischen Behörden haben eine Änderung nicht erfahren. Es entspricht durchaus den Tatsachen, daß die vielen in der letzten Zeit erfolgten Verhaftungen wegen angeblicher Spionage, die offenbar einer immer mehr Platz greifenden Verdrossität der polnischen Amisstellen entspringt, die deutschen Volksgenossen zur Verzweiflung treiben. Da jede Familie, die in irgendeiner Form noch Verbindungen mit Deutschland oder mit deutschen Kreisen hier unterhält, jeden Augenblick gewärtig sein muß, in irgendeine Affäre verwickelt zu werden, ist es nur zu verständlich, daß eine allgemeine Verängstigung Platz greift, die eine Rettung aus der verzweifeltsten Lage nur darin erblickt, möglichst schnell von hier abzuwandern.

Ich bin überzeugt, daß dem Polenbund in Deutschland von den deutschen Behörden in keiner Weise Beschränkungen auferlegt werden, wenn er in legaler und das deutsche Staatsinteresse nicht gefährdender Weise mit der Heimat und den heimatischen Behörden in Deutschland Beziehungen unterhält. Es dürfte daher am Platze sein, zu erwägen, ob nicht dieses große Mißverhältnis in der Behandlung der Winderheit hier und drüben geeignet ist, bei den polnischen Stellen Schritte dahin zu unternehmen, daß die Maßnahmen der polnischen Behörden hier, die man beinahe schon mit Verfolgungen des Deutschthums bezeichnen kann — insbesondere, wenn man die Grenzgonnenderweisungen, die Agrarreform, die Schulschwierigkeiten, die Verweigerung der Übernahme von ererbtem Besitz in der Grenzzone u. a. mehr in Betracht zieht — abgestellt werden.

Ich fühle mich verpflichtet, mit allem Nachdruck auf den Ernst der Lage hier hinzuweisen. Die von den Polen strupellos durchgeführte Entdeutschung muß zu einer völligen Verlöschung und Vernichtung des hiesigen Deutschthums führen, wenn es nicht im letzten Moment gelingt, durch Verhandlungen mit der Polnischen Regierung eine den Winderheitenabmachungen entsprechende Handhabung der geschlichen und verfassungsmäßigen Bestimmungen herbeizuführen.

von Rüdiger



Generalfeldmarschall Göring bei seinem Besuch an der Ostfront



Bernaufflächer startet zum Feindflug gegen England

Phot.: H. G. Zorn (Wettling)

Nr. 141. Der Deutsche Geschäftsträger in Warschau an das Auswärtige Amt
Bericht

Warschau, den 5. Januar 1939

Die anhaltenden Entlassungen volksdeutscher Angestellter und Arbeiter aus den ober-schlesischen Industrieunternehmen sind bei dem Leiter der Westabteilung des Polnischen Außenministeriums Herrn Kunicki erneut zur Sprache gebracht worden. Hierbei ist unter Bezugnahme auf die seinerzeit von dem Herrn Reichsminister dem Botschafter Wislki aus Anlaß der Veröffentlichung der Minderheitenklärung übergebene Aufzeichnung festgestellt worden, daß die deutschen Erwartungen sich leider in keiner Weise erfüllt hätten. Man müsse vielmehr im Gegenteil feststellen, daß die Entlassungen gerade während des letzten Jahres noch zugenommen hätten, obwohl die Wirtschaftslage der ostoberschlesischen Industrie eher eine Besserung erfahren habe. In den meisten Fällen habe es sich bei den Entlassungen um Familienväter mit langer Dienstzeit gehandelt, also um einen Kreis von Personen, die normalerweise auch im Rahmen von Betriebsreorganisationsmaßnahmen zur Entlassung gelangen. Das rücksichtslose Vorgehen gegen diejenigen Angestellten und Arbeiter, die sich bisher dem Druck der Behörden zum Trotz geweigert hätten, ihre Kinder polnischen Schulen anzuvertrauen, habe in der deutschen Öffentlichkeit eine verständliche Erregung ausgelöst.

Herr Kunicki, der keinen Versuch machte, die ihm genannten Vorfälle irgendwie zu beschönigen, behauptete, an der Verschlechterung der Atmosphäre habe die angeblich schwierige Lage der polnischen Minderheit in Deutschland die Schuld.

Demgegenüber ist Herr Kunicki darauf hingewiesen worden, daß seine Behauptungen unbedingt zurückgewiesen werden müßten und daß es sich bei der polnischen Minderheit in Deutschland jedenfalls nie um die Sorge für das tägliche Brot handeln könne. Hunger und Arbeitslosigkeit seien Kampfmittel, deren sich nur der ober-schlesische Volksmob gegen die deutsche Minderheit bediene. Es sei daher kein Wunder, wenn große Erbitterung und eine verzweifelte Stimmung in der Minderheit um sich greife. Es läge daher auch im Interesse der deutsch-polnischen Beziehungen, wenn von Seiten des Außenministeriums darauf hingewirkt würde, daß endlich der Diskriminierung der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien ein Riegel vorgeschoben werde. Herr Kunicki sagte zu, die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

von Büblisch

Nr. 143. Der Deutsche Generalkonsul in Rattowiß an das Auswärtige Amt
Bericht

Rattowiß, den 26. Januar 1939

Seit dem Ablauf des Genfer Abkommens gehen die hiesigen polnischen Behörden in verstärktem Maße gegen das deutsche Schulwesen vor. Dieses Vorgehen findet seinen schärfsten Ausdruck in den einseitig von den Behörden durchgeführten Sprachprüfungen, die zur Folge haben, daß zahlreiche Kinder vom Besuch der deutschen Schule ausgeschlossen werden.

Nicht weniger als 240 Erziehungsberechtigte sind in Strafe genommen worden, weil sie auf Grund der Entscheidung der Sprachprüfungskommission ihre Kinder nicht den polnischen Schulen zugeführt haben. In vielen Fällen mußten die Erziehungsberechtigten die Geldstrafen absetzen oder abarbeiten. Der größte Teil der Kinder befindet sich seit langer Zeit im Schulstreik.

Röbelse

Nr. 144. Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau
Erlaß

Berlin, den 1. Februar 1939

Unter dem Vorsitz des schlesischen Sejmarschalls fand am 29. Januar d. J. in Rattowiß eine Tagung des schlesischen Bezirks des Westverbandes statt, in der Deutschland und die deutsche Volksgruppe in Polen erneut scharfen Angriffen ausgesetzt war. Die von der „Wolfska Rachodnia“ (Nr. 30 v. 30. 1. 1939) veröffentlichte Entschlieung der Tagesordnung beweist, daß die Deutschenbege des Westverbandes auch nach dem Warschauer Besuch des Herrn Reichsaußenministers in unverminderter Schärfe fortgesetzt wird und den offensichtlichsten Zweck verfolgt, die sich anbahnende Entspannung in der Minderheitenfrage zu stören.

Ich bitte, im Polnischen Außenministerium das Bestreben der Reichsregierung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß gegen die unausgesetzte deutschfeindliche

Kampagne des Westverbandes und insbesondere gegen die oben erwähnte Veranstaltung keine Schritte unternommen wurden, obwohl die Polnische Regierung rechtzeitig auf die Kundgebung aufmerksam gemacht ist.

Im Auftrag: Boermann

Nr. 146. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 25. Februar 1939

Die aus heutiger DRW-Meldung bekannte deutsch-feindliche Demonstration vor Botschaftsgebäude ist schärfste Kundgebung, die seit den letzten acht Jahren hier stattgefunden hat. Abgesehen vom Einwurf eines Fensters wurde zum erstenmal Häßgefang der „Nota“ vor der Botschaft gesungen, und während einer Viertelstunde wechselten Sprechchöre ab mit Rufen wie „Nieder mit Hitler“, „Fort mit den deutschen Hunten“, „Es lebe das polnische Danzig“, „Nieder mit der deutschfreundlichen Politik“. Die beiden vor der Botschaft stationierten Polizeibeamten beschränkten sich darauf, den Eingang des Gebäudes zu schützen. Erst der herbeigerufenen Verstärkung durch berittene Polizei und drei Panzerwagen gelang es, die Straßen zu säubern.

Herr Weß hat mir heute abend durch seinen Protokollschef Bedauern und Entschuldigung Polnischer Regierung übermitteln lassen; er habe besonders bedauert, daß diese Demonstration wegen ihres spontanen Entstehens nicht schnell habe beseitigt werden können. Es seien sowohl in politischer wie in polizeilicher Hinsicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um Wiederholung solcher Vorgänge zu verhindern. Ministerpräsident habe persönlich die Überwachung der getroffenen Anordnungen übernommen.

Moltke

Nr. 147. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 25. Februar 1939

Heutige erneute Demonstration vor Botschaft spielte sich in ähnlichen Formen ab wie gestrige mit dem Unterschied, daß dieses Mal schwere Steine gegen das Gebäude geworfen wurden, durch die ein Fenster im Unter- und zwei Fenster im Oberstodwerk durchschlagen wurden. Die Polizei, die seit gestern erheblich verstärkt worden war (es befanden sich in unmittelbarer Nähe der Botschaft 40 Polizisten) verhielt sich während der ganzen Dauer der 15 Minuten anhaltenden Kundgebung völlig untätig. Der Abzug der 800köpfigen Menge scheint im Verhandlungsweg erreicht worden zu sein. Demonstranten setzten sich vorwiegend aus rechtsradikalsten Studenten zusammen.

Im Auftrag Ministerpräsidenten und Ministers des Äußern übertrachte hiesiger Boimode, dem gesamte Polizei Warschaus untersteht, Entschuldigung der Regierung. Nach seiner Darstellung ist ein Polizeikorps durchbrochen worden, wodurch Demonstranten bis zur Botschaft vordringen konnten. Der verantwortliche Offizier ist sofort vom Dienst suspendiert worden. Von dem Verlangen der Polizei vor Botschaftsgebäude schien Boimoden bis zu meiner Beschwerde noch nichts bekannt zu sein.

Moltke

Nr. 148. Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Telegramm

Posen, den 25. Februar 1939

Gestern stattfanden hier antideutsche Ausschreitungen polnischer Studenten. Zug mehrerer hundert Demonstranten kurz vor Generalkonsulat von Polizei aufgelöst. Gestern und besonders vergangene Nacht Fensterscheiben von mindestens 11 volksdeutschen Gebäuden und Geschäften zertrümmert. Einzelne Volksdeutsche mißhandelt.

Raffler

Nr. 149. Der Deutsche Konsul in Krakau an das Auswärtige Amt

Bericht

Krakau, den 25. Februar 1939

Das Studentenheim der deutschen Hochschüler in Krakau war gestern abends um 9 Uhr der Schauplatz einer wilden, deutschfeindlichen Demonstration. Eine Anzahl von etwa 200 bis 300 Personen hatte sich vor dem erwähnten Hause zusammen-

gefunden, und eine Gruppe von etwa 15 polnischen Studenten drangen, mit Knüppeln und Totschlägern versehen, in das deutsche Studentenheim ein. Sie überfielen die dort anwesenden deutschen Hochschüler und Hochschülerinnen, wobei ein Hochschüler derartig blutig gefoltert wurde, daß er sofort in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Einer der Eindringlinge zerstörte die Lichtleitung, so daß in den Räumen sofortige Finsternis eintrat, und nun begann ein unerhörtes Vertrümmern der Einrichtung. Stühle, Tische und Klavier, Fenster Scheiben und Meiderreihen wurden ein Opfer des sinnlosen vandalischen Wütens der polnischen Studenten. Erst längere Zeit, nachdem die Demonstranten sich entfernt hatten, kam die Polizei und nahm ein Protokoll auf.

Schillingcr

Nr. 150. Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Telegramm

Posen, den 28. Februar 1939

Vorbereitet durch eine Hehlkampagne der polnischen Presse kam es ab Freitag, den 24. d. M., in Posen zu schweren deutschfeindlichen Kundgebungen polnischer Studenten, denen sich auch Straßenpassanten und halbwüchsige Burschen anschlossen. Das Posener Deutschtum wurde dadurch schwer betroffen. Die Studenten überfielen deutsche Menschen und fast sämtliche bekannten deutschen Gebäude, die vielfach sogar mehreren Überfällen ausgesetzt waren. Die Unruhen dauern zur Zeit noch an.

Watuschka

Nr. 151. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 28. Februar 1939

Unter den deutschfeindlichen Kundgebungen, die im Zusammenhang mit dem Danziger Studentenkonflikt polnischerseits in Szene gesetzt wurden, ist besonders die Versammlung der Akademischen Legion, die am vergangenen Sonntag in der Warschauer Universität stattfand, hervorzuheben. An der Versammlung, die zunächst verschoben werden sollte, aber auf Intervention militärischer Stellen vom Ministerpräsidenten doch noch genehmigt worden war, nahmen u. a. der Vizekriegsminister General Głuchowski, der Leiter des Amtes für Wehrschulung und körperliche Ertüchtigung General Sawicki, ferner eine Reihe von Offizieren und Hochschulprofessoren teil. Der vom Kriegsminister ernannte Leiter der Akademischen Legion Oberst Tomajewski hielt eine leidenschaftliche Ansprache an die Studenten, in der er an ihren patriotischen Geist appellierte und Opferbereitschaft von ihnen forderte; hierbei flocht er verschiedentlich politische Ausfälle ein, die teils ausdrücklich gegen Deutschland gerichtet, teils auf Deutschland gemünzt waren und in diesem Sinne von seinen Zuhörern verstanden wurden. Polen, so erklärte er, habe keinerlei Territorien zurückzugeben, dagegen mehr als eines zurückzufordern. (Zwischenrufe: Das polnische Danzig! Das polnische Ostpreußen!) Danzig, so fuhr Tomajewski fort, sei eine Eiterbeule am polnischen Leibe, die man ausschneiden müsse.

Nachdem die studentischen Redner zum Teil noch zügellosere Ausfälle gegen Deutschland gerichtet hatten, wurde u. a. beschlossen, einen „Ohne Deutschen-Tag“, d. h. einen Boykott-Tag, der sich gegen alle Deutschen und alles Deutsche richten soll, zu veranstalten.

Die Kundgebung der Akademischen Legion, einer vom Kriegsministerium betreuten Organisation, die der militärischen Vorbereitung der Hochschuljugend dient, unterscheidet sich dadurch von den sonstigen seitens der nationalabulischen Studenten übten deutschfeindlichen Stragentumulte und Ausschreitungen, daß es sich hier um eine unter dem Schutz hoher militärischer Stellen und in Anwesenheit des Vizekriegsministers abgehaltene Veranstaltung handelte. Die Sympathien mancher Militärkreise für die deutschfeindliche Gefinnung der Studentenschaft, die schon im Verlauf der jüngsten Vorfälle zu beobachten war, fand bei diesem Anlaß eine neue Bestätigung. Ähnlich der Einstellung der Militärkreise ist diejenige der Polizei, was ihr passives Verhalten bei den Demonstrationen vor der Botschaft am Freitag und Sonnabend der vergangenen Woche zeigte.

Wegen des unerhörten Versagens der Polizei habe ich mich beim Außenministerium aufs nachdrücklichste beschwert. Seit Sonnabendabend ist der Schutz der Botschaft nunmehr effektiver geworden; ein heute erneut von studentischen Demonstranten unternommener Versuch, vor das Botschaftsgebäude zu gelangen, wurde von der Polizei energisch verhindert.

Den Entschuldigungen, die am Freitag und Sonnabend durch den Chef des Protokolls und den Warschauer Boimoden erfolgt waren, hat sich Herr Bed persönlich bei unserem Zusammentreffen anlässlich des Diners für Graf Ciano auf der Italienischen Botschaft angeschlossen. Verschiedene Veröffentlichungen in der heutigen Presse mahnen zur Ordnung und Disziplin und suchen zu beruhigen. Man kann jedoch nicht sagen, daß die Elemente, die die deutschfeindlichen Demonstrationen hervorgerufen und veranstaltet haben, tatsächlich schon zur Ruhe gebracht wären.

von Rolffe

Nr. 152. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter

Aufzeichnung

Berlin, den 28. Februar 1939

Ich empfing heute den Polnischen Botschafter und sagte ihm, daß ich mit immer steigendem Unbehagen die Entwicklung in Polen auf Grund der lokalen Danziger Studentenzwischenfälle betrachte. Ich wies auf die zweimaligen Demonstrationen vor der Botschaft hin, bei denen die Polizei anscheinend untätig zugehört habe, und ferner auf die Hege in einem großen Teil der polnischen Presse. Die Demonstrationen hielten auch am heutigen Tage über ganz Polen noch an. Ich wies den Botschafter darauf hin, daß ich bisher die ganzen Vorgänge völlig aus der deutschen Presse herausgehalten habe. Wenn diese Pressehege und die Demonstrationen in Polen allerdings weitergingen, würde die deutsche Presse antworten, und er wisse ja wohl genügend von der deutschen Presse, daß sie es dann allerdings auch gründlich tun werde. Er, Rippl, kenne ja die Grundeinstellung des Führers, die einen großen endgültigen Ausgleich mit Polen finden möchte, und diese Einstellung sei immer unverändert. Durch solche bedauerlichen Vorkommnisse könne allerdings dieser Ausgleich sehr erschwert oder zumindest sehr verzögert werden.

von Ribbentrop

Nr. 155. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 9. März 1939

In einer Unterredung, die ich gestern mit Herrn Bed hatte, bin ich noch einmal auf die Kundgebungen vor der Deutschen Botschaft zurückgekommen, wobei ich besonders auf das offensichtliche Sympathisieren der Polizei mit den Demonstranten verwiesen habe, sowie darauf, daß ein höherer polnischer Offizier einem Gewährsmann gegenüber diese Demonstrationen als durchaus berechtigt bezeichnet habe. Ich erklärte Herrn Bed, daß diese beiden Feststellungen sowie andere Beobachtungen solcher Art bebauerlicherweise gezeigt hätten, wie schmal die Basis sei, auf der hier in Polen die Verständigungspolitik betrieben werde. Außer ihm selbst und etwa einem halben Dutzend anderer Persönlichkeiten gebe es hier in Polen eigentlich niemand, der sich ernstlich für diese Angelegenheit interessiere. Man könne sich auch nicht wundern, wenn die Stimmung Deutschland gegenüber sich hier dauernd verschlechtere; denn die Presse höre nicht auf, zu hegen. Täglich erschienen unfreundliche Artikel, und zwar nicht nur in der Oppositionspresse, sondern auch in den provinziellen Regierungsorganen, und nur die beiden in Warschau erscheinenden offiziellen Zeitungen behielten sich einigermaßen korrekt. Noch schlimmer sei aber die Agitation des Westverbandes, der in außerordentlich sinnfälliger Weise durch verschiedene planmäßige Aktionen die Bevölkerung gegen alles Deutsche aufbege. Geradezu ungeheuerlich sei im August d. J. die während dreier Wochen durch das ganze Land gehende Demonstrationswelle gewesen, mit der gegen die angebliche Brutalität der Deutschen protestiert wurde, und zwar anlässlich des bedauerenswerten Unglücksfalles eines polnischen Eisenbahners, der auf der Strecke Danzig—Gdingen aus dem Zuge gefallen war, wobei ihm beide Beine abgefahren wurden. Die damalige Hege sei von der Regierung gebildet worden, obwohl ihr bekannt war, daß der den Deutschen zur Last gelegte Unfall lediglich durch Verschulden des betreffenden polnischen Eisenbahnbeamten selbst herbeigeführt worden war, ohne daß irgendein Deutscher dabei beteiligt gewesen wäre. Das sei der unglaublichste Fall von Verhöhnung gewesen, der mir je vorgekommen sei.

Herr Bed schien über die Ausführungen recht betroffen und erklärte nochmals, wie sehr er die Vorfälle vor der Deutschen Botschaft bedauert hätte. Er gab zu, daß die Polizei verfaßt habe, und erklärte, daß der schuldige Polizeioffizier vor Gericht

gestellt werden würde. Im übrigen meinte er, man dürfe die Dinge auch nicht zu pessimistisch ansehen. Die Verständigungspolitik sei in der Tat nicht immer leicht durchzuführen, und er verhehle sich keineswegs ihre Schwierigkeiten. Er habe namentlich im Jahre 1936 schwere Kämpfe bestehen müssen, um diese von Pilsudski inaugurierte Politik zur Anerkennung zu bringen; seither begegne er aber in politischen Kreisen wachsendem Verständnis dafür. Die Gründe für die Verschlechterung der Stimmung während der letzten Monate sehe er hauptsächlich in der karpatho-ukrainischen Frage, da man Deutschland die Schuld zuschreibe, daß es nicht zu einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze gekommen sei.

Ich verwies darauf, daß dieser Behauptung durch die sehr klaren Erklärungen von Verdächtigungen der Boden entzogen worden wäre und daß es doch wirklich an der Zeit sei, etwas gegen die Brunnenvergiftung zu unternehmen. Wir könnten es jedenfalls nicht verstehen, wenn die Pressehefte von der Regierung gebudelt werde und wenn man dem Westverband für seine deutschfeindlichen Aktionen freie Hand gelasse.

von Rolffe

IX. Fortsetzung der Enteignung Deutschen Grundbesitzes in Nichtachtung der Minderheitenerklärung (Februar 1938 bis Februar 1939)

Nr. 156. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt Telegramm

Warschau, den 16. Februar 1938

Soweit aus bisher vorliegendem Material festzustellen, ergibt Namensliste für Agrarreform, daß in diesem Jahr 22 800 ha aus deutscher Hand enteignet werden gegenüber 21 100 ha im vorigen Jahr. Allerdings sind die Enteignungen aus polnischer Hand in diesem Jahr mit 13 600 ha höher als die vorjährigen mit 6 100 ha, so daß der Prozentsatz des deutschen Anteils sich von etwa 75 Prozent im vorigen Jahr auf etwa 64 Prozent in diesem Jahr verbessert hat; er liegt aber immer noch wesentlich über dem nur etwa 30 Prozent betragenden deutschen Anteil an dem der Agrarreform unterliegenden Gesamtareal. Wihin ist bedauerlicherweise festzustellen, daß auch die Minderheitenerklärung, die hinsichtlich des Grundbesitzes Gleichstellung zusichert, sich auf Durchführung der Agrarreform nicht ausgewirkt hat, obwohl unsererseits seinerzeit ausdrücklich auf diese Zusammenhänge hingewiesen wurde.

Rolffe

Nr. 157. Der Deutsche Generalkonsul in Wofen an das Auswärtige Amt Bericht

Wofen, den 22. Februar 1938

Nachdem bereits im vorigen Jahre der deutsche Besitz übermäßig stark, im Gegensatz zum polnischen Besitz, zur Agrarreform herangezogen worden war, hatten die maßgeblichen deutschen Kreise die Hoffnung gehegt, daß ihr Besitz in diesem Jahr geschont werden würde. Sie sühten sich zu dieser Hoffnung um so mehr berechtigt, als sie glaubten, daß die am 5. 11. 1937 abgegebene Minderheitenerklärung nun endlich Früchte tragen würde. Die jetzt veröffentlichten Namenslisten haben aber alle ihre Hoffnungen zunichte gemacht. Nach einer an den Polnischen Ministerpräsidenten gerichteten Eingabe des Senators Hasbach entfallen nämlich von der gesamten Fläche, die in den Woiwodschaften Wofen und Pommerellen zur Zwangspartzellierung herangezogen wird,

auf Deutsche	22,254 ha.
auf Polen	13,945 ha.

Seit Besehen des Agrarreformgesetzes sind bisher insgesamt zur Zwangspartzellierung angefordert worden:

von Deutschen	109,912 ha = 66 v. H.,
von Polen	55,714 ha = 34 v. H.

Im Jahre 1925, d. h. zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Agrarreformgesetzes, waren vom gesamten der Agrarreform unterliegenden Besitz

in polnischen Händen	729,750 ha,
in deutschen Händen	513,770 ha.

Von dieser Gesamtfläche entfallen auf Landvorrat

in polnischen Händen	411,810 ha.
in deutschen Händen	261,260 ha.

Diese Flächen verhalten sich also in Prozentzahlen gerechnet wie 62 : 38.

Bei einer gerechten Handhabung der Agrarreform hätten zur Zwangsparzellierung vom privaten Grundbesitz also auch nur in diesem Prozentverhältnis Deutsche und Polen zur Zwangsparzellierung herangezogen werden dürfen. Von den Polen wurden jedoch nur 55,714 ha. von den Deutschen dagegen 109,912 ha auf den Namenslisten angefordert. Diese Ziffern verhalten sich aber gerade im umgekehrten Verhältnis zur Besitzfläche. Es sind vom polnischen Besitz statt 62 v. H. nur 39 v. H., vom deutschen dagegen 61 v. H. statt 38 v. H. zur Zwangsparzellierung angefordert worden.

Darüber hinaus weist Senator Hasbach auf eine weitere schwerwiegende Sorge der deutschen Minderheit hin. Obwohl der deutsche Grundbesitz ungerechtfertigt stark zur Agrarreform herangezogen wurde und damit der Lebensraum der deutschen Minderheit eine ungeheure Einschränkung erfuhr, ist auf den neugebildeten Bauernwirtschaften die deutsche Minderheit fast gar nicht angefeht worden. Nach vorliegendem Material ist noch nicht einmal 1 v. H. der zur Agrarreform herangezogenen Fläche der deutschen Minderheit zugute gekommen, da die Landkommisariate in den Wohnschaften Polen und Kommerellen die Anfechtung von Angehörigen der deutschen Minderheit fast grundsätzlich ablehnen.

Die vom Senator Hasbach angeführten Tatsachen lassen es begreiflich erscheinen, daß sich bei den Deutschen Verzärtung und Hoffnungslosigkeit bemerkbar machen. Aus dem Vorgehen der Polen geht ohne irgendeine Vertuschungsabsicht klar hervor, daß für sie die Minderheitenabmachungen nicht gelten, sondern daß sie den unerbittlichen Grundsatz verfolgen, das Deutschtum trotz aller Versprechungen und Beteuerungen zu vernichten. Nimmt man zu dieser Agrarreform noch die Schikanen des Grenzzonengesetzes und die in der letzten Zeit erfolgten Aufenthaltsverweigerungen hinzu, so kann man gut verstehen, daß die Deutschen jede Hoffnung, ihre Lage hier erträglich zu gestalten, aufgeben müssen.

Walther

Nr. 160. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 8. März 1938

Wie bereits gemeldet, habe ich die mit dortigem Telegramm angeordnete Demarche in Sachen der Agrarreform erst am 4. d. M. abends, also unmittelbar vor der Abreise des Außenministers Bed nach Rom, ausführen können. Ich habe hierbei das in dem Bericht des Generalkonsulats Posen vom 22. Februar enthaltene Zahlenmaterial weisungsgemäß verwertet, das meines Erachtens unüberlegbar die Schlechterstellung der deutschen Minderheit beweist. Ich habe des weiteren ausgeführt, daß bei Neuansiedlungen sowohl wie bei Anliegersiedlungen die deutschen Bauern planmäßig ausgeschlossen werden und daß die Handhabung der Grenzzonenerordnung durch fast restlose Ablehnung der bei jedem Eigentumswechsel erforderlichen Genehmigung — auch wenn es sich um Erbübergang von Vater auf Sohn handelt — zu einer Maßnahme der Enddeutschung geworden ist. Schließlich habe ich unter Fortführung einer früheren Unterhaltung Herrn Bed auch noch Material über die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien mitgeteilt, um zu beweisen, daß das deutsche Element wirtschaftlich überall und in jeder Hinsicht zurückgesetzt wird.

Herr Bed bestritt, daß auf irgendeinem Gebiet eine unfreundliche Tendenz gegenüber der deutschen Minderheit vorhanden sei, und berief sich erneut auf Weisungen, die in dieser Hinsicht von dem Ministerpräsidenten gegeben worden seien. Zu dem von mir vorgelegten Zahlenmaterial über die Agrarreform führte Herr Bed folgendes aus: Zunächst einmal sei das Ziel des Agrarreformgesetzes, den gesamten landwirtschaftlichen Großgrundbesitz in Polen auf die im Gesetze vorgesehene Größe herunterzubrüden. Dieses Ziel würde fortan in einem schnelleren Tempo verfolgt werden als bisher, so daß es voraussichtlich schon in ganz wenigen Jahren restlos erreicht sein werde. Die Frage der Reihenfolge spiele infolgedessen keine sehr große Rolle mehr, da in sehr kurzer Zeit sowieso alle Grundbesitzer, ob Polen oder Deutsche, von der Agrarreform erfaßt sein würden. Zweitens verwies Herr Bed

auf die freiwilligen Parzellierungen, die in verhältnismäßig großem Umfange seitens der polnischen Eigentümer durchgeführt worden seien und fast gar nicht von deutscher Seite. Schließlich machte Herr Wed geltend, daß der Großgrundbesitz sich zu 30 v. H. in deutscher Hand befinde, während der deutsche Bevölkerungsanteil in den fraglichen Provinzen wesentlich geringer sei. Als ich Herrn Wed darauf hinwies, daß er hiermit ein rein politisches Moment in die Frage der Agrarreform einschalte, erklärte er, es handle sich nicht um ein politisches, sondern um ein rein soziales Moment insofern, als das Agrarreformgesetz die Aufgabe stelle, zunächst einmal den übermäßig großen Besitz zu zerbrechen und der bäuerlichen Hand zuzuführen. Nun beständen sich aber gerade die größten landwirtschaftlichen Betriebe in deutscher Hand, und so sei die stärkere Heranziehung des deutschen Grundbesitzes vollkommen im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen und den Grundfäden sozialer Gerechtigkeit.

Die Bedenken Argumente sind, und ich habe das nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, in keiner Weise stichhaltig. Was zunächst die Behauptung anbelangt, daß die Agrarreform in wenigen Jahren restlos durchgeführt sein werde, so wird, auch wenn den Wünschen des Landwirtschaftsministers Boniatowski entsprechend das Tempo der Durchführung wesentlich beschleunigt werden sollte, schon aus finanziellen Gründen noch eine recht erhebliche Zeitspanne notwendig sein. Abgesehen hiervon aber ist noch keineswegs zu übersehen, ob bei der ständig wachsenden Opposition gegen die Agrarreform die Parzellierung überhaupt bis zu Ende durchgeführt werden wird. Jedenfalls liegt aber nicht die geringste Berechtigung vor, die deutschen Grundbesitzer in der Reihenfolge an die erste Stelle zu setzen. Was die freiwilligen Parzellierungen anbelangt, so sind dieselben nach den uns vorliegenden Zahlenangaben nicht so erheblich, daß sie das für die deutsche Minderheit ungünstige Bild verändern könnten. Auch die Behauptung, daß gerade die größten landwirtschaftlichen Betriebe sich in deutscher Hand befänden, ist völlig unzutreffend. Vielmehr sind die großen deutschen Besitztümer längst enteignet, und in allen Größenklassen überwiegt jetzt der polnische Grundbesitz.

Herr Wed, der sein Zahlenmaterial nicht zur Hand hatte, machte schließlich den Vorschlag, die Besprechung nach seiner Rückkehr aus Rom noch einmal wieder aufzunehmen, da ihm daran liege, daß keine Mißverständnisse zurückblieben. Ich habe mich damit einverstanden erklärt und darf nach der weiteren Besprechung erneut berichten.

von Rolffe

Nr. 162. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 22. November 1938

Die mir aufgetragene Demarche wegen der weiteren Durchführung der Agrarreform ist bei Ministerialdirektor Graf Lubienki, dem Kabinettschef des Außenministers, ausgeführt worden. Bereits im März d. J. nach Veröffentlichung der letzten Namensliste war dieser Fragenkomplex mit dem Grafen Lubienki besprochen worden, der sich bereit erklärte, die Frage der Benachteiligung des deutschen Grundbesitzes beim Polnischen Agrarminister zur Sprache zu bringen. Graf Lubienki hat nunmehr wieder erklärt, daß mit der Durchführung der Bodenreform in keinem Fall eine Benachteiligung des deutschen Grundbesitzes beabsichtigt sei. Die Listen würden ohne Ansehung der Nationalität der Besitzer nach rein sachlichen Gesichtspunkten aufgestellt.

Dem Grafen Lubienki ist erwidert worden, daß die Art und Weise, wie bisher die Bodenreform in Polen gehandhabt worden sei, auf deutscher Seite den berechtigten Eindruck erweckt habe, daß es sich in erster Linie um eine großzügige Entdeutschungspolitik handle. Maßgebend für die Beurteilung müsse die Tatsache sein, daß der deutsche Besitz im Verhältnis mehr als doppelt so stark zur Bodenreform herangezogen worden sei als der polnische. Die Veröffentlichung der Namensliste im Februar d. J. habe in der deutschen Öffentlichkeit eine um so stärkere Empörung ausgelöst, als man unbedingt auf Grund der Rindberkeinerklärung eine gerechtere Handhabung hätte erwarten dürfen. Falls der Agrarminister für unsere Auffassung kein Verständnis zeige und mit seiner Entdeutschungspolitik fortfahren sollte, so wäre mit einer sehr empfindlichen Rückwirkung auf die deutsche öffentliche Meinung zu rechnen.

von Rolffe

**Nr. 163. Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung
des Auswärtigen Amts**

Berlin, den 15. Februar 1939

Nach telephonischer Meldung der Deutschen Botschaft in Warschau ist im polnischen Gesetzbuch von heute die Liste (Namensliste) der Grundstücke, die im Jahre 1939 zur Zwangspargellierung im Wege der Agrarreform bestimmt worden sind, veröffentlicht worden. Nach dieser Liste entfallen

- in der Wojwodtschaft Posen von insgesamt 20 275 ha auf deutschen Besitz 12 142 ha,
- in der Wojwodtschaft Pommerellen von insgesamt 17 437 ha auf deutschen Besitz 12 538 ha,
- in der Wojwodtschaft Oberschlesien von insgesamt 7438 ha auf deutschen Besitz 6813 ha.

Diese Maßnahmen stehen in krassem Widerspruch zur deutsch-polnischen Minderheitenerklärung vom 5. November 1937 sowie zu den wiederholten Zusicherungen der Polnischen Regierung, deutsche Volkstumsangehörige bei der Agrarreform nicht zu diskriminieren. Der deutsche Landvortrag beträgt in Posen und Pommerellen nur etwa ein Drittel des gesamten, der Agrarreform unterliegenden Besitzes.

Schließ

Nr. 166. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 17. Februar 1939

Da Herr Beck erkrankt und Graf Szembel abwesend, habe ich angeordnete Demarche in Sachen Agrarreform bei Unterstaatssekretär Arciszewski ausgeführt, der übrigens von Herrn Beck speziell mit Bearbeitung dieser Frage beauftragt ist.

Arciszewski erklärte, daß uns günstiger Standpunkt Außenministeriums auf großen Widerstand im Ministerrat gestoßen wäre, der die Auffassung vertritt, daß die Frage der gleichmäßigen Heranziehung deutschen und polnischen Grundbesitzes nicht im Rahmen einzelner Provinzen, sondern gesamten Staatsgebietes zu beurteilen sei. Angesichts dieser Schwierigkeiten habe Außenministerium auf den Versuch einer Abänderung der für Pommerellen aufgestellten Liste verzichtet, weil dort die Agrarreform bereits fast ganz abgeschlossen sei, und habe sich darauf beschränkt, in der Wojwodtschaft Posen — und zwar auch für die Zukunft — den Grundbesitz 50 zu 50 zu fordern. Hierin habe das Außenministerium Erfolg gehabt.

Ich habe erwidert, daß wir polnischen Standpunkt hinsichtlich Pommerellen als eine unerträgliche Diskriminierung ansehen müßten. Was Posen anbetreffe, so sei nach unseren sehr genauen Unterlagen die Heranziehung deutschen Besitzes wesentlich größer als 50 v. H. Aber abgesehen hiervon könnten wir uns auch mit Grundbesitz 50 zu 50 nicht einverstanden erklären, weil deutscher Besitz nur etwa 30 v. H. der Gesamtfläche betrage und obendrein in den Vorjahren bereits übermäßig stark herangezogen sei.

Arciszewski bat um Mitteilung unseres Zahlenmaterials. Ich habe hierfür genaue Unterlagen bei Generalkonsulat Posen angefordert.

Rolle

Nr. 168. Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 21. Februar 1939

Die vergangene Woche stand vollständig unter dem Zeichen der neuen Enteignungen deutschen Besitzes. Die Veröffentlichung der Namensliste hat angesichts des vor wenigen Wochen stattgehabten Besuches des Reichsministers des Auswärtigen in Warschau, von dem sich die deutsche Volksgruppe allenthalben eine starke Verbesserung der polnisch-deutschen Beziehungen versprach, wie eine Bombe eingeschlagen. Alle Hoffnungen, daß nun endlich einmal die Schlechterstellung der deutschen Volksgruppe hier aufhören würde, haben sich als trügerisch erwiesen.

Aber die Auswirkungen der Enteignungen nach der neuen Namensliste folgt heute noch ein besonderer Bericht, aus dem die katastrophale Lage mancher Betriebe ersichtlich ist. Besonders der mittlere Besitz wird am stärksten betroffen, da von ihm mehrere Betriebe, weil sie in einer bestimmten Zone liegen, bis auf 60 ha enteignet werden und infolgedessen gar nicht mehr lebensfähig sind.

Eine vergleichende Zusammenstellung des seit Inkrafttreten des Gesetzes über die Durchführung der Agrarreform vom 28. Dezember 1925 bis einschließlich 1938 durch Namenslisten enteigneten deutschen und polnischen Grundbesitzes in Pommerellen ergibt, daß der deutsche Grundbesitz bisher 56,214,00 ha Bodenfläche = 72 v. H. der gesamten durch Namenslisten enteigneten Bodenfläche verloren hat, während der polnische Grundbesitz nur mit 22,093,00 ha Bodenfläche = 28 v. H. der Gesamtfläche auf die bisher erschienenen Namenslisten gesetzt worden ist. Die Erwartung, daß die diesjährige Namensliste die unverhältnismäßige und durch nichts gerechtfertigte Benachteiligung des deutschen Grundbesitzes durch eine stärkere Heranziehung des polnischen Besitzes zum Teil ausgleichen würde, ist nicht erfüllt worden. Die Benachteiligung des deutschen Grundbesitzes hat vielmehr gegenüber den Vorjahren eine weitere Verschärfung erfahren.

Es scheint den polnischen Behörden auf eine schnelle und völlige Vernichtung des Deutschtums hier anzukommen, denn die bei ihnen in der letzten Zeit allgemein zu beobachtende Einstellung dem Deutschtum gegenüber ist feindlicher denn je.

Es ist klar, daß sich unter diesen Umständen der deutschen Bevölkerung hier eine außerordentliche Erregung bemächtigt hat, weil sie in allen ihren berechtigten Hoffnungen und in all ihrer Loyalität dem hiesigen Staat gegenüber auf das Bitterste enttäuscht worden ist. Ein Gefühl der Unsicherheit, aber auch der Rechtlosigkeit macht sich hier breit, das nur schwer zu bekämpfen ist. Daß dabei auch wieder der Drang zur Abwanderung stark hervortritt, möchte ich noch besonders betonen.

von Rückler

X. Weitere Deutsche Versuche zur Verbesserung der Lage der Deutschen Volksgruppe durch Deutsch-Polnische Besprechungen (November 1937 bis März 1939)

Nr. 169. Aufzeichnung des Dirigenten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes

Berlin, den 25. November 1937

Der Polnische Geschäftsträger suchte mich heute aus anderem Anlaß auf und ich benutzte die Gelegenheit, ihn unter Hinweis auf die vom Herrn Reichsminister dem Polnischen Votschafter Anfang November überreichte Noteg anlässlich der Abgabe der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung daran zu erinnern, daß deutschseits in dieser Aufzeichnung angeregt worden sei, regelmäßig wiederkehrende Aussprachen zwischen Vertretern beider Staaten über die in der Minderheitenerklärung behandelten Fragen stattfinden zu lassen. Auf diese deutsche Anregung sei eine Antwort noch nicht erfolgt. Diese Aussprache sollte dem Zweck dienen, die betreffenden Fragen zu entpolitisieren und im gemeinsamen Benehmen einer zufriedenstellenden Lösung zuzuführen. Unsere inneren Behörden erwögen der polnischen Minderheit gegenüber sehr positive Maßnahmen und erblickten in den vorgesehene Aussprachen ein Instrument zur Fortführung der in der Minderheitenerklärung aufgestellten Richtlinien. Es wäre daher sehr erwünscht, wenn wir bald eine positive Antwort zu unserem Vorschlag erhalten würden, um an die praktische Arbeit herangehen zu können. Der Geschäftsträger bezeichnete dies auch seinerseits als erwünscht und versprach, demnächst eine Antwort erteilen zu wollen.

Fürst von Bismarck

Nr. 170. Der Deutsche Votschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 30. Mai 1938

Die Erwartung, daß die Lage der deutschen Minderheit in Polen durch die gemeinsame Erklärung der Deutschen und der Polnischen Regierung über die Behandlung der beiderseitigen Minderheiten vom 5. November 1937 eine wesentliche Besserung erfahren würde, hat sich leider nicht erfüllt.

In stärkerem Maße als früher ist der deutschen Volksgruppe in Polen im Verlauf des letzten halben Jahres die wesentlichste Grundlage ihrer Existenz, nämlich Grund und Boden, durch verschärfte Heranziehung zur Agrarreform sowie durch die Anwendung des seit dem 1. Juli 1937 verschärften Grenzengesezes entzogen worden. In der Praxis wirken sich die Bestimmungen dieses Gesetzes dahin aus, daß in ganz Polnisch-Oberschlesien, im größten Teile Pommerellens und in einem er-

heblischen Teil der früheren Provinz Posen jeder Erwerb von Grundbesitz — auch im Erbgang — unterbunden wird. Nicht einmal Pacht- oder sonstige Nutzungsverträge werden genehmigt, wenn der Pächter oder Nutzungsberechtigte Volksdeutscher ist. Das bedeutet, daß der noch in deutscher Hand befindliche Grundbesitz, soweit er nicht schon von der Agrarreform erfaßt wird, spätestens beim Tode des jetzigen Eigentümers dem Deutschtum verlorengelangen muß.

Abgesehen von der Verdrängung der Angehörigen der deutschen Volksgruppe von ihrem Grundbesitz werden deutsche Kaufleute und Unternehmer durch wirtschaftlichen Boykott drosselnd gemacht, der durch den von der Polnischen Regierung geförderten Wettbewerbsverband organisiert wird.

Die deutsche Arbeiterkraft wird, insbesondere in Oberschlesien, mehr und mehr von ihren Arbeitsplätzen verdrängt, während gleichzeitig auf Grund der guten Beschäftigungslage der Werke nationalpolnische Arbeiter in verstärktem Maße eingestellt werden. In Ostoberschlesien waren bereits im vergangenen Jahre 70 v. H. der deutschen Arbeiter drosselnd, die deutsche Jugend ist dort fast 100prozentig ohne Lehrstelle.

Auf kulturellem Gebiet zeigt sich die Entdeutschungspolitik der Polnischen Regierung in der Schließung von Schulen und in wirtschaftlichem Druck auf die Eltern, die ihre Kinder in die deutsche Schule schicken.

Ich habe in allen vorerwähnten Fragen ständig bei der Polnischen Regierung nachdrückliche Vorstellungen erhoben, die weiter fortgesetzt werden, da die Polnische Regierung bisher unseren Wünschen kaum entsprochen hat. Hierbei habe ich immer wieder darauf hingewiesen, daß uns das Schicksal der deutschen Volksgruppe in Polen mit Sorge erfülle und daß die ständig unterschiedliche Behandlung der deutschen Minderheit in Polen naturgemäß eine Belastung unserer gutnachbarlichen Beziehungen zur Folge haben müsse. Ferner habe ich weisungsgemäß geltend gemacht, daß die polnische Minderheit im Reich überall in Arbeit und Brot steht, während die Deutschen in Polen trotz des auch dort erkennbaren wirtschaftlichen Aufschwungs lediglich wegen ihres Deutschtums ihrer wirtschaftlichen Grundlage beraubt werden. Im übrigen sei der beste Beweis unseres guten Willens, auf dem Minderheitsengebiet Beschwerden auszuräumen, unser wiederholter Vorschlag an die Polnische Regierung, von Zeit zu Zeit eine Aussprache von deutschen und polnischen Sachverständigen stattfinden zu lassen, eine Anregung, auf die die Polnische Regierung leider bisher nicht eingegangen sei.

Ich werde die Anregung einer Aussprache über die Minderheitenfragen weisungsgemäß weiter betreiben, würde aber dankbar sein, wenn auch seitens des Auswärtigen Amtes in gleichem Sinne auf die dortige Polnische Botschaft eingewirkt werden könnte.

von Nolte

Nr. 171. Der Reichsminister des Auswärtigen an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Berlin, den 29. Juni 1938

Es wird hier ebenfalls für angezeigt gehalten, die Eingabe Polenbundes vom 2. Juni sowie dadurch verstärkte Spannung auf Minderheitsengebiet zum Anlaß zu nehmen, um Polnische Regierung erneut Verhandlungen über Beschwerden beiderseitiger Minderheiten vorzuschlagen. Bitte daher tunlichst bald entsprechende Demarche bei Außenminister Bed unternehmen und hierbei folgende Gesichtspunkte vorsetzen:

Eingabe Polenbundes sei von Reichsregierung eingehend geprüft worden, die bereit sei, berechnigte Wünsche polnischer Minderheit zu erfüllen. Entgegenkommende Haltung Reichsregierung sei bereits in Abstellung einzelner Beschwerden sowie in Empfang polnischer Minderheitenvertreter durch Reichsinnenminister zum Ausdruck gekommen. Es könne und aber nicht zugemutet werden, bei der weiteren Behandlung dieser Fragen Lage deutscher Minderheit in Polen außer Betracht zu lassen, die nach unserer Auffassung weit größeren Anlaß zu Beschwerden biete. Vertreter polnischer Minderheit hätten Reichsinnenminister gegenüber zugegeben, daß sie auf wirtschaftlichem Gebiet keinerlei Anlaß zu Klagen hätten. Demgegenüber müsse festgestellt werden, daß Deutsche in Polen trotz des auch dort erkennbaren wirtschaftlichen Aufschwungs lediglich wegen ihres Deutschtums ihrer wirtschaftlichen Grundlage beraubt würden.

Insbondere habe negatives Ergebnis Verhandlungen Botschaft über Agrarmaßnahmen gegen deutsche Minderheit enttäuscht, in denen Polnische Regierung

sich diskriminatorischen Standpunkt Westverbandes zu eigen gemacht habe, daß deutscher Anteil an Grundbesitz Prozentfuß deutscher Bevölkerung angeglichen werden müsse.

Auch Frage Handhabung Grenzazonenverordnung könne unmöglich auf sich beruhen bleiben, da in Kürze bereits Exemtionen deutscher Besitzer zu erwarten seien, denen Genehmigung zur Übernahme ererbter Grundstücke vor Jahresfrist verlag worden sei. Es sei zu befürchten, daß bevorstehende Vertreibung solcher Volksdeutscher von Haus und Hof ohnehin gereizte Stimmung deutscher Grenzbevölkerung auf das ungünstigste beeinflussen und wiederum zu ernststen Rückwirkungen für polnische Winderheit in Deutschland führen würde, wenn nicht rechtzeitig Abhilfe geschaffen werde.

Eine Quelle ständiger Beunruhigung deutscher Öffentlichkeit bildeten ferner fortgesetzte Entlassungen deutscher Arbeitnehmer in Ostoberschlesien sowie vom Westverband organisierter Wirtschaftskont. Anheimstelle auch, auf Nichterfüllung polnischer Gegenleistung für Genehmigung polnischer Gymnasiums in Marienwerder und auf rigoroses Vorgehen Schulbehörden gegen deutsche Schulen in Pommern hinzuweisen, wo von 7500 schulpflichtigen deutschen Kindern 5800 gar keinen oder nur mangelhaften Deutschunterricht genießen.

Bitte Herrn Ved gegenüber ferner zum Ausdruck bringen, daß gespannte Lage in polnischen Westprovinzen durch Polenbund-Beschwerde und ihre Behandlung in polnischer Presse weiter verschärft worden ist. Deutsche Regierung verfolge diese Entwicklung, die unsere sonst gutnachbarlichen Beziehungen zu stören geeignet sei, mit Besorgnis und halte es für dringend geboten, ihr durch eine offene Aussprache entgegenzuwirken, um die durch Winderheitenklärung eingeleitete Verständigung auf Winderheitengebiet fortzuführen. Sie rege daher an, die Beschwerden der Volksgruppen durch beiderseitige Sachverständige umgehend zu prüfen und nach Möglichkeit zu bereinigen. Bitte Drahtnachricht über Aufnahme Ihrer Demarche.

Ribbentrop

Nr. 172. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 9. Juli 1938

Ich habe heute die Winderheitenfrage entsprechend der Weisung vom 20. v. M. bei Herrn Ved zur Sprache gebracht. Dabei wies ich besonders darauf hin, daß die Nichterfüllung der polnischen Gegenleistungen in dem Spezialabkommen über Marienwerder die Auswirkung der Winderheitenvereinbarung vom 5. November stark beeinträchtigt hätte. Die Tatsache, daß bis heute — also nach 10 Monaten — die Erlaubnis zum Weiterbau in Bromberg noch nicht erteilt worden sei, hätte naturgemäß in Deutschland den Eindruck entstehen lassen, daß auf polnischer Seite keinerlei Neigung vorhanden sei, die Grundzüge des 5. November in die Praxis umzusetzen. Ich habe ferner festgestellt, daß die Verhandlungen über die Agrarreform das einwandfreie Ergebnis einer differentiellen Behandlung der deutschen Winderheit gehabt hat, und ich habe schließlich mit besonderem Nachdruck dargelegt, daß die Beschwerde der polnischen Winderheit in Deutschland und die Art und Weise, in der sie von der polnischen Presse behandelt worden sei, in verschiedener Hinsicht außerordentlichen Schaden angerichtet habe. Gerade das, was wir mit der Vereinbarung vom 5. November hätten vermeiden wollen, wäre eingetreten: daß nämlich die Winderheitenfrage zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen geworden sei und daß sich hierdurch die Atmosphäre in Polen und besonders in den Winderheitsgebieten außerordentlich verschlechtert habe.

Ich habe anschließend hieran festgestellt, daß wir bei der Weiterbehandlung der polnischen Winderheitenbeschwerde die Lage der deutschen Winderheit in Polen nicht außer Betracht lassen könnten, und daß es uns zweckmäßig erscheine, statt uns gegenseitig in der Öffentlichkeit anzugreifen, eine freimütige Aussprache über das Problem herbeizuführen. Unser Vorschlag ginge daher dahin, daß die zuständigen Referenten der beiden Innenministerien unter Assistenz von je einem Beamten der beiden Außenministerien zu periodischen Besprechungen zusammentreten möchten, um in offener Aussprache, ohne Störung durch die Presse, die verschiedenen Winderheitenprobleme zu prüfen. Wir ständen auf dem Standpunkt, daß — ebenso wie die periodischen Besprechungen in Wirtschaftsfragen und in Presseangelegenheiten ein günstiges Ergebnis gehabt hätten — auch das Problem der Winderheiten durch ein gleiches Verfahren gefördert werden könnte. Wir bäten daher die Polnische Regierung, diesen Vorschlag zu prüfen, der, wie wir hofften, dazu beitragen könnte, die durch die Winderheitenklärung eingeleitete Verständigung weiter fortzuführen

und hierdurch zugleich auch die politischen Beziehungen an einem wichtigen Punkte zu entlasten.

Herr Bed erklärte zunächst, daß er es außerordentlich bedauere, wenn die über Marientwerber getroffene Vereinbarung polnischerseits immer noch nicht reiflos durchgeführt worden sei. Er habe das nicht gewußt und werde sofort das Notwendige veranlassen, damit diese Frage endlich bereinigt würde. Im übrigen sei auch er der Auffassung, daß die Behandlung der Minderheitenfragen durch die Presse eher schädlich als nützlich sei. Er habe seinerzeit, als die Berliner Minderheitenbeschwerde hier zu einer gewissen Pressehege geführt habe, sofort eingegriffen, aber er gebe zu, daß es zu spät gewesen sei, um eine durchgreifende Wirkung zu erzielen. Auch er sei ein Freund offener Aussprachen, und er glaube, daß das immer noch der beste Weg wäre, um in schwierigen Fragen vorwärts zu kommen. Er stehe deshalb unserem Vorschlage durchaus sympathisch gegenüber. Naturgemäß sei er nicht in der Lage, mir sofort eine definitive Antwort zu geben, da die Angelegenheit die Grenzen seines Ressorts überschreite. Er werde aber sobald als möglich — in der nächsten Woche ginge es wegen seiner Reise nach Riga leider noch nicht — dem Ministerpräsidenten, der ja gleichzeitig Minister des Innern sei, darüber Vortrag halten, und er könne mir schon heute zusagen, daß er unseren Vorschlag befürworten werde. Er behalte sich vor, zu gegebener Zeit darauf zurückzukommen.

Wenn die bisher ablehnende Haltung gegenüber dem Gedanken einer Minderheitenkommission sich anscheinend zu wandeln beginnt, so liegt das wohl daran, daß wir unsere Aktion diesmal in einem besonders günstigen Zeitpunkt eingeleitet haben. Das polnische Verfallen in der Frage des gentlemen agreement schien Herrn Bed doch recht unangenehm zu sein. Ebenso hatte er wohl auch selbst das Empfinden, daß die im Zusammenhang mit der polnischen Minderheitenbeschwerde eingeleitete Presseaktion nicht im Einklang mit den Absichten stand, die zu der Abmachung vom 5. November geführt haben. Auch die Tatsache, daß in der Frage der Agrarreform der polnische Widerstoß gegen die Minderheitenklärung einwandfrei feststeht, dürfte mit dazu beigetragen haben, Herrn Bed zu der Überzeugung zu bringen, daß in der Frage der Minderheiten jetzt eine freundliche Wende uns gegenüber notwendig sei. Im übrigen wird es sich aber empfehlen, die Erwartungen hinsichtlich einer grundsätzlichen Änderung der polnischen Minderheitenpolitik nicht zu hoch zu spannen.

von Rolffe

Nr. 175. Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes

Berlin, den 28. Februar 1939

In den gestern nachmittag ausgenommenen deutsch-polnischen Minderheitenverhandlungen wurde zunächst der polnischen Seite ein Arbeitsprogramm vorgeschlagen und von dieser angenommen. Heute wurde sodann in die Besprechung der Punkte I (Grenzonenfragen) und II (Agrarreformfragen) eingetreten.

Die Polnische Delegation zeigte äußerst wenig Bereitwilligkeit, in der Grenzonenfrage zu konkreten Abreden zu gelangen.

Eine Besprechung der Agrarreform in dem Minderheitenausschuß bezeichnete die Polnische Delegation als nicht angebracht, da entsprechende Erörterungen bereits zwischen der Deutschen Botschaft in Warschau und dem Polnischen Außenministerium schwebten.

Die Verhandlungen werden morgen vormittag fortgesetzt werden. Polnischerseits wurde die Absicht geäußert, schon morgen (1. 3. 39) abends nach Warschau zurückzukehren. Es wird versucht werden, die polnischen Herren zu weiterem Verbleiben zu veranlassen, da eine grundsätzliche Erörterung des gesamten Programms in dieser kurzen Zeit unmöglich ist.

Bergmann

Nr. 176. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Berlin, den 4. März 1939

Deutscherseits wurde polnischen Vertretern gestern Abend folgendes Schlußkommuniqué vorgeschlagen:

„In der Zeit vom 27. Februar bis zum 3. März fand in Berlin die erste Aussprache zwischen Vertretern der Deutschen und der Polnischen Regierung über Fragen der deutschen Volksgruppe in Polen und der polnischen Volksgruppe im

Reich statt. Die Besprechungen boten den Vertretern der deutschen und polnischen inneren Verwaltungen Gelegenheit zu einer unmittelbaren Fühlungnahme. Hierbei wurden die grundsätzlichen Fragen und einzelne Wünsche auf allen die Volksgruppe betreffenden Gebieten eingehend erörtert. Es bestand Einvernehmen darüber, daß diese Fragen und Wünsche durch die zuständigen Regierungen entsprechend dem beiderseitigen guten Willen geprüft werden sollen, um den berechtigten Interessen der Volksgruppen Rechnung zu tragen.

Die Besprechungen werden alsbald fortgesetzt werden."

Polnische Vertreter haben sich mit Vorlaut einberstanden erklärt mit Ausnahme letzten Satzes, für den sie folgende Fassung vorschlagen:

"Die Besprechungen werden wieder aufgenommen werden."

Wotschaster Lipski hat heute Stellungnahme polnischer Vertreter gebilligt mit der Begründung, daß deutsche Formulierung Schlußsatzes Beunruhigung Volksgruppen hervorrufen könne.

Da auf Grund polnischer Haltung in hiesigen Besprechungen bestimmter Eindruck besteht, daß Polen sich weiterer Aussprache über Minderheitenfragen im Ausschuß entziehen wollen, bitte im Auftrage Reichsaußenministers, Herrn Beck um Einverständnis mit deutschem Text ersuchen. Bitte hierbei ausführen, daß Begründung Lipskis Bestrebenden Reichsaußenministers hervorgerufen habe, da bei Vereinbarung Besprechungen in Warschau ausdrücklich alsbaldige Fortsetzung der Ausschuß-Besprechungen verabredet worden sei, um positive und konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Bitte Drahtbericht.

Weizsäcker

Nr. 177. Der Deutsche Wotschaster in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 10. März 1939

Wegen Schlußsatzes Communiqué zu Minderheitenbesprechungen habe ich weitungsgemäß bei Herrn Beck interveniert. Herr Beck, der Inhalt Gesprächs mit Reichsminister bestätigte, war über Einzelheiten Communiqués nicht orientiert und stellte baldige Antwort in Aussicht. Im Auftrage des Ministers hat heute Kabinettschef Lubiencki folgenden Vorschlag unterbreitet:

1. Communiqué wird mit von polnischen Vertretern vorgeschlagenem Schlußsatz veröffentlicht.
2. Kabinettschef gibt im Namen Außenministers Erklärung ab, daß Besprechungen unmittelbar nach Bekanntgabe Ergebnisses deutscher Volkszählung (also wohl Anfang Juni) wieder aufgenommen werden.
3. Sollte dieser Vorschlag in Berlin nicht befriedigen, so wäre Außenminister Beck auch bereit, Angelegenheit noch einmal mit Polnischen Ministerpräsidenten zu besprechen. Persönlich bemerkte Graf Lubiencki hierzu, daß Widerstände im Innenministerium gegen unsere Fassung Schlußsatzes groß seien, da man sich über Zweckmäßigkeit Minderheitenbesprechungen noch kein endgültiges Urteil gebildet habe.

Ich möchte annehmen, daß, wenn wir auf erneute Befassung Ministerpräsidenten bestehen, es gelingen würde — allerdings nicht ohne Zeitverlust —, eine unseren Wünschen mehr entsprechende Fassung Schlußsatzes durchzusetzen. An polnischer Einstellung hinsichtlich Zeitpunktes nächster Besprechung würde hierdurch aber nichts geändert werden.

Moltke

Nr. 178. Der Reichsminister des Innern an das Auswärtige Amt

Berlin, den 4. März 1939

Die Verhandlungen über Minderheitenfragen, die am 27. Februar unter meiner Leitung mit den Vertretern der Polnischen Regierung begonnen wurden, sind gestern zum Abschluß gelangt. Ein ausführliches Protokoll über den Verlauf der Besprechungen werde ich demnächst übersenden.

Die Verhandlungen haben leider ein durchaus unbefriedigendes Ergebnis gehabt. Die Polen denken nicht daran, ihre Politik gegenüber der deutschen Volksgruppe irgendwie zu ändern. Sie mögen auf weniger wichtigen Gebieten zu kleinen Zugeständnissen bereit sein, in den das Leben der deutschen Volksgruppe berührenden Fragen sind sie jedoch bestrebt, ihre bisherige Entdeutschungspolitik mit allem Nachdruck fortzusetzen.

Im Auftrag: Volkert

XI. Zur Lage in Danzig (1933 bis 1939)

Nr. 179. Abereinommen zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig und der Polnischen Regierung, 5. August 1933

Der Senat der Freien Stadt Danzig und die Polnische Regierung sind, von dem Wunsch befeelt, die strittigen Fragen im Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen zu regeln, unter den Auspizien des Hohen Kommissars des Völkerbundes über folgendes übereingekommen:

1. Der Senat der Freien Stadt Danzig und die Polnische Regierung sind sich darüber einig, daß das vor den Instanzen des Völkerbundes in der Frage der Ausnutzung des Danziger Hafens schwebende Verfahren für die Dauer dieses Abereinommens eingestellt werden soll.
2. Die Polnische Regierung wird unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den Rückgang des seewärtigen Verkehrs (Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr), der gegenwärtig über den Hafen von Danzig geht, unter Berücksichtigung der Quantität und der Qualität der Waren zu verhindern.
Die Polnische Regierung wird in Zukunft dem Hafen von Danzig, soweit dies in ihrer Macht liegt, eine gleiche Beteiligung an dem seewärtigen Verkehr (Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr) unter Berücksichtigung der Quantität und der Qualität der Ware sichern. Die Parteien verpflichten sich, zu diesem Zweck durch Zusammenkünfte in regelmäßigen Zeitabständen ständig in Fühlung zu bleiben.
3. Der Senat der Freien Stadt Danzig wird im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Freien Stadt mit der Polnischen Regierung an der Förderung des direkten seewärtigen Verkehrs zusammenarbeiten.
4. Jede der Parteien behält sich das Recht vor, mit dreimonatiger Frist den Hohen Kommissar zu bitten, das vor ihm schwebende Verfahren wieder aufzunehmen.

Nr. 180. Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 9. Mai 1934

In seiner Sitzung vom 20. v. M. hat der „Verband der Polen in der Freien Stadt Danzig“ ein Programm angenommen, das am 1. d. M. in seiner Verbandszeitung „Straz Gdanisko“ veröffentlicht wurde und zielbewußt auf die Polonisierung der Danziger Wirtschaft und Beschränkung der Rechte der deutschführenden Bevölkerung Danzigs hinarbeitet.

Insbondere ist auf folgende Bestimmungen hinzuweisen:

Im § 3 des Programms heißt es, der Verband der Polen erstrebe die Erziehung von nationalbewußten polnischen Staatsangehörigen, die zu jeder Opfertat für die nationale Sache und das Wohl der polnischen Gemeinde fähig seien, und entwicke zu diesem Zweck eine systematische Propaganda und Organisationsaktion.

Im § 7 wird festgestellt, der Verband der Polen betrachte die Freie Stadt als „unerlässlichen und nicht abtrennbaren Teil des Wirtschaftsorganismus Polens“ und strebe „die weitgehendste Vereinigung Danzigs mit Polen sowie die engste polnisch-Danziger Zusammenarbeit auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens“ an.

Im § 9 wird eine Vereinigung der Danziger Wirtschafts- und Berufsorganisation mit den Organisationen in Polen sowie eine Anpassung der Danziger Wirtschafts- und Finanzgesetzgebung an die polnische Gesetzgebung verlangt.

Schließlich heißt es im § 11, die Innenpolitik der Freien Stadt müsse mit der Politik der Polnischen Regierung harmonisieren. Der Verband der Polen betrachte die Zusammenarbeit und die Verständigung mit den polnischen Behörden als Grundlage seiner Tätigkeit.

Nr. 181. Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 7. August 1934.

Die am 6. August in Danzig unterzeichneten Abkommen zwischen Danzig und Polen über Wirtschaftsfragen bilden ein einheitliches Ganzes. Das Ziel der Danziger Regierung war, in den Wirtschaftsverhandlungen zu einer vertraglichen Regelung zu kommen, die die bisherigen Erschwernisse im Warenaustausch zwischen Danzig und Polen beseitigt, die bisher von polnischer Seite geübte Wirtschaftskontrolle in Wegfall bringt und damit Streitfragen aus der Welt schafft, die seit

Jahren das Danzig-polnische Verhältnis wirtschaftlich und politisch aufs schwerste belastet haben. Dieses Ziel, das die Danziger Regierung sich gesteckt hat, dürfte im wesentlichen erreicht sein, vorausgesetzt, daß die abgeschlossenen Abkommen von der Gegenseite loyal eingehalten werden.

Was die einzelnen abgeschlossenen Verträge angeht, so ist folgendes hervorzuheben:

1. Das Abkommen über die Beteiligung Danzigs an den polnischen Einfuhrkontingenten beseitigt den jahrelangen Streit um die Danziger Eigenbedarfskontingente und um die Wirtschaftskontrolle.

Für die Dauer des Abkommens läßt Danzig seine Rechte auf Eigenbedarfskontingente ruhen, dafür garantiert Polen Danzig Anteile an den polnischen Einfuhrkontingenten für Einfuhr verbotener Waren. Die Danziger Anteile werden prozentmäßig für die einzelnen Waren errechnet. Bei Unterzeichnung dieses Abkommens hat der diplomatische Vertreter Polens die Erklärung abgegeben, daß in Verfolg der neuen Regelung die Wirtschaftskontrollen in Wegfall kommen. Die gleiche Bestimmung ist in einer bei der Unterzeichnung vereinbarten amtlichen Pressenotiz enthalten.

2. Das Abkommen über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen hat ebenfalls zum Ziele, die bisherige Wirtschaftsgrenze zwischen Danzig und Polen zu beseitigen. Es setzt fest, daß der Verkehr zwischen Danzig und Polen mit diesen Waren frei ist, desgleichen der Verkehr eines dieser Länder mit dem Auslande über das andere Land, in gleicher Weise der Transit. In Zukunft werden also Sperren, wie sie Polen in den letzten Monaten für Margarine, Öle, fette Säle, Fische erlassen hatte, nicht mehr möglich sein. Die Gegenleistung Danzigs bei diesem Abkommen besteht darin, daß es sich zur Annahme der einschlägigen polnischen Gesetze und Verordnungen bereit gefunden hat.

3. Das Veterinärabkommen und das Pflanzenschutzabkommen enthalten Vereinbarungen mehr technischer Art. Die innere Selbständigkeit beider Staatswesen auf diesem Gebiete ist gewahrt.

4. Das Abkommen über den Verkehr mit Erzeugnissen der Landwirtschaft und der Fischerei regelt den Abgang der genannten Erzeugnisse polnischer Herkunft im Danziger Gebiet, um zu verhindern, daß die Danziger Landwirtschaft durch ungehemmtes Percintrömen polnischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse in das Danziger Gebiet ruiniert wird. Die polnische Einfuhr ist kontingentiert worden, wobei die Polen zugebilligten Kontingente im allgemeinen dem entsprechen, was Polen in den letzten Jahren nach Danzig tatsächlich bereits abgesetzt hat. Die Gegenleistung Danzigs für das polnische Zugeständnis besteht darin, daß den polnischen Erzeugnissen mit gewissen Einschränkungen die Danziger Preise zugebilligt werden.

5. Das Abkommen über die Regelung verschiedener Zollfragen hat die größten Schwierigkeiten bei den Verhandlungen gemacht, so daß mehrmals die Gefahr des Scheiterns der Verhandlungen bestand. Polen hat die Zollfrage mit den Wirtschaftsfragen verknüpft, um in den Zollangelegenheiten auf Danzig einen Druck ausüben zu können. Das machtpolitische Ziel Polens in dieser Frage war, das Danziger Recht zur Organisation des Zolldienstes zu beseitigen, den polnischen Zollinspektoren in Danzig eine den ganzen Zolldienst beherrschende Mitwirkung zu verschaffen, die Danziger Zollbeamten praktisch in die Gewalt Polens zu bringen und Danzig zu zwingen, alle Anordnungen des Polnischen Finanzministers ohne Rücksicht auf ihre Rechtmäßigkeit so lange auszuführen, bis Danzig eine rechtskräftige Entscheidung der Völkerbundsinstanzen erwirkt hätte. Diese polnischen Ziele sind nicht verwirklicht worden. Danzig hat aber, um in den Wirtschaftsfragen zu einer Einigung zu kommen, nicht unerhebliche Zugeständnisse machen müssen. In der Frage der Organisation sind diese Zugeständnisse unbedeutend. Kamentlich ist das Recht Danzigs, den Zolldienst auf dem Danziger Gebiet zu organisieren, nicht angetastet worden. Auch in der Frage der Überwachung durch die polnischen Zollinspektoren ist die Rechtslage kaum zuungunsten Danzigs verändert worden. Sehr ernst war der Kampf um die Danziger Zollbeamten. Praktisch erstrebte Polen eine Lösung, die der bei der Eisenbahn im Danziger Gebiet gleichgekommen wäre und dieselben verwütenden Wirkungen gehabt hätte. Nach monatelangem Verhandeln hat man sich schließlich darauf geeinigt, daß bei Besetzung des Postens des Leiters des Landespostamts und einiger weiterer wichtiger Stellen des Zolldienstes Polen unter gewissen Voraussetzungen ein Einspruchsrecht hat und die Abberufung dieser Beamten fordern kann. Was ferner die Forderung Polens angeht, daß Danzig sich verpflichten sollte, alle Anordnungen des Finanzministers durchzuführen, vorbehaltlich späterer Entscheidung der Völkerbundsinstanzen, so ist die getroffene Regelung für Danzig noch leidlich erträglich. Der Art. 12 stellt in dieser Hinsicht im wesentlichen fest, daß die Maßnahmen des Polnischen Finanzministers für Danzig verbindlich sind, daß dies

jedoch nicht gilt im Bereich der Danziger Sonderrechte, wie sie in der Anlage II Zoll zum Warschauer Abkommen enthalten sind. Schließlich hat sich Danzig der polnischen Forderung, daß die Danziger Zollbeamten auf das Interesse des gemeinsamen Zollgebietes vereidigt werden sollten, mit Erfolg widersetzt.

Die einzelnen Abkommen werden am 1. September in Kraft treten, mit Ausnahme des landwirtschaftlichen Abkommens, das bereits am 10. August in Kraft tritt. Sämtliche Abkommen gelten für die Dauer von zwei Jahren mit Verlängerungsmöglichkeit.

von Radomisz

Nr. 183. Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 7. Februar 1935

Wie ich bereits unter dem 7. Dezember 1934 berichtet habe, war den Vertretern der deutschstämmigen Danziger Eisenbahner in der Besprechung der durch die Massenkündigungen vom Dezember v. J. entstandenen Sachlage vom Senat freigestellt worden, öffentliche Versammlungen einzuberufen, um in diesen zu dem polnischen Vorgehen Stellung zu nehmen. Eine solche Protestversammlung hat nunmehr am letzten Sonntag, dem 3. Februar 1935, vormittags 10 Uhr, in der hiesigen Messehalle unter starker Beteiligung aller Kreise der Danziger Bevölkerung stattgefunden.

Nach Eröffnung der Kundgebung durch den Volkstagsabgeordneten Bezirksleiter Kędzija ergriff der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahn-Ofenbeamten und -anwärter im Gebiet der Freien Stadt Danzig, Volkstagsabgeordneter Riklas, das Wort zu eingehenden Ausführungen über die Behandlung der deutschstämmigen Danziger Eisenbahner durch die polnische Eisenbahnverwaltung seit dem Übergang der Verwaltung der Danziger Eisenbahnen auf Polen. Die Rede des Abgeordneten Riklas zeigt unter Anführung genauesten Zahlenmaterials, wie die polnische Eisenbahndirektion in den vergangenen 13 Jahren systematisch das deutsche Element aus dem Danziger Eisenbahnbetrieb entgegen allen völkerrechtlichen Bindungen und Verpflichtungen zugunsten Polnischstämmiger verdrängt hat. Die von Riklas in seinen Ausführungen aufgezeigten polnischen Methoden bei der Bekämpfung dieses Teiles des Danziger Deutschtums machen die stellenweise äußerst scharfen Worte des Redners durchaus begründet.

Wie unangenehm der polnischen Eisenbahnverwaltung diese Protestkundgebung war, erhellt aus der Tatsache, daß die hiesige Polnische Diplomatische Vertretung unmittelbar nach der Anbringung der Einberufungsplakate an den Danziger Anschlagssäulen vom Danziger Senat unter Überreichung eines Aide-Memoires ein sofortiges Verbot der Versammlung mit der Begründung verlangte, daß die Kundgebung die polnisch-Danziger Beziehungen ernstlich belasten müsse. Die Polnische Regierung habe seinerzeit durch Wiedereinstellung einer gewissen Zahl entlassener Eisenbahner den Wünschen der Danziger Regierung in vollem Umfang Rechnung getragen. Im Hinblick darauf, daß das polnische Vorgehen gegen die Eisenbahner jeder Begründung entbehrt und deren Empörung durchaus begründet ist, hat der Senat der Polnischen Diplomatischen Vertretung geantwortet, daß er keine Veranlassung habe, die geplante Versammlung zu verbieten, zumal die Eisenbahner die Versammlungsfreiheit Danziger Staatsangehöriger garantiere, falls die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung nicht gefährdet sei. Der Senat sei der Überzeugung, daß die Versammlungsteilnehmer trotz ihrer durchaus begründeten Erregung die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung nicht gefährden würden. Im übrigen sei diese auch durch ausreichende Polizeikräfte gesichert.

Anscheinend wird die Polnische Diplomatische Vertretung nunmehr auf die Angelegenheit nicht mehr zurückkommen. Dagegen nimmt die offiziöse „Gazeta Polska“ die Protestkundgebung zum Anlaß, um in einem Artikel in Nr. 86 vom 5. Februar d. J. unter der Überschrift „Eine Aktion, welche die Zusammenarbeit nicht erleichtert“ die Ausführungen des Abgeordneten Riklas als demagogisch abzutun, ohne allerdings dessen Behauptungen im einzelnen entkräften zu können.

Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne mit großem Nachdruck auf die Rücksichtslosigkeit der polnischen Methode in dieser Angelegenheit hinzuweisen, die eine recht mißtönende Begleitmusik zu der deutsch-polnischen Verständigung darstellt.

von Radomisz



Geschütz in Feuerstellung

Phot.: P. S. - Ebert (Weltbild)



Feldgeschütz im Vorfeld des Westwalls

Phot.: P. S. - Doff (Presse-Bild-Zentrale)



U-Boot fährt sich dem Weg

Foto: P. S. - Maslow (Petrozilts-Gentrale)

Bericht

Danzig, den 15. April 1885

Das hiesige Büro der polnischen Eisenbahndirektion Thorn hat in den letzten Tagen wiederum 20 bis 25 deutschstämmigen Eisenbahnern zum nächstzulässigen Termin gekündigt. Die Mehrzahl der Bekündigten befindet sich länger als 12 Jahre im Dienst, einige von ihnen bereits 16, 19 und 22 Jahre. Die meisten haben eine größere Familie, so daß die plötzliche Auflösung des Dienstverhältnisses für sie eine besondere wirtschaftliche Härte bedeutet. Irigendwelche Gründe sind bei dem Aussprechen der Kündigung polnischerseits nicht angegeben worden.

Der Senat hat gegen die Kündigungen unerbüßlich bei der hiesigen polnischen Diplomatischen Vertretung Protest erhoben und gebeten, die Angelegenheit grüßlich zu überprüfen sowie die Weiterbeschäftigung der Bekündigten zu veranlassen.

von Radomij

Nr. 185. Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 24. Juli 1885

Die Polnische Regierung hat, wie dort bereits bekannt, durch eine Verordnung vom 18. d. M., die am 21. Juli d. J. in Kraft getreten ist, bestimmt, daß Zollämter auf dem Gebiet der Zolldirektion Danzig zur endgültigen Zollabfertigung nur diejenigen Auslandswaren annehmen dürfen, die für den Konsum der Freien Stadt Danzig bestimmt sind. Die Interessenten müssen bei der Abfertigung bei Zollämtern im Gebiet der Freien Stadt Danzig darlegen, daß dieselbe Anordnung entsprechend die Waren für den inneren Konsum bzw. für den Gebrauch im Freistaatsgebiet bestimmt sind. Die Bedeutung dieser polnischen Anordnung für das Danziger Wirtschaftsleben ergibt sich aus folgenden Erwägungen:

Der Einfuhrhandel, der bisher über Danzig ging, wird durch diese Regelung planmäßig von Danzig fortgetrieben, weil es für ihn praktisch nicht möglich ist, die Zollabfertigung (und die damit verbundenen Formalitäten über Einfuhrbewilligungen, Erteilung von Ursprungszeugnissen usw.) außerhalb des Eingangshafens zu erledigen. Tatsächlich hat bereits auch die Industrie- und Handelskammer Warschau eine Veröffentlichung herausgegeben, in der vor dem Einführen von Ware über Danzig gewarnt wird. Wird so aber der Einfuhrhandel absichtlich von Danzig fortgehalten, so trifft dies mittelbar auch den gesamten Ausfuhrhandel, der bisher über Danzig ging, weil bei dem inneren Zusammenhang zwischen Einfuhr und Ausfuhr — schon im Hinblick auf die Inanspruchnahme der Schiffstonnage für beide Zwecke — die ausschließliche Benutzung des Danziger Hafens für die Ausfuhr aus Polen nicht denkbar wäre.

Die Verordnung berührt daher die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen des Danziger Hafens und damit der Freien Stadt selbst.

Unter diesen Umständen hat Senatspräsident Greifer den Polnischen Diplomatischen Vertreter zu sich gebeten und ihm die in der Anlage beigefügte Protestnote des Senats der Freien Stadt übergeben. Mündlich hat der Senatspräsident, wie mir mitgeteilt wird, Herrn Papée gegenüber nachdrücklich auf die schwerwiegenden Folgen der polnischen Verordnung hingewiesen und betont, daß dieselbe mit den Danzig-polnischen Verträgen völlig unvereinbar sei. Im einzelnen hat der Senatspräsident folgendes ausgeführt:

Die Durchführung der Verordnung müßte zur Folge haben, daß Danzigs Handel und Industrie bei der Versorgung des polnischen Marktes mit Auslandswaren ausgeschaltet werde, daß der Danziger Hafen, dessen natürliches Hinterland Polen ist und der in seinen Ausmaßen und seiner Einrichtung auf dieses Hinterland eingestellt ist, vollkommen veröde. Die Rückwirkungen im Zusammenhang hiermit auf die übrigen Zweige der Danziger Wirtschaft müßten verheerend sein.

Danzig sei in die Zollgrenze Polens einbezogen worden, damit die für Polen bestimmten Waren auch in Danzig endgültig verzollt und ungehindert nach Polen weitergeschickt werden könnten. Diese Regelung sei nicht nur im Interesse Polens, sondern auch im Interesse Danzigs erfolgt, wie es zum Beispiel aus dem Warschauer Abkommen hervorgehe, nach welchem die Regierung Polens verpflichtet sei, in ihren Zollgesetzen die Interessen der Freien Stadt Danzig zu schützen. Wenn in Danzig nur die für Danzig selbst bestimmten Waren verzollt werden, so wäre nicht ein-

zusehen, warum diese Waren nach der polnischen Gesetzgebung und dem polnischen Zolltarif verzollt werden, warum ihre Verzollung von polnischen Zollinspektoren überwacht werden soll, warum Polen einen Anteil an den für diese Waren gezahlten Zöllen erhalten soll, warum polnische Einfuhrbewilligungen für diese Waren erforderlich sein sollen usw. Die Verordnung siehe hiernach in einem unberechenbaren Widerspruch zu den Danzig-polnischen Verträgen. In Erwägung dieser feststehenden Rechtslage und in Anbetracht der Tatsache, daß bei der Durchführung dieser Verordnung bleibende Schäden entstehen würden, die auf keine Weise wiedergutmacht werden könnten, habe sich der Präsident des Senats im Einvernehmen mit dem gesamten Senat entschlossen, die Danziger Zollverwaltung anzuweisen, diese Verordnung nicht zur Anwendung zu bringen.

Trotz der Nichtdurchführung dieser Verordnung sei der Senat sich jedoch darüber im Klaren, daß diese Tatsache der Nichtdurchführung allein nicht genügen könne, um eine schwere Schädigung von der Danziger Wirtschaft abzuwenden. Schon auf die Nachricht von dem Erlaß dieser Verordnung hin seien sofort in großem Umfange Waren und Schiffe von Danzig nach Gdingen umgeleitet worden. Solange die Verordnung nicht aufgehoben sei, würden nicht nur polnische, sondern auch sehr schwer ins Gewicht fallende internationale Wirtschaftskreise sich nicht entschließen können, sich bei der Einfuhr von Waren aus dem Zollausland des Danziger Hafens und des Danziger Handelsapparats zu bedienen. Die hieraus dem Danziger Handel und der gesamten Danziger Bevölkerung erwachsenden Schäden müßten so große werden, daß sie von Danzig nicht getragen werden könnten. Aus diesem Grunde müsse sich die Danziger Regierung im Namen der gesamten Danziger Bevölkerung die Anmeldung von Schadenersatzforderungen, für die Polen allein verantwortlich gemacht werden müsse, vorbehalten. Um die bereits eingetretenen wirtschaftlichen Schäden und um die zweifellos noch eintretenden Komplikationen zu verhindern, müsse der Senat an den Diplomatischen Vertreter Polens die Bitte richten, bei seiner Regierung wegen sofortiger Aufhebung der Verordnung vorstellig zu werden.

Papée hat von diesen Erklärungen des Danziger Senats Kenntnis genommen und mitgeteilt, er würde zur Besprechung der Frage nach Warschau reisen.

von Radomiß

Anlage

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig an den Diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig

Danzig, den 23. Juli 1935

Herr Minister,

Aus dem Gesetzbuch der Republik Polen hat der Senat Kenntnis erhalten von einer am 18. Juli erlassenen Verordnung, mit der die Tätigkeit der Danziger Zollämter auf Abfertigung derjenigen Auslandswaren beschränkt wird, die für die Bedürfnisse des örtlichen Verbrauchs und Gebrauchs im Gebiet der Freien Stadt Danzig bestimmt sind.

Diese Verordnung stellt einen Einbruch von außerordentlicher Tragweite in das zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen bestehende Rechtsverhältnis dar. Ich habe aus diesem Grunde das Landeszolllamt der Freien Stadt Danzig angewiesen, diese Verordnung nicht auszuführen.

Indem ich Ihnen, Herr Minister, den Protest des Senats der Freien Stadt Danzig gegen den Erlaß dieser Verordnung übermittle, erwarte ich, daß diese Verordnung sofort zurückgezogen wird.

Außerdem behält sich der Senat der Freien Stadt Danzig weiterhin vor, alle Maßnahmen zu treffen, die ihm zum Schutz der Danziger Interessen notwendig erscheinen. Er behält sich insbesondere vor, Ersatz für alle Schäden zu verlangen, die der Freien Stadt Danzig durch die Verordnung erwachsen sollten.

Greifer

Nr. 187. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 17. Juli 1936

Am 17. d. M. veranstaltete eine große Zahl von Verbänden und Organisationen, darunter der Regionärsverband, die Frontkämpferverbände, der Schützenverband, Gewerkschaften, Angestelltenverbände, Pfadfinder usw., unter Führung der See- und

Kolonialliga eine öffentliche Demonstration auf dem Marktplatz der Warschauer Altstadt.

In den Maueranschlägen, die die Bevölkerung zur Teilnahme an der Kundgebung aufforderten und auf die die gesamte Presse hinwies, heißt es, jede Revision des Danziger Statutes dürfe nur in der Richtung einer Erweiterung der polnischen Rechte in Danzig gehen. Polen allein könne der gesamten Danziger Bevölkerung die Bedingungen freier kultureller, politischer und wirtschaftlicher Entwicklung sichern und der polnischen Bevölkerung als „Mit-Häuserherren“ des Gebiets eine „gleichrangige“ Entwicklung garantieren.

An der Kundgebung auf dem Warschauer Marktplatz beteiligten sich etwa 10 000 Personen. Neben kleinen Ortsgruppen der See- und Kolonialliga waren einzelne Organisationen des Legionärsverbandes und des Schützenverbandes sowie die Gewerkschaften der Postangestellten und der Eisenbahner vertreten. Das Gros der Teilnehmer bildeten die sozialistischen Gewerkschaften und die sogenannten Moraczewski-Gewerkschaften, die regierungsfreundlich sind. Die sozialistischen Gewerkschaften kamen unter Abhängen der „Internationale“ und mit Transparenten, wie „Alle Macht den Arbeitern und den Bauern“, anmarschiert.

Auf dem Versammlungsplatz sprach ein Vertreter der See- und Kolonialliga, ein Vertreter der Sozialistischen Partei, ein Vertreter der Moraczewski-Gewerkschaften und der Vorsitzende der „Gesellschaft der Vaterlandsverteidiger“. Am Schluß der Reden wurde die bereits durch die Maueranschläge bekannte Resolution verlesen, die dem General-Inspekteur Rhdz-Emigly und dem Ministerpräsidenten Skladkowski übersandt werden soll. Die Kundgebung endete mit dem Spiel der Nationalhymne und dem Marsch zum Belvedere-Schloß, bei dem unterwegs wiederholt die „Internationale“ gesungen wurde.

Der Redner der See- und Kolonialliga forderte im Falle einer Revision des Danziger Statutes einen weitgehenden Ausbau der polnischen Rechte in Danzig. Den stärksten Beifall erntete der sozialistische Redner, der von der Mündung des Weichselstromes sprach, an der sich eine Hitlerregierung niedergelassen habe, die ihre Befehle aus dem Dritten Reich erhalte. Die deutschfeindliche Rede des Sozialisten wurde von Niederrufen gegen den Präsidenten Greiser, gegen den Faschismus und gegen den Hitlerismus begleitet. Der Redner der „Gesellschaft der Vaterlandsverteidiger“ stellte sich auf einen kriegerischen Ton ein und schloß mit den Worten: Wenn der General-Inspekteur befehle, würde ganz Polen marschieren!

Die Transparente, die bei dem Umzug getragen wurden, hießen etwa: „Danzig war polnisch und wird polnisch sein“, „Danzig verdankt Polen seinen Wohlstand“, „Die Weichselmündung gehört Polen“, „Danzig gehört zur Weichsel“ und ähnliches. Einige wenige Transparente lauteten in dem Sinne: „Deutschland, Hände weg von Danzig!“

Wie die einzelnen Redner ankündigten und wie auch durch die Presse bekanntgegeben worden ist, sollen am 19. d. M. ähnliche Kundgebungen wie die heutige Warschauer Demonstration im ganzen Lande stattfinden, wobei allenthalben die See- und Kolonialliga die Veranstalterin ist.

von Wolffe

Nr. 191. Der Senat der Freien Stadt Danzig an die Diplomatische Vertretung der Republik Polen in Danzig

Ride-Mémoire

Danzig, den 5. April 1937

Unter dem heutigen Tage hat das polnische Finanzamt in Dirschau Margarineprodukte der Danziger Firma Amada beim Übergang nach Polen angehalten und die Zahlung einer Akzise verlangt. Die Margarine war unter der Kontrolle der Danziger Zollorgane nur aus einheimischen Rohstoffen hergestellt. Die Erhebung einer Akzise war daher nicht gerechtfertigt. Diese rechtswidrige Maßnahme ist von einschneidender Bedeutung für die wirtschaftlich außerordentlich wichtige Danziger Margarineindustrie. Sie droht, diese Industrie lahmzulegen und damit eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern brotlos zu machen. Die Maßnahme ist weiterhin geeignet, die Fettversorgung Danzigs zu desorganisieren, so daß der Senat sich gegebenenfalls in die Lage versetzt sehen wird, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um hier Ordnung zu schaffen.

Der Senat ersucht, unverzüglich Fürsorge zu treffen, daß die der Errichtung einer unzulässigen Wirtschaftsmauer zwischen Danzig und Polen gleichkommende Maßnahme aufgehoben wird.

Danzig, den 24. August 1938

Herr Minister!

In Pommerellen, insbesondere in Gdingen, Graubing, Thorn und Dirschau, haben am vergangenen Sonnabend und Sonntag durch den Westmarlenverband veranstaltete Versammlungen stattgefunden, deren Verlauf mich mit tiefer Besorgnis erfüllt. Die Tendenz dieser Versammlungen war auf einen beratig aufhebenden Ton gegen Danzig gerichtet, daß es mir schwerfällt, Herr Minister, Ihren Worten weiterhin Glauben zu schenken, daß man in Polen gegenüber Danzig freundlich gesinnt ist und daß Ihre Regierung stets bemüht ist, den Belangen Danzigs gerecht zu werden und jeden Zwischenfall zu vermeiden.

Selbst wenn ich mich nur an die Berichte polnischer Zeitungen halte und nicht auf die Tatsachen, die mir sonst berichtet sind, eingehen, ist in den Reden der Versammlungsteilnehmer ein so tiefer Haß gegen die Danziger zum Ausdruck gekommen und eine so absichtlich entstellende Darstellung der Danziger Verhältnisse, daß die Absicht des Hassens und des Unruhestiftens in erschreckender Weise zum Durchbruch kommt. Alle meine und meiner Regierung Bemühungen, den Wünschen der Polnischen Republik in jeder Weise entgegenzukommen und alles zu vermeiden, was auch nur wie ein Schein von Benachteiligung der Polen in Danzig aussteht, müssen allmählich zwecklos werden, wenn von polnischer Seite nur allzuoft Übelwollen, Haß und Verleumdung zu spüren sind.

Es handelt sich dabei nicht um zufällige Äußerungen unverantwortlicher polnischer Kreise, sondern um wohl vorbereitete Volksversammlungen des Bundes, der durch die Polnische Regierung durchaus gestützt wird. Es wäre ein Leichtes für die Polnische Regierung gewesen, diese Veranstaltungen, deren Tendenz ihr bekannt sein mußte, vorher zu verbieten.

Ich kann es mir nicht versagen, Ihnen einige Zitate aus den Reden bei diesen Zusammenkünften in Pommerellen anzuführen:

„Es ist höchste Zeit, mit dem strafbaren Mäubertum der Danziger Kampftruppen Schluss zu machen. Danzig muß polnisch werden.“ „Der unaufhörlich geübte Terror durch bewaffnete Danziger Kampftruppen gegenüber Polen und polnischen Kindern sowie polnischen Eisenbahnern.“ Von „hitlerischen Gewalttätigkeiten“, von „Bewerfen polnischer Mädchen mit Steinen“ und von „einer bestialischen Tat gegen einen polnischen Eisenbahner“ ist die Rede; von der „betrübten Hitlerbande“ wurde gesprochen und von der Absicht, diese Hitlerbande zu vernichten, und von „wütendem Terror“ und „Verfolgungen“.

In allen diesen Versammlungen wurde die Stimmung so aufgepeitscht, daß chauvinistische Zwischenrufe in großer Zahl ertönten, wie: „Tötet die Hitlerbande“, „Weiß und Karabiner“, „Wir wollen nach Danzig“, „Raus mit den Deutschen aus Danzig“ usw.

In dieser Stimmung wurden Entschließungen angenommen, die von Verleumdungen gegen die Freie Stadt Danzig geradezu strotzen und in denen — um einiges zu erwähnen — von „barbarischen Verhältnissen in Danzig“ und davon gesprochen wird, daß Polen den brutalen Eigenwillen und das strafflose Banditentum in Danzig gegenüber Polen bändigen soll.

Alles dieses hat sich scheinbar ohne jeden Anlaß von Danziger Seite abgespielt. Denn ich kann nicht ernstlich glauben, daß die Tatsache, daß 2 Danziger junge Menschen, die sich zum Polentum bekennen, ein paar Schläge bekommen haben, wirklich der Grund für diesen Haß sein könnte. Ich komme dabei auf Ihr Schreiben vom 16. d. M., Herr Minister, zu sprechen, in dem Sie sich für die Gebrüder Mach einsetzen. Es handelt sich hier um einen von den Geschädigten außerordentlich aufgebauscht Vorfalle. Diese jungen Leute, die deutsch sprachen und die in grober Weise die Falkenkreuzfahne provozierten, sind von einem entrüsteten Publikum geprügelt worden, ein Vorfalle, der bedauerlich, trotzdem aber verständlich ist, wenn die Öffentlichkeit immer wieder sehen muß, wie sich Danziger Bürger polnischer Einstellung provozierend und höhnend gegen Wahrzeichen verhalten, die der großen Mehrheit der Danziger lieb und wert sind.

Darf ich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß in Polen sehr, sehr häufig Kinder Danziger Staatsangehöriger geprügelt werden, ohne daß gleich die Danziger Regierung eine Beschwerde einreicht. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß ruhige

Danziger Staatsangehörige, die seit vielen Jahren in Graudenz und Thorn ihrem Berufe nachgehen, Zettel folgenden Inhalts erhalten haben:

„Die Hand der Justiz.“

Im Namen der großen und gerechten Sache Polens befehle ich Ihnen als Danziger Staatsangehörigen, die Stadt Graudenz wie auch die Grenzen der Republik Polen mit Ihrer ganzen Familie sofort zu verlassen.

Zur Erledigung Ihrer persönlichen Angelegenheiten geben wir Ihnen 3 Tage Zeit. Wir bemerken, daß nach Ablauf dieser Frist, falls Sie sich nicht freiwillig aus Polen entfernen, wir gegen Sie wie auch gegen Ihre Familie alle Maßnahmen anwenden und sogar so weit gehen werden, daß wir Sie radikal aus Polen hinauswerfen werden.

Die Hand der Justiz.“

und daß die Kinder dieser Danziger sich jeden Morgen fürchten, in die Schule zu gehen, weil sie besorgt sein müssen, durch polnische Staatsangehörige geprügelt zu werden.

Ich führe dieses an, um zu zeigen, daß trotz der geringen Anzahl von Danzigern, die in Polen leben, für den Danziger Senat gewiß nicht weniger Anlaß vorliegt, sich über Taten unterantwortlicher Menschen in Polen zu beklagen.

Ich bin aber zu meinem größten Bedauern gezwungen, festzustellen, daß jedes Vorkommen, das irgendwie mit Danzig zusammenhängt, von einem Verbands wie dem Westmarkenverband oder auch von Zeitungen, wie dem „Kurjer Waltycki“, die der Regierung nahesteht, derart maßlos entstellt wird, daß nur noch die Absicht der Verhöhnung klar zu erkennen ist. Wenn man den bedauerlichen Unfall eines polnischen Eisenbahners, der mit Danzig auch nicht das geringste zu tun hat, zu einem „Mord“, begangen durch 6 hitlerische Danziger“ umfälscht, so sind das Zustände, deren Duldung durch die Polnische Regierung nicht mehr verständlich ist, zumal die entstehende Darstellung in die Auslandspresse lanciert wurde und dort ein entsprechendes Echo gefunden hat.

Ich spreche die Erwartung aus, daß Sie, Herr Minister, unverzüglich Ihre Regierung davon in Kenntnis setzen, welche Wirkungen die Versammlungen des Westmarkenverbandes und die verleumderische Darstellung des „Kurjer Waltycki“ in Danzig ausgelöst haben, und daß alles geschieht, um diesem unverantwortlichen und den Frieden gefährdenden Treiben Einhalt zu gebieten.

Genehmigen Sie, usw.

Greifer.

Rr. 194. Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt Bericht

Danzig, den 14. November 1938

Anlässlich des 11. Novembers, des 20. Jahrestages der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens, haben, wie auch schon regelmäßig in den früheren Jahren, in Danzig eine Reihe von Veranstaltungen stattgefunden.

Deren Höhepunkt bildete am Abend des 12. November eine Akademie in den Räumen der Sporthalle, an welcher Minister Chodacki persönlich teilnahm. Die Festrede hielt der polnische Sejmabgeordnete Walewski aus Warschau, der im Laufe seiner Ausführungen bezeichnende Anspielungen auf Danzig machte. Unter Hinweis auf die befreiten polnischen Brüder im Olsa-Gebiet erklärte er, daß auch die Polen in Danzig hier dasselbe erleben würden und daß Polen seine Grenze so erweitern wolle, wie sie dereinst zu Zeiten des Königs Woleslaw Chobry waren. Auch auf einem Unabhängigkeitsfest der polnischen Kinderheit in Zoppot am 13. v. N., auf dem ebenfalls ein Mitglied der hiesigen Polnischen Diplomatischen Vertretung anwesend war, berührte der Festredner, der Vizemarschall der Vereinigung „Gmina Polska — Zwiazel Polakow e. V.“, Major a. D. Professor Dr. Pilecki, die Danziger Frage. Er wies auf die angeblichen Schikanen hin, unter denen die polnische Kinderheit in Danzig zu leben habe, äußerte sich absfällig über den Geist der SA und SS, in die nach seiner Behauptung zahlreiche Polen aus Not hätten eintreten müssen, und stellte als Parole auf, den Tag zu erwarten, an dem sich alle Polen wieder vereinigen würden; auch die Polen in Danzig müßten die Standarte des Vaterlandes hochhalten, um dasselbe Los zu erringen, das den Olsa-Brüdern beschieden sei.

von Janzon

Nr. 195. Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 23. Februar 1939

Eine Anzahl polnischer Zeitungen hat vor kurzem empörte Berichte über Zwischenfälle veröffentlicht, die sich in dem auch von polnischen Studenten häufig besuchten Café Langfuhr in Danzig-Langfuhr abgespielt haben.

Nach den mir auch von Danziger Seite gemachten Angaben war es bereits am 29. Januar d. J. im Café Langfuhr zwischen deutschen und polnischen Studierenden der hiesigen Technischen Hochschule zu tätlichen Auseinandersetzungen gekommen. Da weitere Zwischenfälle zu befürchten waren, hat der Inhaber des Cafés am 10. d. M. an die polnische Studentenvereinigung „Bratnia Pomoc“ ein Schreiben gerichtet, in dem er darum bat, daß künftig polnische Studenten sein Lokal nicht mehr besuchten. Dieses Schreiben wurde von polnischer Seite nicht beachtet. Als einige Tage später polnische Studenten wiederum das Café Langfuhr aufsuchten, entdeckten sie angeblich einen im Innern des Cafés angebrachten Zettel mit der handschriftlichen Aufschrift: „Hunden und Polen Zutritt verboten!“ Nach polnischer Darstellung soll dieser Zettel von deutschen Studenten angebracht worden sein. Daß letzteres der Fall ist, haben die eingeleiteten polizeilichen Ermittlungen in keiner Weise ergeben. Vielmehr besteht der dringende Verdacht, daß ein polnischer Student den Zettel selbst im Lokal befestigt hat.

Die polnische Studentenvereinigung „Bratnia Pomoc“ hat diese Vorfälle zum Anlaß genommen, um am 16. d. M. die an der Technischen Hochschule studierenden Polen zu einer Protestversammlung zu vereinigen. Auf dieser Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, die zunächst feststellt, die „Bratnia Pomoc“ erblicke die natürliche Rolle des Danziger Gebiets nur in dem Dienst und der engen Verbindung mit dem Mutterlande, der Republik Polen. Nur die polnische Nation habe das Recht, über die Weichselmündung zu bestimmen. Weiter wird in scharfer Form sofortige Genugtuung verlangt und die Polnische Regierung aufgefordert, unter Verwendung des Grundgesetzes „Jahn um Jahn“ wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Wie mir vertraulich ergänzend mitgeteilt wird, haben die polizeilichen Untersuchungen die bezeichnende Tatsache ergeben, daß an der erwähnten Versammlung der polnische Hauptmann Krusierek teilgenommen hat, der der Militärabteilung der hiesigen Polnischen Diplomatischen Vertretung angehört und als solcher diplomatische Vorrechte genießt.

Der Verdacht, daß die hiesige Polnische Diplomatische Vertretung mit dem provokatorischen Verhalten der polnischen Studenten in einem nahen Zusammenhang steht, läßt sich danach nicht von der Hand weisen.

von Janzon

Nr. 196. Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 16. März 1939

Nach zahlreichen Besprechungen und Verhandlungen, die in der Zwischenzeit stattgefunden haben, steht die endgültige Beilegung des Konfliktes zwischen den deutschen und den polnischen Studenten der hiesigen Technischen Hochschule nunmehr binnen kurzem zu erwarten. Das Ergebnis der Verhandlungen ist in dem Entwurf eines Protokolls niedergelegt worden, der gestern abend paraphiert worden ist. Die endgültige Unterzeichnung des Protokolls ist noch nicht erfolgt.

Nicht ohne Interesse sind gewisse Äußerungen, die die an den Kommissionsitzungen beteiligten polnischen Legationsräte im Laufe eines Beisammenseins nach Paraphierung des beigelegten Protokolls am gestrigen Abend gegenüber Regierungsrat Siegmund gemacht haben. Die beiden polnischen Herren erklärten zu dem Studentenkonsflikt, Warschau habe die Angelegenheit außerordentlich ernst angesehen; es habe nach Auffassung der maßgebenden polnischen Kreise nur noch ein Fünkchen gefehlt, um eine militärische Aktion gegen Danzig und damit eine Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen herbeizuführen. Diese Behauptung steht zu den kürzlichen beruhigenden Erklärungen des Polnischen Außenministers Wed im bemerkenswerten Gegensatz und ist, wie mir scheint, von der reichlich notwendigen Haltung Ministers Chodacki nicht unbeflußt geblieben, der im Laufe seiner Besprechungen mit Senatspräsident Greisler wieder einmal, wie schon früher bei anderen Anlässen, erklärt hat, er überlege sich, ob er nicht von seinem Amt zurücktreten müsse.

von Janzon

XII. Deutsche Bemühungen um eine gütliche Lösung der Danzig- und Korridorfrage (Oktober 1938 bis Mai 1939)

Nr. 197. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen
Botschafter, Berchtesgaden, 24. Oktober 1938

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Sewel

Zu Beginn der Aussprache entwickelte der Herr Reichsaußenminister dem Polnischen Botschafter ein Bild der augenblicklichen Lage.

Herr Lipski erläuterte sodann den Anlaß seines Besuches: Polen sei interessiert an der Stabilisierung des Donauraumes. Die Karpatho-Ukraine mit ihrer Unordnung, ihren 80 v. H. Analphabeten, sei ein Herd für alle nur denkbaren politischen Strömungen, ein wahres Kommunistentzentrum. Sie habe zusammen 650 000 Einwohner, davon etwa 250 000 Ungarn und Juden und 400 000 Ruthenen. Wegen dieses Unruheherdes habe Polen schon manchen scharfen Notenwechsel mit Prag gehabt. Wed habe ihm gesagt, er wolle, daß aus dieser Krise etwas Vernünftiges herauskomme. Eine Angliederung an Ungarn sei der Wunsch Polens.

Im übrigen sei eine gemeinsame polnisch-ungarische Grenze von großem Wert als Abriegelung gegen den Osten. Die Gerüchte von der Blockbildung gegen Deutschland seien Unfuss, sie wären durch die Haltung Polens gegenüber Sowjetrußland während der Krise mehr als widerlegt worden. Die polnische Politik sei gemessen, die ungarische Regierung in der slowakischen Frage zur Mäßigung und in der karpatho-ukrainischen Frage zum Angriff zu bewegen. Er, Lipski, hoffe, daß eine Lösung in dem erwähnten Sinne den deutschen Interessen nicht entgegenlaufe.

Der Herr Reichsaußenminister erklärte dem Botschafter, ihm seien diese Ideen etwas neu und er wolle sie sich einmal in Ruhe überlegen. Er habe wohl Verständnis für die polnischen Wünsche, aber er sehe auch gewisse Schwierigkeiten, die wir zu berücksichtigen hätten.

Der Herr Reichsaußenminister kommt nun auf das große allgemeine Problem, weswegen er Herrn Lipski nach Berchtesgaden gebeten habe und das er einmal ganz vertraulich, nur für Lipski, Wed und ihn bestimmt, ansprechen wolle. Er bittet den Botschafter, mündlich Herrn Wed über das Besprochene zu berichten, da sonst die Gefahr des Herausfinderns, besonders an die Presse, zu groß sei. Der Botschafter sagt dies zu. Mit der Einleitung verbindet der Herr Reichsaußenminister auch eine Einladung an Herrn Wed, der ihn doch einmal im Laufe des nächsten Monats besuchen möge. Die polnischen Freunde hätten hiermit eine Dauereinladung nach Deutschland. Der Botschafter nimmt dieses mit Freude an und will Herrn Wed benachrichtigen.

Der Herr Reichsaußenminister führt nun aus, daß er glaube, es sei an der Zeit, zwischen Deutschland und Polen zu einer Generalvereinbarung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten zu kommen. Dies wäre eine Krönung des vom Marschall Bilsudski und dem Führer eingeleiteten Werkes. Er zieht unser Verhältnis zu Italien zum Vergleich heran, wo der Führer auch um einer Generalvereinbarung willen und aus tiefer Erkenntnis heraus den Verzicht auf Südtirol geleistet habe. Eine solche Abereinunft sei auch mit Polen und auch für Polen erstrebenswert und läge in der Richtung der Politik des Führers, zu allen Nachbarn in ein lares Verhältnis zu kommen. Nicht ausgeschlossen sei, daß auch einmal mit Frankreich noch klarere Abmachungen, über die Erklärung des Führers bezüglich der Grenze hinaus, getroffen würden. Mit Polen sei hier zunächst über Danzig zu sprechen, als Teillösung einer großen Regelung zwischen den beiden Nationen. Danzig sei deutsch — sei immer deutsch gewesen und werde auch immer deutsch bleiben. Er, der Reichsaußenminister, denke sich eine Lösung im großen wie folgt:

1. Der Freistaat Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück.
2. Durch den Korridor würde eine exterritoriale, Deutschland gehörige Reichsbahn und eine ebenso exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt.
3. Polen erhält im Danziger Gebiet ebenfalls eine exterritoriale Straße oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen.
4. Polen erhält eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.
5. Die beiden Nationen anerkennen ihre gemeinsamen Grenzen (Garantie) oder die beiderseitigen Territorien.
6. Der deutsch-polnische Vertrag wird um 10 bis 25 Jahre verlängert.
7. Die beiden Länder fügen ihrem Vertrag eine Konsultationsklausel bei.

Der Polnische Votschaster nimmt diese Anregung zur Kenntnis. Obwohl er natürlich erst mit Herrn Bed sprechen müsse, möchte er doch bereits jetzt sagen, daß es falsch sei, Danzig als ein Produkt von Versailles, etwa wie das Saargebiet, zu betrachten. Man müsse die historische und geographische Entstehungsgeschichte Danzigs verfolgen, um die richtige Einstellung zu dem Problem zu bekommen.

Der Herr Reichsaußenminister erklärt, er wolle jetzt keine Antwort hören. Der Votschaster solle sich dies alles einmal durchdenken und so bald wie möglich mit Herrn Bed darüber sprechen. Schließlich dürfe man eine gewisse Reziprozität bei diesen Betrachtungen nicht ausschalten. Für den Führer sei eine endgültige Anerkennung des Korridors innerpolitisch sicherlich auch nicht leicht. Dazu müsse man fäkulär denken — und Danzig sei nun einmal deutsch und würde es immer bleiben.

Herr Lipksi verspricht, dies alles genauestens mit Herrn Bed zu besprechen. Er werde Donnerstag etwa nach Warschau fahren und könne etwa Anfang der nächsten Woche zurück sein. Seine Hauptbitte sei der Gedankenaustausch über die Ungarnfrage. Herr Bed lasse sagen, Polen sei bereit, falls der Wunsch Ungarns nach einem Schiedspruch der drei Länder Deutschland, Italien und Polen seitens der ersten beiden Länder angenommen werde, sich zu beteiligen.

Der Herr Reichsaußenminister weist demgegenüber auf das mit einem Schiedspruch verknüpfte Risiko hin.

Bei einer zweiten kurzen Aussprache erwähnt der Herr Reichsaußenminister die Karpaten-Ukraine. Der Votschaster betont, daß Polen kein Interesse an einem Gebietsumtausch dort unten habe, sondern daß es ausschließlich der Wunsch Polens sei, mit Ungarn eine gemeinsame Grenze zu erhalten.

Der Herr Reichsaußenminister verspricht, diesen Komplex noch einmal durchzudenken, und meint hierzu, daß, wenn man zwischen Deutschland und Polen zu einer Globallösung komme, auch sicher für dieses Problem ein günstiges Arrangement gefunden werden könne.

Die Unterredung verlief in sehr freundschaftlichem Tone.

Gemel

Nr. 198. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Votschaster, 19. November 1938

Aufzeichnung

Ich empfang heute um 1 Uhr den Polnischen Votschaster Lipksi.

Herr Lipksi erklärte mir, er habe Außenminister Bed über den Inhalt unseres Gesprächs in Verdsteragaden vom 24. Oktober informiert, und er sei nunmehr in der Lage, mir die Stellungnahme Bed's hierzu mitzuteilen. Herr Lipksi las alsdann von einem Fettel Teile seiner Instruktionen vor.

1. Außenminister Bed sei der Auffassung, daß das deutsch-polnische Verhältnis im allgemeinen seine Probe bestanden habe. Während der tschechischen Krise habe sich gezeigt, daß das deutsch-polnische Abkommen auf einer dauerhaften Grundlage aufgebaut sei. Außenminister Bed glaube, daß die geradlinige polnische Politik für Deutschland bei der Gewinnung des Sudetengebietes von Nutzen gewesen sei und wesentlich dazu beigetragen habe, diese Frage einer glatten Lösung im deutschen Sinne zuzuführen. Die Polnische Regierung habe während dieser kritischen Lage alle Sirenenklänge, die von gewisser Seite ertönt seien, unbeachtet gelassen.

Ich erwiderte Herrn Lipksi, daß sich auch meiner Auffassung nach das deutsch-polnische Abkommen als hieb- und stichfest erwiesen habe. Durch die Aktion des Führers gegen die Tschecho-Slawakei habe Polen die Möglichkeit gehabt, das Ostgebiet zu gewinnen und eine Anzahl sonstiger Grenzansprüche zu befriedigen. Im übrigen stimme ich mit ihm überein, daß auch die polnische Haltung für Deutschland die Dinge erleichtert habe.

2. Herr Lipksi machte alsdann weitschweifige Ausführungen, um die Wichtigkeit und Bedeutung Danzigs als freie Stadt für Polen zu beweisen.

Auch aus innerpolitischen Gründen sei es für Außenminister Bed schwer, einer Eingliederung Danzigs in das Reich zuzustimmen. Außenminister Bed habe sich nun überlegt, wie man ein für allemal alle Reibungspunkte, die über Danzig zwischen Deutschland und Polen möglicherweise entstehen würden, beseitigen könnte. Er habe sich gedacht, daß man das Danziger Völkerbundsstatut durch einen deutsch-polnischen Vertrag, in dem alle Danziger Fragen behandelt würden, ersetzen könne. Als Basis für diesen Vertrag denke sich Bed, daß man einmal Danzig als rein deutsche Stadt anerkenne mit allen Rechten, die hieraus resultierten, andererseits aber Polen und der polnischen Minderheit alle wirtschaftlichen Rechte gleichfalls

sicherstelle, wobei der Charakter Danzigs als Freistaat und die Zollunion mit Polen erhalten bleibe.

Ich erwiderte Herrn Lipski, daß ich den Standpunkt von Außenminister Wed bedauere. Die Anregung für eine säkuläre Lösung des deutsch-polnischen Problems, bei der Danzig zu Deutschland kommen sollte, möge wohl eine innerpolitische Belastung für Herrn Wed mit sich bringen, andererseits sei aber nicht zu verkennen, daß auch der Führer es nicht leicht haben werde, eine Garantie des polnischen Korridors vor dem deutschen Volke zu vertreten. Meiner Anregung habe die Absicht zugrunde gelegen, das deutsch-polnische Verhältnis auf eine ehrliche Dauerbasis zu stellen und alle nur denkbaren Reibungspunkte zu beseitigen. Ich hätte nicht die Absicht gehabt, ein kleines diplomatisches Gespräch zu führen. Wie er, Lipski, aus den Reden des Führers ersehen könne, behandle dieser die deutsch-polnische Frage stets von einer hohen Warte. Vor der internationalen Presse hätte ich noch kürzlich in seinem Weisem ausgeführt, daß ein gutes deutsch-polnisches Verhältnis mit zum Fundament der deutschen Außenpolitik gehöre.

Wotschaster Lipski bedankte sich für diese Ausführungen und kam dann wieder auf den Vorschlag eines zweiseitigen Vertrages über Danzig zurück.

Ich erklärte ihm, daß ich nicht abschließend hierzu Stellung nehmen wolle, daß mir der Vorschlag nicht leicht realisierbar erscheine.

3. Ich fragte alsdann Herrn Lipski, wie sich Herr Wed zu der Frage einer exterritorialen Autobahn und einer ebenso exterritorialen doppelgleisigen Eisenbahn durch den polnischen Korridor stelle.

Herr Lipski erwiderte mir, daß er zu dieser Frage nicht eingehend und nicht offiziell Stellung nehmen könne. Rein persönlich könne er sagen, daß ein solcher deutscher Wunsch vielleicht in Polen nicht auf unfruchtbaren Boden zu fallen brauche und daß sich vielleicht in dieser Richtung Lösungsmöglichkeiten böten.

4. Ich sprach Herrn Lipski dann noch auf die gerade herausgegebenen polnischen Freimarkten an, die für den Danziger Verkehr bestimmt seien und Danzig gewissermaßen als polnische Stadt darstellten. Er könne verstehen, daß dies wiederum die Gefühle der deutschen Bevölkerung Danzigs verletze.

Herr Lipski erklärte mir, über die Angelegenheit nicht Bescheid zu wissen, er wolle aber gleich Erkundigungen einziehen.

Abschließend erklärte ich Herrn Lipski, daß es der Mühe lohne, die deutschen Vorschläge zu dem Gesamtkomplex der deutsch-polnischen Beziehungen ernsthaft zu überlegen. Man wolle hier ja etwas Dauerhaftes schaffen und eine wirkliche Stabilität herbeiführen. Das könne natürlich von heute auf morgen nicht geschehen. Wenn sich Herr Wed in Ruhe unsere Anregungen überlege, so würde er vielleicht doch zu einer positiven Einstellung gelangen.

von Ribbentrop

Nr. 199. Aufzeichnung des Deutschen Botschafters in Warschau

Berlin, den 15. Dezember 1938

Außenminister Wed hat mich gestern abend zu sich, nachdem ich ihm hatte mitteilen lassen, daß ich heute in Berlin sein würde. Herr Wed erging sich zunächst in längeren Erörterungen über die große Bedeutung der Vereinbarung vom Januar 1934 und erklärte, daß er nach wie vor wüßens sei, die von Pilsudski inaugurierte Politik fortzusetzen. Das Abkommen von 1934 habe in der außerordentlich kritischen Zeit, die wir erleben durchlebt hätten, eine besonders große Rolle gespielt, und man müsse erneut feststellen, daß es sich bewährt habe. Es sei deshalb eine Absurdität, wenn jetzt in den deutsch-polnischen Beziehungen eine gewisse Spannung entstanden sei. Das läge wohl daran, daß sich in den letzten Wochen zuteil auf einmal geändert hätte. Es habe nicht nur die Tschecho-Slowakei ein anderes Gesicht bekommen, sondern eine Reihe von anderen Systemen und Kombinationen, die früher eine Rolle gespielt hätten, seien zusammengebrochen. Er halte es deshalb für zweckmäßig, die neue Lage gemeinsam zu überprüfen, und er habe Herrn Lipski beauftragt, die Anregung zu einer persönlichen Aussprache zwischen den beiden Außenministern zu übermitteln.

Von Herrn Lipski, der gestern in Warschau war und dem ich im Zuge begegnete, erfuhr ich, daß diese Aussprache in Warschau geplant sei und daß man hoffe, Herr Reichsminister von Ribbentrop werde möglichst bald den vor 3 Jahren in Berlin durchgeführten Besuch des Außenministers Wed erwidern.

Herr Wed kam dann auf die einzelnen Probleme zu sprechen, die einer näheren Erörterung bedürften. Er erwähnte zunächst Danzig, wo in letzter Zeit wieder einige Schwierigkeiten entstanden seien und wo immer die Gefahr unliebsamer Über-

rafungen bestände. Er hoffe dringend, daß unerwünschte faits accomplis vermieden würden. Es habe ja kürzlich schon eine erste Aussprache über das Danziger Problem stattgefunden — womit offensichtlich auf die Verächtigabener Besprechung angespielt wurde — und über kurz oder lang müßte diese Erörterung ja zweifellos wiederaufgenommen werden.

Herr Bed erwähnte ferner die Karpatho-ukrainische Frage, die eine gewisse Aufregung in der öffentlichen Meinung hervorgerufen habe. In der polnischen Öffentlichkeit habe man die Befürchtung, daß Deutschland die Absicht habe, von der Karpatho-Ukraine aus eine gegen Polen gerichtete Politik zu treiben, und in Deutschland argwöhne man, daß Polen Deutschland den Weg nach dem Donauraum versperren wolle. Beides sei grundsätzlich, und er hoffe, daß auch das erstere nicht richtig sei. Jedenfalls würde es aber gut sein, sich einmal über diese Dinge auszusprechen. Er glaube doch, daß es möglich sein würde, einen Weg zu finden, der die Interessen beider Staaten berücksichtige.

Wir kamen dann auf Remel zu sprechen, und ich wies bei dieser Gelegenheit auf die polnischen Pressestimmen hin, die im Anschluß an die Wahl wichtige polnische Veränderungen im Remelgebiet zu erwarten schienen. Herr Bed begnügte sich mit dem Hinweis darauf, daß Polen im Remelgebiet wirtschaftliche und Schiffsahrtinteressen hätte und daß wohl in jedem Fall eine Berücksichtigung dieser Interessen erwartet werden könne.

Ich wies dann darauf hin, daß ich nicht nur in Polen eine Verschlechterung der Stimmung gegenüber Deutschland festgestellt hätte, sondern daß auch in Deutschland zur Zeit keine freundliche Einstellung gegenüber Polen bestände. Als wichtigste Ursache hierfür verwies ich auf die Behandlung der Winderheiten, namentlich im Olsa-Gebiet, wo massenhafte Arbeiterentlassungen stattgefunden hätten und wo die Bevölkerung allmählich zu der Auffassung gelangt sei, daß die 20 Jahre tschechischer Herrschaft ein Paradies gegenüber dem jetzigen Zustande gewesen wären. Herr Bed erklärte, daß die Polnische Regierung den Wunsch habe, der deutschen Winderheit gute Daseinsbedingungen zu bereiten, daß der Ministerpräsident bereits die schärfsten Weisungen an die Verwaltungsbehörden gegeben hätte und daß er, Bed, persönlich jederzeit bereit wäre, zu intervenieren, wenn ihm konkrete Fälle mitgeteilt werden könnten.

von Rolffe

**Nr. 200. Unterredung des Führers mit dem Polnischen Außenminister Bed im
Beisein des Reichsministers des Auswärtigen, des Deutschen Botschafters in
Warschau und des Polnischen Botschafters in Berlin
Verächtigabener, 5. Januar 1939**

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt

Oberst Bed unterstrich einleitend die Tatsache, daß die deutsch-polnischen Beziehungen in der Septemberkrise ihre Probe voll und ganz bestanden hätten. Wenn sich in den letzten Monaten vielleicht ein gewisses Absinken von dem hohen Niveau der Septembertage bemerkbar gemacht hätte, so solle man sich nach Ansicht der Polnischen Regierung auf beiden Seiten bemühen, die Ursachen einiger Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die sich in der letzten Zeit ergeben hätten. Als eine dieser Schwierigkeiten erwähnte Herr Bed die Danziger Frage und betonte dabei, daß hier nicht nur die Deutsche und die Polnische Regierung, sondern auch dritte Parteien, wie unter anderem auch der Völkerbund, in Frage kämen. Was hätte z. B. zu geschehen, falls sich der Völkerbund aus seiner Danziger Rolle einmal zurückzöge? Auch sonst gäbe es noch einige weitere Fragen, in denen bestehende Mißverständnisse beseitigt werden sollten, u. a. die Garantierung der tschecho-slowakischen Grenze, und zwar ob sie sofort erfolgen solle oder, wenn überhaupt, zu welchem Zeitpunkt sie in Aussicht genommen wäre. Besonders sei Polen in diesem Zusammenhang an der Karpatho-ukrainischen Frage interessiert. Er erinnere an ein Wort Bilschvis „von der Balkanisierung Mitteleuropas“. Polen erkenne in den Agitatoren, die sich auf dem jetzigen karpatho-ukrainischen Territorium betätigten, alte Feinde wieder und fürchte, daß die Karpatho-Ukraine möglicherweise einmal zu einem Herz derartiger Unruhmilch für Polen entwickeln könne, daß sich die Polnische Regierung zu einem Einschreiten veranlaßt sehen würde, aus dem sich weitere Komplikationen ergeben könnten. Dies sei der hauptsächlichste Grund für das Streben Polens nach einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn gewesen.

Der Führer erwiderte, daß zur Vereinigung aller bestehenden Schwierigkeiten zunächst einmal auf die Grundtendenz des deutsch-polnischen Verhältnisses zurückgegriffen werden müßte. Von deutscher Seite könne er betonen, daß sich in dem

Verhältnis Deutschlands zu Polen, wie es sich auf Grund der Nichtangriffserklärung vom Jahre 1934 darstelle, nicht das geringste geändert habe. Was insbesondere die Frage der Karpaten-Ukraine angehe, so könne er im Hinblick auf die Deutschland in der Weltpresse unterworfenen Absichten erklären, daß Polen in dieser Hinsicht nicht das geringste zu beschränken hätte. Deutschland hätte jenseits der Karpaten keine Interessen, und es sei ihm gleichgültig, was die an diesen Gebieten interessierten Länder dort täten. Die im Zusammenhang mit dem Wiener Schiedsspruch von Deutschland in der ukrainischen Frage eingenommene Haltung, die in Polen vielleicht zu gewissen Mißverständnissen geführt habe, erkläre sich aus der historischen Entwicklung dieser Angelegenheit. Dieser Schiedsspruch sei nach Anhörung beider Parteien auf der Grundlage der ungarischen Forderungen durchgeführt worden. Sein (des Führers) Wunsch, auf keinen Fall einen internationalen Konflikt zuzulassen, sei letzten Endes der ausschlaggebende Grund für seine Haltung in der ukrainischen Frage gewesen.

Was das deutsch-polnische Verhältnis im einzelnen angehe, so wolle er noch einmal wiederholen, daß sich an der deutschen Einstellung gegenüber Polen seit 1934 nichts geändert habe. Um zu einer endgültigen Vereinigung der zwischen beiden Ländern noch schwebenden Fragen zu gelangen, dürfe man sich nicht auf die mehr negative Abmachung vom Jahre 1934 beschränken, sondern müsse die einzelnen Probleme einer endgültigen vertraglichen Regelung zuführen suchen. Von deutscher Seite gäbe es außer der Remelsfrage, die ihre Regelung in deutschem Sinne finden würde (es habe den Anschein, daß die Litauer an einer vernunftgemäßen Lösung mitwirken wollten), im direkten deutsch-polnischen Verhältnis das für Deutschland gefühlmäßig sehr schwierige Problem des Korridors und Danzig zu lösen. Man müsse seiner Ansicht nach von alten Schablonen abweichend hier Lösungen auf ganz neuen Wegen suchen. So könne man sich im Falle Danzig z. B. eine Regelung denken, nach der diese Stadt politisch wieder, dem Willen ihrer Bevölkerung entsprechend, der deutschen Gemeinschaft zugeführt würde, wobei selbstverständlich die polnischen Interessen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, voll und ganz gewahrt werden müßten. Dies sei ja auch Danzigs Interesse, denn Danzig könne wirtschaftlich ohne Hinterland nicht leben, und so dächte er, der Führer, an eine Formel, nach der Danzig politisch zur deutschen Gemeinschaft gelange, wirtschaftlich aber bei Polen bleibe.

Danzig sei deutsch, werde stets deutsch bleiben und früher oder später zu Deutschland kommen.

Bezüglich des Korridors, der, wie erwähnt, für Deutschland ein schweres psychologisches Problem darstelle, wies der Führer darauf hin, daß für das Reich die Verbindung mit Ostpreußen, ebenso wie für Polen die Verbindung mit dem Meer, lebenswichtig sei. Auch hier könne man vielleicht beiden Interessen durch Verwendung völlig neuer Lösungsmethoden gerecht werden.

Wenn es gelänge, auf dieser vernünftigen Grundlage eine endgültige Vereinigung der Einzelfragen herbeizuführen, wobei selbstverständlich jeder der beiden Partner zu seinem Recht kommen müsse, dann wäre der Zeitpunkt gekommen, auch Polen gegenüber die mehr negative Erklärung von 1934 in einem positiven Sinne ähnlich den Abmachungen mit Frankreich dadurch zu ergänzen, daß nunmehr von deutscher Seite eine klare, vertraglich festgelegte Grenzgarantie an Polen gegeben würde. Polen würde dann den großen Vorteil erhalten, seine Grenze mit Deutschland einschließlich des Korridors — der Führer unterstrich noch einmal die psychologische Schwierigkeit dieses Problems und die Tatsache, daß nur er es einer solchen Lösung zuführen könne — vertraglich gesichert zu bekommen. Es sei für ihn (den Führer) nicht ganz einfach, eine derartige Garantie des Korridors zu geben, und er würde deshalb sicherlich, besonders von der bürgerlichen Seite, ziemlich kritisiert werden. Aber als Realpolitiker glaube er doch, daß eine derartige Lösung die beste wäre. Genau so wenig wie man heute von Südtirol oder von Elßaß-Votßringen spreche, würde man dann vom polnischen Korridor hören, wenn Deutschland einmal seine Garantie gegeben hätte.

Der Polnische Außenminister Bed dankte dem Führer für die Darlegung des deutschen Standpunktes und erklärte, daß auch Polen absolut an seiner bisherigen Einstellung Deutschland gegenüber festhalte.

Polen würde die Linie der unabhängigen Politik weiter verfolgen, die es bereits in früheren Jahren geübt hätte, als man Polen dazu veranlassen wollte, sich auf dem Wege über einen Ostpakt näher mit Rußland zu verbinden. Polen sei zwar in Bezug auf die Erhöhung seiner Sicherheit nicht so nervös wie Frankreich und halte nichts von den sogenannten „Sicherheitsystemen“, die nach der Septemberkrise endgültig abgewirtschaftet hätten, was einen Wendepunkt der Geschichte bedeute. Es

wisse aber die in der vom Führer soeben abgegebenen Erklärung erneut zum Ausdruck gebrachte deutsche Einstellung sehr wohl zu würdigen. Es halte auch seinerseits an der alten Linie Deutschland gegenüber fest.

Was das deutsch-polnische Verhältnis angehe, so nehme er von den vom Führer ausgesprochenen Wünschen Kenntnis. Die Danziger Frage erscheine ihm jedoch außerordentlich schwierig. In diesem Zusammenhang müsse man besonders die öffentliche Meinung in Polen in Rechnung stellen. Dabei sehe er ganz von der Haltung der „Kaffeehausopposition“ ab. Während seiner siebenjährigen Amtszeit habe er sich nicht im geringsten um die Kaffeehausmeinung gekümmert und sei immer noch im Amt. Er müsse jedoch auf die wirkliche Meinung des Volkes Rücksicht nehmen und sehe hier allerdings Schwierigkeiten für eine Lösung der Danziger Frage. Er wolle jedoch das Problem gern einmal in Ruhe überlegen.

Auf die übrigen vom Führer aufgeworfenen deutsch-polnischen Fragen ging Oberst Bed nicht näher ein, sondern beschloß seine Ausführungen mit der erneuten Bekräftigung, daß in der allgemeinen Einstellung Polen nach wie vor der seit 1934 befolgten Linie treu bleiben würde.

Schmidt

Nr. 201. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Außenminister Bed, München, 6. Januar 1939

Aufzeichnung

Berlin, den 9. Januar 1939

In etwa anderthalbstündiger Aussprache mit Herrn Bed kam dieser sofort wieder auf das Danziger Problem zu sprechen. Er sagte, daß auch Polen bestrebt sei, in freundschaftlich-nachbarlichem Verhältnis mit Deutschland zu leben und dieses zu vertiefen. Das einzige Problem, das hierbei sich demnächst störend auswirken könnte, sei die Danziger Frage. Zwei Möglichkeiten könnten sich ergeben, daß wir zu dem Problem Stellung nehmen müßten:

1. daß der Völkerbund sich vielleicht an der Danziger Frage desinteressieren und das Kommissariat aufgeben würde, dann müßten Deutschland und Polen sich selbst mit der Frage auseinandersetzen;

2. daß die Polen durch neue Entwicklungen in Danzig gezwungen würden, Stellung zu nehmen.

Das Problem läge tatsächlich sehr schwierig, und er habe sich schon den Kopf zerbrochen, wie man eine Lösung finden könne, aber bisher ohne Resultat.

Bed wies zum Schluß nochmals darauf hin, daß Danzig in der Mentalität des ganzen polnischen Volkes einen Prüfstein für die deutsch-polnischen Beziehungen darstelle und daß es sehr schwer sein würde, dies irgendwie zu ändern.

Ich habe daraufhin Herrn Bed folgendes auseinandergesetzt:

1. Wie der Führer schon gesagt habe, stünde über allem der absolute Wunsch auf deutscher Seite nach einer endgültigen und umfassenden, großräumigen Konsolidierung des gegenseitigen Verhältnisses.

2. Zwei Probleme schienen hierfür von Bedeutung:

a) die unmittelbaren deutsch-polnischen Beziehungen. Hier dächte ich mit folgende Lösung:

Rückgliederung Danzigs an Deutschland. Dagegen Sicherstellung aller wirtschaftlichen Interessen Polens in dieser Gegend, und zwar in großzügigster Weise. Verbindung Deutschlands zu seiner Provinz Ostpreußen durch eine extraterritoriale Auto- und Eisenbahn. Hierfür als Gegenleistung seitens Deutschlands Garantierung des Korridors und des gesamten polnischen Besitzstandes, also endgültige und dauernde Anerkennung der gegenseitigen Grenzen.

b) die tschechisch-karpatho-ukrainische Frage.

Hier habe ich wiederholt, daß in München ethnographische Grenzen festgesetzt seien. Sollte hier von irgendeiner Seite das Prinzip der politischen Grenzen aufgeworfen werden, könne Deutschland sich natürlich nicht desinteressieren. Wenn an sich auch das deutsche politische Interesse nicht über die Karpathen hinausginge, so könne Deutschland ein Desinteressement an einer Grenzverschiebung auch darüber hinaus an der Tschcho-Slawakei und der Karpatho-Ukraine nicht aussprechen, denn es könne durch solche Ereignisse leicht in einen Konflikt hineingezogen werden. Der Wiener Schiedspruch müsse eingehalten werden, und unsere Grundauffassung sei es, daß, wenn andere Wünsche irgendwie hier aufkämen, solche mit den deutschen Interessen in Übereinstimmung gebracht werden müßten.

Am Schluß der Unterhaltung habe ich dann Herrn Bed gegenüber noch die Behandlung unserer deutschen Minoritäten beanstandet, vor allem im Olsa-Gebiet, und in diesem Zusammenhang auf Gragnifski dauernde antideutsche Maßnahmen eindringlichst hingewiesen. Herr Bed jagte mir, daß er dieser Frage bereits ernste Aufmerksamkeit geschenkt habe und daß er seinerseits alles tun werde, um diese Dinge in eine ruhigere Bahn zu bringen.

Ich habe dann Herrn Bed noch für die Einladung nach Warschau gedankt und diese prinzipiell angenommen. Datum wurde noch nicht festgesetzt. Es wurde vereinbart, daß Herr Bed und ich uns den Komplex eines möglichen Vertragswerkes zwischen Polen und uns noch einmal eingehend durch den Kopf gehen lassen wollten. Durch Lipiski und Roltke sollte dann in den nächsten Wochen weiter verhandelt werden, und der Besuch sollte auf alle Fälle noch in diesem Winter stattfinden.

von Ribbentrop

Nr. 202. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Außenminister Bed, Warschau, 26. Januar 1939

Aufzeichnung

Berlin, den 1. Februar 1939

1. Ich bin Herrn Bed gegenüber in Anknüpfung an die mit ihm am 6. Januar in München geführte Besprechung auf den bekannten deutschen Vorschlag (Rückgliederung Danzigs unter Sicherstellung der dortigen Wirtschaftsinteressen Polens und Schaffung einer exterritorialen Auto- und Eisenbahnverbindung zwischen dem Reich und seiner Provinz Ostpreußen, dafür als deutsche Gegenleistung Garantie der deutsch-polnischen Grenze) zurückgekommen, wobei ich erneut darlegte, daß es der Wunsch des Führers sei, durch ein entsprechendes Vertragswerk zu einer umfassenden Befriedung der deutsch-polnischen Beziehungen zu gelangen. Herr Bed müsse verstehen, daß die deutschen Wünsche außerordentlich maßvoll seien, denn die Abtrennung wertvollster deutscher Landesteile durch den Versailler Vertrag zugunsten Polens werde noch heute von jedem Deutschen als ein großes Unrecht empfunden, das nur in einer Zeit tiefster deutscher Ohnmacht möglich gewesen sei. Wenn man 100 Engländer oder Franzosen fragen würde, so würden 99 ohne weiteres zugeben, daß die Rückgliederung Danzigs und zum mindesten auch des Korridors eine selbstverständliche deutsche Forderung sei.

Herr Bed zeigte sich von meinen Darlegungen beeindruckt, berief sich aber erneut darauf, daß innerpolitische Widerstände zu erwarten seien; immerhin wolle er sich unsere Anregung weiterhin reiflich überlegen.

Ich habe mit Herrn Bed verabredet, daß, wenn sich der Völkerbund von Danzig zurückziehen sollte, bevor zwischen uns und Polen ein Vertragswerk, das auch Danzig einschließt, zustande gekommen wäre, wir uns mit ihm in Verbindung setzen würden, um eine Lösung zur Überbrückung dieses Zustandes zu finden.

2. Ich habe Herrn Bed gegenüber erneut die Behandlung unserer deutschen Minderheiten beanstandet und mit ihm vereinbart, daß die seit langem geplanten Besprechungen zwischen leitenden Beamten der beiden Innenministerien sofort aufgenommen werden.

von Ribbentrop



Die Verwaltung

Die durch den Krieg bedingte Vereinfachung der Verwaltung stellt nicht nur auf organisatorischem, sondern auch auf finanzwirtschaftlichem Gebiet besondere Aufgaben. Nachdem im Januar bereits die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände eine den Verhältnissen entsprechende Regelung gefunden hatte, wurde im Februar der Finanzausgleich den in den letzten Jahren notwendig gewordenen Änderungen angepaßt. In einem „Fünften Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichs“ vom 21. Februar 1940 (RGBl. I, S. 391) setzte die Reichsregierung einen bestimmten Betrag pro Kopf der Bevölkerung fest, über den hinaus keine Überweisungen an die Länder und Gemeinden erfolgen soll. Dieser Betrag beläuft sich auf 25 RM im Jahr. In solchen steuerjüngeren Ländern, in denen auf Grund der bestehenden Bestimmungen weniger als 17 RM je Kopf der Bevölkerung an die Länder und Gemeinden ausgezahlt würden, wird der Überweisungsbetrag auf 17 RM erhöht. Die Kopfzahl, nach der die Überweisungen vorgenommen werden, wird auf Grund der Volkszählung vom 16. Juni 1933 berechnet.

Die Änderung des Finanzausgleichs ergab sich besonders aus dem Grunde, daß die Anteile der Länder am Aufkommen der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer seit dem 1. April 1931 nach dem XI. Verteilungsschlüssel errechnet werden, denen unverändert die Veranlagungsergebnisse des Jahres 1929 zugrunde liegen. Die seit diesem Jahre eingetretene wirtschaftliche Entwicklung und die Gestalt der Aufgaben und der Finanzbedürfnisse der Länder wurden bisher nicht berücksichtigt. Auch die Kürzung der Steueranteile der Länder um den Zuschußbedarf der auf das Reich übernommenen Justizverwaltung und Polizeiverwaltung brachte keine grundsätzliche Änderung des Verteilungsmoßstabes, wenngleich je nach der Höhe der von den Ländern für diese Zwecke aufgewendeten Mittel die Kürzung sich stärker oder schwächer auswirkte. Eine grundlegende Neuregelung des Finanzausgleichs konnte allerdings noch nicht vorgenommen werden, da die Neueinteilung des Reiches in Reichsgaue noch fehlt und die wirtschaftliche Umgestaltung im vollen Gange ist. So stellt dieses „Fünfte Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichs“ zunächst den notwendigen Schritt zu einer stärkeren Annäherung der Überweisungsanteile der einzelnen Länder dar, die auch durch die fortschreitende Vereinheitlichung der Länderaufgaben und des Behördenaufbaus in den Ländern geboten war.

Die Zuständigkeit des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei zur Beglaubigung der Unterschrift des Führers wurde durch ein Gesetz vom 29. Januar 1940 (RGBl. I, S. 239) geregelt. Danach ist zur Beglaubigung der Unterschrift des Führers im privaten Rechtsverkehr unbeschadet der Zuständigkeit anderer Stellen auch der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei zuständig. Der Beglaubigungsvermerk muß Ort und Tag seiner Ausstellung angeben sowie mit Unterschrift und Siegel oder Stempel versehen sein.

Von besonderer Bedeutung für das Gebiet der Rechtspflege war eine Verordnung des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung vom 21. Februar 1940 (RGBl. I, S. 405), die mit Zustimmung des Beauftragten für den Vierjahresplan und des Oberkommandos der Wehrmacht die Zuständigkeit der Strafgerichte regelt und Bestimmungen über Sondergerichte und sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften enthält.

Nach dem Artikel I der Verordnung, der die sachliche Zuständigkeit der Strafgerichte behandelt, kann der Amtsrichter erkennen auf: Zuchthaus bis zu zwei Jahren, Gefängnis oder Festungshaft bis zu fünf Jahren, Haft, Geldstrafe, ferner Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Unfähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter und sonstigen Nebenstrafen und im Urteil auszusprechende Nebenfolgen und schließlich Maßregeln der Sicherung und Besserung mit Ausnahme von Sicherheitsverwahrung und Entmannung. Auch bei Bildung einer Gesamtschuld darf der Amtsrichter seine Amtsgewalt nicht überschreiten. Die Strafgewalt der Strafkammer umfaßt alle Strafen und Maßregeln der Sicherung und Besserung, die das Gesetz vorsieht. In Jugendfachen entscheidet der Amtsrichter und die Strafkammer als Jugendgerichte. Der Staatsanwalt erhebt die Anklage vor dem Amtsrichter, wenn er dessen Strafgewalt für ausreichend hält, im übrigen vor der Strafkammer. Der Volksgerichtshof ist zuständig für Hochverrat, Landesverrat, Angriffe gegen den Führer und Reichskanzler, schwere Fälle der Wehrmittelbeschädigung und Gefährdung der Wehrmacht betreuernder Staaten, ferner bei Nichtanzeige eines geplanten Verbrechens, soweit es sich um das Vorhaben eines zur Zuständigkeit des Volksgerichtshofs gehörenden Falles handelt, und schließlich bei Verbrechen nach § 5 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat und Verbrechen nach § 1 des Gesetzes gegen Wirtschaftssabotage. Das Oberlandesgericht ist zuständig, wenn in einer zur Zuständigkeit des Volksgerichtshofs gehörenden Strafsache der Oberreichsanwalt die Strafverfolgung an den Generalstaatsanwalt abgibt oder der Volksgerichtshof mit Zustimmung des Oberreichsanwalts die Verhandlung und Entscheidung dem Oberlandesgericht überweist. In Strafsachen, die zur Zuständigkeit des Volksgerichtshofs oder des Oberlandesgerichts gehören, darf die Anklage nur von diesen Gerichten erhoben werden. In Strafsachen, die nicht zur Zuständigkeit des Volksgerichtshofs oder des Oberlandesgerichts gehören, kann der Oberreichsanwalt beim Reichsgericht die Anklage vor dem Besonderen Strafrat des Reichsgerichts erheben, wenn er das wegen der Bedeutung der Sache für angezeigt hält. — Der Artikel II der Verordnung befaßt sich mit dem Aufbau, der Zuständigkeit und den Verfahren vor den Sondergerichten. Danach werden im Bezirk jedes Oberlandesgerichts bei einem oder mehreren Landgerichten Sondergerichte gebildet, die in der Besetzung mit drei Berufsrichtern entscheiden. Anklagebehörde ist die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, in dessen Bezirk das Sondergericht seinen Sitz hat. Das Sondergericht ist zuständig für Verbrechen und Vergehen nach dem Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen, ferner für Verbrechen nach dem Gesetz gegen Straßenraub mittels Autofallen, weiterhin für Verbrechen nach der Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen, Verbrechen und Vergehen nach der Kriegswirtschaftsverordnung, Verbrechen von Volksschädlingen und schließlich der Verbrechen nach der Verordnung gegen Gewaltverbrechen. Für das Verfahren vor den Sondergerichten gelten die Reichsstrafprozedurordnung, das Gerichtsverfassungsgesetz und die zu ihrer Änderung oder Ergänzung erlassenen Vorschriften. Eine gerichtliche Voruntersuchung findet nicht statt. In allen Verfahren vor dem Sondergericht muß die Aburteilung sofort ohne Einhaltung von Fristen erfolgen, wenn der Täter auf frischer Tat getroffen wird oder sonst seine Schuld offen zutage liegt. — Nach Artikel III der Verordnung kann der Staatsanwalt im Verfahren vor dem Amtsrichter schriftlich oder mündlich den Antrag auf Aburteilung im beschleunigten Verfahren stellen, wenn der Sachverhalt einfach und die sofortige Aburteilung möglich ist.

Eine Reihe von weiteren Verwaltungsmaßnahmen im Monat Februar war für Gliederung und Aufbau der Ostgebiete von besonderer Wichtigkeit. Nach einem Zweiten Erlaß vom 29. Januar 1940 (RGBl. I, S. 251), der am 5. Februar 1940 veröffentlicht wurde, bestimmte der Führer und Reichs-

kanzler, daß der Reichsgau Posen in Zukunft die Bezeichnung „Reichsgau Wartheland“ führt. Ein am gleichen Tage erlassenes Gesetz (RGBl. I, S. 240) ermöglicht den in den heimgekehrten Ostgebieten ansässigen deutschen Volksgenossen eine Vertretung im Großdeutschen Reichstag. Danach wird der Großdeutsche Reichstag um so viel Abgeordnete vermehrt, als die Zahl von 60000 in der Gesamtzahl der in den eingegliederten Ostgebieten ansässigen, über 20 Jahre alten deutschen Volksgenossen enthalten ist. Die Abgeordneten bestimmt der Führer und Reichskanzler aus den in diesen Gebieten ansässigen, über 25 Jahre alten deutschen Volksgenossen.

Für die Gemeinden in den eingegliederten Ostgebieten war eine vom Stellvertreter des Führers am 23. Januar 1940 (RGBl. I, S. 363) erlassene und am 20. Februar 1940 veröffentlichte Fünfte Verordnung zur Ausführung des § 118 der Deutschen Gemeindeordnung von Bedeutung. Beauftragte der RSDAP für die Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland sowie für die in die Provinzen Schlesien und Ostpreußen eingegliederten Gebietsteile sind danach die Gauleiter. Den Beauftragten tritt, wenn er verhindert ist, sein allgemeiner Vertreter im Parteiamt. Er hat im übrigen sein Amt persönlich wahrzunehmen und kann seine Aufgaben nicht übertragen.

Über die Verwaltung des Generalgouvernements gab ein im „Völkischen Beobachter“ (VB v. 25. 2. 40) erschienener Artikel Aufschluß. Danach sind entgegen feindlichen Tendenzmeldungen außerordentlich viele ehemals polnische Beamte, Angestellte und Arbeiter in den einzelnen Verwaltungszweigen tätig. Dabei handelt es sich nicht nur um mittlere oder untere Beamte, sondern auch um höhere Beamte, denen die Tätigkeit in ihren Ämtern von deutscher Seite erneut anvertraut wurde, in der Erwartung, daß sie ihre Pflicht als Richter und Staatsbeamte loyal erfüllen. Am Aufbau des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens sind polnische Rechtsanwälte, Lehrer, Ärzte, Priester und höhere Beamte in gleicher Weise tätig. Die Selbstverwaltung der polnischen Gemeinden und Städte im Generalgouvernement wurde dadurch noch weiter ausgebaut, daß die polnischen Bürgermeister in jedem der 40 Kreise zu einer Art Gemeindeverband zusammengefaßt wurden, der von einem polnischen Woiw geführt wird.

Dr. R.



Die Sozialpolitik

Von

Dr. Karstedt, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium

Bei der Amtseinführung des neuen Präsidenten des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland, Gauleiters Prof. Jung, am 1. Februar in Erfurt hat der Reichsarbeitsminister in Ausführungen grundsätzlicher Art auf den deutschen Arbeitseinsatz und die deutsche Arbeitseinsatzverwaltung, ihre Aufgaben und bisherigen Erfolge hingewiesen. Seine Feststellungen sind gerade im Augenblick von besonderem Interesse, wo Deutschland durch planmäßige Durchförmung der Betriebe eine weitere Etappe seines Arbeitseinsatzes erfolgreich beschritten hat und wo auch im Ausland und bei den Feindmächten die Frage des staatlich gelenkten Arbeitseinsatzes zunehmende Bedeutung gewinnt. Der Minister hob hervor, wie Deutschland zu Beginn des uns aufgezungenen neuen Krieges im Gegensatz zum Weltkrieg über eine zeitnahe, schlagkräftige Arbeitseinsatzverwaltung verfügte, deren Erfolge neben der bereits Geschichte gewordenen Wiedereinreihung von 7 Millionen Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß im besonderen beim Bau der Reichsautobahnen, bei den großen Beanspruchungen durch die Wiederausrüstung und nicht zuletzt bei dem Bau des Westwalls noch in frischer Erinnerung sind.

Auf den Erfahrungen der im Frieden geleisteten Arbeiten fußend, hatte der deutsche Arbeitseinsatz nach Kriegsausbruch wiederholt Gelegenheit, seine Schlagkraft und Planmäßigkeit auch im Kriege unter Beweis zu stellen. Kaum hatten die deutschen Truppen im Gegenangriff des Polenfeldzugs die Reichsgrenze überschritten, als auch schon die Kräfte der deutschen Arbeitseinsatzverwaltung, oft noch unter den Einschlägen der Granaten, ihre Arbeiten aufnahmen. Schon am dritten Kriegstag, dem 3. September, war die erste Dienststelle des Landesarbeitsamts Schlesien in Rybnik eingerichtet worden, und Ende September waren bereits 70 Arbeitsverwaltungsstellen errichtet und hatten ihre Tätigkeit aufgenommen. Sind diese Tatsachen ein überzeugender Beweis für die Leistungen des deutschen Arbeitseinsatzes beim Neuaufbau einer Verwaltung, so sind seine Leistungen bei der Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Kriegswirtschaft nicht weniger erfolgreich gewesen. Wie viele im Auslande, und namentlich unsere Feinde, die neidvoll die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Deutschland verfolgt hatten, die sie im eigenen Lande trotz ungleich besserer wirtschaftlicher Voraussetzungen nicht zu bannen vermochten, hatten zu Beginn des Krieges über den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und über eine neue riesenhafte Arbeitslosigkeit in Deutschland orakelt. Diese Hoffnungen, die an die schwächlichen deutschen Maßnahmen zu Beginn des Weltkrieges anknüpfen mochten, die ein Heraufschnelles der Arbeitslosenzahl auf mehrere Millionen nicht verhindern konnten, sind glücklicherweise gründlich gescheitert.

Neben den anders gelagerten politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen in diesem Kriege war es wiederum das Verdienst der Arbeitsverwaltung,

die als Geschäftsgruppe bei dem Beauftragten für den Vierjahresplan und in enger Mitarbeit bei dem Ministerrat für die Reichsverteidigung zur Lösung der kriegswirtschaftlichen Aufgaben eingeschaltet ist, daß die Umstellung in verstärktem Tempo nach wohlgeordnetem Plan und ohne wesentliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit durchgeführt werden konnte. Die gestellte Aufgabe war dabei eine doppelte. Einmal galt es, die frei gewordenen Arbeitskräfte unter Berücksichtigung des bestmöglichen Einsatzes schnellstens wieder in Arbeitsplätzen unterzubringen. Noch wichtiger war die Beschaffung und der Einsatz der für die kriegswichtigen Betriebe erforderlichen Arbeiter, namentlich der Facharbeiter, um die zeitlich und mengenmäßig gesteckten Produktionsziele erreichen zu können. Diesem Zweck diente neben anderen Maßnahmen die Verordnung des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschalls Göring als Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 28. September 1939, nach welcher die Betriebe, die nach Art und Umfang ihrer Aufträge in der Lage sind, Facharbeiter freizustellen, dies umgebend den Arbeitsämtern zu melden haben. Außerdem sind die Betriebsführer hiernach verpflichtet worden, sich der Umschulung von Berufsfremden und von Frauen in noch stärkerem Maße als bisher zu widmen. Der Appell an die Betriebsführer wurde dabei, ermöglicht durch das Bestehen einer ausgebauten Arbeitseinsatzverwaltung, ergänzt durch Anweisungen an die Arbeitsämter, von Amts wegen an solche Betriebe zur Abgabe von Fachkräften heranzutreten, deren Auftragsbestand oder deren Kapazität eine Abgabe ermöglichte. Zur Durchführung dieser Verordnung sind inzwischen durch besondere, von dem Reichsarbeitsminister eingesetzte Kommissionen in über hundert Betrieben an Ort und Stelle Prüfungen vorgenommen worden, um Unterlagen für die Möglichkeit einer systematischen Durchförmung aller in Frage kommenden Betriebe zu gewinnen. Die Ergebnisse der nun vorliegenden Betriebsprüfungen lassen erkennen, daß auch dieser neu eingeschlagene Weg zu vollem Erfolg geführt hat, denn an Hand der ausgemerteten Erfahrungen werden die Mittel- und Außenstellen an jeden einzelnen Betrieb heranzutreten und erforderlichenfalls die Beschaffung und den richtigen Einsatz der Facharbeiter und sonstigen Arbeitskräfte veranlassen können. Deutschland hat auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes wieder eine Schlacht gewonnen und seinen Vorsprung gegenüber den Feindmächten auch auf diesem Gebiet um ein gutes Stück vergrößert. Zusammenfassend kann zu der sozialen Lage in Deutschland im Monat Februar mit Befriedigung festgestellt werden, daß bei Aufrechterhaltung der Stabilität der Löhne, Preise und sonstigen Lebensbedingungen und bei Anpassung des Arbeitseinsatzes an jede neue Lage die Geschlossenheit und Sicherheit der inneren Front auch auf diesem Sektor besteht.

Ausgehend von der gesicherten sozialen Lage in Deutschland ist es von Interesse, die Stellung unserer Gegner auf diesem Gebiet nach dem neuesten Stande zu untersuchen. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß auch Frankreich und England in den letzten Wochen, teilweise in Anlehnung an das deutsche Vorbild, sich um eine größere Planmäßigkeit ihres Arbeitseinsatzes und um Gewinnung zusätzlicher Arbeitskräfte bemühen.

In Frankreich waren zwar schon vor Ausbruch des Krieges eingehende gesetzliche Maßnahmen zur Regelung des Arbeitseinsatzes im Kriegsfall getroffen worden, aber entscheidende Lücken in dieser Gesetzgebung und Umstände, die sich nicht reglementieren lassen, wie die Geburtenarmut der früheren Jahrzehnte oder Unterlassungen früherer Jahre, haben die Anwendung eines geregelten Arbeitseinsatzes stark beeinträchtigt.

Das Grundgesetz für den Arbeitseinsatz im Kriege ist das Gesetz vom 11. Juni 1938 über „die allgemeine Organisation der Nation für die Kriegszeit“ mit mehreren Ausführungsverordnungen. Nach diesem Gesetz wird der Arbeitsminister als allein zuständig für die Organisation, Verwaltung und Ruzbarmachung der Arbeitskräfte bestimmt. Seinen Weisungen unterliegen

namentlich die zentrale Zusammenfassung der Unterlagen über die benötigten und vorhandenen Arbeitskräfte, über die Anwerbung und Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Bedarfsstellen und weiter die Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen. Teilweise übt der Arbeitsminister diese Tätigkeiten gemeinschaftlich mit den jeweils zuständigen anderen Ministern aus. Als Unterbau für die Aufgaben des Arbeitseinsatzes sind in den Departements Arbeitsinspektoren eingesetzt. Neben den öffentlichen Arbeitsnachweisen in den Departements, die bereits seit März 1939 der unmittelbaren Aufsicht des Arbeitsministers unterstellt sind, untersteht seit September 1939 auch die Tätigkeit der nichtöffentlichen Nachweise dieser Aufsicht.

Zur Sicherung der Arbeitskräfte für die kriegswichtigen Betriebe dient einmal die „mobilisation civile“, wonach die nicht zum Heere eingezogenen Arbeitskräfte, die in der privaten kriegswichtigen Industrie und in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben bei Ausbruch des Krieges beschäftigt waren, verpflichtet wurden, an ihren bisherigen Arbeitsplätzen zu bleiben. Daneben ist eine Einberufung geeigneter nicht militärpflichtiger Arbeitskräfte vorgesehen, die in den einzelnen Departements listenmäßig zu erfassen und nach näheren Anweisungen des Arbeitsministers unter Verantwortung des Präfekten auf die einsatzbedürftigen wichtigen Betriebe zu verteilen sind. Nicht zum Seeresdienst eingezogen werden die Angehörigen gewisser Berufe, die auf Grund einer „affectation spéciale“ reklamiert wurden. Der Kreis dieser Berufe ist sehr eng gezogen und umfaßt z. B. nicht die Landwirtschaft, woraus sich, wie noch zu zeigen sein wird, schwerwiegende Folgen für den Arbeitseinsatz auf diesem lebenswichtigen Gebiet ergaben.

Zur Förderung der beruflichen Umschulung sind durch das Gesetz verschiedene Maßnahmen getroffen. Durch eine Verordnung vom 3. November 1939 sind alle Betriebe der Metallindustrie verpflichtet worden, vom 1. Januar 1940 ab in verstärktem Umfang Lehrlinge auszubilden, deren Zahl nach einer Übergangszeit mindestens 9 v. H. der Beschäftigten betragen muß. Der Nachwuchserlass wird durch eine Spezialausbildung in den 140 staatlichen Gewerbeschulen versucht. Nach Schweizer Meldungen soll zu den bestehenden 20 Fortbildungsschulen (Centres de Reclassement Professionnel des Chômeurs) seit Kriegsausbruch starker Andrang, namentlich von Frauen, bestehen. Die Ausbildungszeit beträgt zwischen 2 Wochen und 3 Monaten. Die Vergütung während der Ausbildung beträgt 20 Frs. pro Tag.

Die tatsächliche Entwicklung des französischen Arbeitseinsatzes entspricht diesen getroffenen Maßnahmen nicht. Frankreich hat allerdings im Gegensatz zu England nur unter einer verhältnismäßig geringen Arbeitslosigkeit zu leiden, die zu Beginn des Berichtsmonats nach Angaben des Staatskommissars für die nationale Wirtschaft etwa 270 000 betrug, von denen die Hälfte wegen Alters oder Gebrechens nicht einsatzfähig sein soll. Wie aus den Verlautbarungen amtlicher Stellen und den Presseveröffentlichungen immer wieder hervorgeht, leidet Frankreich aber unter einem starken Mangel an Arbeitskräften, der namentlich durch die umfangreichen Einberufungen zum Seeresdienst bedingt sein dürfte, die nach französischen Meldungen bei nur 42 Millionen Einwohnern über 5 Millionen Mann betragen. In besonderem Maße ist von dem Arbeitermangel die französische Landwirtschaft betroffen. Auch sie hat über 1 Million an Arbeitskräften durch Einziehung verloren. Die früher in sehr großem Umfange beschäftigten ausländischen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, namentlich Polen und Tschechen, sind nicht mehr greifbar. 35 000 polnische und 9 000 tschechische Landarbeiter sollen nach französischen Meldungen zum Heere eingezogen worden sein, etwa 50 000 Landarbeiter sind in den letzten drei Monaten von den Rüstungsbetrieben, teilweise sogar im Wege der Requisition, von der Landarbeit abgezogen worden.

Die Folgen dieses Mangels sind für die französische Landwirtschaft unübersehbar. Nach französischen Meldungen konnte im vergangenen Herbst nur

20 v. S. der Anbaufläche von der Landwirtschaft bestellt werden, und nach Mitteilungen aus dem neutralen Ausland sind Millionen Doppelzentner von Weizen und Zuckerrüben auf den Feldern liegengelassen und zugrunde gegangen, während gleichzeitig infolge des Mangels an anderen wertvollen Nahrungsmitteln und der gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung mit einer Erhöhung des Verbrauchs gerade an Weizenbrot gerechnet werden muß. Nach sachverständigen Schätzungen wird die Weizernte des Jahres 1940 nur 40 Mill. Doppelzentner betragen, der vorausichtige Bedarf, der im Weltkriege fast 90 Mill. Doppelzentner erreichte, wird dagegen auf über 80 Mill. Doppelzentner veranschlagt, so daß für etwa die Hälfte des gesamten Verbrauchs die Einfuhr von Weizen erforderlich werden dürfte. Nicht viel besser steht es mit der Viehwirtschaft und mit dem Anbau von Zuckerrüben. Beeindruckt durch diese für die französische Ernährung und damit für die französische Kriegslage überhaupt verhängnisvolle Entwicklung haben sich in letzter Zeit die öffentliche Meinung und unter ihrem Einfluß die verschiedensten Regierungsstellen zu Hilfsmahnahmen veranlaßt gesehen, die jedoch häufig weder einheitlich getroffen noch aufeinander abgestimmt werden. So hat sich die Militärverwaltung bereit erklärt, einige ältere Jahrgänge aus dem Heeresdienst zu entlassen und darüber hinaus Landwirten Urlaub zur Landarbeit zu geben, wodurch etwa 200 000 Mann der landwirtschaftlichen Beschäftigung wiedergewonnen wurden; gleichzeitig sind aber umfangreiche Neueinzehungen von Angehörigen landwirtschaftlicher Berufe erfolgt, wodurch der Landwirtschaft etwa 370 000 Arbeitskräfte neu entzogen wurden. Auf Anweisung des Rüstungsministers Dautry sollen ältere Jahrgänge, die zu Dienstleistungen in Rüstungsbetrieben verpflichtet waren, wieder entlassen werden, aber der gleiche Rüstungsminister bekommt vorgeworfen, daß er jede Gelegenheit wahrnehme, um Arbeitskräfte für seine Rüstungsindustrie zu rekrutieren. Daß seine Anordnung in der Praxis erheblichen Schwierigkeiten begegnet, geht aus einer Tagung der 12 Departements umfassenden Landwirtschaftskammer du Nord et de l'Esle de France hervor, auf der lebhaftes Klagen geäußert wurden, daß noch immer zahlreiche Arbeitskräfte der Landwirtschaft durch den öffentlichen Dienst, den Bergbau und die Industrie entzogen würden. Um die Arbeitseinsparung in der Landwirtschaft zu bessern, hat die französische Regierung durch eine Verordnung vom 29. Februar 1940 allen Landwirten, Landarbeitern und ländlichen Handwerkern die Beschäftigung in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben verboten und den Wechsel des Arbeitsplatzes nur innerhalb des landwirtschaftlichen Sektors gestattet. Auch in der Industrie und namentlich der kriegswichtigen Industrie ist der Mangel an Arbeitskräften beträchtlich. Nach den Ausführungen Dautrys ist die Zahl der in den eigentlichen Rüstungsbetrieben beschäftigten männlichen Arbeiter, die bei Kriegsbeginn etwa 1 230 000 betrug, nach einer Verminderung auf 620 000 infolge zahlreicher Einberufungen erst wieder auf 1,2 Millionen gestiegen, liegt also noch unter dem Friedensstand.

Wie schon im Weltkrieg, richtet sich die Forderung weiter Kreise nunmehr immer mehr nach einer Heranziehung von Arbeitskräften aus den Kolonien. Der „Matin“ schreibt am 28. Februar 1940, daß es Frankreich als einem Imperium mit 110 Millionen Einwohnern möglich sein müsse, wie im Weltkrieg Soldaten und Arbeiter in den Kolonien zu finden. Tatsächlich hat der Arbeitsminister Pomaret ein Programm fertiggestellt, nach dem für die Dauer des Krieges Arbeiter aus den Kolonien rekrutiert werden sollen. Die Ergebnisse dieser Anwerbungen, die noch in diesem Jahre zur Gewinnung von 200 000 zusätzlichen Arbeitern führen sollen, werden abzuwarten sein. Bisher sollen insgesamt etwa 10 000 Indochinesen und Marokkaner angeworben worden sein, und die Neueinstellungen von Marokkanern sollen zur Zeit etwa 500 wöchentlich betragen. Daneben laufen Versuche, Arbeitskräfte aus dem neutralen Ausland zu gewinnen. Nach Meldungen aus Belgien

haben zahlreiche französische Fabriken bei der kroatischen Verwaltung versucht, in Kroatien eine größere Anzahl von Arbeitern anwerben zu dürfen. Der Varnus von Kroatien hat dieses Ersuchen aber abgelehnt, da den Arbeitern völlig ungenügende Entlohnungen angeboten wurden. Verhandlungen über die Einstellung qualifizierter luxemburgischer Facharbeiter für die Eisenwerke von Longby und Mont St. Martin sind noch im Gange. In der Landwirtschaft wird die Beschäftigung von Verbern namentlich als Hirten und beim Anbau von Zuckerrüben gemeldet.

Die Beschäftigung von Frauen, die nach amtlichen Angaben bereits $\frac{1}{2}$ Million überschreitet, soll noch weiter ausgebaut werden. Auf Grund einer Verordnung vom 29. Februar 1940, die zusammen mit anderen Notverordnungen im französischen Amtsblatt vom 1. März 1940 veröffentlicht wurde, kann während der Kriegsdauer die Verwendung von weiblichen Arbeitskräften durch den Arbeitsminister in bestimmten Berufen, Verwaltungen und Unternehmen angeordnet werden. Die in Frage kommenden Berufe, Verwaltungen und Unternehmen werden durch spätere Verordnungen noch festgelegt werden und ebenso der Anteil an weiblichen Arbeitskräften, der in diesen beschäftigt werden muß. Die frei werdenden männlichen Arbeitskräfte sollen dann solchen Betrieben zugewiesen werden, die kriegswichtig sind, namentlich Betrieben im Geschäftsbereich des Rüstungs-, Marine- und Luftfahrtministeriums.

Zur Vorbereitung dieser neuen Regelung soll zunächst innerhalb von zwei Monaten eine freiwillige Zählung der zur Verfügung stehenden weiblichen Arbeitskräfte vorgenommen werden, deren Ergebnisse vom Arbeitsministerium gesammelt werden. Falls die zunächst freiwilligen Angebote weiblicher Arbeitskräfte nicht ausreichen, soll eine zwangsmäßige Erfassung aller geeigneten weiblichen Arbeitskräfte erfolgen. Finanzminister Paul Reynaud, der die neuen Verordnungen kürzlich im Rundfunk erläuterte, begründete diese für das liberale Frankreich völlig umstürzenden Eingriffe in die persönliche Freiheit mit der Schwierigkeit der augenblicklichen Wirtschaftslage. Frankreich habe sich nach seinen Worten zwar finanziell gehalten, sei wirtschaftlich aber auf der schiefen Ebene. Seit November drohe die Preissteigerung, die Produktion sei gefallen, der Verbrauch gleichgeblieben oder sogar gestiegen. Das Land laufe Gefahr, in den „höllischen Kreislauf der Preissteigerungen, Lohnforderungen und der Inflation“ einzutreten.

Als Fazit aus den Maßnahmen zur Regelung des französischen Arbeitseinsatzes bleibt die Feststellung, daß es zwar an Ansätzen und Vorschlägen nicht fehlt, daß aber über theoretische Erörterungen, genau wie auf den übrigen Gebieten des sozialen Sektors — es sei nur an die mangelhafte Zuteilung von Lebensmitteln erinnert —, nicht entscheidend hinausgegangen wurde.

Konnten für Frankreich wenigstens Versuche zu einem planmäßigen Arbeitseinsatz verzeichnet werden, so ist England über allererste Ansätze noch nicht hinausgekommen. Die Begründung hierfür mag einmal in der für England traditionellen Hemmung gegen staatliches Eingreifen in das freie Spiel der Kräfte liegen, zum anderen in der bekannten Tatsache, daß England auch diesen Krieg durch andere zu führen beabsichtigt hatte und glaubte, sich weitgehend auf eine Blockade Deutschlands beschränken zu können. Die bisherigen für den Krieg getroffenen Maßnahmen sind folgende:

Die für die Kriegswirtschaft besonders wichtigen Facharbeiterberufe wurden vom Heeresdienst freigestellt, wobei die Altersgrenze für die Freistellung je nach der Wichtigkeit des Berufs verschieden ist. Daneben ist ein Zentralregister der Personen mit besonderen wissenschaftlichen oder technischen Fähigkeiten sowie von Angehörigen des höheren Verwaltungsdienstes aufgestellt worden, die als sogenannt „Spezialisten“ im öffentlichen Dienst oder in anderen Zweigen der Kriegswirtschaft eingesetzt werden sollen. Durch Gesetz vom 5. September 1939 war die Aufstellung eines Nationalregisters

der gesamten englischen Bevölkerung verfügt worden, das ähnlich der deutschen Volkszählung nach Name, Geschlecht, Alter, Wohnsitz, Beschäftigung und Beruf auszufüllen war. Dieses Register soll durch Veränderungsanzeigen laufend ergänzt werden und soll Aufschluß über die jeweils verfügbaren Arbeitskräfte geben können. Durch ein Gesetz vom 21. September 1939 wurde der englische Arbeitsminister ermächtigt, für die von ihm zu bestimmenden Wirtschaftszweige und Berufsgruppen anzuordnen, daß Arbeitskräfte nicht ohne seine Genehmigung eingestellt werden dürfen und daß sie nicht ohne seine Genehmigung durch Insetrate oder andere öffentliche Bekanntmachungen — man sieht wieder das deutsche Vorbild — angeworben werden dürfen. Allerdings sind diese Ermächtigungen auf die Intervention der Opposition im Parlament weitgehend dahin eingeschränkt worden, daß der Arbeitsminister die Entwürfe seiner Anordnungen Ausschüssen aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern vorzulegen hat und daß das Parlament die Anordnungen wieder aufheben kann. Eine weitere Einschränkung liegt darin, daß die Zustimmung zur Einstellung eines Arbeiters durch den Arbeitsminister nur versagt werden darf, wenn er diesem gleichzeitig eine andere angemessene Arbeitsstelle vermitteln kann.

Für deutsche Begriffe völlig unmöglich ist schließlich die Bestimmung, daß bei Streitigkeiten über Anordnungen des Arbeitsministers das für die Arbeitslosenversicherung zuständige Schiedsgericht entscheiden und die ministeriellen Anordnungen wieder aufheben kann. Von seinen Ermächtigungen hat der englische Arbeitsminister bis jetzt anscheinend überhaupt noch keinen Gebrauch gemacht, dagegen scheint sich ein neues Verfahren eher Geltung zu verschaffen, wonach die Einstellung der Arbeitskräfte durch Vereinbarungen zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaften erfolgt, denen der Arbeitsminister lediglich zuzustimmen braucht, eine Regelung, die auf dem Lohngebiet eine Parallele in den Vereinbarungen der „joint industrial councils“ hat. Die Lage der englischen Wirtschaft und des englischen Arbeitsmarktes entspricht der ungenügenden und uneinheitlichen gesetzlichen Regelung.

Die Arbeitslosigkeit, die am 12. Februar 1940 gegenüber dem 15. Januar 1940 um 15000 abgenommen hatte, betrug noch immer über 1½ Millionen. Entgegen den Beteuerungen des englischen Arbeitsministers, daß die noch immer so hohe Arbeitslosenzahl auf saisonmäßigen Gründen beruhe, bleibt es Tatsache, daß gerade in den ausgesprochenen Rüstungsgebieten Midlands, South Midlands, von Nordengland, Ostengland und Wales die Arbeitslosigkeit erneut angestiegen ist. Teilweise mögen dabei Verkehrsschwierigkeiten mitgespielt haben. Trotz Einziehung zum Heeresdienst betrug die Zahl der arbeitslosen Männer Ende Februar noch 900000, war also gegenüber der Vorkriegszeit unverändert geblieben, die der Frauen etwa 350000, lag also noch über den Zahlen vor Kriegsausbruch mit 245000. Nach amtlichen Unterlagen hat sich die Arbeitslosigkeit in England, gerechnet nach den bei den Arbeitsvermittlungstellen eingetragenen Personen, wie folgt entwickelt:

	Gr.-Brit.	Gr.-Brit. mit Nordirland
14. August 1939	1 231 692	1 294 805
11. September 1939	1 330 928	1 395 550
16. Oktober 1939	1 430 638	1 499 893
13. November 1939	1 402 588	1 477 586
11. Dezember 1939	1 361 525	1 540 923
15. Januar 1940	1 518 896	1 602 551

Wie peinlich der englischen Regierung diese hohen Zahlen an Arbeitslosen sind, beweist eine Andeutung im „Daily Telegraph“, daß der englische Arbeitsminister beabsichtige, die statistischen Methoden für die Errechnung der Arbeitslosenziffern abändern zu lassen.

Trotz des riesenhaften Arbeitslosenheeres mehren sich in England die Klagen über den Mangel an Facharbeitern, seit Churchill in seiner Rede in Manchester Ende Januar die Parole zur zusätzlichen Arbeiterbeschaffung ausgab, als er die außerordentliche Ausdehnung der Rüstungsindustrie ankündigte und dabei die Einstellung von über einer Million Frauen als erforderlich erklärte.

Bezeichnend für die Unübersichtlichkeit der englischen Arbeitseinsatzverhältnisse ist dabei die Tatsache, daß die Angaben über den voraussichtlichen Bedarf stark voneinander abweichen und sich bis zu einer Forderung nach einer Erhöhung allein in der Metallindustrie um 50 v. H. der jetzigen Belegschaften, darunter von über 4 Millionen Frauen, steigern.

Nach einem Bericht des „Daily Telegraph“ vom 17. Februar 1940 will die englische Regierung den Schwierigkeiten nunmehr zu Leibe gehen. In nächster Zeit soll eine Zählung aller Arbeiter nach Gewerben und Berufen erfolgen, wobei jeder Betrieb verpflichtet wird, Listen über die von ihm Beschäftigten und die Art der Beschäftigung einzureichen. Gestützt auf diese Unterlagen, sollen dann möglichst viele Facharbeiter der Rüstungsindustrie aus den Betrieben des zivilen Sektors zugeführt werden, die ihrerseits den Abgang an Facharbeitern durch angelernte Kräfte ausgleichen und diese wiederum durch umgeschulte ungelernete Kräfte und Frauen ersetzen sollen. Nach Ausführungen im „Daily Herald“ ist zur Zeit das große Problem die Umschulung, die ebenfalls durch staatliche Maßnahmen in großem Umfange geplant ist, nachdem sie bisher stark vernachlässigt war. In 14 staatlichen und 8 gemeindlichen Umschulungszentren, die noch erweitert werden sollen, wird die Ausbildung von 30 000 Arbeitern zu Facharbeitern im Laufe eines Jahres erwartet. Daneben sollen die Betriebe selbst sich der Umschulung annehmen, wieder einmal mehr eine Nachahmung Deutschlands, wo die berufliche Um- und Weiterbildung seit Jahren betrieben wird.

Daß England auf der Suche nach zusätzlicher Arbeitskraft in der Wahl seiner Mittel übrigens recht großzügig ist, zeigen Berichte der englischen Presse, wonach seit Anfang Februar bereits einer Reihe von Rüstungsbetrieben in den Midlands die Genehmigung zu Nachtlichtarbeit von Frauen durch den Arbeitsminister erteilt wurde, obwohl die Nachtarbeit durch das in Kraft befindliche Fabrikgesetz untersagt ist. Am Rande mag bemerkt werden, daß trotz dieser Versuche um Gewinnung zusätzlicher Arbeitskraft die Arbeitsstreitigkeiten und Streiks in England nicht abreißen, wodurch ungezählte Arbeitstage verlorengehen. So sind allein in den beiden letzten Februarwochen und Anfang März folgende Streiks zu verzeichnen. Am 22. Februar legte ein Teil der Belegschaft einer Flugzeugfabrik in den Midlands die Arbeit nieder, weil ihr nicht gestattet worden war, Lee in den Fabrikräumen zuzubereiten. Im Kohlengebiet von Nordshire ereigneten sich in derselben Zeit 12 Streiks, wobei die Zahl der Streikenden am 23. Februar noch 5000 Mann und gleichzeitig in den Kohlengruben Woldale und Glashoughton ungefähr 8000 Arbeiter betrug, die am 29. Februar die Förderung durch ihre Streiks völlig stilllegten. Am 1. März sind schließlich auf dem Flugplatz von Warwickshire 3000 Mann in den Streik getreten, weil jugendliche Arbeiter mit Arbeiten beschäftigt wurden, die vorher nur von Erwachsenen ausgeführt wurden. Weitere Streifdrohungen von über 4000 Arbeitern der Eton-Bavons-Gruppe und von 16000 Arbeitern der Blae-Naben-Bergwerke liegen noch vor. Von besonders pikanter Note ist dabei, daß diese Streiklust sich nicht nur auf das Mutterland beschränkt, sondern auch in den englischen Kolonien zu verzeichnen ist. So begaben sich nach einer Reuter-Meldung in Bombay über 130 000 Textilarbeiter in den Streik, wobei sich namentlich die Frauen auszeichneten. Als Ergebnis dieses Streiks sind von 68 Spinnereien 60 zur Stilllegung gekommen.

Die angeführten Tatsachen im englischen Arbeitseinsatz sprechen für sich, ohne daß es eines Kommentars bedarf, und der Vorsprung Deutschlands auch auf diesem Gebiet springt in die Augen.

Auch in den neutralen Ländern findet ein planmäßiger, häufig durch staatliche Maßnahmen geregelter Arbeitseinsatz zunehmende Beachtung, wobei die autoritär geleiteten Staaten an der Spitze stehen.

In Italien, das im Zeichen der Autarkie dem planmäßigen Arbeitseinsatz besondere Aufmerksamkeit schenkt, hat der ehemalige Finanzminister Stefani vor kurzem in der „Stampa“ die Mobilisierung der Arbeitsreserven mit allen Kräften gefordert. Rohstoffe im Lande und Arbeitskräfte bezeichnete er dabei als die einzigen zuverlässigen Stützen in Kriegszeiten und die Mobilisierung der Arbeitsreserven als eine dringende Forderung. Inzwischen ist ein wesentlicher Ausbau der Arbeitsvermittlungsorganisation durch die Confederazione der Industriearbeiter bereits eingeleitet. Die Vermittlungsämter des Verbandes sind von 262 auf 762 vermehrt worden, und als Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in der Industrie wurde eine Nationale Direktion für Arbeitseinsatz gebildet. Dieser unterstehen die Uffici intercomunali, denen wiederum die örtlichen Vermittlungsstellen, die Uffici di Corrispondenza unterstellt sind. Durch die Errichtung der örtlichen Stellen ausnahmslos in jeder, auch der kleinsten Gemeinde, die dort dem Büro des örtlichen Beauftragten der Syndikate angegliedert sind, ist Sorge getragen, daß der italienische Arbeitseinsatz planmäßig den letzten Arbeiter in den entlegensten Flecken erfassen kann.

Besondere Bedeutung wird der Eingliederung der ehemaligen Afrika- und Spanienkämpfer in den Arbeitsprozeß beigemessen, die zum Teil noch arbeitslos sind. Da diese verdienten Kämpfer zum Teil in Gebieten wohnen, in denen der Arbeitsmarkt nicht aufnahmefähig ist, haben die Confederationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der italienischen Industrie eine Regelung getroffen, welche die allmähliche Eingliederung der Afrika- und Spanienkämpfer in den Arbeitsprozeß vorsieht. Auch hier baute die Vermittlungsarbeit auf statistischen Erhebungen auf, die von der Confederation der Industriearbeiter durchgeführt und dem Verband der Confederation der Industriellen mitgeteilt wurden. Ungelernte Arbeiter und sonstige Kriegsteilnehmer, die nicht sofort auf vollen Arbeitsplätzen verwendet werden können, werden zunächst als Lehrlinge eingesetzt, wobei ihre Lehrzeit um ein Drittel verkürzt wird. Während der ersten Hälfte der gekürzten Lehrzeit erhalten sie den Lohn eines ungelerten Arbeiters, in der zweiten Hälfte wird die Vergütung um 15 v. S. jedoch nicht über den Lohn eines Facharbeiters hinaus erhöht.

Besondere Anstrengungen zur Regelung seines Arbeitseinsatzes macht auch Spanien, das unter der Devise des Wiederaufbaues und der Beseitigung der Schäden des Bürgerkrieges steht. Nach einer Anfang Februar erschienenen Ausgabe der „Revista del Trabajo“ des Arbeitsministeriums wurden durch die Arbeitsvermittlung der neuen Arbeitsämter seit Beendigung des Krieges insgesamt 122707 Männer und 19375 Frauen, insgesamt also 142082 Arbeitskräfte, vermittelt. Nach dem Bericht des Zentralarbeitsamts ist die Arbeitslosigkeit infolge des Wiederaufbaues bereits stark zurückgegangen und betrug im Dezember 1939 nur noch rund 518000.

Auch die Erfassung des Nachwuchses ist sichergestellt. Nach Veröffentlichungen des Arbeitsministers ist eine Neuordnung der obligatorischen Lehrzeit verfügt. Sämtliche Arbeiter beiderlei Geschlechts unter 20 Jahren, die kein offizielles Befähigungszeugnis besitzen, werden von den Listen der Arbeitsämter gestrichen und als Lehrlinge eingeschrieben. Alle Arbeitgeber in Betrieben von mehr als 20 Arbeitern sind verpflichtet, Lehrlinge in Höhe von mindestens 5 v. S. ihrer Gesolgshaft einzustellen. Die Mindestlehrzeit beträgt ein Jahr. Zur Ausbildung von Spezialarbeitern in der Landwirtschaft ist ebenfalls eine Lehrzeit vorgesehen, die zwei Saisons betragen soll.

Auch die Schweiz, in der seit der Verordnung vom 2. September 1939 eine Arbeitsdienstpflicht besteht, hat den staatlich geregelten Arbeitseinsatz weiter ausgebaut. Zur Durchführung der Arbeiten für die Landesverteidi-

gung sollen militärische Arbeitsdetachements gebildet werden, in welchen die militärdienstpflichtigen Arbeitslosen eingereiht werden sollen, eine Absicht, die allerdings von der Arbeiterpresse stark bekämpft wird.

Ermähnt werden mag schließlich im Rahmen der Betrachtung des staatlichen Arbeitseinsatzes noch die Türkei, in der bekanntlich am 26. Januar 1940 ein Gesetz zum Schutz der nationalen Wirtschaft veröffentlicht wurde, durch das der Ministerrat weitgehende Vollmachten erhielt, um den Staat in außergewöhnlichen Fällen in seiner Wirtschaft und seiner nationalen Verteidigung zu stärken. Dieses Gesetz, das u. a. vorsah, daß alle türkischen Staatsbürger unter lohnpflichtige Arbeitspflicht gestellt werden können und daß ein Arbeitsplatzwechsel ohne stichhaltigen Grund und unangemeldet nicht vollzogen werden darf, ist durch Beschluß des Ministerrats am 20. Februar dieses Jahres in Kraft gesetzt worden. Der im Rahmen des Gesetzes gebildete Koordinationsausschuß hat in seiner ersten Sitzung beschlossen, in dem Steinkohlenbeden von Ereğli die Arbeitspflicht einzuführen und dadurch neben anderen Maßnahmen die Produktion entscheidend zu steigern. Die Verordnung soll in diesen Tagen vom Ministerrat angenommen werden, womit die erste Anwendung des Gesetzes erfolgte.



Die Wirtschaftspolitik

Unter völliger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse bemühten sich die mehr oder minder berufenen Sprecher der westlichen Plutokratien zu Beginn des von ihnen gewollten und herbeigeführten Krieges gegen das Großdeutsche Reich, den Anschein zu erwecken, als ob es ebenso oder noch viel schneller als 1914 gelingen würde, durch eine völkerrechtswidrige Blockade den Widerstandswillen des deutschen Volkes zu brechen. Die theoretisch in den schönsten Farben ausgemalte Möglichkeit, den Krieg ohne den letzten Einsatz „bequem“ gewinnen zu können, erwies sich trotz aller noch so plumpen Propagandatricks als völlig illusorisch. Wirtschaftlich hatte die Reichsführung in kluger Voraussicht für eine den stärksten Anforderungen genügende Vorratshaltung gesorgt, während politisch durch den Abschluß des Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes mit der Sowjetunion der Ring der Einkreisung gesprengt und damit jede Hoffnung auf eine volle Wirksamkeit der Blockade zunichte gemacht wurde. Der Monat Februar brachte auf diesem Gebiet neue, für England und seinen Trabanten sehr schwerwiegende Tatsachen: den Abschluß von Wirtschaftsvereinbarungen des Reiches mit der Sowjetunion, Italien und Norwegen.

Am 11. Februar wurde nach erfolgreich beendeten Verhandlungen in Moskau das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossen. Dieses Abkommen entspricht dem Wunsche der Regierungen beider Staaten, ein Wirtschaftsprogramm für den Warenumsatz aufzustellen, wie dies in dem Briefwechsel zwischen Reichsaußenminister v. Ribbentrop und Volkskommissar Molotow am 28. September 1939 zum Ausdruck gebracht wurde. Das Abkommen sieht die Ausfuhr von Rohstoffen aus der Sowjetunion nach Deutschland vor, die durch deutsche industrielle Lieferungen kompensiert werden. Wie es in der amtlichen Verlautbarung heißt, wird der Warenumsatz zwischen Deutschland und der Sowjetunion bereits im ersten Jahr der Geltung des Abkommens einen Umfang erreichen, der die seit dem Weltkrieg niemals erreichten Höchstmengen übersteigt. Es ist beabsichtigt, den Umfang der gegenseitigen Warenlieferungen in Zukunft noch weiter zu steigern.

Nachdem im Verlauf der Verhandlungen, die sowohl in Berlin als auch in Moskau geführt wurden, die feindliche Propaganda immer wieder von einem bevorstehenden Scheitern gefaselt hatte, erregte der Abschluß dieses in der modernen Wirtschaftsgeschichte einzig dastehenden Vertrages erst recht die besondere Aufmerksamkeit in aller Welt. Die Neutralen sahen darin die entscheidende Tat gegen die britischen Blockadebemühungen und einen ersten bewußten Schritt in Richtung auf eine mittel- und osteuropäische Großraumwirtschaft. Es ist bekannt, daß Deutschland schon 1913 ein Drittel der russischen Gesamtausfuhr abnahm und etwa die Hälfte der russischen Einfuhr lieferte. Als Rußland nach dem Kriege die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland wieder aufnahm, wurde Deutschland sofort erneut sein bedeutendster Handelspartner, der 1921 bis 1923 wieder mehr als ein Drittel der russischen Einfuhr stellte und diesen Anteil in den Jahren 1931 bis 1933 auf über 40 v. H. steigerte. In der gleichen Weise hatte sich auch der deutsche Anteil an der russischen Ausfuhr entwickelt.

Diese Tatsachen sind ein klarer Beweis für die natürliche Ergänzungsfähigkeit der beiden Volkswirtschaften. Während die Sowjetunion über unererschöpfliche Rohstoffvorkommen verfügt, besitzt Deutschland eine industrielle Leistungsfähigkeit so großen Umfanges, daß es trotz des Krieges und der militärischen Anforderungen in der Lage ist, den großen Bedarf Russlands in industriellen Fertigwaren aller Art voll zu decken.

Besonders bedeutsam war auch der Abschluß der Tagung des deutschen und des italienischen Regierungsausschusses für die Regelung der deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen, die mit der Unterzeichnung der getroffenen Vereinbarungen am 24. Februar den Warenverkehr für das Jahr 1940 festlegten. Bei dieser Gelegenheit wurden auch andere wirtschaftliche und finanzielle Probleme erörtert, die die beiden Länder, die auch auf diesem Gebiet ihre solidarische Zusammenarbeit fortsetzen, interessieren. Viel bemerkt wurde die Tatsache in der gemeinsamen Verlautbarung, daß der Duce die Verhandlungen in ihrem Verlauf verfolgte und persönlich eingriff, um bestimmte Weisungen zu erteilen. Der Vorsitzende der deutschen Wirtschaftsabordnung, General der Dr. Clodius, wies Pressevertretern gegenüber darauf hin, daß von italienischer Seite während der ganzen Dauer der Verhandlung der einzelnen Wirtschaftsfragen in ganz besonders freundschaftlicher Weise verhandelt wurde. Die enge Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten wird bewiesen durch die Tatsache, daß Italien schon jetzt bei der Einfuhr an erster und bei der Ausfuhr an dritter Stelle steht.

Die dritte bedeutsame Wirtschaftsvereinbarung des Reiches wurde am 23. Februar mit Norwegen abgeschlossen. Damit wurde die Fortführung des deutsch-norwegischen Warenverkehrs unter den durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnissen ermöglicht. Bei diesem Abschluß war es besonders interessant, zu beobachten, daß die gleichzeitig laufenden norwegisch-englischen Wirtschaftsverhandlungen zu keinem Ergebnis führten, da London es an jedem Verständnis für die Bedürfnisse Norwegens fehlen läßt.

Neben diesen erfolgreichen Bemühungen des Reiches, den Außenhandel auch im Kriege weiterzuführen und zu vertiefen, wurden in der innerdeutschen Wirtschaft weitere Maßnahmen getroffen, um Produktion und Versorgungsanlage gegenüber allen möglichen Anforderungen sicherzustellen. Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring richtete am 15. Februar in einer Rundfunkansprache einen Appell an das deutsche Landvolk, durch Höchstleistungen die laufende Erzeugung zu garantieren. Der Generalfeldmarschall wies dabei besonders auf die Sicherstellung der Versorgungslage durch Vorratshaltung hin und teilte mit, daß sieben Millionen Tonnen Getreide in Speichern und Silos als nationale Reserve gelagert wurden. Vorräte an allen anderen Nahrungsmitteln seien in so reichlichem Maße vorhanden, daß je nach Bedarf auf sie zurückgegriffen werden könne. Die Fettvorräte würden ungefähr für zwei Jahre ausreichend sein. Um diese Vorräte durch die kommende Ernte erhöhen zu können, forderte der Generalfeldmarschall die Anspannung aller Kräfte und sicherte dem deutschen Landvolk jede nur mögliche Unterstützung zu. Er betonte, daß genügend Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt würden und daß neben den Kriegsgefangenen über eine Million landwirtschaftliche Arbeiter, die sich freiwillig meldeten, vornehmlich aus den Ostgebieten eingesetzt würden. Weiterhin würden zur Verfügung gestellt: Treibstoffe für die Traktor, Fachkräfte für die Pflege der Maschinen und ausreichende Transportmöglichkeiten für die Heranschaffung von Düngemitteln. Der Obst- und Gemüsebau werde durch eine Erweiterung der Anbaufläche auf 200 000 Hektar erhöht. Als Abwehr gegen die von England beabsichtigte Fettblockade kündigte Generalfeldmarschall Göring Maßnahmen zur Steigerung der Fetterzeugung an. Der Preis für Vollmilch wird mit Wirkung vom 11. März um 1 bis 2 Pfennige und damit der Butterpreis um 20 Pfennige erhöht. Nicht berührt wird der Preis für Magermilch. Als Ausgleich für den minderbemittelten Verbraucher wird die Möglichkeit des

Einkaufs einer näher zu bestimmenden Menge von Margarine geschaffen. Von den deutschen Bauern forderte der Generalfeldmarschall als Gegenleistung eine eiserne Sparfamkeit im Selbstverbrauch an Vollmilch, um zusätzlich die Menge von Butter erzeugen zu können, die das deutsche Volk bisher einführen mußte (80000 Tonnen).

Aus den Worten des Generalfeldmarschalls sprach die Anerkennung für die Erfolge der Erzeugungsschlacht, die nun schon seit Jahren in steigendem Maße die Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes erweiterten und damit zu einer wichtigen Voraussetzung für die Abwehr der englischen Blockade wurden. Daß das Reich auch den übrigen durch den Krieg aufgeworfenen wirtschaftlichen Problemen gewachsen war, ging aus einer Rede des Reichswirtschaftsministers Funk vor dem Beirat der Deutschen Reichsbank am 2. Februar hervor. Der Minister stellte neben der Frage des Außenhandels besonders das Problem der Kriegsfinanzierung in den Mittelpunkt der Erörterung des Beirats. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß das Problem der Kriegsfinanzierung nicht so sehr ein Geldproblem als vielmehr ein Problem der Güterversorgung sei. Es komme darauf an, zur Deckung der zusätzlichen Staatsaufgaben im Kriege aus dem Volkseinkommen einen erheblichen Anteil dem zivilen Bedarf und der Ersatzinvestition zu entziehen und diesen Anteil der Produktion von kriegsnotwendigen Gütern zuzuführen. Durch die Maßnahmen der Rationierung aller lebensnotwendigen Güter, der Kontingentierung der Rohstoffe, der Lenkung des Arbeitseinsatzes, des Kredit- und Kapitalstromes und des Außenhandels von der kriegsunwichtigen Produktion und schließlich sogar durch Herstellungsverbote werde diese Umstellung in der Bewertung des Volkseinkommens erreicht. Die durch die Rationierung und durch diese starken Beschränkungen in der Herstellung und Verwendung von Konsumgütern freigesetzte Kaufkraft müsse für die Kriegsfinanzierung methodisch eingefangen werden. Dies geschehe bei uns durch Steuern einerseits und durch Sparen andererseits; denn auch das Sparkapital werde der Kriegsfinanzierung nutzbar gemacht. Die Kunst der Kriegsfinanzierung besteht nun darin — so erklärte Reichsminister Funk weiter —, trotz starker Erhöhung der Steuern die Sparkraft des Volkes zu erhalten. Mit finanztechnischen Methoden kommt man diesen Problemen nicht bei. Wir lehnen es ab, den Krieg mit Preis- und Lohnsteigerungen, also mit einer offenen Geldentwertung, aber auch mit einer Kreditausweitung ohne gesicherte Produktionsausweitung und ohne Erhöhung der Produktivität der Wirtschaft, also durch eine verdeckte Geldentwertung zu finanzieren. Im Kriege ist es notwendiger denn je, den Leistungswillen und die Leistungen selbst auf allen Gebieten zu steigern. Hierauf hat auch die Steuervolitik Rücksicht zu nehmen.

Eine seit längerer Zeit erörterte Frage wurde mit der vom Ministerrat für die Reichsverteidigung erlassenen Verordnung über Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft vom 19. Februar 1940 (RWB. I, S. 395) gelöst. Die Verordnung sieht vor, daß Unternehmungen, die aus kriegswirtschaftlichen Gründen auf gewissen Wirtschaftsgebieten stillgelegt werden mußten, in gerechtfertigten Fällen Beihilfen zur Erhaltung ihrer Betriebe gewährt werden können, um die volkswirtschaftlichen Werte der Gesamtwirtschaft zu erhalten und ihre Arbeitsplätze für künftige Zeiten zu sichern. Die Aufbringung und Verteilung der hierzu erforderlichen Mittel wird durch die Verordnung der Wirtschaft als Gemeinschaftsaufgabe übertragen. Voraussetzung für die Gewährung von Beihilfen ist nach den Bestimmungen der Verordnung das durch kriegswirtschaftliche Maßnahmen ausgelöste Stilllegen der antragstellenden Unternehmung. Als derartige kriegswirtschaftliche Maßnahmen kommen zum Beispiel Nichtzuteilung von Rohstoffen, Nichtbelieferung mit Energie oder Entziehung von Arbeitskräften in Betracht. Zuständig für die Gewährung der Beihilfen sind die Gliederungen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft und des Verkehrs sowie für gewerb-

siche Betriebe, die der Reichskulturkammer angehören, die Einzelkammern in der Reichskulturkammer und für den Bereich der Be- und Verarbeiter und Verteiler landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Sinne der Reichsnährstandsgesetzgebung der Reichsnährstand oder die auf Grund des Reichsnährstandsgesetzes gebildeten Hauptvereinigungen. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung von Beihilfen besteht nach der Verordnung nicht. Die Beihilfen sind zur Erhaltung der stillliegenden Unternehmungen bestimmt. Das Ausmaß der Beihilfen im Einzelfall bestimmt sich nach Richtlinien, die von den die Beihilfen gewährenden Organisationen erlassen werden. Die einheitliche Ausrichtung des Verfahrens ist dadurch gewährleistet, daß die Richtlinien dem jeweils zuständigen Fachminister zur Genehmigung vorzulegen sind. Die Mittel zur Gewährung der Beihilfen werden nach den Vorschriften der Verordnung von den Organisationen der Wirtschaft, und zwar auch von den Gruppen, in deren Bereich Stilllegung nicht in Betracht kommen, wie zum Beispiel auf dem Gebiet des Bank- und Versicherungswesens, im Umlagewege aufgebracht. Die von den durch Beihilfezahlungen nichtbelasteten Gruppen aufgebrachten Mittel werden denjenigen Gruppen im Wege des Ausgleichs zur Verfügung gestellt, deren Aufkommen zur Bestreitung der von ihnen zu gewährenden Beihilfen nicht ausreicht. Für das Handwerk, die gewerblichen Betriebe der Reichskulturkammer und für die Be- und Verarbeiter und Verteiler landwirtschaftlicher Erzeugnisse sind in der Verordnung aus Zweckmäßigkeits- und Organisationsgründen Sonderbestimmungen vorgehen, nach denen diese Gruppen den Ausgleich nur in sich durchführen. Die Verordnung trifft nicht die Land- und Forstwirtschaft. Desgleichen findet sie keine Anwendung auf Betriebe, die auf Grund von Räumungsmaßnahmen oder wegen unmittelbarer Kriegseinwirkungen stillgelegt werden müssen. Für diese Betriebe wird das Reich die notwendigen Hilfsmaßnahmen treffen. Ferner findet die Verordnung keine Anwendung auf den Fremdenverkehr und auf die Seeschifffahrt, da mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse dieser Wirtschaftszweige insoweit andere Maßnahmen getroffen werden müssen.

Das Interesse des Staates für die Erhaltung gesunder Mittelbetriebe kam in einem Vortrag von Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Landfried am 6. Februar in Berlin zum Ausdruck. Der Staatssekretär betonte, daß die Mittelbetriebe auch für die Kriegswirtschaft selbst von Bedeutung seien und daher kein nutzloser Ballast, der erst im Frieden wieder Wert gewinne. Dem mittelständischen Gewerbe im einzelnen konnten festgelegte Produktionsaufgaben für den Kriegsfall nicht von vornherein in dem gleichen Umfang wie anderen Betriebsgruppen gestellt werden, da die vorbereitenden Maßnahmen für den Fall eines Krieges sich zunächst auf einen bestimmten Ausschnitt der Wirtschaft beschränken mußten. Der Unternehmer müsse sich allerdings selbst behelfen. Je besser er seinen Betrieb der kriegswirtschaftlichen Produktion anpasse, um so leichter könne der Staat fördernd eingreifen. Dr. Landfried wies den Gedanken zurück, im Kriege allein die Großbetriebe weiterlaufen zu lassen, da auch wehrwirtschaftliche Gründe eine Konzentration auf Großbetriebe nicht zuließen.

Eine organisatorische Frage im deutschen Wirtschaftsaufbau wurde Anfang Februar durch die endgültige Zusammenfassung des Handwerks gelöst. Die Aufgaben des deutschen Handwerks werden danach künftig mit Zustimmung des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley und des Reichswirtschaftsministers Funk durch eine Arbeitsgemeinschaft einheitlich geführt. Auf einer Arbeitstagung stellte Reichsleiter Dr. Ley für die künftige Arbeit des Handwerks folgende drei Forderungen auf: Herbeiführung eines Mindestmaßes an Organisation; Bildung von Kulturgemeinschaften des Handwerks; Errichtung von Lehrwerkstätten und Gemeinschaftswerkstätten des Handwerks zur Ergänzung der Lehre beim Meister.

Auf die besonderen Aufgaben, die der Krieg an das Transportwesen stellt, wurde wiederholt hingewiesen. Um alle im motorisierten Transportwesen

der Kriegswirtschaft verfügbaren Kräfte straff zusammenzufassen und ihre Einsatzfähigkeit zu erhöhen, ernannte Generalfeldmarschall Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan und Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung den Korpsführer des NSKK, Reichsleiter Günther, zu seinem Beauftragten für den motorisierten Transport der Kriegswirtschaft.

Gerade die Transportfrage spielte in der diesjährigen außerordentlich harten Frostperiode bei der Kohlenversorgung eine Rolle. Der Frost verhinderte jeden Verkehr auf den Binnenwasserstraßen. Außerdem kamen zu der normalen Belastung des Verkehrswezens durch die Einbringung einer reichlichen Ernte die außerordentlichen Ansprüche, die der Feldzug in Polen und anschließend die Umgruppierung der deutschen Wehrmacht stellten. Die im Frühherbst übliche Kohlenbevorratung mußte daher zurückgestellt werden, so daß es bei dem gewaltigen Ansteigen des Kohlenkonsums zu Mangelerscheinungen kommen mußte, die allerdings in einer vorbildlichen Gemeinschaftsarbeit durch Einsatz freiwilliger Kräfte der Partei und ihrer Niederungen erfolgreich behoben wurden.

Für die kriegswirtschaftliche Umstellung der Bauwirtschaft war das durch eine Anordnung des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft, Generalinspektor Dr. Todt, erlassene generelle Neubauverbot von einschneidender Bedeutung. Die Bautätigkeit wird deshalb nicht aufgehört, da gewisse Ausnahmen zugelassen sind und im gewissen Rahmen auch die Weiterführung begonnener Bauten möglich bleibt. Ausnahmen von der Regelung bilden kriegswichtige Bauvorhaben, ferner Bauvorhaben mit einer Gesamtbausumme bis zu 5000 RM und lebensnotwendige Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, wenn der zuständige Kontingentsträger und das Arbeitsamt ihre Zustimmung erteilen. An der Baustelle bereits in Angriff genommene Bauvorhaben, die noch nicht im Rohbau fertiggestellt sind, dürfen nur weitergeführt werden, wenn die Zustimmung des Gebietsbeauftragten vorliegt.

Während so das Deutsche Reich seine Wirtschaft organisatorisch und leistungsmäßig auf den Höchststand bringt, deuten sich in aller Welt die Umrisse der Rückwirkungen des britischen Wirtschaftskrieges an. England, das seine politische Position immer wieder mit einer wirtschaftsliberalistischen Auffassung vom freien Welthandel zu verquiden oder zu tarnen suchte, erweist sich in dem von ihm angezettelten Kriege als wahrer Zerstörer der zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen. Bereits jetzt beginnt jedoch der Durchbruch eines neuen Wirtschaftssystems, das in dem Wirtschaftsabkommen Berlin—Moskau den durch Deutschland in Südosteuropa eingeführten Außenhandelsmethoden und den engen Wirtschaftsbeziehungen der Achse Berlin—Rom seinen Niederschlag gefunden hat.

Dieser gewaltige Wirtschaftsblock steht allerdings im schärfsten Gegensatz zu den plutokratischen Methoden des englisch-französischen Handels- und Wirtschaftsblocks. So nimmt es denn auch kein Wunder, daß der englische Ministerpräsident Ende Januar in einer Frühstücksrede gegen die autarkistischen Bestrebungen zu Felde zog und ihnen sogar die Schuld am gegenwärtigen Kriege zuschob. Besonders in der italienischen Presse wurde Chamberlain sofort die Antwort erteilt, wenn sie die Frage stellt, was von der englischen Macht übrig bleibe, wenn man den wirtschaftlichen Liberalismus abschaffe, und zu dem Ergebnis kommt, daß das britische Imperium dann zu einer Insel zusammenschrumpfen würde. Der wirtschaftliche Liberalismus sei für die Völker, denen die Rohstoffe fehlen, gleichbedeutend mit wirtschaftlicher, politischer und militärischer Sklaverei.

Man kann schon verstehen, wenn der englische Ministerpräsident sich in seinen wirtschaftlichen Betrachtungen lieber mit der Zeit nach dem Kriege beschäftigt, denn die gegenwärtige Lage der englischen Wirtschaft bietet weder in der Theorie noch in der Praxis ein Thema, mit dem man in der

übrigen Welt irgendwelchen besonderen Eindruck machen könnte. Die Übernahme und laienhafte Nachahmung in Deutschland bewährter Methoden, die man noch vor wenigen Monaten nur mit Hohn und Spott abtun zu müssen glaubte, wurde auch im Laufe des Monats Februar fortgesetzt. Durch einen unbehüllten Druck auf einige neutrale Länder und eine offene Wirtschaftsspionage wurde versucht, die völlig festgefahrenen Blockadebemühungen gegen das Reich wenigstens etwas wirksamer zu gestalten. Die Erfolge der deutschen Seekriegsführung machten sich jedoch immer stärker bemerkbar, so daß sich auch in neutralen Ländern der Eindruck verstärkte, als ob nicht etwa das Reich, sondern England das blockierte Land sei.

Das neue Jahr begann für Großbritannien mit einer Erhöhung des Einfuhrüberschusses von einem Monatsdurchschnitt des vergangenen Jahres in Höhe von 33,56 Mill. Pfund auf 60 Mill. Pfund. Die zahllosen Schiffsverenkungen an Englands Küste zwingen also, die Einfuhren um jeden Preis zu steigern. Der Einfuhrüberschuß ist jedoch zum größeren Teil nur durch den Einfluß von Gold und durch den Verkauf von Auslandseffekten zu bezahlen, so daß erhebliche Mittel aufzubringen sind, um die Zahlungsbilanz auszugleichen. Auf der anderen Seite ist der erhöhte Einfuhrüberschuß auch als ein Zeichen für die stockende Ausfuhr zu werten.

Der abflindefe Frachtstrom zwang das britische Schifffahrtsministerium, zum 1. Februar 9 Mill. BRT Schiffsraum mit Beschlag zu belegen, nachdem zuvor bereits 2,5 Mill. BRT Tankertonnage und 3,5 Mill. BRT der Trampschiffahrt unter Staatskontrolle gestellt worden waren. Die Versuche, bei neutralen Staaten zusätzlichen Frachtstrom zu chartern, schlugen fehl.

Die immer geringer werdenden Verschiffungsmöglichkeiten nach England führten in den britischen Dominien und Kolonien zu spürbaren Rückschlägen. Nachdem vor einiger Zeit aus Australien Schwierigkeiten für die Verfrachtung wichtiger Ausfuhren gemeldet wurden, wurde Ende Februar in amerikanischen Zeitungen von einer Wirtschaftskrise in Neuseeland berichtet. Danach soll dort nicht einmal Geld genug zur Verfügung stehen, um die bereits unterwegs befindlichen Einfuhren zu bezahlen. Die Verschuldung an Großbritannien und die Arbeitslosigkeit steigen ständig.

Das vielgebriefene französisch-englische Wirtschaftssolidaritätsabkommen scheint eine Reihe von Ländern aufzuweisen. Diese wurden jedoch nicht von England, das ja neben der Bevormundung der Wirtschaft seines Trabanten auch die Vorteile dieses Abkommens allein für sich in Anspruch nimmt, bemerkt, sondern in der französischen Presse mit der gebührenden Rücksicht auf den Verbündeten verzeichnet. Es handelt sich in erster Linie um die Ausfuhr französischer Luxusergzeugnisse, deren Einfuhr in England aus Devisengründen unerwünscht ist. Der britische Überseehandelsminister Hudson teilte im Unterhaus gegenüber den französischen Beschwerden den Beschluß mit, britische wie französische Luxusergzeugnisse möglichst auf dritten Märkten zu verkaufen, um somit ohne Rücksichtnahme auf die Wirtschaftslage Frankreichs derartige Zufuhren nach Großbritannien zu verhindern. Inwiefern sich diese Zusage bei den französischen Exporteuren tatsächlich bemerkbar macht, bleibt nach den bisherigen Erfahrungen zweifelhaft. Ihre energischen Proteste wurden vom französischen Handelsminister mit der Erklärung abgetan, daß für die Regierung leider keine Möglichkeit bestünde, irgendwie in diesem Falle auf England einzuwirken.

Auch in Frankreich machten sich in zunehmendem Maße Mangelercheinungen in der Lebensmittelversorgung bemerkbar, die in der französischen Presse zu immer dringenderen Rufen nach der Einführung von Lebensmittelkarten führten. Diese von der Zensur freigegebenen Aufforderungen konnten natürlich, wie das in plutokratischen Staaten üblich ist, zu nichts anderem führen, als daß die sozial günstiger gestellten Schichten sich schnellstens mit den erreichbaren Vorräten versahen. Die arbeitenden Schichten in Frankreich, deren Löhne den Preiserhöhungen nicht gefolgt sind, hatten, als

das Kartensystem dann wirklich eingeführt wurde, keine Lebensmittelvorräte, wie das ja in England auch der Fall war.

Die deutsche Außenhandelspolitik war von Beginn des Krieges an bestrebt, die freundschaftlichen Beziehungen zum neutralen Ausland auf wirtschaftlichem Gebiet in höchstem Maße aufrechtzuerhalten. Deutschland stellte sich von Anfang an auf einen dem englischen entgegengesetzten Standpunkt. Großbritannien gefährdete durch seine Blockademahnahmen in stärkstem Maße den Handel und die Versorgung der neutralen Staaten und verursachte dadurch eine große Reihe von Mangelercheinungen. Wirtschaftsspionage, Aufstellung von Schwarzlisten und Preisdruck wurden von deutscher Seite ebenfalls nicht angewandt. Diese Erpressungsabsichten blieben England vorbehalten, das dadurch die neutralen Staaten in steigendem Maße schwere wirtschaftliche Verluste zufügte.

Die rumänische und die Presse verschiedener südamerikanischer Staaten wiesen im Laufe des Monats Februar wiederholt auf die Bedrohung ihrer Wirtschaftslage durch England hin. Im Zusammenhang mit den englischen Angriffen und Drohungen wegen Rumäniens Erdölpolitik betonte die Bukarester Zeitung „Curentul“, daß Rumänien selbstverständlich das Recht habe, seine Bodenschätze nach eigenem Gutdünken zu verwerten. In Südamerika scheute England kein Mittel, um die dortigen Märkte an sich zu reißen. Die uruguayische Zeitung „El Debate“ bezeichnete die Handhabung der Schwarzlisten und die sonstigen rechtswidrigen englischen Methoden als „schmutzige Handlungsweise und Erpressung“.

Die Rückwirkungen des britischen Wirtschaftskrieges behandelte Staatsrat Wohlthat in einem Aufsatz des Wirtschaftsblattes der Berliner Industrie- und Handelskammer. Staatsrat Wohlthat wies besonders darauf hin, daß das englische Interesse, den Kriegsschauplatz in Europa zu erweitern, nicht von der Absicht getragen ist, auf militärischem Gebiet die Entscheidung zu finden, sondern von der Überzeugung, daß infolge der Kriegsführung im Lande auch das Wirtschaftsleben in Nord- und Südosteuropa sehr leiden müßte, wodurch dann die betroffenen Staaten für den Handel mit Deutschland selbst dann weitgehend ausfallen würden, wenn Deutschland solchen militärischen Bedrohungen wirksam begegnen könnte.

Nach einer Würdigung der Bedeutung der westlichen europäischen neutralen Staaten, der Staaten im Ostseegebiet sowie der Staaten im südosteuropäischen Raum und ihres Wirtschaftsaustausches mit dem Reich ging Staatsrat Wohlthat auf die Lage der überseeischen Rohstoffländer ein. Auch diese erlitten unter dem britischen Wirtschaftskrieg schwere Rückschläge in ihrer Produktion, die sich, wenn sie mehrere Jahre von dem mitteleuropäischen Markt abgeschnitten blieben, im Lebensstandard ihrer Bevölkerung auswirken würden. Auch die britischen Dominien würden durch die Trennung von ihren mitteleuropäischen Absatzmärkten schwer betroffen. Wie schon im Weltkrieg würde schließlich auch infolge des britischen Wirtschaftskrieges die Industrialisierung der überseeischen Länder, vor allem auch Südamerikas, fortgesetzt werden.

Dr. R.

